

Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms

Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt für das Land Mecklenburg-Vorpommern

Endbericht

Dortmund, Juli 2004

vorgelegt durch:

**Institut für Landes- und
Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen
des Landes NRW (ILS NRW)**

Sekretariat für Zukunftsforschung (SFZ)

Auftraggeber:

**Rostocker Gesellschaft für Stadtentwicklung, Stadterneuerung und Wohnungsbau mbH
(RGS)**

im Auftrag der

**Städte und Beauftragten für die Fördergebiete des Programms Soziale Stadt in
Mecklenburg-Vorpommern**

in Zusammenarbeit mit dem

Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Impressum

**Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW)**

**Jan Fasselt
Ralf Zimmer-Hegmann**

**Studentische Mitarbeiter:
Simon Ott
Jost-Henning Vitt**

**Deutsche Straße 5
44339 Dortmund**

**Tel.: 0231-9051-240 / 246
Fax.: 0231-9051-155**

**E-Mail: jan.fasselt@ils.nrw.de
ralf.zimmer-hegmann@ils.nrw.de**

Sekretariat für Zukunftsforschung (SFZ)

Michael Heinze

**Studentische Mitarbeiterin:
Christel Reimann**

**Evinger Platz 11
44339 Dortmund**

**Tel.: 0231-880878-15
Fax.: 0231-880878-11**

E-Mail: heinze@sfz.de

**Auftraggeber:
Rostocker Gesellschaft für Stadtentwicklung,
Stadterneuerung und Wohnungsbau mbH**

**im Auftrag der
Städte und Beauftragten für die Fördergebiete
des Programms Soziale Stadt in Mecklenburg-Vorpommern**

**in Zusammenarbeit mit dem
Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Dortmund, Juli 2004

| | |
|--|-----------|
| 1. Zusammenfassung | 5 |
| 2. Einleitung | 7 |
| 3. Programmumsetzung auf Ebene des Landes | 9 |
| 3.1. Ziele des Programms..... | 9 |
| 3.2. Auswahl der Kommunen und Programmgebiete..... | 11 |
| 3.2.1. Auswahlverfahren | 12 |
| 3.2.2. Vorgaben des Landes für die weitere Programmumsetzung in den Kommunen | 14 |
| 3.3. Organisations- und Kooperationsstrukturen auf Landesebene..... | 15 |
| 4. Programmumsetzung auf Ebene der Kommunen – Stadtteilprofile | 19 |
| 4.1. Greifswald Fleischervorstadt..... | 19 |
| 4.1.1. Ausgangssituation im Stadtteil..... | 19 |
| 4.1.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes | 21 |
| 4.1.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure | 22 |
| 4.1.4. Ziele..... | 25 |
| 4.1.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen | 27 |
| 4.1.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen..... | 29 |
| 4.2. Neubrandenburg Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt..... | 31 |
| 4.2.1. Ausgangssituation im Stadtteil..... | 31 |
| 4.2.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes | 33 |
| 4.2.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure | 34 |
| 4.2.4. Ziele..... | 36 |
| 4.2.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung der bisherigen Veränderungen..... | 37 |
| 4.2.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen..... | 39 |
| 4.3. Rostock Groß Klein..... | 41 |
| 4.3.1. Ausgangssituation im Stadtteil..... | 41 |
| 4.3.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes | 43 |
| 4.3.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure | 43 |
| 4.3.4. Ziele..... | 49 |
| 4.3.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen | 51 |
| 4.3.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen..... | 54 |

| | |
|---|------------|
| 4.4. Rostock Schmarl | 56 |
| 4.4.1. Ausgangssituation im Stadtteil | 56 |
| 4.4.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes..... | 58 |
| 4.4.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure..... | 59 |
| 4.4.4. Ziele | 62 |
| 4.4.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen | 63 |
| 4.4.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen | 66 |
| 4.5. Schwerin Feldstadt | 67 |
| 4.5.1. Ausgangssituation im Stadtteil | 67 |
| 4.5.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des integrierten Handlungskonzeptes..... | 69 |
| 4.5.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure..... | 70 |
| 4.5.4. Ziele | 73 |
| 4.5.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen | 75 |
| 4.5.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen | 77 |
| 4.6. Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz | 79 |
| 4.6.1. Ausgangssituation im Stadtteil | 79 |
| 4.6.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes..... | 83 |
| 4.6.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure..... | 83 |
| 4.6.4. Ziele | 88 |
| 4.6.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen | 91 |
| 4.6.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen | 94 |
| 4.7. Stralsund Grünhufe | 96 |
| 4.7.1. Ausgangssituation im Stadtteil | 96 |
| 4.7.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes..... | 98 |
| 4.7.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure..... | 99 |
| 4.7.4. Ziele | 102 |
| 4.7.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen | 103 |
| 4.7.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen ... | 105 |
| 4.8. Wismar Altstadt | 107 |
| 4.8.1. Ausgangssituation im Stadtteil | 107 |
| 4.8.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes..... | 109 |
| 4.8.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure..... | 110 |
| 4.8.4. Ziele | 114 |
| 4.8.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen | 116 |
| 4.8.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen ... | 118 |

| | |
|--|------------|
| 5. Programmgebiete in den Medien | 120 |
| 6. Zusammenfassende Betrachtung des Programms „Die Soziale Stadt“ | 124 |
| 6.1. <i>Gebietsauswahl und Gebietstypen</i> | <i>124</i> |
| 6.2. <i>Kooperations- und Steuerungsstrukturen und Beteiligung</i> | <i>126</i> |
| 6.3. <i>Zielentwicklung/ Monitoring/ Erfolgskontrolle</i> | <i>130</i> |
| 6.4. <i>Projekte und Fördermittel.....</i> | <i>131</i> |
| 7. Methodik der Zwischenevaluation | 135 |
| Anhang | 140 |
| <i>Abkürzungsverzeichnis.....</i> | <i>140</i> |
| <i>Darstellung der Fragebogenergebnisse</i> | <i>143</i> |

1. Zusammenfassung

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat 1999 das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ initiiert, um städtische Zentren und Stadtteile, in denen sich soziale, ökonomische und ökologische Problemlagen häufen, nachhaltig zu stärken. Nach fünfjähriger Programm Laufzeit haben das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen NRW (ILS NRW) und das Sekretariat für Zukunftsforschung (SFZ) im Auftrag der beteiligten Kommunen eine Zwischenevaluation des Programms im Land Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Ziel der Evaluation war die Analyse und Bewertung der Erneuerungsaktivitäten. Betrachtet wurde dabei sowohl die Ebene des Landes als Fördermittelgeber wie auch die Umsetzung des Programms in den beteiligten Kommunen und Stadtteilen. Aufgrund der bislang erst kurzen Programm Laufzeit und der Neuartigkeit des Förderansatzes lag ein besonderer Schwerpunkt der Untersuchung auf der Analyse und Bewertung der zur Umsetzung des Programms aufgebauten Steuerungs- und Kooperationsstrukturen, der aufgestellten Zielsetzungen sowie spezifischer durch das Programm eingeforderter Prozessqualitäten wie z.B. der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Stadtteilerneuerung.

Dem federführenden Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung (MAB) ist es gelungen, mit dem Programm Soziale Stadt einen neuen integrierten Förderansatz zu etablieren. Durch die Einrichtung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) werden weitere Landesministerien in Programmsteuerung eingebunden. Wie durch den Programmansatz vorgesehen, wird ein inhaltlicher und organisatorischer Rahmen vorgegeben, der es den geförderten Kommunen erlaubt, auf die lokalen Probleme und Potenziale flexibel zu reagieren. Positiv ist im Besonderen die gute Kooperation und intensive Unterstützung der beteiligten Kommunen bei der Programmumsetzung durch das zuständige Referat im MAB zu beurteilen.

Bislang sind acht Stadtteile in das Programm aufgenommen worden. Mit Rostock Groß Klein, Rostock Schmarl, Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz und Stralsund Grünhufe finden sich sowohl Plattenbaugebiete wie auch innenstadtnahe Quartiere mit häufig heterogener Bausubstanz (Greifswald Fleischervorstadt, Neubrandenburg Nordstadt-Ihlenfelder Vorstadt, Schwerin Feldstadt, Wismar Altstadt) im Programm.

Auf kommunaler Ebene ist der Aufbau geeigneter Strukturen mit der Einbindung der für die Stadtteilentwicklung relevanten Verwaltungsbereiche und einer z.T. weitreichenden Beteiligung von Akteuren und Bewohnern an der Programmumsetzung eine wichtige Leistung der bisherigen Programmumsetzung. Darüber hinaus ist in den meisten Stadtteilen ein Quartiersmanagement aufgebaut worden, welches wichtige Funktionen bei der Vernetzung der Akteure und der lokalen Verankerung des Programms übernimmt. Von besonderer Bedeutung für die Beteiligung der Bewohner und Stadtteilakteure ist ein mit jährlich 20.000 € pro Stadtteil ausgestatteter Verfügungsfonds dessen Mittel z.T. durch bewohner- und akteursgetragene Beiräte vergeben werden.

Mit Hilfe der Fördermittel ist es inzwischen gelungen, eine Vielzahl von Projekten anzustoßen, die sich jeweils an den spezifischen Problemlagen und Potenzialen in den Stadtteilen orientieren. Die Projekte basieren auf den durch die lokalen Akteure aufgebauten integrierten Handlungskonzepten. Die hierin enthaltenen Zielsysteme sollten zukünftig weiter konkretisiert und operationalisiert werden, um so die Grundlage für eine detailliertere Evaluation auf Ebene der Stadtteile zu bieten.

Nicht zuletzt verfolgt das Programm den Anspruch, Strukturen in den Stadtteilen zu etablieren, die auch über den Förderzeitraum hinaus positive Effekte entwickeln. Es wird daher für den weiteren Programmverlauf von Bedeutung sein, selbsttragende Strukturen z.B. in Form von Stadtteilvereinen aufzubauen.

2. Einleitung

Seit 1999 gibt es mit dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt einen neuen integrierten Ansatz der Stadterneuerung. Das Programm reagiert auf sich drastisch verschärfende und kumulierende Problemlagen in sogenannten benachteiligten Stadtteilen. Fokussiert auf begrenzte städtische Teilbereiche soll eine nachhaltig positive Entwicklung unterstützt werden. Neben der Sanierung des Wohnbestandes und der Wohnumfeldverbesserung hat das Programm die Entwicklung ressortübergreifender Ansätze für eine langfristige Stabilisierung der Quartiere zum Ziel. Dies soll durch eine Bündelung von Fördermitteln und den Aufbau neuer Verwaltungs- und Managementstrukturen gelingen. Ein wichtiges Anliegen des Programms ist es, die in den Stadtteilen vorhandenen Potenziale zu stärken und die Stadtteilbevölkerung an der Programmumsetzung zu beteiligen.

In den Städten Mecklenburg-Vorpommerns sind durch Abwanderungsbewegungen und die weiterhin prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt strukturelle Leerstände und sozial-räumliche Segregationsprozesse zu beobachten. Besonders betroffen sind hier auf der einen Seite stark verdichtete Altbauquartiere in innerstädtischer Lage mit häufig nicht modernisierter Bausubstanz sowie auf der anderen Seite Großwohnsiedlungen in Stadtrandlage mit erheblichen funktionellen und städtebaulichen Mängeln. Die in diesen Stadtteilen bestehenden sehr heterogenen Problemlagen lassen sich mit den baulich-städtebaulichen Förderansätzen der klassischen Stadterneuerung alleine nicht bewältigen. Neben der baulichen Sanierung, der Erneuerung des Wohnumfeldes und dem mit dem Programm Stadtumbau Ost seit kurzem einsetzenden Rückbau von Wohnungsbeständen bedarf es eines neuen Förderansatzes. Das Programm Soziale Stadt greift weitere z.B. soziale oder ökonomische Problemlagen in den Stadtteilen auf, um die betroffenen Stadtteile so langfristig zu stabilisieren.

Der vorliegende Bericht ist eine erste Zwischenevaluation des Programms Soziale Stadt in Mecklenburg-Vorpommern. Gegenstand dieser ersten übergreifenden Evaluation sind die Programmgebiete und beteiligten Kommunen sowie die Ebene des Landes als Fördermittelgeber. In Mecklenburg-Vorpommern bestanden bei Programmbeginn nur geringe Erfahrungen mit integrierten Erneuerungsansätzen. Der Aufbau neuer und geeigneter Strukturen auf allen beteiligten Ebenen war eine der entscheidenden Anforderungen an die bisherige erste Programmphase. Sie sind daher ein Schwerpunkt der Zwischenevaluation. Ziel des gesamten Evaluationsverfahrens war neben der Bewertung der örtlichen Erneuerungsaktivitäten die Rückkopplung der Ergebnisse mit den zentralen Programmverantwortlichen.

Die Durchführung der Zwischenevaluation erfolgte in enger Abstimmung mit dem zuständigen Ministerium und den Programmverantwortlichen in den Kommunen. Neben der Sichtung und Analyse der zur Verfügung gestellten Sekundärmaterialien (z.B. Integrierte Handlungskonzepte, Rahmenplanungen, Informationsmaterialien, Erlasse, Protokolle) waren eine Fragebogenerhebung bei Akteuren in den Stadtteilen und qualitative Erhebungsmethoden in Form von Experteninterviews und Diskussionsrunden weitere Bestandteile des Evaluationsverfahrens.

Für die gute Zusammenarbeit und die organisatorische Unterstützung möchte sich das gesamte Evaluationsteam herzlich bedanken.

3. Programmumsetzung auf Ebene des Landes

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ergänzt seit 1999 die bestehenden Städtebaufördermittel in Mecklenburg-Vorpommern auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen vom 30.07.1999.

3.1. Ziele des Programms

Die durch das Land Mecklenburg-Vorpommern für das Programm Soziale Stadt formulierten Ziele bauen auf den durch die ARGEBAU formulierten Programmzielen auf. Sie bilden einen Orientierungsrahmen für die beteiligten Programmstädte und sind in dem Grundsatzpapier des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung (MAB) aufgeführt, welches auf der ersten Sitzung der Interministeriellen Arbeitsgruppe IMAG am 17.12.1999 vorgestellt wurde. Darin sind folgende Ziele und Handlungsempfehlungen enthalten:

- Beschäftigungsimpulse durch die Stärkung der lokalen Wirtschaft, Schaffung und Sicherung örtlicher Arbeitsplätze sowie Qualifizierung von Arbeitssuchenden
- Soziale Impulse durch die Verbesserung der Wohnverhältnisse, vor allem im Wohnungsbestand, Unterstützung des sozialen Miteinanders, Wiederherstellung von gemischten Bevölkerungsstrukturen durch Verbesserung der Attraktivität für Zuziehende, Schaffung von mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, Verbesserung des Infrastrukturangebotes
- Ökologische Impulse durch ökologisches Planen, Bauen und Wohnen im Bestand
- Politische Impulse durch den integrativen Einsatz verschiedener Politikfelder (Grundsatzpapier „Förderung der Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf- die Soziale Stadt“, S. 8)

Ergänzt und präzisiert werden diese Ziele durch die Entwicklungsziele aus dem Werkstattbericht „Die soziale Stadt“ des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung:

- Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Wohnumfeldes
- Maßnahmen zur Umweltentlastung
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs
- Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Quartier
- Schaffung und Sicherung von Beschäftigung auf lokaler Ebene
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur, insbesondere für junge Menschen
- Verbesserung des Angebotes an bedarfsgerechten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten

- Belebung der Stadtteilkultur und Erhöhung des Angebotes zur Freizeitgestaltung (Werkstattbericht „Die soziale Stadt, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, S. 9)

Diese Ziele sollen dazu beitragen, dass Entwicklungsprozesse angestoßen werden, die die Programmgebiete zu „selbstständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen.“ (Werkstattbericht „Die soziale Stadt, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, S. 9) Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Motivation der Bevölkerung gelegt werden, sich für ihren Stadtteil zu engagieren, soziale Verbände (wieder) herzustellen und ein aktives Quartiersleben zu initiieren.

Neben diesen räumlich bezogenen Zielen werden im Grundsatzpapier auch Ziele für die politische und verwaltungsseitige Umsetzung des Programms genannt. Mit der Umsetzung soll eine Verknüpfung verschiedener Politikfelder (Arbeit und Soziales, Wirtschaft, Familie und Jugend etc.) erreicht werden, die wiederum zu einer Bündelung verschiedener Fördertöpfe und Initiativen führen soll. Darüber hinaus wird auf die integrierte Zusammenführung von Aufgaben und Förderprogrammen für investive und nicht investive Maßnahmen hingewiesen (Grundsatzpapier „Förderung der Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf- die Soziale Stadt“, S.8). Mit der beschriebenen Zielsetzung und dem Anspruch, verschiedene Politikfelder zu verknüpfen sowie Aufgaben und Förderprogramme zu integrieren, nimmt das Ministerium zentrale Gedanken des Bund-Länder-Programms auf und entspricht damit dem Leitfaden der ARGEBAU zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe. Auch spiegeln die angegebenen Ziele den ganzheitlichen Ansatz des Bund-Länder-Programms wider. Der offene Rahmen des Programms erlaubt demzufolge, auf die individuellen Problemlagen in den Programmgebieten flexibel zu reagieren.

3.2. Auswahl der Kommunen und Programmgebiete

Seit der Aufstellung des Programms Soziale Stadt im Jahr 1999 sind sechs Kommunen mit insgesamt acht Programmgebieten aufgenommen worden. Die Städte Greifswald, Neubrandenburg, Stralsund und Wismar sind mit einem Stadtteil am Programm beteiligt; die Städte Rostock und Schwerin mit jeweils zwei Programmgebieten:

| Kommune | Programmgebiete | Fläche | Einwohner |
|----------------|----------------------------------|----------|---------------|
| Greifswald | Fleischervorstadt | 68,5 ha | 3.083 (2002) |
| Neubrandenburg | Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt | 78,6 ha | 5.887 (2003) |
| Rostock | Groß Klein | 130,0 ha | 11.667 (2003) |
| Rostock | Schmarl | 85,5 ha | 7.844 (2003) |
| Schwerin | Feldstadt | 32,4 ha | 4.100 (2003) |
| Schwerin | Neu Zippendorf/ Mueßer Holz | 188,0 ha | 21.500 (2003) |
| Stralsund | Grünhufe | 70,4 ha | 4.997 (2003) |
| Wismar | Altstadt | 76,0 ha | 6.741 (2002) |

Bis auf die Programmgebiete Neubrandenburg Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt (2000) und Rostock Schmarl (2001) werden alle Städte seit Beginn des Programms gefördert.

An eine Aufstockung bzw. Verkleinerung der Zahl der Kommunen ist derzeit nicht gedacht. Eine Aufnahme zusätzlicher Programmgebiete in den bislang beteiligten Städten ist hingegen denkbar. Bei der Auswahl der Städte handelt es sich ausschließlich um kreisfreie Kommunen, die als Oberzentren fungieren bzw. Mittelstädte, die Teilfunktionen der Oberzentren übernehmen. Neben diesem formalen Kriterium müssen durch die Kommunen soziale und bauliche Problemlagen nachgewiesen werden, die eine Aufnahme in das Programm rechtfertigen. Im Grundsatzpapier des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung werden beispielhaft einige Indikatoren für den Nachweis sozialer Problemlagen angeführt:

- Hohe Arbeitslosigkeit
- Vermehrte Langzeitarbeitslosigkeit
- Zunahme einkommensschwacher Haushalte
- Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger
- Zunehmende Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen
- Wachsende Jugendarbeitslosigkeit
- Fehlende berufliche Chancen
- Steigende Jugendkriminalität
- Zunehmende Gewaltbereitschaft
- Vernachlässigte öffentliche Räume

- Fehlende Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen
- Fehlendes Spiel- und Sportangebot
- Fehlende Anbindung an das Stadtzentrum (Grundsatzpapier „Förderung der Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf- die Soziale Stadt“, S. 5)

Dazu ergänzend wurden die Gebietskategorien bestimmt:

- Innerstädtische oder innenstadtnahe Quartiere in benachteiligten Regionen mit nicht modernisierter Bausubstanz und deutlich unterdurchschnittlicher Umweltqualität.
- Große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit einschließlich Plattenbausiedlungen und Wohnsiedlungen der abgezogenen Streitkräfte mit wenig individueller Architektur, fehlender Nutzungsmischung und unzureichender sozialer Infrastruktur. (Grundsatzpapier „Förderung der Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf- die Soziale Stadt“, S. 6)

Diese Gebietskategorien entsprechen formal den Gebietskategorien des Leitfadens zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ der ARGEBAU.

Die Beschränkung der Förderkulisse auf die kreisfreien Städte wurde vorgenommen, um vor dem Hintergrund der beschränkten Förderressourcen eine Bündelung der Mittel auf wenige Städte und Stadtteile zu erreichen. Gleichzeitig lässt sich dieses formale Kriterium nach außen (insbesondere gegenüber den kreisangehörigen Städten) gut kommunizieren. Zwar wäre auch eine Förderung einiger kreisangehöriger Städte fachlich durchaus nachvollziehbar, allerdings würde bei einem erweiterten Kreis von Kommunen die vergleichsweise geringe Fördersumme vermutlich ohne sichtbare Ergebnisse versiegen (Gießkanneneffekt). Aus Sicht der Evaluation ist dabei der Spagat zwischen den Förderbedürfnissen vieler Kommunen und der notwendigen konzentrierten Förderung auf wenige ausgewählte Kommunen gelungen.

3.2.1. Auswahlverfahren

Für die Aufnahme der Programmgebiete wurde kein förmliches Bewerbungsverfahren durchgeführt. Die Entscheidung über eine Programmaufnahme erfolgte über eine Bewertung der Problemlagen und Potenziale in den durch die Kommunen angemeldeten Stadtteilen. Diese Bewertung erfolgte durch das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung.

Im Ministerium gab es bereits aus anderen Förderzusammenhängen erste Vorkenntnisse zur Auswahl von Gebieten, die dem Leitfaden der ARGEBAU zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt entsprechen. So wurde im Rahmen des EU Programms Urban I die Kröpeliner-Tor-Vorstadt in Rostock gefördert. Die Kriterien, die dabei zur Aufnahme in das EU Programm erfüllt werden mussten, ähneln denen, die für die Aufnahme in die Soziale Stadt notwendig sind. Darüber hinaus erhielten alle Programmgebiete bereits Mittel der Städtebauförderung. So wurde u.a. 1993 das Wohnumfeldprogramm ins Leben gerufen, welches eine Verbesserung des Wohnumfeldes in Plattenbau-

gebieten zum Ziel hat. Dies trifft auf die Programmgebiete Groß Klein und Schmarl in Rostock, Grünhufe in Stralsund sowie Neu Zippendorf in Schwerin zu.

Das Ministerium vertraute bei der Gebietsauswahl auf die größere Kenntnis der lokalen Bedingungen durch die Kommunen. Das Verfahren ist aus Sicht der Evaluation plausibel und die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Auswahl der Programmgebiete eine entscheidende Voraussetzung, damit die Fördermittel die Stadtteile erreichen, die einer Förderung bedürfen und vor Ort eine nachhaltige Wirkung erzielen.

Die Vorschläge der Kommunen wurden durch das MAB mitgetragen und sind weitgehend deckungsgleich mit den heute existierenden Programmgebieten. Korrekturwünsche im weiteren Programmverlauf gab es bei drei Programmgebieten:

- Das von der Stadt Wismar vorgesehene „Quartier 60“ ist auf die gesamte historische Innenstadt ausgeweitet worden.
- In Neubrandenburg wurde ein Wechsel von der Innenstadt in das aktuelle Programmgebiet der Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt vollzogen. Dieses ist Teil des Urban II-Gebietes Nordstadt.
- In Schwerin ist eine Erweiterung des Gebietes von Neu Zippendorf um den Bereich Mueßer Holz vorgenommen worden. Das Programmgebiet heißt nun Neu Zippendorf/ Mueßer Holz.

Die Gebietsgröße spielte bei der Auswahl nur eine begrenzte Rolle, sondern eher die städtebauliche, soziale, ökonomische Homogenität. Ein Kriterienkatalog, anhand dessen das Land die Gebietsvorschläge der Kommunen hätte überprüfen können, ist dafür nicht angelegt worden. Die Begründungszusammenhänge für die jeweilige Auswahl sind in den Kommunen durchaus unterschiedlich. Neben der Auswahl von Stadtteilen mit besonders starken baulichen und sozio-ökonomischen Problemlagen spielten z.T. weitere Kriterien eine Rolle: So wurde z.B. in Wismar bewusst die Altstadt für das Programm ausgewählt, um hier in einem Gebiet mit sowohl vorhandenen Problemlagen als auch starken Potenzialen durch eine Bündelung von Fördermitteln eine nachhaltige Entwicklung zu erzielen. Ein anderer Begründungszusammenhang wurde in Schwerin Neu Zippendorf angeführt. Im Gegensatz zu den angrenzenden Stadtteilen (Mueßer Holz, Großer Dreesch) hatte Neu Zippendorf bis zum Eintritt in die Soziale Stadt vergleichsweise wenige Städtebaufördermittel erhalten. Daraus ergab sich für den Stadtteil ein erheblicher Nachholbedarf in der Förderung.

Die ausgewählten Programmgebiete wurden auf der ersten Sitzung der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) am 17.12.1999 den beteiligten Abteilungen des MAB und anderen Ministerien vorgestellt. Eine direkte Beteiligung anderer Abteilungen des MAB oder anderer Ministerien im Rahmen der Interministeriellen Arbeitsgruppe bei der Auswahl der Kommunen hat nicht stattgefunden. Aus den Sitzungsprotokollen der IMAG geht aber hervor, dass die Programmgebietsauswahl der Kommunen durchaus kritisch diskutiert wurde. So wurde z.B. angemerkt, dass die Probleme in der Neubrandenburger Innenstadt, die ursprünglich als Programmgebiet aufgenommen worden war, als nicht so gra-

vierend anzusehen seien, so dass ein durch die IMAG geforderter Wechsel in die Ihlenfelder Vorstadt stattgefunden hat. Damit hat die IMAG in begrenztem Umfang eine Kontrollfunktion für die Auswahl der Programmgebiete übernommen.

3.2.2. Vorgaben des Landes für die weitere Programmumsetzung in den Kommunen

Die Grundlage für die Umsetzung des Bund-Länder-Programms bildet der Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ der ARGEBAU in seiner aktuellen Fassung vom 01.03.2000. Zur Umsetzung des Programms finden die Städtebauförderrichtlinien und die Richtlinien zur Wohnumfeldverbesserung des Landes Mecklenburg-Vorpommern Anwendung. Die Fördervoraussetzungen sind durch das Ministerium für Arbeit, Bauen und Landesentwicklung und mit Beschluss der IMAG durch vier Erlasse weiter konkretisiert worden.

- Einrichtung von Verfügungsfonds: Mit Erlass vom 17.07.2001 stehen den Programmgebieten 10.000 € jährlich für die selbstbestimmte, unbürokratische und kurzfristige Durchführung kleinerer Projekte zur Verfügung. Die Mittel sollen zur „Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen und der Teilnahme der in den Fördergebieten Lebenden und Arbeitenden an Entwicklungsprozessen dienen“ (Erlass des Ministeriums für Arbeit und Bau vom 16.07.2001).
- Förderung von Quartiersmanagern: Nach Erlass vom 24.10.2000 ist die Einrichtung eines Quartiersmanagements in den Programmgebieten förderfähig. Gefördert werden die anfallenden Personalkosten (sofern das Quartiersmanagement nicht durch die Kommune erfolgt) und anfallende Kosten für die Herrichtung der Räumlichkeiten. Die anfallenden Mietkosten und die Ausstattung des Büros sind nicht förderfähig.

Mit diesen beiden Erlassen werden auch nicht-investive Maßnahmen aus Mitteln der Städtebauförderung förderfähig. Die Förderung nicht-investiver Maßnahmen bleibt allerdings auf die in den Erlassen vorgegebenen Ausnahmen beschränkt.

- Aufstellung integrierter Handlungskonzepte: Die Aufstellung eines integrierten Handlungskonzeptes wurde mit der Aufnahme in das Programm eingefordert. Mit Erlass vom 04.02.2003 sind die Anforderungen an die Erstellung und Fortschreibung dieser Handlungskonzepte konkretisiert worden. Die Erfüllung der hier formulierten Anforderungen wird für den weiteren Verbleib im Programm zur Bedingung. Neben einem Durchführungs- und Maßnahmeplan, der das integrierte Vorgehen bei der Lösung der lokalen Problemlagen verdeutlicht und einer Rahmenplanung müssen die Handlungskonzepte einen detaillierten Kosten- und Finanzierungsplan und einen Organisations- und Umsetzungsplan enthalten.
- Evaluation: Vor dem Hintergrund des modellhaften und experimentellen Programmcharakters der Sozialen Stadt wird im Erlass des Ministeriums vom 14.04.2003 die Bedeutung von Evaluationsmaßnahmen betont. Neben quantitativen sollen hierbei v.a. auch qualitative Verfahren angewendet werden. Die Programmstädte sind vom

MAB zur Beauftragung der vorliegenden Zwischenevaluierung aufgefordert worden. Das Verfahren wird als Einstieg in weitere vorzunehmende Evaluationsmaßnahmen gesehen.

Mit den Erlassen des Ministeriums ist es gelungen, weitere sinnvolle Aspekte der Programmumsetzung zu ermöglichen und den Kommunen einen notwendigen Rahmen für die weitere Arbeit vorzugeben. Zu betonen ist, dass die Kommunen dazu angehalten werden aussagekräftige Integrierte Handlungskonzepte zu entwickeln und diese fortzuschreiben.

Die Erlasse zur Förderung eines Quartiersmanagements und zur Aufstellung von Verfügungsfonds sind gerade vor dem Hintergrund der bislang unzureichenden Einbindung von über die Städtebaufördermittel hinausgehenden weiteren Fördermitteln zu begrüßen. Wie die Ergebnisse der Zwischenevaluation andeuten und die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, ist der Einsatz nicht-investiver Mittel ein entscheidendes Kriterium für eine erfolgreiche Etablierung nachhaltig wirksamer und bewohnergetragener Strukturen.

Durch die Kommunen und die Akteure in den Programmgebieten sind die bislang nicht ausreichenden Fördermittel für die Finanzierung der Personalkosten des Quartiersmanagements und die auf den Verfügungsfonds beschränkte Finanzierung nicht-investiver Maßnahmen kritisiert worden. Diese im Rahmen der Zwischenpräsentation zur Evaluation bereits vorgestellten Ergebnisse sind durch das MAB aufgegriffen worden. Die bestehenden Erlasse wurden zum März 2004 aktualisiert. Neben einer zweiten Personalstelle für das Quartiersmanagement ist der Verfügungsfonds auf 20.000 € pro Jahr und Stadtteil erhöht worden. Dennoch sollte aus Sicht der Evaluation auch versucht werden eine weitergehende Öffnung von Städtebaufördermitteln im nicht-investiven Bereich zu ermöglichen sofern es nicht gelingt weitere finanzielle Ressourcen anderer Förderinstrumentarien in die Programmumsetzung einzubinden.

3.3. Organisations- und Kooperationsstrukturen auf Landesebene

Der Aufbau geeigneter Organisations- und Kooperationsstrukturen auf allen beteiligten Ebenen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Bundesländer-Programms Soziale Stadt in Mecklenburg-Vorpommern. In der zweiten Fassung des Leitfadens zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ der ARGEBAU wird dabei neben der Rolle der Kommunen und Stadtteile auch der Aufbau geeigneter Strukturen und Organisationsformen auf Ebene der Bundesländer betont.

„In den Ländern sind organisatorische Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Programme aller betroffener Ressorts aufeinander abgestimmt mit Vorrang in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf eingesetzt werden“ (Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“; Zweite Fassung vom 01.03.2000; S.12). Eine besondere Rolle kommt dem für die Städtebauförderung zuständigen Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung zu. Das Ministerium mit dem für die Städtebauförderung zuständigen Referat der Abteilung 3 für Wohnungswesen und Städtebauförderung soll die

Funktion einer Klammer für die gezielte Bündelung von Fördermitteln aller betroffenen Ministerien erfüllen.

Des Weiteren zählen die Organisation eines Erfahrungsaustausches der beteiligten Kommunen und die Organisation von Fortbildungsmaßnahmen zu den Aufgaben der Landesebene. Besonders betont wird die Notwendigkeit das Programm wissenschaftlich zu begleiten und geeignete Evaluationssysteme zu entwickeln.

Integriertes Handeln auf Landesebene – Die Interministerielle Arbeitsgruppe

Wie in den Leitlinien der ARGEBAU empfohlen, ist mit Beginn der Umsetzung des Bund-Länder-Programms auf Initiative des Ministeriums für Arbeit, Bauen und Landesentwicklung eine Interministerielle Arbeitsgruppe Soziale Stadt (IMAG) eingerichtet worden. Teilnehmende Ressorts sind:

- das Ministerium für Arbeit, Bauen und Landesentwicklung
- das Sozialministerium
- das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
- das Innenministerium
- das Wirtschaftsförderung
- und das Umweltministerium.

Weitere Teilnehmer sind der Städte- und Gemeindetag und der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen.

Nach der konstituierenden Sitzung im Dezember 1999 hat die Interministerielle Arbeitsgruppe 1-2mal jährlich getagt. Folgende Aspekte sind dabei wesentliche Bestandteile der Sitzungen der IMAG:

- die programmatische Weiterentwicklung,
- die Berichterstattung über die Entwicklung der bereits im Programm befindlichen Stadtteile,
- die Diskussion über den Verbleib der Stadtteile und die Neuaufnahme neuer Programmgebiete und
- die Bündelung und der prioritäre Einsatz der bestehenden Förderinstrumente aller beteiligter Ressorts in den Programmgebieten.

Ein wichtiges Ergebnis der Arbeit der IMAG ist die Zusammenstellung der „Arbeitshilfe Soziale Stadt“. Diese Arbeitshilfe kann unter anderem auf der Homepage des MAB (<http://www.am.mv-regierung.de>) abgerufen werden. Die Arbeitshilfe dient der Information aller Programmteilnehmer. Das erste Kapitel der Arbeitshilfe gibt eine allgemeine Einführung in das Programm (Erläuterung zum Förderprogramm, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, Finanzierung und Förderung etc.). Das zweite Kapitel geht auf bestehende Fördermöglichkeiten ein und listet diese auf. Aufgeführt sind die Förderpro-

gramme des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Förderungen der Bundesanstalt für Arbeit, Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau und ausgewählte Förderprogramme der Bundesregierung. Die Angaben der Arbeitshilfe können durch die Nutzer heruntergeladen werden und werden laufend aktualisiert.

Mit der Einrichtung der Interministeriellen Arbeitsgruppe ist eine geeignete Organisationsform für den koordinierten und gebündelten Einsatz der bestehenden Förderprogramme in den Programmgebieten der Sozialen Stadt geschaffen worden. Die Integration der Abteilung „Arbeit“ innerhalb des MAB bietet zudem die Möglichkeit „kurze Wege“ zu einem für die erfolgreiche Umsetzung des Sozialen Stadt Programms entscheidenden Ressort herzustellen. Gleiches gilt für die Bündelung der Zuständigkeiten für die Stadtentwicklung und die Wohnungsbauförderung innerhalb der Abteilung 3 des MAB.

Dennoch ist – wie auch in der IMAG festgestellt – die Bündelung aller vorhandenen finanziellen Ressourcen innerhalb der Programmgebiete bislang unzureichend. Die Projekte des Sozialen Stadt Programms werden auch weiterhin vorwiegend aus Mitteln der Städtebauförderung finanziert. Hier ist aus Sicht der Evaluation zu kritisieren, dass es bislang nur unzureichend gelungen ist, die Ziele des Programms auch in den anderen Abteilungen und Ministerien zu verankern und über die Mitglieder der IMAG hinaus zu kommunizieren. Dies drückt sich auch darin aus, dass keine Förderprioritäten für die Programme anderer Ministerien für die Sozialen Stadt Gebiete bestehen. Die IMAG dient bislang eher der Information weiterer Ministerien über die Umsetzung eines städtebaulichen Förderprogramms und nicht der gemeinsamen und strategischen Steuerung. Die Notwendigkeit eine stärkere Einbindung weiterer Fördermittel zu erreichen wird von allen beteiligten Ebenen unterstrichen. Wie schon bei der Präsentation der ersten Evaluationsergebnisse deutlich gemacht, kommt aus Sicht der Evaluation der IMAG hier eine entscheidende Bedeutung zu. Die jüngsten Bemühungen der Abteilung 3 über die direkte Abfrage bestehender Fördermöglichkeiten für eingereichte Projekte mit allen an der IMAG beteiligten Ressorts sind daher sehr zu begrüßen.

Kritisch anzumerken ist auch, dass die politische Relevanz des Programms derzeit vergleichsweise schwach einzuschätzen ist. Ausdruck dafür ist der fehlende Beschluss des Landtages zum Programm. Eine tiefere politische Verankerung im Land würde die Akzeptanz sowohl auf Landes– als auch auf kommunaler Ebene erheblich steigern.

Kooperation mit den Kommunen und Programmgebieten

Eine Kooperation mit den Kommunen und Programmgebieten findet vorwiegend zwischen diesen und dem zuständigen Referat der Abteilung 3 „Wohnungswesen und Städtebauförderung“ im MAB statt. Neben persönlichen Gesprächen zwischen den jeweiligen Programmstädten und der Abteilung 3 z.B. zur Weiterentwicklung der integrierten Handlungskonzepte haben mehrere Transferveranstaltungen zum Informationsaustausch zwischen allen beteiligten Kommunen und Programmgebieten und dem Ministerium stattgefunden. Neben Berichten und Diskussionen der Kommunen und des Ministeriums zum Sachstand der Programmumsetzung fand ein Informationstransfer in Form themenspezifi-

scher Referate programmexterner Akteure (Wohnungswirtschaft und Deutsches Institut für Urbanistik) statt. Durch einen Vertreter der Abteilung 5 „Arbeit“ des Ministeriums wurden die bestehenden Möglichkeiten für eine Beantragung und Integration von Fördermitteln der Förderprogramme „Kleinprojekte – Lokales Handeln für Beschäftigung“ und „LOS – Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ vorgestellt. Die Transferveranstaltungen werden seit kurzem auch für eine direkte Erörterung bestehender Möglichkeiten zur Einbindung von Fördermöglichkeiten aus anderen Ressorts genutzt. Die Ergebnisse der IMAG werden auf den Transferveranstaltungen erläutert. Neben diesen Treffen ist das Referat auch bei den sogenannten Netzwerktreffen des Quartiersmanagements vertreten, die einem direkten Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer der Quartiersmanager miteinander dienen. Insgesamt wird die Kooperation zwischen dem zuständigen Referat im MAB durch die beteiligten Kommunen als sehr positiv wahrgenommen.

Hinsichtlich der Außendarstellung des Programms durch das Land ist z.B. mit dem Werkstattbericht „Die Soziale Stadt“ ein erster Schritt vollzogen worden. Um die Ziele und Inhalte des Programms stärker in das (politische) Bewusstsein zu rücken, sollten weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit folgen.

4. Programmumsetzung auf Ebene der Kommunen – Stadtteilprofile

4.1. Greifswald Fleischervorstadt

4.1.1. Ausgangssituation im Stadtteil

Die Fleischervorstadt liegt unmittelbar südlich der Innenstadt von Greifswald. Sie ist eine gründerzeitliche Stadterweiterung mit einer Größe von 68,57 ha, die sich neben ihrer meist älteren Bausubstanz durch ihre günstige Lage zur historischen Innenstadt auszeichnet. Das Programmgebiet grenzt im Südwesten an die Bahnlinie Berlin-Stralsund. Im Osten bildet die Lange Straße inklusive der angrenzenden Bebauung die Grenze.

Entwicklung des Stadtteils

Mit dem Bau des Greifswalder Bahnhofes im Jahr 1863 und der einsetzenden Industrialisierung entwickelte sich die Fleischervorstadt zu einem Wohn- und Industriegebiet. Mit der Vernachlässigung der Bausubstanz gingen in den achtziger Jahren in diesem Gebiet Flächenabrisse einher. Viele der übriggebliebenen Häuser verkehrten in der Folgezeit weiter. Die Baustruktur ist größtenteils in drei- bis viergeschossiger kleinteiliger Blockrandbebauung erstellt.

Zentrale Problemstruktur

Das Hauptproblem der Fleischervorstadt bestand in der Vernachlässigung des Altbaubestandes. Durch diese Vernachlässigung lag die Wohnqualität in der Fleischervorstadt deutlich unter der Wohnqualität anderer Stadtteile, was einen starken Wegzug der Einwohner zur Folge hatte. Eine hohe Fluktuation, große Leerstände (insbesondere im un sanierten Altbau) und eine nur schwach ausgeprägte emotionale Bindung der Bewohner an die Fleischervorstadt sind bis heute kennzeichnend für den Stadtteil, der sich immer mehr zu einem Auffangbecken für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen entwickelte.

Genaue Angaben zum Wohnungsbestand und dem Sanierungsstand liegen nicht vor. Der Leerstand für die Gesamtstadt Greifswald wurde im Jahr 2001 mit 7-8% angegeben. Für die Fleischervorstadt wird ein Leerstand unter dem des gesamtstädtischen Durchschnitts angenommen.

In der Fleischervorstadt wohnten im Jahr 2002 3.083 Personen, die mit Hauptwohnsitz dort gemeldet waren. Diese verteilen sich auf 2.485 Haushalte (Haupt- und Nebenwohnsitz). Die tatsächliche Bevölkerungszahl wird auf 3.500 Personen geschätzt. Diese Zahl bestätigt einen positiven Trend: Nachdem die Bevölkerungszahl über Jahre dramatisch abgenommen hat, scheint die Entwicklung gestoppt bzw. sogar umgekehrt. Eine vorbereitende Untersuchung im Jahr 1991 stellte für Mitte des Jahres 1990 in der Fleischervorstadt 6.014 Einwohner fest. Im Jahr 1992 waren es noch 3.565 Personen. Das bedeutet in zwei Jahren fast eine Halbierung der Einwohnerzahlen. Bis 1998 war die Bevölkerungszahl auf 2.760 gesunken. Das bedeutet einen Bevölkerungsverlust in den Jahren 1992-

1998 von 22,6%. Der prozentuale Verlust liegt deutlich über dem der Gesamtstadt Greifswald. Hier verringerte sich die Bevölkerung im selben Zeitraum von 64.600 auf 55.784, ein Verlust von 13,7%.

Ein weiterer Indikator für die bestehenden Problemlagen in der Fleischvorstadt ist die hohe Arbeitslosigkeit, die allerdings nur in absoluten Zahlen und nicht – wie in den anderen Stadtteilen im Programm Soziale Stadt – in Relation zur erwerbsfähigen Bevölkerung vorliegt. Im Jahr 1999 wurden in der Fleischervorstadt 218 Arbeitslose gezählt, 2000 waren es 248, im Jahr 2001 250 Arbeitslose, wobei in diesem Zeitraum auch die Zahl der Einwohner angestiegen ist. Auch in der Gesamtstadt Greifswald stieg die Zahl der Arbeitslosen in diesem Zeitraum: von 4.956 im Jahr 1999 auf 5.328 im Jahr 2001, ebenfalls bei einem Anstieg der Bevölkerung. Dieser Anstieg der absoluten Anzahl der Arbeitslosen bleibt aber mit 7,5% deutlich unter dem Niveau der Fleischervorstadt mit einem Anstieg von 14,5%.

Der Bestand an Gewerbe wird zum 31.12.2000 mit 143 Betrieben angegeben, das sich hauptsächlich aus kleineren Unternehmen (Handel) zusammensetzt. Dennoch wird die unmittelbare Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs im Integrierten Handlungskonzept insgesamt nicht zufrieden stellend bewertet.

Von Seiten der Bewohner wird kritisiert, dass die „Luxussanierungen“ in zunehmendem Maße die angestammte Bevölkerung aus dem Quartier verdränge und das steigende Mietniveau nicht den Einkommensverhältnissen der Mehrheit der Bewohner entspricht. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen durch private Eigentümer werden mehr und mehr die Grünflächen im Innenhofbereich in Parkflächen umgewandelt, da Wohneigentum meistens in Zusammenhang mit Parkplätzen angeboten werden muss, um für potenzielle Käufer attraktiv zu erscheinen. Mit dieser Entwicklung geht ein Stück der städtebaulichen Qualitäten der Fleischervorstadt verloren.

Hinsichtlich der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes ist eine Aktualisierung der soziodemografischen Daten sowie eine Vereinheitlichung (Arbeitslosenquoten) mit den gesamtstädtischen Daten erforderlich, um eine stärkere Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Ergänzend dazu wären z.B. Zahlen zu den Sozialhilfeempfängern oder Leerständen/Sanierungsstand wünschenswert, um sich ein genaueres Bild zur Situation im Stadtteil verschaffen und den Entwicklungsfortschritt beschreiben zu können.

Potenziale und Anknüpfungspunkte

Die Fleischervorstadt wirkt anziehend wegen ihrer Übersichtlichkeit und ihrer baulichen Variabilität, die – immer noch – durch viele grüne Höfe gekennzeichnet ist, und hebt sich von den eintönig wirkenden Neubaugebieten ab. Mit zunehmendem Sanierungsgrad stellt sich die Bausubstanz als durchaus attraktiv dar. Ein weiteres Plus der Fleischervorstadt ist die Lage. Die Nähe zur Altstadt und zur Universität sind Potenziale für das Entstehen eines intakten und lebendigen Quartiers für Bürger in unterschiedlichen Lebenslagen. Der vermutete, aber nicht durch Zahlen belegte, vermehrte Zuzug junger Familien und Singles, die die Lage sowie die niedrigen Mieten (im unsanierten Altbau) schätzen, verspricht

nicht nur der hohen Fluktuation und den Leerständen entgegenzuwirken, sondern bewirkt auch eine Mischung vieler Bevölkerungsschichten, die bedeutend für die Lebendigkeit und das Selbstverständnis der Fleischervorstadt ist. Von Bewohnerseite wurde geäußert, dass sich durch den Zuzug kulturell interessierter Bevölkerungsgruppen so etwas wie eine „Szene“ herausbildet, die die Fleischervorstadt bereichert.

Insgesamt kann hier ein Viertel entstehen, in dem die Bürger sich als Akteure in einem nachbarschaftlich funktionierenden Gemeinwesen verstehen, aktiv ihre Möglichkeiten zur Mitwirkung nutzen und so einen familienfreundlichen, mit Grün- und Spielplätzen durchzogenen, kulturell geprägten Stadtteil formen.

Demographische und sozialräumliche Merkmale Greifswald Fleischervorstadt

| Greifswald Fleischervorstadt | Stadtteil | | Gesamtstadt | |
|------------------------------------|--|-----------------|--------------------------------------|-----------------|
| | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand |
| Aufnahme in das Programm: 1999 | | | | |
| Größe | 68,57 ha | | | |
| Einwohnerzahl/ Bevölkerungsverlust | 2.760 (1998) | 3.083 (2002) | 55.784 (1998) | 58.569 (2003) |
| Wohnungsleerstand | Der Leerstand für die Gesamtstadt Greifswald wurde im Jahr 2001 mit 7-8% angegeben | | | |
| Eigentümeranteil | Der mehrheitliche Anteil an Wohnungseigentum befindet sich in Privateigentum | | | |
| Anzahl der Arbeitslosen | 218 (1999) | 250 (2001) | 4.956 (1999) | 5.328 (2001) |

4.1.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes

Bereits im Jahr 1991 wurde die Fleischervorstadt zusammen mit der Greifswalder Innenstadt aufgrund der erheblichen baulichen und städtebaulichen Mängel als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Im Zuge der greifenden Sanierungsmaßnahmen und des wachsenden Engagements von privater Seite, die die Fleischervorstadt als attraktiven Wohnstandort für sich entdeckten, nahm die Entwicklung einen positiven Verlauf. Dennoch blieb die Fleischervorstadt im Vergleich zur Innenstadt in der baulichen Entwicklung zurück. Aufgrund dessen fand die Fleischervorstadt 1999 Aufnahme in das Programm „Die Soziale Stadt“. Wesentliches Auswahlkriterium war, dass die Mittel des Programms in einem wohngeprägten Gebiet eingesetzt und nicht in die Innenstadt fließen sollten. Vor diesem Hintergrund und den in der Fleischervorstadt anzutreffenden baulichen und sozialen Problemlagen ist die Auswahl als Programmgebiet sinnvoll und plausibel nachvollziehbar.

Das Grobkonzept des Integrierten Handlungskonzeptes ist durch das Stadtplanungsamt entwickelt worden und zu Beginn der Programmlaufzeit (1999/2000) auf einer Transferveranstaltung des Landes in Schwerin vorgestellt worden. Dieses Konzept setzte erste Schwerpunkte und wurde im Laufe der Zeit ergänzt und präzisiert. Wesentliche Elemente des IHKs fußen auf der Rahmenplanung, die die wesentlichen Ziele und Maßnahmen im Sanierungsgebiet beschreibt. Das vorliegende Integrierte Handlungskonzept wurde durch

den Quartiersmanager in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten des Programmgebietes der Stadt erstellt.

4.1.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure

Für die Umsetzung des Programms sind auf gesamtstädtischer Ebene und auf der Ebene des Stadtteils Organisationsstrukturen aufgebaut worden, die für die strategische Steuerung des Programms verantwortlich sind, die Projekte initiieren und diese begleiten.

Gesamtstädtische Ebene

Die wichtigsten Akteure des Programms sind das **Stadtplanungsamt** der Stadt Greifswald, die **BauBeCon GmbH** sowie die zur Programmumsetzung aufgestellte **Lenkungsgruppe**.

Die BauBeCon fungiert als hoheitlicher Sanierungsträger für die Stadt Greifswald. Aufgrund der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt bei Sanierungsmaßnahmen stehen beide Institutionen in einem engen Kontakt. Die Zusammenarbeit setzt sich bei der Programmumsetzung fort und funktioniert gut.

Mitglieder der Lenkungsgruppe sind der **Quartiersmanager**, ein Vertreter des Stadtplanungsamtes, eine Vertreterin der BauBeCon sowie Vertreter verschiedener **weiterer Ämter (Kultur, Jugend, Soziales)**. Die Besetzung ist nicht festgeschrieben, sondern kann zeitlich begrenzt erweitert werden. Allerdings wurde in der Akteursdiskussion deutlich, dass eine Erweiterung des Gremiums bewusst begrenzt wird, um eine schlanke Struktur und kurze Entscheidungswege zu erhalten. Die Aufgabe der Lenkungsgruppe ist es:

- die inhaltlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Programms sowie die Arbeit des Quartiersmanagers zu setzen,
- die strategische Ausrichtung der Ziele zu bestimmen,
- über den Stand der laufenden und geplanten Projekte zu beraten,
- und über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds, auf Vorlage des Quartiersmanagers zu beraten.

Die Lenkungsgruppe trifft sich einmal im Monat. Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern innerhalb der Lenkungsgruppe wird als positiv geschildert. Von Seiten des Sanierungsträgers wurde betont, dass die Lenkungsgruppe auch ein wichtiges Informationsgremium ist, welches die Zusammenarbeit mit den Beteiligten in der Stadt stärkt. Aus der Sicht der Evaluation ist die Lenkungsgruppe mit den entscheidenden Akteuren besetzt. Kritisch angemerkt werden muss, dass bislang keine Vertretung der Bewohner der Fleischervorstadt in der Lenkungsgruppe stattfindet. Dies ist aus Sicht der Evaluation allerdings notwendig, um dem partizipativen Ansatz des Programms gerecht zu werden. Ein erster praktischer Ansatz wäre hier die Einbindung eines Mitgliedes der bestehenden Arbeitsgruppe (s.u.). Mittelfristig könnte ein Bewohnerbeirat aufgebaut werden, der in die strategische Ausgestaltung des Programms eingebunden wird und über die Verwendung des Verfügungsfonds (mit-)entscheidet.

In der schriftlichen Befragung wird die Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Sanierungsträger durch die befragten Akteure insgesamt als gut bewertet (siehe hierzu wie auch zu den folgenden Verweisen auf die Fragebogenerhebung die zusammenfassende Darstellung im Anhang).

Stadtteilebene

Auf Stadtteilebene ist ein **Quartiersbüro** als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet worden. Das Quartiersmanagement ist mit einer vollen Personalstelle ausgestattet. Der Quartiersmanager hat seine Arbeit zum Mai 2002 aufgenommen. Bei der Besetzungsentscheidung wurde darauf geachtet, dass neben der notwendigen Qualifikation auch ein direkter Bezug zum Programmgebiet besteht. Arbeitgeber des Quartiersmanagers ist der Caritasverband Vorpommern e.V.

Implementationsstruktur Greifswald Fleischervorstadt

| | Organisationsstruktur | Beteiligte |
|--------------------------------|---|--|
| Steuerung (Verwaltung/Politik) | Lenkungsgruppe | Quartiersmanager; Vertreter des Stadtplanungsamtes, der BauBeCon und verschiedener Ämter |
| | Programmsteuerung; Projektsteuerung und Projektkoordination | Stadtplanungsamt der Stadt in Abstimmung mit der BauBeCon (Sanierungsträger) |
| Stadtteilebene | Quartiersbüro/ Quartiersmanager | Angesiedelt beim Caritasverbund Vorpommern |
| | Arbeitsgruppe (vormals vier Arbeitsgruppen) | Bürgerinnen und Bürger |

Die Aufgaben des Quartiersmanagers werden in dem Integrierten Handlungskonzept näher erläutert: „Das Quartiersmanagement ist als ‚Institution‘ zu verankern. Dabei ist Wert auf die drei ‚Säulen‘ zu legen“:

- Vermittlung, einerseits zwischen unterschiedlichen Interessen aber auch von Dienstleistungen.
- Initiierung, von den Stadtteil voranbringenden Aktionen oder ähnlichem.
- Vernetzung, von Gruppen oder Personen, deren Zusammenwirken positive Wirkung zeitigt (Integriertes Handlungskonzept, S. 5, 13).

Von Seiten der Stadt wird die zentrale Aufgabe des Quartiersmanagers darin gesehen, Vernetzungsstrukturen auf allen beteiligten Ebenen zu stärken (Bewohner, Träger, Sanierungsträger, Verwaltung). Die Zusammenarbeit der befragten Stadtteilakteure mit dem Quartiersmanager wird als sehr positiv wahrgenommen. Kritisiert wird, dass die Öffentlichkeitsarbeit zu dem Programm noch deutlich verstärkt werden kann. In der Diskussion mit den Stadtteilbewohnern ist ebenfalls deutlich geworden, dass der Quartiersmanager als Ansprechpartner positiv wahrgenommen wird. Kritisch angemerkt wurde, dass die Probleme durch den Quartiersmanager nur weitergegeben werden können, sich aber (von Seiten der Verwaltung) „zu wenig bewegt“ und die Umsetzung wichtiger Projekte zu lange dauert.

Der Träger des Quartiersbüros ist ebenfalls der Caritasverband für Vorpommern e.V. Das Quartiersbüro wurde im Sommer 2002 eröffnet und ist an zwei Tagen der Woche geöffnet. Das Quartiersbüro ist auch Arbeitsplatz des Quartiersmanagers und dient als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sich zu informieren und Anregungen zu geben. Laut Integriertem Handlungskonzept wird das Quartiersbüro von den Bürgern gerne angenommen.

Politische Einbindung

Insgesamt konzentriert sich das politische Interesse tendenziell eher auf die Entwicklung der Greifswalder Innenstadt. Die Fleischervorstadt rückt vor diesem Hintergrund etwas zurück. Allerdings liegt für das Integrierte Handlungskonzept ein Beschluss der Greifswalder Bürgerschaft vor. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, das Programm in das politische Bewusstsein der Stadt zu rücken und Akzeptanz für die Strategien und Zielsetzungen zu schaffen.

Der **Ortsbeirat**, der die Interessenvertretung in politischen Gremien sicherstellt, wird durch den Quartiersmanager, der als nichtstimmberechtigtes Mitglied an den Sitzungen teilnimmt, über die Entwicklungen in der Fleischervorstadt unterrichtet. Der Austausch wird von beiden Seiten positiv beurteilt. Für eine Intensivierung der Zusammenarbeit wäre eine Einbindung des Ortsbeirates in die Lenkungsgruppe wünschenswert.

Beteiligung der Bevölkerung

Ein wichtiger Baustein zur Beteiligung der Bevölkerung sind Stadtteilkonferenzen. Die Auftaktkonferenz (27.11.2002) stieß auf ein vergleichsweise gutes Echo und war mit 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besetzt. Ziel der ersten Stadtteilkonferenz war die Identifikation von Schwach- und Konfliktpunkten im Stadtteil sowie die Frage, welche Lösungsmöglichkeiten hierfür sinnvoll und machbar sind. Eine zweite Stadtteilkonferenz fand 1,5 Jahre später im Mai 2004 statt. Diese war im Vergleich mit der ersten etwas schwächer besucht. Im Anschluss an die erste Stadtteilkonferenz haben sich vier **Arbeitsgruppen** gebildet:

- Kultur/Kommunikation
- Sauberkeit
- Schule
- Verkehr

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppen wurden verschiedene Vorschläge und Maßnahmen geplant, von denen einige umgesetzt wurden. Beispielsweise wurde in der Arbeitsgruppe Verkehr ein Bordsteinkataster erstellt. Die Stadt hat diese Vorarbeiten aufgegriffen und z.T. an verschiedenen Stellen die Bordsteine abgesenkt. Inzwischen hat das Interesse an den Arbeitsgruppen stark nachgelassen und die vier Arbeitsgruppen sind inzwischen zu einer Gruppe fusioniert, die sich 2-3 Mal pro Jahr trifft. Auch das Interesse an den Stadtteilkonferenzen ist spürbar zurückgegangen. Ein Grund hierfür wird durch die Bewohner selber in den hohen Fluktuationsraten gesehen, die eine Identifikation mit dem Stadtteil

und Engagement für ihn verhindern. Ein weiterer Grund liegt in der Schwierigkeit adäquate Beteiligungsangebote zu entwickeln, was nur z.T. gelungen scheint. Darüber hinaus wurde durch die Bewohner angemerkt, dass die „Wirksamkeit der Teilnahme“ offen ist. Zwar wird die Möglichkeit der Mitsprache positiv beurteilt, gleichzeitig herrscht eine gewisse Skepsis gegenüber den Einflussmöglichkeiten der Bürger.

Für die weitere Umsetzung des Programms wird in der Beteiligung der Bürger ein wichtiger Aspekt gesehen. Hierzu kann einerseits aktivierend (beispielsweise mit einem Stadtteilfrühstück o.ä.) ein niedrigschwelliges Angebot geschaffen werden, um Bürger anzusprechen. Darüber hinaus sollte bei der strategischen Ausgestaltung des Programms nicht auf die Unterstützung der Bürger verzichtet werden. Dies könnte wie bereits angedeutet über die Einbindung in den Lenkungsreis geschehen. Nicht zuletzt sollte die Öffentlichkeitsarbeit zu dem Programm intensiviert werden.

Beteiligung anderer Institutionen im Stadtteil

Grundsätzlich ist ein Interesse verschiedener Institutionen im Stadtteil am Programm und an der Arbeit des Quartiersmanagers festzustellen. Ein sehr positives Beispiel stellt die Arndt-Schule dar, zu der ein sehr enges Verhältnis besteht. Aus diesem Kontakt ist beispielsweise die Zusammenarbeit bei der Stadtteilzeitung erwachsen. Ein sehr guter Kontakt herrscht auch zum Koeppen Haus, einem der zentralen Projekte des Programms. So werden beispielsweise durch das Koeppen Haus Räumlichkeiten für die Stadtteilkonferenz zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass eine Vielzahl weiterer sozialer Träger im Stadtteil aktiv sind. Weitere Bemühungen diese stärker zu vernetzen und in die Stadtteilarbeit zu integrieren stellen ein erhebliches Potenzial für die weitere Entwicklung des Stadtteils dar.

4.1.4. Ziele

Verfahren und Stand der Zielentwicklung

Die Basis für die Zielsetzungen des Programms wurde bereits mit der Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet gelegt. Diese Ziele konzentrieren sich auf die bauliche Erneuerung des Gebäudebestandes, die Straßenanlagen und die Aufwertung der Grünflächen. Im Programm Stadtumbau Ost wird das Programmgebiet als Erhaltungsgebiet geführt. Es fließen allerdings keine weiteren Fördermittel aus dem Programm in den Stadtteil. Die bestehenden Zielsetzungen wurden in das Integrierte Handlungskonzept aufgenommen. Das Integrierte Handlungskonzept ist durch den Quartiersmanager in Zusammenarbeit mit dem Gebietsbeauftragten der Stadt erarbeitet worden. Das IHK konzentriert sich als Ergänzung zur Rahmenplanung stärker auf die sozialen und kulturellen Ziele des Erneuerungsprozesses. Formuliert werden sehr globale Ziele, die eher den Charakter eines Leitbildes haben:

- Ein Stadtteil der Bürger
- Ein Stadtteil der Generationen

- Ein Stadtteil für Familien
- Ein Stadtteil mit Kultur (Integriertes Handlungskonzept, S. 10)

Diese werden z.T. durch Unterziele konkretisiert. Unter dem Ziel „Stadtteil für Bürger“ wird eine Stärkung der Mitsprache der ansässigen Bürgerinnen und Bürger verstanden. Der „Stadtteil der Generationen“ soll die gegenseitige Wahrnehmung der Generationen verbessern. In Bezug auf die Familienfreundlichkeit werden keine weiteren Ziele formuliert, sondern Maßnahmen angesprochen, die der Familienfreundlichkeit dienen. Der „Stadtteil mit Kultur“ beschreibt die einsetzende kulturelle Aufwertung der Fleischervorstadt und setzt sich zum Ziel, diese weiter zu verstärken und die bereits bestehenden kulturellen Einrichtungen zu vernetzen und eine gemeinsame Außendarstellung zu initiieren.

Unter diesen Zielsetzungen werden insgesamt acht „Maßnahmengruppen“ gefasst, die der Realisierung der formulierten Ziele dienen sollen:

- Vorbereitung, Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit
- Quartiersmanagement
- Verbesserung der Wohnverhältnisse
- Lokale Wirtschaft, Beschäftigung und Qualifizierung
- Sozialgruppen, Randgruppen, Kinder und Jugendliche, Senioren
- Wohnumfeld, Ökologie, Verkehr und Sicherheit
- Quartiersstruktur und öffentliche Räume
- Kulturelle und freizeitbezogene Infrastruktur
- Monitoring, Nachhaltigkeit und Übertragung der Ergebnisse (Integriertes Handlungskonzept, S. 12)

Diese Maßnahmengruppen werden im IHK weiter erläutert. In den Erläuterungen sind dann z.T. weitere Zielsetzungen enthalten, konkrete Maßnahmen oder Akteure benannt, die in dieser Maßnahmengruppe angesprochen werden sollen.

Zum Prozess der Zielentwicklung ist zu sagen, dass die Grundzüge bereits in der Rahmenplanung durch die Stadtverwaltung festgezurr wurden. Über eine Zusammenkunft mit sozialen Trägern aus dem Stadtteil hat eine Beteiligung anderer Akteure bei der Zielentwicklung stattgefunden. Ebenso sind die Ziele des Programms auf einer Stadtteilkonferenz vorgestellt worden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die formulierten Ziele die Probleme und vor allem die Potenziale des Stadtteils angemessen aufgreifen. Diese Einschätzung wird auch durch die befragten Stadtteilakteure bestätigt. Insbesondere die Profilierung als Kulturstadtteil und die damit einhergehende Förderung lassen hoffen, dass sich die Fleischervorstadt weiter als attraktiver Kulturstandort etabliert und damit auch eine wichtige Funktion für die Gesamtstadt übernimmt. Kritisch angemerkt werden muss, dass die Darstellung der Ziele,

Maßnahmengruppen und Projekte im IHK vergleichsweise unsystematisch ist. So fehlt z.B. die Zuordnung zwischen den Maßnahmengruppen und den Zielsetzungen. Hier wäre eine straffere Systematik einschließlich einer Zuordnung der entsprechenden Projekte wünschenswert, um so eine stärkere Transparenz nach außen zu schaffen und gleichzeitig die eigene Arbeit zu überprüfen.

Stadtteilmonitoring/ Erfolgskontrolle

Das IHK geht auch auf das Thema Evaluierung bzw. Monitoring des Programms ein. Neben der Diskussion, dass eine Notwendigkeit besteht, die laufenden Veränderungen zu erfassen, werden vier Indikatoren genannt, anhand derer eine Evaluation erfolgen sollte. Diese lauten:

- Mitgestaltung
- Kinderfreundlichkeit
- Kultur
- Zusammenleben der Generationen

Diese Indikatoren sind allerdings keine Indikatoren im engeren Sinne, sondern eher Themenfelder. Zu diesen Themenfeldern werden ergänzend Fragen formuliert, anhand derer sich eine Evaluation anlehnen könnte. Für die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes wären zu diesem Themenfeld präzisere Aussagen wünschenswert. Sinnvoll wären beispielsweise umfangreichere und aktuelle Daten für ein Monitoring der laufenden baulichen und sozialen Prozesse.

4.1.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen

Im Integrierten Handlungskonzept werden insgesamt elf Projekte (einschließlich des Quartiersmanagements) aufgeführt, die aus den Mitteln der Sozialen Stadt finanziert wurden. Eine Zuordnung zu den einzelnen Maßnahmengruppen findet nicht statt.

Die drei zentralen baulichen Projekte des Programms sind das **Literaturzentrum Vorpommern, der Kindergarten St. Nikolai und das IKUWO** (Internationales Kultur Wohnprojekt). Diese drei Projekte binden über 80% der bisherigen Fördersumme.

Mit dem Literaturzentrum und dem IKUWO sind zwei neue Einrichtungen im Stadtteil etabliert worden, die zu einer Verbesserung der kulturellen Infrastruktur beigetragen haben. Das Literaturzentrum ist auf Initiative des Schriftstellers Günther Grass entstanden und mit der maßgeblichen Unterstützung des Bundeskanzleramtes gefördert und durch die Mittel der Sozialen Stadt kofinanziert worden. Das Literaturzentrum wird heute durch den Verein Internationales Kulturaustausch-Zentrum (IKAZ) getragen. Das Literaturzentrum, welches im Geburtshaus des Schriftstellers Wolfgang Koppen seinen Sitz hat, beherbergt das Koeppen-Archiv sowie Begegnungs- und Ausstellungsräume. Mit dem Koeppen Haus konnte ein erheblicher Imagegewinn für die Fleischervorstadt erzielt werden. Darüber hinaus trägt es mit seinem Programm nicht nur zur kulturellen Aufwertung des Stadtteils

sondern auch z.B. über die Russischen Kulturtage zur besseren Integration russischsprachiger Bürger bei.

Das IKUWO ist fast ausschließlich aus den Mitteln der Sozialen Stadt gefördert worden. Ergänzend dazu konnte Eigenleistungen der Nutzer mit eingebracht werden. Mit dem IKUWO wird das Ziel verfolgt, Raum für Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und nationalen Hintergründen zusammenzubringen, die zusammen unter einem Dach leben. Darüber hinaus finden im IKUWO eine Reihe kultureller Veranstaltungen statt.

Der Bau des Kindergartens St. Nikolai ist mit einem erheblichen Eigenanteil des Kindergartens (40%) gebaut worden. Neben dem Kindergarten wird durch den Kinderspielplatz in der Erich-Böhmke-Straße das Ziel verfolgt, den Stadtteil kinderfreundlich und familiengerecht zu gestalten. Der Bau des Kinderspielplatzes wurde maßgeblich von Eltern aus dem Stadtteil unterstützt.

Das Quartiersmanagement wird neben den Mitteln aus der Sozialen Stadt mit Mitteln der Strukturanpassungsmaßnahmen getragen. Das Quartiersmanagement wird voraussichtlich bis 2005 finanziert.

Projekte des Verfügungsfonds

Über die Nutzung des Verfügungsfonds entscheidet die Lenkungsgruppe. Die Projektanträge werden an den Quartiersmanager gerichtet, der die Antragsteller berät. Nachdem der Fonds erstmals im Jahr 2001 aufgelegt wurde, ist die Nutzung inzwischen sehr rege. Nachdem im ersten Jahr lediglich ein Projekt gefördert wurde konnten im Jahr 2003 13 Projekte unterstützt werden, die das Gesamtvolumen fast vollständig ausschöpften. Die Maßnahmen, die aus den Mitteln gefördert wurden, dienten schwerpunktmäßig der Aktivierung der Bevölkerung über Feste. Ein weiterer Schwerpunkt war die Unterstützung kultureller Projekte und Veranstaltungen (Russische Kulturtage, Skulpturenwerkstatt).

Verknüpfung mit weiteren Fördermitteln

Mit der Ausweisung als Sanierungsgebiet und der damit verbundenen Städtebauförderung sind in die Fleischervorstadt seit 1991 erhebliche finanzielle Mittel geflossen, die einen wesentlichen Beitrag zur baulichen und sozialen Erneuerung geleistet haben. Im Programm Stadtumbau Ost wird das Programmgebiet als Erhaltungsgebiet aufgeführt. Es fließen allerdings keine weiteren Fördermittel aus dem Stadtumbau Ost in den Stadtteil. Nicht zuletzt tragen die erheblichen privaten Investitionen einen wichtigen Beitrag zum Erneuerungsprozess bei.

Positiv zu bewerten ist, dass bei einigen (z.T. geplanten) Maßnahmen Ansätze für strategische Verknüpfungen des Programms Soziale Stadt mit anderen Programmen zu erkennen sind. Beispiele hierfür sind die Einbindungen von E+C-Mitteln (Kletterwand, Spielplatz Wall), die Mittel des Bundeskanzleramtes (Literaturzentrum Vorpommern) oder die Pommerania Mittel der EU (Schulhof der Arndtstraße).

4.1.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen

Die Auswahl der Fleischervorstadt als Programmgebiet der Sozialen Stadt ist plausibel aufgrund der nach wie vor bestehenden sozialen und baulichen Problemlagen. Notwendig ist, dass das Monitoring für den Stadtteil ausgebaut wird, um die sozialen Veränderungen besser beschreiben zu können und daraus mögliche Handlungsbedarfe abzuleiten.

In der Lenkungsgruppe als zentralem Gremium der Umsetzung werden mit dem Quartiersmanager, dem Vertreter des Stadtplanungsamtes, der Vertreterin der BauBeCon sowie Vertretern verschiedener Ämter (Kultur, Jugend, Soziales) die wesentlichen Akteure versammelt. In dieser Zusammensetzung gelingt es, sowohl wichtige Akteure einzubinden als auch schlank und handlungsfähig zu bleiben. Perspektivisch wäre es wünschenswert eine interessierte Person aus dem Kreis der Bewohnerschaft in das Gremium mit einzu beziehen bzw. einen Bewohnerbeirat aufzubauen, um das partizipative Element zu stärken.

Auf der Stadtteilebene ist es gelungen ein Quartiersmanagement zu etablieren. Die Tätigkeit des Quartiersmanagers trägt zur Aktivierung der Bewohner bei. Gleichzeitig wird er als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sowie bei befragten Einrichtungen im Stadtteil sehr positiv wahrgenommen. Diese in noch stärkerem Maß zu motivieren und in die Entwicklung einzubeziehen wird eine der wesentlichen Herausforderungen bei der weiteren Programmumsetzung sein.

Gleiches gilt für die Einbindung und Vernetzung der sozialen und kulturellen Einrichtungen im Stadtteil. Hier sind gute Ansätze mit der Einbindung der Arndtschule und dem Koeppen Haus gemacht. Zahlreiche weitere Institutionen können aber noch mit in das Boot geholt und vernetzt werden. Dafür ist es erforderlich, dass die Arbeit des Quartiersmanagers über einen längeren Zeitraum fortgeführt wird, um so auch eine Vertrauensbasis bei den Bewohner und anderen Institutionen herzustellen.

Hinsichtlich der Zielsetzungen ist anzumerken, dass sie die lokalen Probleme und Potentiale angemessen aufgreifen. Besonders aussichtsreich scheint das Ziel, die Fleischervorstadt als Kulturstadtteil zu etablieren und damit stärker in das Bewusstsein der gesamten städtischen Bevölkerung zu rücken. Wie bereits angemerkt, ist die Darstellung der Ziele, Maßnahmengruppen und Projekte im IHK vergleichsweise unsystematisch. Die Zuordnung zwischen den Maßnahmengruppen und den Zielsetzungen wird nicht deutlich. Hier wäre eine klare Systematik einschließlich einer Zuordnung der entsprechenden Projekte wünschenswert. Bei der Fortschreibung des IHK sollte darauf geachtet werden, dass Ziele formuliert werden, die Aussagen darüber treffen, welche Ergebnisse innerhalb eines bestimmten Zeitraums mit den Maßnahmen und Projekten erzielt werden sollen.

Bezüglich der bislang absolvierten Projekte und Maßnahmen ist festzustellen, dass sie sich an den formulierten Zielen orientieren. Einen Schwerpunkt der Arbeit und auch der finanziellen Ausgaben bilden das Literaturzentrum Vorpommern und das IKUWO mit dem Ziel der Stärkung der gesamtstädtischen Funktion des Stadtteils als Kulturstandort. Die

Etablierung eines Programmkinos im Stadtteil als weiterer Baustein für die Entwicklung wäre sehr sinnvoll. Neben diesen baulichen Maßnahmen sollte gerade im kulturellen Bereich eine stärkere Vernetzung der Stadtteil- und städtischen Akteure erreicht werden um so Synergien zu nutzen. Weiterhin sind die Investitionen in die Kultur sowie die Maßnahmen für die Schaffung eines familienfreundlichen Stadtteils positiv hervorzuheben. Die Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und eine entsprechende Infrastruktur sind ein wichtiger „Standortfaktor“ für die Wahl des Wohnstandortes von Familien. Mit diesen Maßnahmen kann der Stadtteil familienfreundlicher gestaltet und damit auch ein Generationenmix erreicht werden.

4.2. Neubrandenburg Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt

4.2.1. Ausgangssituation im Stadtteil

Das Programmgebiet Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt ist räumlich eingebettet in das Fördergebiet Nordstadt der europäischen Gemeinschaftsinitiative URBAN II. Das 78,6 ha umfassende Gebiet liegt nördlich der Innenstadt Neubrandenburgs, wird aber von dieser durch den Bahnhof und Gleisanlagen räumlich getrennt. Westlich grenzt mit dem Vogelviertel ein weiteres Wohngebiet an. Östlich und nördlich grenzen Gewerbegebiete und Industriebereiche an den Stadtteil an. Das Programmgebiet selber ist geprägt durch sehr heterogene städtebauliche Strukturen und Nutzungen.

Entwicklung des Stadtteils

Der Stadtteil entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Anschluss der Stadt Neubrandenburg an das Eisenbahnnetz in Form erster Gewerbegebiete und Wohnbebauungen. Heute noch prägend sind die im Rahmen der „Mecklenburger Heimstätten“ in den 1920er und 1930er Jahren entstandenen Bebauungsergänzungen im Gartenstadtstil, mit einem hohen Anteil an privatem Wohneigentum. In den 1970er und 1980er Jahren erfolgte eine intensive Nachverdichtung im östlichen Bereich des Programmgebietes mit vier- bis sechsgeschossigen Plattenbauten und neuen Einzelhandelseinrichtungen, die zu starken Gegensätzen in der Bebauungsstruktur führten. Dies gilt in extremer Form für die sechsgeschossigen WBS 70 Blöcke, die in unmittelbarer Nähe zu bestehenden eingeschossigen Gebäudestrukturen in Backsteinbauweise erstellt wurden.

Zentrale Problemstruktur

Die städtebaulichen Strukturen sind in der Ihlenfelder Vorstadt sehr gemischt und führen dazu, dass sich kleinräumig Bereiche mit stabilen Strukturen und Wohnbereiche mit hohen baulichen und sozialen Problemlagen abwechseln. Dies gilt im Besonderen für die in Geschossbauweise nachverdichteten Wohnbereiche. Die Betrachtung der stadtteilbezogen vorliegenden Indikatoren „relativiert“ diese sehr kleinräumigen Problemlagen, die in großen Teilen des Stadtteils nicht vorhanden sind.

Im Zeitraum zwischen 1992 und 2000 hat die Ihlenfelder Vorstadt¹ mehr als ein Viertel ihrer Einwohner verloren. Obwohl auch gesamtstädtisch Einwohnerverluste zu verzeichnen sind, fielen diese für denselben Zeitraum mit 16,4% geringer aus. Seit der Aufnahme in das Programm Soziale Stadt hat sich die Einwohnerentwicklung im Stadtteil stabilisiert und für das Jahr 2002 liegt die noch verzeichnete Abnahme unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Andere städtische Teilbereiche wie der Datzeberg und Monckeshof zeigen hier eine deutlich problematischere Entwicklung. Eine nähere Betrachtung zeigt, dass v.a.

¹ Das Programmgebiet stimmt nicht genau mit dem Stadtgebietsteil „Ihlenfelder Vorstadt“ überein, der als Basis der statistischen Erhebungen dient. Ca. 10% des Programmgebietes liegen im Stadtgebietsteil Vogelviertel.

Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter den Stadtteil verlassen haben, wohingegen in allen anderen Bevölkerungsgruppen im Zeitraum von 2000 bis 2002 ein Anstieg zu verzeichnen ist. Die Bevölkerungsentwicklung manifestiert sich auch in der Entwicklung der Leerstandsquote im Stadtteil, die schon im Zeitraum zwischen 1995 und 2000 stark angestiegen war und sich bis zum Jahr 2002 weiter auf 10,3% erhöht hat.

Sozio-ökonomische Problemlagen im Stadtteil drücken sich u.a. durch den vergleichsweise hohen Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (16,09% im Vergleich zu 14,56% auf Ebene der Gesamtstadt im Jahr 2000) und die vergleichsweise hohe Quote der Sozialhilfeempfänger aus.

Besondere Bedeutung für die Ihlenfelder Vorstadt und die umgebenen Bereiche des Industrieviertels hat die ökonomische Entwicklung und hieran eng gekoppelt die Entwicklung der Arbeitsplätze. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2002 sind mit dem Verlust von 345 der 1.745 Arbeitsplätze fast 20% weggefallen. Diese Entwicklung zeigt sich in ähnlicher Weise für das die Ihlenfelder Vorstadt einschließende gesamte Industrieviertel.

Die genannten Erhebungen sind auch Ausdruck sehr spezifischer baulicher und städtebaulicher Problemlagen im Stadtteil. Wie schon erwähnt, ist die teilweise sehr dichte Aufeinanderfolge unterschiedlicher Gebäude-, Siedlungs- und Nutzungsstrukturen ein großes Problem im Stadtteil. Die gerade in Teilbereichen hohe bauliche Dichte führt zu einem Mangel an öffentlichen und halböffentlichen Grün- und Freiflächen im Gebiet. Die angrenzenden und im Gebiet liegenden Gewerbe-, Industrie- und Einzelhandelsbereiche führen zu einer in Teilen hohen Verkehrsbelastung und zu weiteren Nutzungskonflikten z.B. durch Lärmentwicklung. Trotz der räumlichen Nähe bestehen aufgrund der Gleisanlagen schlechte Zugangsmöglichkeiten zur Innenstadt und zu den landschaftlich attraktiven Arealen im Süden der Stadt sowie zum Burgholz, einem östlich angrenzenden Landschaftsschutzgebiet.

Potenziale und Anknüpfungspunkte

In großen Bereichen des Stadtteils bestehen stabile bauliche und soziale Strukturen mit z.T. hohen Anteilen an Einzeleigentümern. Eine entscheidende Frage für die weitere Gebietsentwicklung ist daher der Umgang mit den im Zuge der Nachverdichtung entstandenen Plattenbauten. Wenn es gelingt, die im ISEK formulierte Wiederherstellung der einstmals das Gebiet prägenden städtebaulichen Struktur zu erreichen, hat das Gebiet gute Potenziale sich langfristig positiv zu entwickeln. Das ISEK sieht hier einen massiven Rückbau von über 1.000 Wohneinheiten (bei einem Gesamtbestand von 1.814 WE) und einen darauf folgenden Neubau von ca. 120 WE vor.

Die Ausstattung mit Kindertagesstätten im Programmgebiet ist ausreichend und könnte mit der vorhandenen Grundschule und einem Gymnasium ein Zuzugsgrund für junge Familien sein. Das ISEK spricht von der Ihlenfelder Vorstadt als einem „Stadtteil der kurzen Wege“ bedingt durch die (noch) gute Versorgungslage im Stadtteil und die Nähe zur Innenstadt. Daher könne die Ihlenfelder Vorstadt sich zu einem Wohnstandort gerade für ältere Menschen entwickeln. Kurze Wege bestehen auch zu den trotz massiver Rückgän-

ge in den letzten Jahren immer noch vorhandenen Arbeitsplätzen und die bestehenden Gewerbe- und Einzelhandelsflächen können ein Anknüpfungspunkt für neue ökonomische Entwicklungen sein. Die zahlreichen sozialen Einrichtungen sind sicherlich als ein Potenzial zu sehen – gerade vor dem Hintergrund des Aufbaus lokaler Vernetzungsstrukturen – sie weisen aber auch auf die bestehenden Problemlagen im Stadtteil hin.

Demographische und sozialräumliche Merkmale

| Neubrandenburg Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt | Stadtteil | | Gesamtstadt | |
|--|---|-----------------|---|-----------------|
| | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand |
| Aufnahme in das Programm: 2000 | | | | |
| Größe | 78,6 ha | | 8.600 ha | |
| Einwohnerzahl | 5.639 * | 5.887*** | 73.318* | 70.24*** |
| Bevölkerungsentwicklung | -5,4% | | -4,2% | |
| Zahl der Wohnungen | 2.927** (1814 in Plattenbauweise) | | | |
| Durchschnittliche Wohnfläche pro Person | | | | |
| Wohnungsleerstand | 8%* | 10,3%*** | 5,8%* | 6,1%*** |
| Eigentümeranteil | | | | |
| Anteil der 65-jährigen und älter | 847* | 936*** | | |
| Anteil der 25-65jährigen | 3.600* | 3.482*** | | |
| Anteil der 15-25 jährigen | 866* | 872*** | | |
| Anteil ausländischer Bevölke- rung | | | 1,3%* | 1,5%*** |
| Arbeitslosenquote (Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung 15-65 Jahre) | 16,09%* | 16,11%*** | 14,56%* | 16,00%*** |
| Anteil der Sozialhilfeempfän- ger (je 1000 Einwohner) | 77* | | 57* | |

* Bezugsjahr 2000; ** Bezugsjahr 2001; ***Bezugsjahr 2002; ****Bezugsjahr 2003;

4.2.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes

Für das Programmjahr 1999 wurde zunächst die Altstadt Neubrandenburgs in das Programm Soziale Stadt aufgenommen. Auf Bitte des zuständigen Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung und der Interministeriellen Arbeitsgruppe wurde die Entscheidung auf dem Hintergrund der Sozialdaten der Stadtgebiete noch einmal überprüft und daraufhin ein Gebietswechsel von der Altstadt zur Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt vollzogen. Die Auswahl der Ihlenfelder Vorstadt kann aus Sicht der Evaluation unterstützt werden. Das Programmgebiet bietet die Chance an bestehenden Potenzialen anzuknüp-

fen und als langfristig gesicherter Wohnstandort nachhaltige Wirkungen zu erzielen². Bei einer alleinigen Betrachtung der bestehenden Problemlagen wäre jedoch die Auswahl eines anderen Stadtbereichs, z.B. des Datzebergs, plausibel gewesen wäre.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Auswahl der Ihlenfelder Vorstadt war das URBAN II-Programm Nordstadt, welches mit einem der Sozialen Stadt programmatisch ähnlichen Ansatz für den Programmzeitraum 2000 – 2006 durchgeführt wird und inkl. der Ihlenfelder Vorstadt eine Gesamtfläche von 887 ha umfasst. Durch das URBAN II-Programm der Europäischen Union stehen für den Programmzeitraum Fördermittel von insgesamt 19,84 Millionen € für die Umsetzung von Projekten in der Nordstadt zur Verfügung. Die Fördermittel der Sozialen Stadt sollen zur Kofinanzierung des URBAN II-Programms und zur Realisierung von Projekten genutzt werden, die aufgrund der Fördervoraussetzungen des URBAN II-Programms über dieses nicht förderfähig sind. Die Programmverantwortlichen haben die Größe des Programmgebietes Soziale Stadt bewusst begrenzt um so über einen konzentrierten Fördermitteleinsatz neue Entwicklungen anzustoßen.

Zum August 2003 wurde durch das Wirtschaftsinstitut für Marktforschung, Evaluation und Strukturentwicklung (WIMES) ein Integriertes Handlungskonzept (IHK) für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt im Programmgebiet Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt vorgelegt. Dieses wurde in Zusammenarbeit mit der BIG-Städtebau Mecklenburg-Vorpommern GmbH und dem damaligen Amt für Bauverwaltung und Wohnungswesen³ erstellt. Das Integrierte Handlungskonzept orientiert sich an den für das URBAN II-Programm aufgestellten Planungen. Eine Einbindung von Stadtteilakteuren ist zwar laut Aussage der verantwortlichen Akteure bei der Aufstellung des URBAN II-Programms z.B. in Form von Bürgerveranstaltungen erfolgt, aber nicht bei der Aufstellung des Integrierten Handlungskonzeptes für das Programm Soziale Stadt.

4.2.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure

Die Umsetzung des Programms Soziale Stadt greift die Strukturen des URBAN II-Programms auf. Dieses Verfahren ist grundsätzlich sinnvoll, dennoch wurde im Rahmen der Zwischenevaluation des Programms Soziale Stadt deutlich, dass die eingerichteten Strukturen alleine nicht ausreichend sind um eine erfolgreiche Umsetzung des Programms Soziale Stadt zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für die Vernetzung und Kooperation mit den Akteuren und Bewohnern innerhalb des Stadtteils. Da durch die Programmverantwortlichen keine ausreichende Zahl an Adressen für die Durchführung und

² Dennoch wäre unserer Ansicht nach über eine Erweiterung des Programmgebiets nachzudenken. Weitere Erläuterungen hierzu unter „Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen“.

³ Im Zuge einer Verwaltungsreform haben sich die Bezeichnungen der beteiligten Ämter und Abteilungen inzwischen geändert. Die Abteilung Stadtgestaltung des Fachbereichs Stadtentwicklung ist nun federführend für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt zuständig. Im Folgenden werden die zum Zeitpunkt der Berichtserstellung gültigen Ämterbezeichnungen verwendet.

Auswertung der Fragebogenerhebung zur Verfügung gestellt werden konnten, die Durchführung der vorgesehenen Bewohnerdiskussion aufgrund bislang fehlender Strukturen (Quartiersmanagement) nicht gelang und auch bei der Gruppendiskussion mit Programmakteuren wesentliche städtische Ämter nicht anwesend waren, fehlen für die Bewertung des Programms in der Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt wichtige empirische Bausteine, die bei allen anderen Programmstadtteilen zur Verfügung standen.

Die beiden wichtigsten Akteure zur Programmumsetzung sind die BIG-Städtebau als von der Stadt Neubrandenburg mit der Programmentwicklung und -koordination sowohl des UBRAN II-Programms als auch des Programms Soziale Stadt beauftragtem Treuhänder und das städtische Amt für Bauverwaltung und Wohnungswesen. Im Integrierten Handlungskonzept wird eine Lenkungsgruppe zur Koordinierung der Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) mit Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Ämter, den Geschäftsführern der beiden größten Wohnungsunternehmen und der Stadtwerke aufgeführt. Die hier getroffenen Festlegungen von Prioritäten und Entscheidungen haben auch einen Einfluss auf das Programm Soziale Stadt. Daneben beschreibt das IHK eine Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“ mit Vertretern weiterer Ämter, der BIG-Städtebau Mecklenburg-Vorpommern GmbH, der Wohnungsunternehmen, lokaler Akteure, mit Bewohnervertretern, dem geplanten Quartiersmanagement und dem Arbeitsamt. Diese Arbeitsgruppe war im April 2004 noch nicht existent, wie durch die Teilnehmer der Akteursgruppendiskussion angemerkt wurde.

Bislang existieren damit noch keine spezifischen Strukturen für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt. Das Fehlen dieser Strukturen zeigt sich auch darin, dass bislang kaum Kontakte zu den Akteuren im Stadtteil bestehen und diese sich – sofern sie im Rahmen der Zwischenevaluation erreicht werden konnten – schlecht informiert und beteiligt fühlten. Ein Beispiel für die bislang auch auf Verwaltungsebene unzureichende Abstimmung ist die Tatsache, dass es bis zum Zeitpunkt der Berichtserstellung keine Abstimmung zwischen der lokalen Koordinierungsstelle zur Vergabe der LOS-Mittel und dem Amt für Bauverwaltung und Wohnungswesen oder der BIG-Städtebau gab. Geeignete Strukturen – wie sie in den anderen Programmgebieten vorhanden sind – sollten auch in Neubrandenburg unverzüglich aufgebaut werden. Eine Arbeitsgruppe Soziale Stadt, wie sie im IHK beschrieben wird, könnte ein geeignetes Gremium sein.

Der Blick in die anderen Programmgebiete zeigt, dass der Aufbau eines Quartiersmanagements eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau von Vernetzungsstrukturen mit den lokalen Akteuren und den Bewohnerinnen und Bewohnern ist. Die im IHK für Ende 2003 angekündigte Einsetzung eines Quartiersmanagements ist lt. Aussage der BIG-Städtebau in Kürze geplant und soll extern vergeben werden. An den Aufbau des Quartiersmanagements soll auch die zukünftige Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds geknüpft werden. Bislang ist eine Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner nur projektbezogen erfolgt.

4.2.4. Ziele

Verfahren und Stand der Zielentwicklung

Die für die Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt aufgestellten Ziele orientieren sich an den Zielen des URBAN II-Programms für die Nordstadt. Gleichlautend mit dem URBAN II-Programm ist das Leitziel die „Verringerung des städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsrückstandes durch Stärkung der endogenen Potenziale“. Um dieses Ziel zu erreichen werden drei Schwerpunkte definiert: „Soziale Qualitäten“, „Stadträumliche Qualitäten und Umwelt“ und „Stärkung Wirtschaft und Beschäftigung“. Diese sind wiederum weitestgehend deckungsgleich mit den Schwerpunkten des URBAN II-Programms. Die einzelnen Schwerpunkte werden durch formulierte Teilziele ergänzt.

Das Zielsystem soll sich den verändernden Problemlagen und Potenzialen anpassen und durch die Fortschreibung des IHKs hierauf reagieren. Wie auch die in anderen Stadtteilen durch WIMES erstellten Zielsysteme macht das Zielsystem einen plausiblen Eindruck und reagiert auf die bestehenden Problemlagen und Potenziale. Bei näherer Betrachtung ist für eine Weiterentwicklung zu überlegen, die im IHK betonte „Verbesserung des Gebietsimages“ auch in das Zielsystem zu integrieren und den Aspekt der Beteiligung der Bewohnerinnen stärker zu betonen. Hier könnte es sinnvoll sein einen weiteren Schwerpunkt zu definieren, der dann u.a. auch die mit dem geplanten Quartiersmanagement verfolgten Ziele zusammenfasst.

Eine Einbindung lokaler Akteure und der Bewohnerinnen und Bewohner bei der Aufstellung der Ziele des Programms Soziale Stadt hat nicht stattgefunden. Inwieweit bei der Entwicklung der Ziele des URBAN II-Programms eine Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern und lokaler Akteure erfolgt ist, kann nicht abschließend beurteilt werden.

Schwerpunkte und Ziele in der Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt

| Leitziel | Schwerpunkte | Ziele |
|---|---------------------------------------|--|
| Verringerung des städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsrückstandes durch Stärkung der endogenen Potenziale | Soziale Qualitäten | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Sport-, Spiel- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ▪ Schaffung von sozialen Netzen und Begegnungsorten ▪ Vermeidung und Prävention sozialer Ausgrenzung |
| | Stadträumliche Qualitäten und Umwelt | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Erreichbarkeit des Gebietes ▪ Verbesserung der Straßenoberflächen ▪ Stabilisierung der Erholungsräume und der Freiflächen ▪ Stabilisierung des lokalen Wohnungsmarktes |
| | Stärkung Wirtschaft und Beschäftigung | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung von Flächenpotenzialen ▪ Förderung für ansässige Unternehmen ▪ Existenzgründungsförderung, insbesondere für Frauen und Jugendliche ▪ Quartiersmanagement |

Stadtteilmonitoring/ Erfolgskontrolle

Mit der Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes erfolgte ein erstes Monitoring des Programmgebiets. Da das Programmgebiet nicht mit den bislang bestehenden statistischen Erhebungsebenen übereinstimmt, lagen häufig nur übergreifende Daten z.B. für das Industrieviertel oder das URBAN II Gebiet Nordstadt vor. Momentan wird der Aufbau eines programmgebietspezifischen und auf jährlichen Erhebungen basierenden Monitorings geplant. Im IHK sind zudem 14 weitere Maßnahme- und projektbezogene Hauptindikatoren aufgestellt worden, die jedoch bislang noch nicht systematisch erhoben wurden.

4.2.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung der bisherigen Veränderungen

Bislang konnten erst wenige Projekte in der Ihlenfelder Vorstadt aus Mitteln der Sozialen Stadt gefördert werden. Als ein Grund wird durch die BIG-Städtebau die enge Verzahnung mit dem URBAN II-Programm und die hier bei der Entwicklung von Projekten auftretenden Verzögerungen genannt.

Schwerpunkt „Soziale Qualitäten“

Seit Februar 2004 ist die **Förderrichtlinie Soziale Träger** in Kraft getreten. Dieses Projekt wird aus Mitteln des URBAN II-Programms (150.000 €) und der Sozialen Stadt finanziert (50.000 €). Soziale Träger im URBAN II-Programmgebiet Nordstadt können über diese Förderrichtlinie Zuschüsse für Sachkosten in Höhe von jeweils maximal 5.000 € einreichen. Die Abwicklung dieses Projektes erfolgt durch die Stabsstelle Senioren- und Sozialplanung der Stadt Neubrandenburg in Zusammenarbeit mit der BIG-Städtebau. Weitere 80.000 € (20.000 € Soziale Stadt-Mittel und 60.000 € URBAN II-Mittel) stehen im Jahr 2004 für die **Förderrichtlinie Anti-Graffiti** zur Verfügung. Momentan beginnt der aus Mitteln der Sozialen Stadt finanzierte Umbau des **Begegnungszentrums St. Michael**. Das Begegnungszentrum liegt außerhalb des Programmgebietes und soll die Möglichkeiten der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Zukunft verbessern.

Angrenzend an das Programmgebiet ist aus Mitteln des URBAN II-Programms ein **Spiel- und Bewegungsplatz** realisiert worden. Bei der Planung und Realisierung des Projektes, das u.a. Möglichkeiten zum Skaten und zwei Kleinspielfelder bietet, wurden Jugendliche mit einbezogen. Obwohl außerhalb des Programmgebietes liegend bedeutet das Projekt eine Verbesserung der Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen im Stadtteil. Durch die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft (neuwoges) wird außerhalb des Programmgebietes in Zusammenarbeit mit dem Arbeiter-Samariter-Bund e.V. (ASB) ein **betreutes Wohnprojekt** mit 45 Wohneinheiten durchgeführt, welches nicht aus Mitteln der Sozialen Stadt gefördert wird. Ziel des Projektes ist es, im Zusammenspiel mit weiteren Maßnahmen des Wohnungsunternehmens Obdachlosigkeit aufgrund von Wohnungskündigungen zu vermeiden und eine Reintegration der betroffenen Bevölkerungsgruppen in den „regulären Wohnungsmarkt“ zu ermöglichen.

Ebenfalls am Rande des Gebietes befindet sich das aus URBAN II-Mitteln geförderte Obdachlosenhaus Sponholzstraße 18, deren Träger ebenfalls der ASB ist. Erstmals in

Mecklenburg-Vorpommern ist eine Kombination mit einer Beratungsstelle für Obdachlosigkeit erfolgt. Ein weiteres durch URBAN II gefördertes Projekt, das an das Programmgebiet angrenzt ist die Erweiterung des in Trägerschaft der Caritas Mecklenburg e.V. betriebenen **Kinder- und Jugendnotdienstes**, der Schutz vor häuslicher Gewalt und Beratungsmöglichkeiten bietet. Mit der Erweiterung erfolgt eine Anpassung an die steigenden Bedarfe.

Schwerpunkt „Stadträumliche Qualitäten und Umwelt“

In diesem Schwerpunkt wurden bislang aus Mitteln des Programms Soziale Stadt der **Abbruch einer ungenutzten ehemaligen Kaufhalle** (die aufgrund von Vandalismusschäden und Graffiti zum Imageproblem für das Gebiet geworden war und zum Zweck der Beseitigung von der Stadt erworben wurde) und der **Abbruch einer ungenutzten Schule** (die in einem Wohngebiet errichtet nunmehr wichtige Freiflächen blockierte und ebenfalls Vandalismusschäden aufwies) realisiert.

Schwerpunkt „Stärkung der Lokalen Ökonomie“

Aus Mitteln des URBAN II-Programms werden in der gesamten Nordstadt seit 2002 kleine und mittelständische Unternehmen durch die **Förderrichtlinie** Richtlinie zur Mittelstandsförderung „Verbesserung der unternehmerischen Leistungsfähigkeit durch Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)“ gefördert. Für das Jahr 2002 ist es so innerhalb des Programmgebiets gelungen 13 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bezogen auf die gesamte Nordstadt wurden zwischen dem 01.07.2002 und dem 30.04.2003 119 Förderungen vergeben. Die Förderrichtlinie war zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung das einzige laufende Projekt des URBAN II-Programms im Schwerpunkt „Stärkung der Lokalen Ökonomie“. Dieses Projekt wird in der Halbzeitbewertung ausführlich beschrieben und sehr positiv beurteilt (vgl. Halbzeitbewertung des Programms NORD: Stadt Neubrandenburg; 2003; S.32). Konkret geplant ist für diesen Schwerpunkt die **Verbindung Johannesstraße/ Heidenstraße und Anbindung an die Demminer Straße** um über die verbesserte Erreichbarkeit des Gebietes die lokalökonomischen Potenziale zu stärken und eine verkehrliche Entlastung der umliegenden Gebiete zu erreichen.

Da bislang erst wenige Projekte aus den Mitteln der Sozialen Stadt realisiert werden konnten, ist der Umsetzungsstand aus Sicht der Evaluation nicht angemessen und fällt deutlich hinter dem Niveau anderer Programmgebiete zurück. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des nicht etablierten Quartiersmanagements. Die durchgeführten Abbruchmaßnahmen würden sich zwar vor dem Hintergrund der Ziele des Programms Soziale Stadt und der bestehenden Problemlagen rechtfertigen lassen, wenn diese im Zusammenhang mit umfangreichen weiteren Projekten geschehen würden⁴. Momentan sind

⁴ Dies gilt insbesondere, da der Abbruch von Gemeinbedarfseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern nicht mit Mitteln des Programms Stadtumbau Ost erfolgen darf.

sie aber neben der finanziellen Unterstützung von Förderrichtlinien die alleinigen aus Programmmitteln der Sozialen Stadt geförderten Projekte.

Verknüpfung von Fördermitteln

Eine direkte Verknüpfung von Fördermitteln der Sozialen Stadt ist bislang v.a. mit den Mitteln des URBAN II-Programms gelungen, welches das „Leitprogramm“ für die Stadtteilerneuerung in der Nordstadt Neubrandenburgs und damit auch in der Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt ist. Seit Ende 2003 stehen für die Nordstadt auch die Mittel des LOS Programms zur Verfügung. Bisher gibt es allerdings keine Verknüpfung mit dem Programm Soziale Stadt. Aufgefallen sind im Rahmen der Zwischenevaluation die umfangreichen – auch finanziellen – Bemühungen des Wohnungsunternehmens neuwoges zur Unterstützung einer positiven Stadtteilentwicklung, die weit über das übliche Engagement von Wohnungsunternehmen hinausgehen. Seitens der Stadt ist hier keine nennenswerte Verknüpfung mit dem Programm Soziale Stadt erfolgt, obwohl es sich um ein städtisches Wohnungsunternehmen handelt.

4.2.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen

Die Auswahl der Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt als Programmgebiet der Sozialen Stadt ist angesichts der bestehenden Problemlagen und Potenziale zu unterstützen. Dies gilt gerade, da so eine Verknüpfung mit dem größeren URBAN II-Gebiet Nordstadt möglich erscheint. Während der Diskussionsrunde wurde aber deutlich, dass verschiedene Punkte für eine Erweiterung des Programmgebietes sprechen:

- Ein räumlich erweitertes Quartiersmanagement für die Teilbereiche Reitbahnweg, Vogelviertel und Ihlenfelder Vorstadt wird durch die anwesenden Akteure als sinnvoll erachtet um die auch in diesen Stadtteilen vorhandenen Problemlagen mit dem Programm aufzugreifen und Anknüpfungspunkte zu nutzen.
- Mit dem Stadtgebietsarbeitskreis könnte an bestehende Vernetzungsstrukturen der sozialen Träger in diesen Stadtteilen angeknüpft werden.
- Eine Erweiterung der Programmgebietsgrenzen wird auch durch die Tatsache unterstützt, dass sich die bisherige Förderung aus Soziale Stadt Mitteln nicht auf das Programmgebiet beschränkt.

Die bislang zur Umsetzung des Programms aufgebauten Strukturen sind nicht ausreichend. Dieses drückt sich u.a. in den kaum vorhandenen Vernetzungen zu Akteuren im Stadtteil und der geringen Anzahl der umgesetzten Projekte aus. Um den weiteren Programmverlauf zu sichern, sollten sowohl auf gesamtstädtischer Ebene (zur strategischen Steuerung des Programms) wie auch auf Stadtteilebene (zur Vernetzung der Akteure und Beteiligung der Bewohner) geeignete Strukturen aufgebaut werden. Dies sollte zur Voraussetzung für die weitere Förderung gemacht werden. Ebenso muss umgehend ein Quartiersmanagement eingerichtet werden. Es könnte überlegt werden, zwei Personal-

stellen einzurichten und dem Quartiersmanagement auch Aufgaben bei der Projektentwicklung, Förderberatung und strategischen Steuerung zu übertragen.

Das bestehende Zielsystem greift die Problemlagen und Potenziale im Stadtteil zwar angemessen auf, jedoch sollte es um einen Schwerpunkt zur Vernetzung der lokalen Akteure und Beteiligung der Bewohner erweitert werden. In naher Zukunft sollten in Zusammenarbeit mit lokalen Trägern und unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner dringend auch Projekte in den Schwerpunkten Soziale Qualitäten und Wirtschaft und Beschäftigung entwickelt werden.

4.3. Rostock Groß Klein

4.3.1. Ausgangssituation im Stadtteil

Der Stadtteil Groß Klein liegt im Nordwesten Rostocks an der Verkehrsachse nach Warnemünde. Groß Klein ist einer von fünf Stadtteilen, die im Zeitraum zwischen 1964 und 1980 in industrieller Bauweise entlang der bestehenden Bahnverbindung entstanden sind. Westlich wird Groß-Klein durch die Bahnschienen und den Stadtteil Lichtenhagen, südlich durch eine neu entstandene Verkehrsverbindung an den Warnowtunnel und den Stadtteil Schmarl und östlich durch die Warnow und das Dorf Groß Klein abgegrenzt.

Entwicklung des Stadtteils

Die wirtschaftliche vom Werftbau geprägte Entwicklung Rostocks machte Anfang der 1960er Jahre den Bau neuer Wohngebiete notwendig. Bis 1984 entstanden die Großwohnsiedlungen Evershagen, Lütten-Klein und Lichtenhagen westlich der Bahnschienen sowie Schmarl und Groß Klein östlich der Bahnschienen. Sie boten Wohnraum für etwa 100.000 Bewohnerinnen und Bewohner, die vorwiegend in den angrenzend an die Warnow liegenden Werften tätig waren. Groß Klein ist die jüngste dieser Großwohnsiedlungen, die durch lange Reihen fünf- und sechsgeschossiger Plattenbauten gekennzeichnet sind. Der Stadtteil hat einen Bestand von 8.256 Wohneinheiten (Stand 2001), die im Besitz von 11 Wohnungsunternehmen sind.

Zentrale Problemstruktur

In Groß Klein als jüngster Großwohnsiedlung Rostocks wurde erst zu einem relativ späten Zeitpunkt mit der Sanierung der Bausubstanz und mit Wohnumfeldgestaltungen begonnen. Zu diesem Zeitpunkt waren im Stadtteil bereits Abwanderungstendenzen festzustellen. Die gesamtstädtisch zu verzeichnenden Einwohnerverluste setzten den Stadtteil in eine Konkurrenzsituation zu anderen Stadtteilen, die bereits eine Modernisierung erfahren hatten und den neu entwickelten Wohngebieten im Umland Rostocks.

Groß Klein verzeichnete durch die permanent hohe Abwanderung aus dem Stadtteil mit verhältnismäßig niedrigen Zuwanderungszahlen die höchsten Einwohnerverluste innerhalb Rostocks. Im Zeitraum von 1992 bis 2002 hat der Stadtteil rund die Hälfte seiner Einwohner verloren. Diese Situation hat auch nach dem Einsetzen der Erneuerungsmaßnahmen zunächst noch unvermindert angehalten. Vom 30.06.2001 bis zum 31.12.2002 verringerte sich die Bevölkerung um 9,6% auf 11.813 (Gesamtstadt -1,1%). 57% der gesamtstädtischen Einwohnerverluste waren damit für diesen Zeitraum in Groß Klein zu verzeichnen. Die jüngsten Zahlen für das Jahr 2003 weisen für Groß Klein allerdings eine Stabilisierung mit einem nur noch leichten Bevölkerungsrückgang von 1,2% auf.

Die Bevölkerungsverluste manifestieren sich auch in den Wohnungsleerständen im Stadtteil. Groß Klein hatte 2001 einen Wohnungsleerstand von 19,8%. Diese Zahl stieg im Jahr 2002 auf 25,1% an. Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings erst 44,3% des Wohnungsbestandes im Stadtteil saniert. Mit zunehmendem Sanierungsgrad im Stadtteil und

einem Rückgang des Gesamtwohnungsbestandes um 4,5% von 2000 bis 2003 sank auch die Zahl der leerstehenden Wohneinheiten auf 24,6% des Gesamtbestandes. Allerdings stehen inzwischen (2003) auch 18,3% des sanierten Wohnungsbestandes leer.

Die Bevölkerungsverluste gingen mit hohen Fluktuationsraten und starken Zunahmen von Bevölkerungsgruppen mit sozialen und ökonomischen Problemlagen einher. Der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter lag 1999 bei 15,5% (Gesamtstadt 12,3%). Nach einer kurzfristigen Abnahme für das Jahr 2000 sind die Zahlen seitdem weiter angestiegen. Bedrohlich erscheint hier v.a. auch die zu beobachtende Entkoppelung Groß Kleins von der gesamtstädtischen Entwicklung. Die selbe Entwicklung zeigt sich auch anhand der Zahl der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt.

Einhergehend mit diesen Entwicklungen wird sowohl von Seiten der Programmakteure als auch von Seiten der Bewohner hervorgehoben, dass der Stadtteil gesamtstädtisch ein schlechtes Image aufweise. Betont wird zudem, dass es mit dem Wegbrechen von sozialer und kultureller Infrastruktur auch zu einem Wegbrechen von Kommunikations- und Identifikationsorten im Stadtteil gekommen sei.

Potenziale und Anknüpfungspunkte

Ein wichtiges Potenzial für die weitere Entwicklung ist die Lage des Stadtteils. Die unmittelbare Nähe zur Warnow und die gute Erreichbarkeit der Ostsee mit der S-Bahn oder dem Fahrrad bieten sehr gute Möglichkeiten zur Naherholung. Die Internationale Gartenausstellung 2003 fand unmittelbar angrenzend an das Gebiet statt und wurde von den Bewohnern als attraktivitätssteigernd empfunden. Bislang besteht noch kein endgültiger Beschluss zur weiteren Nutzung des Geländes. Es bietet sich hier aber die Chance dauerhaft weitere hochwertige Freiflächen, die fußläufig durch die Bewohner zu erreichen sind zu sichern.

Die inzwischen weitgehend abgeschlossene bauliche Sanierung der Gebäude und die umfangreichen Maßnahmen im Wohnumfeld haben das städtebauliche Erscheinungsbild des Stadtteils stark aufgewertet. Die befragten Bewohner beurteilen diese Maßnahmen sehr positiv.

Demographische und sozialräumliche Merkmal

| Rostock Groß Klein | Stadtteil | | Gesamtstadt | |
|--|---|--------------------------------------|---------------------|--------------------------------------|
| | Aufnahme in das Programm: 1999 | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit |
| Größe | 230 ha | | 18.100 ha StaLa MV | |
| Einwohnerzahl | 13.487** | 11.677***** | 197.769** | 195.157***** |
| Bevölkerungsentwicklung | -13,4% (2000 – 2003) | | -1,3% (2000 – 2003) | |
| Zahl der Wohnungen | 8.251** | 7.878***** | 112.675** | 114.646***** |
| Durchschnittliche Wohnfläche pro Person | 35,3 m ² ** | | | 35,0 m ² ** |
| Wohnungsleerstand | 24,4%*** | 24,6%***** | 8,4%*** | 7,9%***** |
| Eigentümeranteil | 11 Wohnungsunternehmen teilen sich den gesamten Wohnungsbestand | | | |
| Anteil der 65-jährigen und älter | 8,5%* | 11,3%***** | 15,0%* | 18,0%***** |
| Anteil der 25-65jährigen | 57,9%* | 60%***** | 58,4%* | 56,5%***** |
| Anteil der 15-25 jährigen | 20,7%* | 17,5%***** | 13,8%* | 14,7%***** |
| Anteil ausländischer Bevölkerung | 2,4%** | 2,6%***** | 2,4%** | 2,8 % ***** |
| Arbeitslosenquote | 15,1%** | 18,92%***** | 11,6%** | 13,49%***** |
| Anteil der Sozialhilfeempfänger je 1000 EW | 78* | 92***** | 45*** | 56***** |

* Bezugsjahr 1999; **Bezugsjahr 2000; ***Bezugsjahr 2001; ****Bezugsjahr 2002 *****Bezugsjahr 2003

4.3.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes

Der Stadtteil Groß Klein wurde mit Beginn im Jahr 1999 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen. Die Aufnahme erfolgte aufgrund der in der Verwaltung vorliegenden Kontextindikatoren, die einen akuten Handlungsbedarf in Groß Klein verdeutlichten. Der Stadtteil war bereits 1997 in das Wohnumfeldprogramm aufgenommen worden. Durch das Bauamt wurden dann in enger Zusammenarbeit mit der Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (RGS) als hoheitlichem Sanierungsträger der Stadt erste Ziele für das Programm aufgestellt. Diese wurden v.a. aus bestehenden Untersuchungen, wie der 1999 erstellten Rahmenplanung für den Stadtteil abgeleitet. Die Arbeiten mündeten in der Erstellung eines ersten Entwurfs für das Integrierte Handlungskonzept im Mai 2001. Die hier formulierten ersten Zielvorstellungen wurden anschließend mit den weiteren beteiligten Ämtern in der Arbeitsgruppe Stadtverwaltung diskutiert. Das Integrierte Handlungskonzept wurde von allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe angenommen und durch die Bürgerschaft Rostocks beschlossen.

4.3.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure

Erste Erfahrungen mit der Umsetzung integrierter Programme der Stadterneuerung bestanden in Rostock bereits. Die Kröpeliner Torvorstadt war von 1994-1999 Programmgebiet der Gemeinschaftsinitiative URBAN I der Europäischen Union. Aufgrund der Zielset-

zungen dieses Programms war den Akteuren der Ansatz einer gebietsorientierten und Fachämter übergreifenden Arbeit bereits bekannt und es hatte bereits eine Zusammenarbeit zwischen dem Bauamt und weiteren Ämtern zur Umsetzung von Projekten gegeben.

Gesamtstädtische Ebene

Die federführenden Akteure für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt sind das Bauamt der Hansestadt Rostock und die Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (RGS) als Sanierungsträger der Stadt. Auf bilateraler Ebene erfolgt hier ein ständiger und intensiver Informationsaustausch zur Umsetzung des Programms. Nachdem durch diese beiden Akteure erste Vorarbeiten geleistet worden waren, wurde eine **Arbeitsgruppe Stadtverwaltung** ins Leben gerufen. Auf diesem Wege gelang die Einbeziehung weiterer für die Umsetzung des Programms entscheidender Verwaltungsressorts.

Die zur Steuerung des Prozesses auf gesamtstädtischer Ebene aufgebauten Strukturen wurden dann in einem Konzept unter dem Namen **Quartiersmanagement Nord-West** für die Stadtteile Groß Klein und Schmarl zusammengefasst. Wichtigstes Gremium innerhalb dieser Strukturen ist die aus der Arbeitsgruppe Stadtverwaltung hervorgegangene **Arbeitsgruppe Soziale Stadt**, deren konstituierende Sitzung im April 2001 stattfand. Die Namensänderung verdeutlicht, dass dem akteursübergreifenden Handeln eine stärkere Bedeutung zugemessen wird. Neben den beteiligten Ämtern sind Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen, der Bundesagentur für Arbeit und die beiden Quartiersmanagerinnen ständige Mitglieder der Arbeitsgruppe.

Inzwischen tagt die Arbeitsgruppe nur noch zweimal jährlich. Die Arbeitsgruppe als zentrales Gremium hatte sich als zu unflexibel erwiesen um neben der Information aller beteiligter Akteure und der strategischen Steuerung des Gesamtprozesses auch die häufig ämter- und einzelakteursbezogene Arbeit in den verschiedenen Schwerpunktbereichen zu koordinieren.

Diese Aufgabe ist seit Ende 2003 auf **vier Arbeitskreise** zu den Themen „Städtebauliche Weiterentwicklung“, „Soziale und kulturelle Infrastruktur“, „Verkehr und Umwelt“ sowie „Lokale Ökonomie/ Beschäftigungsförderung“ übertragen worden. Die Arbeitskreise tagen regelmäßig im Abstand von ca. 1-2 Monaten unter der Leitung jeweils anderer Verwaltungsbereiche. Durch die Tätigkeit der Arbeitskreise ist es gelungen die Einbindung der teilnehmenden Ämter (und hier v.a. der die Arbeitskreise leitenden Ämter) zu intensivieren. Darüber hinaus wurde – immer vor dem Hintergrund der sehr begrenzten kommunalen Handlungsspielräume – auch ein stärkerer Einsatz finanzieller Ressourcen im Stadtteil ermöglicht.

Arbeitskreise in Rostock

| Arbeitskreis | Leitung | Weitere Mitglieder |
|--|-----------------------------------|--|
| Städtebauliche Weiterentwicklung | Stadtplanungsamt | Konstituiert sich aus den Mitarbeitern der Arbeitsgruppe „Fortschreibung ISEK“; Quartiersmanagement Groß Klein und Schmarl |
| Soziale und kulturelle Infrastruktur | Amt für Kultur und Denkmalpflege | Jugendamt; Kunstschule Rostock e.V.; Sozialamt; Amt für Schule und Sport; Quartiersmanagement Groß Klein und Schmarl |
| Verkehr und Umwelt | Ortsamt Groß Klein | Ortsamt Schmarl; Tief- und Hafenamts; Amt für Stadtgrün; Quartiersmanagement Groß Klein und Schmarl |
| Lokale Ökonomie und Beschäftigungsförderung | Kommunale Beschäftigungsförderung | Agentur für Arbeit Rostock; Amt für Schule und Sport; Amt für Stadtgrün; Sozialamt/ Abt. Kommunale Beschäftigungsförderung; Quartiersmanagement Groß Klein und Schmarl |

Stadteilebene

Der Aufbau von Strukturen auf der Ebene des Stadtteils ist eng verbunden mit der Etablierung eines **Quartiersmanagements** im März 2001⁵. Dieses ist bei der RGS angesiedelt und mit einem Stadtteilbüro im Stadtteil verortet. Der Aufbau des Quartiersmanagements war ein wichtiger Schritt um das Programm auf lokaler Ebene zu verorten. Das Stadtteilbüro ist mit einer vollen Stelle und einer weiteren befristeten ABM-Stelle ausgestattet. Wesentliche Aufgabe der beiden Quartiersmanagerinnen ist die Beteiligung und Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner in Groß Klein. Als ständiges Mitglied sowohl in der Arbeitsgruppe Soziale Stadt, als auch in den vier thematischen Arbeitskreisen hat die hauptamtliche Quartiersmanagerin die Aufgabe „Empfehlungen, Vorschläge und konkrete Projektideen aus dem Bürgerbeteiligungsprozess in der Arbeitsgruppe vorzustellen und sachlich zu begründen. Sie ist der entscheidende Transformator der Bürgermeinungen in die Arbeitsgruppe“ (Integriertes Handlungskonzept, 1. Fortschreibung; Seite 11). Neben der Information der gesamtstädtischen Steuerungsebene ist es umgekehrt auch die Aufgabe des Stadtteilbüros die Bewohnerinnen und Bewohner über auf der Steuerungsebene getroffene Entscheidungen zu informieren.

Das Quartiersmanagement hat – wie die Mitarbeit in den gesamtstädtischen Steuerungsgremien verdeutlicht – auch die Aufgabe an der Projektentwicklung mitzuarbeiten. Sowohl

⁵ In Rostock wird der Begriff des Quartiersmanagement Nord-West auch als übergreifender Begriff für die zur Umsetzung des Programms aufgebauten Strukturen gebraucht.

von Seiten der Verwaltung und der RGS als auch von den Akteuren vor Ort wird dabei betont, dass es so gelungen ist die Projekte und Maßnahmen stärker an den Bedürfnissen der Stadtteilbevölkerung zu orientieren. Dieses wird v.a. anhand der Mittel aus dem Verfügungsfonds und den in 2004 erstmals zur Verfügung stehenden 50.000 € für bauliche Projekte deutlich.

Auf Initiative des Stadtteilbüros ist ein **Quartiersbeirat** zur Entscheidung über die Vergabe der Mittel des Verfügungsfonds aufgebaut worden. Der Quartiersbeirat besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der örtlichen Vereine, des Ortsbeirates, der Kirchengemeinde und interessierter Bürgerinnen und Bürger. Der Quartiersbeirat trifft sich wenigstens zweimal jährlich und hat neben der Vergabe der Mittel des Verfügungsfonds auch die Funktion eines Abstimmungs- und Austauschgremiums für die beteiligten Personen. Aktuell bestehen Überlegungen bei der Stadt Rostock den Quartiersbeirat mit dem zur Vergabe der Mittel des LOS-Programms aufgebauten Begleitausschuss zu verschmelzen, um die Arbeitsbelastung für die beteiligten Akteure zu verringern.

Ein weiteres Gremium ist der **Stadtteiltisch**, der im Jahr nach der Wiedervereinigung auf Initiative des örtlichen Pastors eingerichtet wurde. Ziel dieses Gremiums war es ein besseres Angebot für Kinder und Jugendliche im Stadtteil zu entwickeln. Der Stadtteiltisch war daher zunächst v.a. ein Zusammenschluss der Kinder- und Jugendeinrichtungen im Stadtteil. Inzwischen sind auch das Sozial- und das Jugendamt mit der städtischen LOS-Koordinatorin, die Quartiersmanagerin und der Ortsbeirat im Stadtteiltisch vertreten. Seit zehn Jahren organisiert der Stadtteiltisch ein Stadtteilstadtteilfest und beteiligt sich in jüngerer Zeit zunehmend an der Erarbeitung von Perspektiven für Groß Klein. Der Stadtteiltisch stellt als eigenverantwortlich von den Trägern organisiertes Gremium einen wichtigen Ansatz für die Entwicklung selbsttragender Strukturen dar.

Implementationsstruktur in Rostock Groß Klein

| | Organisationsstruktur | Beteiligte |
|---|--|---|
| Steuerung (Verwaltung/Politik) | Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“ | Beteiligte Ämter; Vertreter/innen der Bezirksarbeitsgemeinschaft, der Wohnungsunternehmen, der Bundesagentur für Arbeit, die Quartiersmanagerinnen; die RGS |
| | Programmsteuerung; Projektsteuerung und Projektkoordination | RGS in enger Abstimmung mit dem Bauamt der Stadt |
| Stadtteilebene | Quartiersmanagement | Angesiedelt bei der RGS |
| | Stadtteiltisch | Vertreter/innen der Kinder- und Jugendeinrichtungen; Sozial- und Jugendamt mit der städtischen LOS-Koordinatorin, die Quartiersmanagerin und der Ortsbeirat |
| | Quartiersbeirat | Vertreter/innen der örtlichen Vereine; des Ortsbeirats; der Kirchengemeinde und interessierter Bürger/innen |

Politische Einbindung

Der **Ortsbeirat** als lokales politisches Gremium war von Anfang an in die Umsetzung des Programms eingebunden. Er besteht seit 1991 und hat die Aufnahme in das Programm Soziale Stadt mit unterstützt. Der Ortsbeirat wird – z.B. über die Teilnahme am Quartiersbeirat – bewusst in die Arbeit der lokalen Gremien eingebunden. Er unterstützt die Ziele des Programms und die direkte Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Entscheidung über die Vergabe finanzieller Mittel über den Verfügungsfonds. Innerhalb der Rostocker Bürgerschaft vertritt der Ortsbeirat die Interessen des Stadtteils und konnte so z.B. den Teilrückbau und die Umnutzung eines für das geplante Begegnungszentrum vorgesehenen alten Schulgebäudes mit unterstützen.

Der **Hauptausschuss der Rostocker Bürgerschaft** hat die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes für Groß Klein am 16.03.2004 gebilligt und damit die hier formulierten Ziele des Programms bestätigt. Der Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung beschäftigt sich intensiv mit den sich verschärfenden Problemlagen städtischer Teilbereiche und der Entwicklung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Wenigstens einmal jährlich wird dem Ausschuss über die Umsetzung des Programms berichtet. Auch wenn die Arbeit des Programms und die Entwicklung in den Stadtteilen immer noch sehr wenig im Bewusstsein vieler Abgeordneter verankert ist, werden die hiermit verfolgten stadtentwicklungspolitischen Ziele bis hinauf zum Bürgermeister unterstützt.

Beteiligung

Die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner wird im IHK als Querschnittsziel definiert, dass sich in allen Projekten und Maßnahmen des Programms wiederfinden soll. Durch das Programm Soziale Stadt soll die Eigenverantwortung gestärkt werden und eine Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner erfolgen (vgl. Leitziele des Handlungsfeldes Kommunikation und Beteiligung). Zentraler Impuls hierfür war die Etablierung eines Stadtteilbüros und die Arbeit der Quartiersmanagerin.

Die eher negative Bewertung der bisherigen Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Umsetzung des Programms durch die Akteure im Stadtteil zeigt, dass hier bislang nur erste Schritte erfolgt sind (vgl. die Gesamtdarstellung des Fragebogens im Anhang). Dies ist sicherlich auch Ausdruck der in den Experteninterviews gleichzeitig artikulierten Schwierigkeit Beteiligungsprozesse zu initiieren. Als Gründe hierfür werden die hohen Fluktuationsraten verbunden mit einer bislang gering ausgeprägten Beteiligungskultur genannt.

Die befragten Bewohnerinnen und Bewohner geben trotzdem eine deutliche Verbesserung ihrer Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten an. Gerade das Stadtteilbüro wird in diesem Zusammenhang sowohl durch die Bewohner als auch durch die Akteure explizit positiv erwähnt. Hervorgehoben wird das **Stadtteilbüro als Anlaufstelle** im Stadtteil, die zum Gespräch ermutigt. Das Stadtteilbüro stelle eine neue Qualität im Stadtteil dar, da hier Veränderungen möglich werden und Einfluss sichtbar wird. Das Stadtteilbüro in Trä-

gerschaft der RGS wird hier zu einem gelungenen Modell, da es der Quartiersmanagerin gelungen ist, gleichzeitig Interventionsmöglichkeiten innerhalb der RGS wahrzunehmen und ein Vertrauensverhältnis zu den Bewohnern aufzubauen.

Neben seiner Funktion als Anlaufstelle im Stadtteil hat das Quartiersmanagement durch die Etablierung von Veranstaltungen auf unterschiedlichen Ebenen Beteiligung und z.T. auch Aktivierung ermöglicht. Im Rahmen einer **Open Space-Konferenz** als Auftaktveranstaltung im November 2001 und von **Stadtteilkonferenzen** findet eine Weiterentwicklung der aufgestellten Ziele, die Entwicklung von Projektideen durch die Bewohnerinnen und Bewohner und eine Information über den Umsetzungsstand und geplante Aktivitäten durch die Programmverantwortlichen statt.

Daneben haben sich mit dem **Stadtteilfrühstück** als einem Angebot für Ruheständler und Arbeitslose und dem **Stadtteildinner „Is(s)- was- sag- was- tu was“** für Jugendliche im Stadtteil zwei weitere Veranstaltungen für spezifische Bevölkerungsgruppen etabliert. Die Veranstaltungen finden alle vier Wochen statt, wobei das Stadtteildinner zusammen mit den Streetworkern des Jugendwohnen Rostock e.V. entwickelt und durchgeführt wurde. Durch Umstrukturierungen in der Jugendhilfe ist dieser Träger nicht mehr in Groß Klein aktiv. Es ist aber gelungen, die im Stadtteil verorteten Jugendzentren 224 und Wildfang als neue Kooperationspartner zu gewinnen. Die befragten Bewohnerinnen und Bewohner nahmen gerade diese Gremien als wichtige Möglichkeiten wahr sich über das Programm zu informieren und sich zu beteiligen. Das mit den Veranstaltungen verfolgte Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger anzusprechen „die sonst bei üblichen öffentlichen Foren nicht oder nur wenig vertreten sind. Andererseits werden sie durch die aufgebauten Beziehungen ermutigt sich stärker auch auf formalem Wege, d.h. bei den Ortsbeiratssitzungen, für ihren Stadtteil einzusetzen“ (Werkstattbericht Die Soziale Stadt; S. 28). Das Interesse und die Wahrnehmung dieser Angebote steigt kontinuierlich an und es zeigen sich erste Ansätze einer stärkeren Interessenvertretung durch die angesprochenen Bevölkerungsgruppen.

Neben der projektbezogenen Beteiligung z.B. bei der Freiflächengestaltung des Gesamtschulkomplexes am Taklering/ Gerüstbauerring oder der Gestaltung von Spiel- und Freiflächen haben insbesondere die **neu geschaffenen Angebote einer direkten, kleinteiligen und zeitnahen Umsetzung von Projekten** (Verfügungsfonds, 50.000 € Projekte und LOS) durch die Bewohner und lokalen Akteure einen wichtigen Einfluss auf die Bereitschaft sich zu beteiligen und Engagement für den Stadtteil zu entwickeln. Während Übereinstimmung mit der grundsätzlichen Ausrichtung des Programms und der Projekte besteht, äußert sich Kritik und Änderungsbedarf sehr kleinteilig. Die Bewohnerinnen und Bewohner empfinden die genannten Projekte als wichtige Möglichkeit Einfluss auszuüben und Veränderungen herbeizuführen.

4.3.4. Ziele

Mit der Erstfassung des Integrierten Handlungskonzeptes vom Mai 2001 wurden die Ziele für das Programm Soziale Stadt erstmals in schriftlicher Form festgelegt. Die Entwicklung der hier formulierten Ziele basierte sehr stark auf den bereits in der Rahmenplanung und dem Programm Wohnumfeldverbesserung formulierten Zielen unter Berücksichtigung weiterer vorliegender Konzepte, wie dem Entwurf der Schulentwicklungsplanung von 2001. Dies geschah vor dem Hintergrund der bekannten Problemlagen im Stadtteil und der generellen Zielformulierungen des Programms Soziale Stadt weitestgehend in Zusammenarbeit des Bauamtes mit der RGS.

Erst für die Weiterentwicklung der Ziele im Rahmen der **Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes** im Jahr 2003 fand eine stärkere Beteiligung weiterer Ämter sowie lokaler Akteure und der Bewohnerinnen und Bewohner an der Zielformulierung statt. Unter anderem durch eine Open Space Konferenz zum Thema „Zu Hause in Groß Klein“ und von Stadtteilkonferenzen erfolgte eine Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner. Dabei wurden die bestehenden Ziele durch das Quartiersmanagement nicht in Ihren Formulierungen übernommen, sondern es wurde eine verständlichere Sprache gewählt um mit den Bewohnern über ihre Interessen und Ziele zu diskutieren.

Die Ziele des Programms sind in das nahezu zeitgleich aufgestellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) eingeflossen und finden auch bei der momentanen Überarbeitung des ISEKs Beachtung. Dies wird u.a. dadurch sichergestellt, dass die Aufstellung des ISEKs und das Programm Soziale Stadt durch die selben Personen auf Seiten des Bauamtes federführend koordiniert werden. Problematisch ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass für den schon vollzogenen und weiterhin geplanten Abriss und Rückbau von Gebäuden im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost gerade zu Beginn des Erneuerungsprozesses nur unzureichende Informationen seitens der Wohnungswirtschaft vorlagen.

Nach der Überarbeitung des Zielsystems in der Fortschreibung des IHKs sind **fünf Handlungsfelder** benannt worden. Die vorgenommenen Änderungen reagieren auf die Erfahrungen des bisherigen Erneuerungsprozesses und betonen neben veränderten und neuen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen die Beteiligung der Bewohnerschaft bei der „Entwicklung, Planung und auch teilweise der Umsetzung der Maßnahmen“ (Integriertes Handlungskonzept, 1. Fortschreibung; S. 12). Dies wird auch deutlich an der Umbenennung des bisherigen Handlungsfeldes „Imageaufwertung“ zum Handlungsfeld „Kommunikation und Beteiligung im Stadtteil“, da es eher darum gehe „einen nachhaltigen, auf Stabilisierung angelegten Partizipationsprozess einzuleiten als in erster Linie schlagkräftige, eher kurzfristig angelegte Aktivitäten durchzuführen, die oft mit dem Begriff „Imageaufwertung“ assoziiert werden“ (Integriertes Handlungskonzept, 1. Fortschreibung; S. 7).

Innerhalb der Darstellung der einzelnen Handlungsfelder erfolgt eine weitere Konkretisierung der einzelnen Handlungsfelder, denen jeweils ein oder mehrere Leitziele zugeordnet sind. Diese gehen z.T. über die Darstellung in der folgenden Tabelle hinaus. Die Hand-

lungsfelder und Ziele greifen die bestehenden Problemlagen und Potenziale gut auf. Im IHK werden diese z.T. sehr eingehend erläutert und begründet (z.B. werden Strategien aufgezeigt, die zur Erlangung des Teilziels „Abbau der Arbeitslosigkeit“ beitragen sollen). Allerdings wird das zu Beginn des IHKs formulierte neue Handlungsfeld „Verkehr und Umwelt“ nicht weiter konkretisiert. Negativ ist anzumerken, dass die aufgestellten Handlungsfelder und Ziele nicht in „kompakter“ Form z.B. durch eine Abbildung dargestellt werden.

Handlungsfelder und Ziele in Groß Klein

| Handlungsfeld und Leitziel | Teilziele/ Handlungsebenen |
|---|---|
| Städtebauliche Weiterentwicklung Ziel: Beseitigung städtebaulicher Missstände | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Neuordnung des privaten Bereichs ▪ Neuordnung des öffentlichen Bereichs |
| Soziale und kulturelle Infrastruktur Ziel: Beseitigung infrastruktureller Defizite zur Belebung des Stadtteillebens | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bauliche Aufwertung bestehender Einrichtungen mit Konzepterweiterung ▪ Etablierung neuer Einrichtungen ▪ Kunst im Wohnumfeld |
| Lokale Ökonomie/ Beschäftigungsförderung Ziel: Abbau der Arbeitslosigkeit und Stärkung des ansässigen Gewerbes | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung des ansässigen Gewerbes ▪ Förderung neuer Gewerbeansiedlungen ▪ Abbau der Arbeitslosigkeit durch beschäftigungsfördernde Maßnahmen |
| Kommunikation und Beteiligung Ziele: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktivierung ▪ Eigenverantwortung stärken ▪ Identifikation fördern ▪ Attraktivität steigern | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktivierung und Beteiligung ▪ Information ▪ Steigerung der Attraktivität |
| Verkehr und Umwelt | <ul style="list-style-type: none"> ▪ |

Stadtteilmonitoring/ Erfolgskontrolle

Der Erarbeitung eines Monitoringsystems wurde in Groß Klein von Programmbeginn an eine große Bedeutung zugemessen. In enger Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsinstitut für Marktforschung, Evaluation und Strukturentwicklung (WIMES) wurden zum 31.12.2000 17 Indikatoren in den Bereichen Bevölkerungsstruktur, Bevölkerungsbewegung, sozialer Status, ökonomischer Status, Wohnungsbestand und Infrastruktur entwickelt. Die Entwicklung geschah „in einem mehrstufigen Verfahren in einer interdisziplinären und ressortübergreifenden Zusammenarbeit mit Fachämtern der Stadtverwaltung“ (Integriertes Handlungskonzept, 1. Fortschreibung; S.34).

Die so erarbeiteten Indikatoren dienen als Grundlage für die erstmals im Jahr 2001 erfolgte gesamtstädtische Erhebung zur Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Ergänzt wurden sie um „Städtebauliche Ausgangsdaten“, mit Aussagen zu den Bereichen Lagequalität, Verkehrserschließung, Funktionalität, Stadtraumgestalt und Individualität des Wohnens. Die Datenerhebungen werden jährlich fortgeführt und in einem Monitoringbericht für Groß Klein ausführlich analysiert. Hierbei werden z.T. kleinräumige Aussagen auf Ebene der Quartiere getroffen und Entwicklungen immer auch in Bezug zu anderen Stadtteilen dargestellt.

Die bisherigen Arbeiten in diesem Bereich sind sehr positiv zu beurteilen. Dies gilt insbesondere für die ausführliche Analyse der Erhebungen. Im IHK wird dennoch richtigerweise festgestellt, dass das aufgebaute Monitoringsystem nur ein erster Schritt oder Baustein für eine prozessbegleitende Evaluation ist. Hierüber können Entwicklungen des Stadtteils dargestellt werden, nicht aber ob diese in einem kausalen Zusammenhang zur Umsetzung des Programms Soziale Stadt stehen, also Wirkungen des Selben sind. Die im IHK für eine solche Analyse definierten „maßnahme- und projektbezogenen Hauptindikatoren“ können hierzu nur ein erster Schritt sein.

4.3.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen

In der ersten Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes vom Oktober 2003 werden die bisherigen Aktivitäten auf Projektebene den einzelnen aufgestellten Handlungsfeldern zugeordnet. Diese sind um weitere zum Zeitpunkt der Endberichtserstellung in der Umsetzung befindliche Projekte ergänzt worden.

Handlungsfeld „Städtebauliche Weiterentwicklung“

Das Handlungsfeld stellt aufgrund der baulichen und städtebaulichen Problemlagen im Stadtteil ein wesentliches Handlungsfeld zur langfristigen Stabilisierung der Entwicklung des Stadtteils dar. Mit der fortschreitenden Sanierung der Wohnungsbestände und den Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung sind inzwischen deutlich sichtbare Erfolge in diesem Handlungsfeld zu verzeichnen. Die hier getätigten Maßnahmen sind zu einem Großteil nicht aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert, werden aber in der Fortschreibung des IHKs in genereller Form dargestellt. Neben Maßnahmen der Öffentlichen Hand werden auch die seit Programmbeginn erfolgten und weiterhin geplanten Sanierungs- und Rückbaumaßnahmen der im Stadtteil tätigen Wohnungsunternehmen mit aufgeführt. Diese Maßnahmen sind z.B. aus Mitteln des Programms Stadtumbau Ost mitfinanziert worden. Die Darstellung dieser Maßnahmen im IHK verdeutlicht den Versuch weitere für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt relevante Interventionsbereiche zu integrieren. Sie zeigt die hohen Investitionen, die auch von Seiten der Wohnungsunternehmen in den letzten Jahren in die bauliche Aufwertung ihrer Bestände investiert worden sind.

Handlungsfeld „Soziale und kulturelle Infrastruktur“

Aufbauend auf einer zusammenfassenden Analyse der bestehenden sozialen und kulturellen Infrastruktur sind bislang folgende Projekte umgesetzt worden bzw. befinden sich in der Umsetzung:

Aus Mitteln der Sozialen Stadt wurden die Teilsanierung und Modernisierung des Jugendclubs 224 und die Teilsanierung einer Sporthalle zur **baulichen Aufwertung bestehender Einrichtungen** im Stadtteil verwendet. Ein wichtiger und mit starkem Einsatz an Fördergeldern unterstützter Projektbereich war die Umgestaltung des bestehenden Schulkomplexes am Taklerring/ Gerüstbauerring. Die bestehende Regionalschule wurde saniert, in ein Gebäude ehemaligen Gesamtschule zog die Grundschule, die noch in diesem Haushaltsjahr saniert werden soll. Das zweite Gebäude wird ab Juni teilweise abgerissen und die Freiflächen unter umfangreicher Beteiligung der Schülerinnen und Schüler neu gestaltet (eine Gesamtschule besteht weiterhin im benachbarten Schmarl).

Mit dem Ziel einer **Etablierung neuer Einrichtungen** wurde das Stadtteilbüro aus Mitteln der Sozialen Stadt hergerichtet und eine betreute Wohnform für fünf geistig und körperlich behinderte Jugendliche geschaffen. Finanziert durch ein Wohnungsunternehmen konnte ein neuer Mietertreff eingerichtet werden. Eines der zentralen Projekte des Programms Soziale Stadt ist die **Einrichtung eines Begegnungszentrums in Groß Klein**, welches nach einem erfolgten Teilabriss aus Programmmitteln in einem ehemaligen Schulgebäude realisiert werden soll (s.o.). Das Projekt basiert auf dem vielfach durch die Bewohnerinnen und Bewohner geäußerten Wunsch nach einem Kultur- und Begegnungszentrum. Momentan wird die Vergabe für den Betrieb des Begegnungszentrums an einen freien Träger vorbereitet und mit Fertigstellung soll auch das Stadtteilbüro hier angesiedelt werden.

Ergänzend zu Maßnahmen der Freiflächengestaltung wurden – gefördert durch das Programm Soziale Stadt und in Zusammenarbeit mit der Kunstschule Rostock e.V. und weiteren beteiligten Künstlern – unter dem Motto „Kunst für und mit Groß Kleinern“ eine Hausfassade durch Graffiti neu gestaltet und eine Skulptur errichtet. Bei der Verwirklichung dieser Projekte wurden v.a. Kinder und Jugendliche intensiv beteiligt.

Handlungsfeld „Lokale Ökonomie und Beschäftigungsförderung“

Die Etablierung erster Projekte in diesem Handlungsfeld stellte sich als sehr schwierig dar. Unterschiedliche Konzepte zur Beschäftigung und Qualifizierung von Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils sind entwickelt worden, konnten aber aufgrund diverser Schwierigkeiten, u.a. bedingt durch die mit den Hartz-Gesetzen verbundene Veränderungen der Förderpolitik der Bundesagentur für Arbeit, nicht umgesetzt werden.

Momentan ist es gelungen die Umsetzung von fünf Kleinprojekten, die aus dem 50.000 € Fonds finanziert werden (siehe unten „Verfügungsfonds, 50.000 € Projekte und LOS“) mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu verknüpfen.

Des Weiteren gibt es seit Ende 2003 die Möglichkeit einer Förderung von Mikroprojekten zur Aktivierung von sozialen und beschäftigungswirksamen Potenzialen über das aus

dem Europäischen Sozialfonds finanzierte LOS-Projekt mit einem Gesamtvolumen von 90.000 €.

Handlungsfeld „Kommunikation und Beteiligung im Stadtteil“

Die zum März 2001 eingerichtete und aus Programmmitteln finanzierte Stelle der Quartiersmanagerin stellt eine entscheidende Voraussetzung für die Erreichung der mit diesem Handlungsfeld verfolgten Ziele der Aktivierung und Stärkung von Eigenverantwortung dar. Die Finanzierung einer Open Space Veranstaltung und mehrerer weiterer Veranstaltungen erfolgte hier über Programmmittel.

Des Weiteren erfolgten in diesem Bereich der Druck und die Verteilung der vom Jugendtreff Wildfang erstellten Stadtteilzeitung und die Erstellung eines Infoblattes, von Plakaten und Flyern und die Entwicklung eines Logos durch die RGS und die Quartiersmanagerin.

Verfügungsfonds, 50.000 € Projekte und LOS

Die Mittel des Verfügungsfonds können in Groß Klein seit 2001 abgerufen werden. Mit den Mitteln wurden eine Reihe von häufig sehr kleinteiligen Projekten und Maßnahmen ermöglicht. Die Mittel konnten eingesetzt werden um Initiativen mit geringem finanziellen Aufwand zu unterstützen. Neben der finanziellen Unterstützung von Festlichkeiten wurde mit den Mitteln die Erweiterung bestehender Angebote z.B. in Form der Anschaffung von Sportgeräten unterstützt und die Erstellung der Stadtteilzeitung durch Jugendliche aus dem Stadtteil co-finanziert.

Neben den Mitteln des Verfügungsfonds stehen in Groß Klein die Fördermittel des LOS-Programms und ein auf Initiative der RGS eingerichteter Fördertopf von 50.000 € für die direkte Umsetzung bewohnergetragener Projektinitiativen zur Verfügung. Gerade der momentan zum ersten Mal zur Verfügung gestellte 50.000 €-Topf für baulich-investive Projekte hat in Groß Klein ein hohes Engagement bei den Bewohnerinnen und Bewohnern bewirkt. Insgesamt wurden 14 Projektideen entwickelt, von denen acht umgesetzt und zwei weitere im Forum diskutiert werden sollen. Die Bearbeitung der Projektideen erfolgt teilweise durch die Bewohner selbst. Die Umsetzung dieser Projekte bedeutet v.a. für die RGS und die Quartiersmanagerin einen hohen Aufwand bei der Steuerung und Abwicklung der Projekte. Sie soll (je nach Projektausrichtung) in Kooperation mit beteiligten Verwaltungsämtern und den Wohnungsunternehmen erfolgen und zudem nach Möglichkeit B+Q-Maßnahmen einbinden.

Die bislang angestoßenen Projekte orientieren sich an den formulierten Handlungsfeldern und Teilzielen des Programms Soziale Stadt. Positiv fällt hier auf, dass bei der Darstellung der bisherigen Aktivitäten weitere Förderprogramme der Stadterneuerung und weitere bestehender Aktivitäten im Stadtteil bewusst eingebunden werden. Mit der für 2004 geplanten Eröffnung des Stadtteil- und Begegnungszentrums als „Leitprojekt“ könnte es gelingen, in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement neue Qualitäten im sozialen und kulturellen Bereich zu etablieren. Gerade die neu eröffnete Möglichkeit der bewohnergetragenen 50.000 € Projekte bietet die Chance konkret auf die häufig sehr kleinteili-

gen Veränderungs- und Verbesserungswünsche der Bewohner im Stadtteil einzugehen. Probleme wie eine nicht abgesenkte Bordsteinkante oder eine fehlende Parkbank wurden von den befragten Bewohnerinnen und Bewohnern stark thematisiert und können mit diesen Mitteln aufgegriffen werden. Zudem ergibt sich über diesen Ansatz neben den LOS-Mitteln nun die Möglichkeit einer stärkeren Verknüpfung von Projekten mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen als ein wenn auch kleiner Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Verknüpfung mit weiteren Fördermitteln

Neben den Programmmitteln der Sozialen Stadt sind in den letzten Jahren aus dem Wohnumfeldprogramm des Landes und dem Programm Stadtumbau Ost weitgehende finanzielle Mittel in die Sanierung des baulichen Bestandes und die Wohnumfeldverbesserung geflossen. Damit einher ging ein umfangreiches finanzielles Engagement der Wohnungsunternehmen für die Sanierung ihrer Bestände im Stadtteil. Diese Fördermittel stehen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Programm Soziale Stadt (es sind keine Projekte des Programms und es hat keine Finanzierung aus dem Programm gegeben) aber sie waren und sind die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Programms Soziale Stadt.

In direktem Bezug zu den Projekten des Programms Soziale Stadt gibt es eine Kofinanzierung der Umbaumaßnahmen des ehemaligen Gesamtschulkomplexes Taklerring/ Gerüstbauerring durch das Schulverwaltungsamt (mit 314.197 €), eine Finanzierung nicht förderfähiger Kosten für die Modernisierung einer Turnhalle durch das städtische Sportamt (mit 140.618 €), einen Kostenzuschuss nicht förderfähiger Ausgaben durch das Jugendamt (2.100 €) und die Übernahme der Mietkosten für das Stadtteilbüro durch das Bauamt der Stadt. Zum Ende des Jahres 2003 ist es gelungen insg. 90.000 € des LOS-Programms einzuwerben und neben der bestehenden ABM-Stelle im Stadtteilbüro Mittel der Bundesagentur für die Umsetzung der 50.000 € Projekte einzuwerben.

4.3.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen

Die mit Beginn der Umsetzung des Bund-Länder-Programms in Mecklenburg-Vorpommern erfolgte Aufnahme des Stadtteils Groß Klein war durch die vorliegenden wohnungswirtschaftlichen und sozio-ökonomischen Indikatoren, die eine stark negative Entwicklung Vergleich zur Gesamtstadt aufwiesen, begründet. Die zum Programmbeginn erfolgte Datenerhebung ist erweitert und jährlich fortgeschrieben worden. Insbesondere aber werden die Ergebnisse intensiv analysiert und zeigen genaue und zeitnahe Entwicklungstendenzen auch im gesamtstädtischen Vergleich auf. Die Förderung aus dem Programm Soziale Stadt ist eingebunden in weitere städtebauliche Förderprogramme zur Sanierung und Anpassung der Wohnungsbestände und zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Das Programm Soziale Stadt ergänzt die bestehenden Fördermöglichkeiten für das Programmgebiet sinnvoll.

Auf gesamtstädtischer Ebene ist es gelungen gut funktionierende Strukturen zur Umsetzung des Programms aufzubauen. Positiv ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass es mit der Etablierung von vier Arbeitskreisen zu gelingen scheint, ein verstärktes Engagement weiterer Verwaltungsressorts zu initiieren. Die Arbeitskreise sind auch ein Hinweis darauf, dass die bestehenden Strukturen durch die handelnden Akteure kritisch hinterfragt und (neuen) Entwicklungen angepasst werden. Die hier eingeleiteten Prozesse sollten fortgesetzt werden, um über die Einbindung weiterer Verwaltungsressorts nachhaltig tragfähige und für weitere städtische Problembereiche übertragbare kooperative Strukturen zu entwickeln.

Neben diesen gesamtstädtischen Strukturen hat das Stadtteilbüro zu einer sehr viel stärkeren lokalen Verortung des Programms beigetragen. Beteiligungsstrukturen konnten gestärkt und Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden. Mit dem neu entstehenden Begegnungszentrum besteht die Chance dauerhaft eine Einrichtung mit einer Sozialraumorientierung im Stadtteil zu etablieren. Diese Chance sollten bei der weiteren inhaltlichen Konzeption des Projektes z.B. über Vorgaben an den künftigen Träger genutzt werden. Dennoch wurde durch die befragten Bewohner und Akteure z.T. auch ein weiterhin „klassisches“ Verständnis der Entwicklung und Umsetzung von Projekten durch einige Mitarbeiter der RGS kritisiert.

Einen wichtigen Ansatz zur Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie zur genaueren Ausrichtung der Projekte an den lokalen Bedürfnissen stellen die Mittel des Verfügungsfonds dar. Erweitert werden diese durch die sog. 50.000 € Projekten die eine unmittelbare Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten auch im baulich-investiv gebundenen Fördermittelbereich stärken.

Auffallend ist, dass es trotz intensiver Bemühungen bislang kaum gelungen ist Projekte im Handlungsfeld „Lokale Ökonomie und Beschäftigungsförderung“ umzusetzen. Hier sollten auch weiterhin Bemühungen zur Einbindung weiterer Fördermittel und Programme unternommen werden. Eingefordert werden sollte eine intensivere auch finanzielle Beteiligung der Wohnungsunternehmen im Stadtteil. Eine dauerhafte Stabilisierung des Stadtteils muss auch in ihrem ökonomischen Interesse sein um die langfristige Vermietbarkeit des sanierten Wohnungsbestandes zu sichern.

4.4. Rostock Schmarl

4.4.1. Ausgangssituation im Stadtteil

Wie der Stadtteil Groß Klein liegt Schmarl im Nordwesten Rostocks an der Verkehrsachse nach Warnemünde. Nördlich begrenzt eine neue Verkehrsverbindung über die Warnow den Übergang nach Groß Klein, westlich verläuft die Trasse der S-Bahn, im Süden das Industriegebiet Marienehe und im Osten ein Feuchtgebiet sowie eine Kleingartenanlage. Die Gebietsabgrenzung für das Programm Soziale Stadt (im Folgenden als Stadtteil bezeichnet) umfasst nicht den gesamten Stadtteil, sondern nur die Quartiere I bis IV. Das Quartier V mit dem Dorf Schmarl und dem Gelände der IGA sowie das Gewerbegebiet (Quartier VI) fallen nicht in das Fördergebiet

Entwicklung des Stadtteils

Der Stadtteil entstand zwischen 1976 und 1984 in industrieller Bauweise zusammen mit vier weiteren Großwohnsiedlungen im Nordwesten Rostocks. Die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum machte die Erweiterung des Stadtgebietes notwendig. Insgesamt entstanden ca. 5.000 neue Wohneinheiten auf einer Fläche von 90,4 ha in z.T. bis zu 11-geschossiger Bauweise. Bis auf ein Einkaufszentrum, welches zu DDR-Zeiten eine über den Stadtteil hinausgehende Versorgungsfunktion hatte und Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur war Schmarl als reines Wohngebiet konzipiert. Die der norddeutschen Backsteingotik nachempfundenen Fassaden waren und sind z.T. noch heute ein städtebaulich prägnantes Merkmal des Stadtteils.

Zentrale Problemstruktur

Ähnlich dem Stadtteil Groß Klein haben sich auch in Schmarl für Großwohnsiedlungen typische Problemlagen herausgebildet, die auch mit Blick auf die Gesamtstadt Rostock ab Mitte der 1990er Jahre eine Abkopplung von den gesamtstädtischen Entwicklungen bedeuteten. Im Zeitraum von 1992 bis 2000 hat der Stadtteil 4.698 Personen bzw. 34,7% seiner Einwohner verloren und zählte im Jahr 2000 noch 9.503 Einwohner. Der Vergleich zeigt hier ein nach 1996 deutliches Auseinanderdriften der Entwicklung Schmarls im Vergleich zur Gesamtstadt. Auch nach Programmbeginn sind wesentlich höhere Bevölkerungsverluste als in der Gesamtstadt zu verzeichnen. Wie auch für Groß Klein hat sich allerdings nach den Zahlen für 2003 eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung ergeben. Dies gilt v.a. für die Quartiere II und III.

Einhergehend mit den hohen Bevölkerungsverlusten manifestieren sich soziale Segregationsprozesse im Stadtteil mit deutlich über dem gesamtstädtischen Niveau liegenden Anteilen von Empfängern staatlicher Transferleistungen. Die Arbeitslosenquote (als Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) lag am 31.12.2003 bei 19,79% und ist auch seit dem Jahr 2000 weiter stark angestiegen. Während die Gesamtstadt Rostock für diesen Zeitraum einen Anstieg um 1,9% auf 13,5% zu verzeichnen hat gab es in Schmarl einen Anstieg um 4,5%. Selbiges gilt auch für die Entwicklung der Quote der Sozialhilfeempfänger. 95 von 1.000 Einwohnern bezogen zum Ende des Jah-

res 2003 Sozialhilfe bei einem gesamtstädtischen Wert von 57 von 1.000 Einwohnern. Allerdings sind hier die Steigerungsraten in den letzten Jahren nicht so stark wie in den beiden Rostocker Stadtteilen Toitenwinkel und v.a. Dierkow Neu. Schmarl weist aber bezogen auf das Jahr 2002 mit 34,3% die höchsten Anteile an Kindern bis 15 Jahren an allen Sozialhilfeempfängern auf.

Die Leerstandquote liegt mit 18% zwar immer noch unter den Werten für Groß Klein aber auch in Schmarl hat es einen starken Anstieg der Leerstände seit dem Jahr 2000 gegeben (damals betrug die Leerstandsquote 11,1%). Bei einer kleinräumigen Betrachtung zeigt sich, dass Teilbereiche und hier v.a. das Quartier IV von dieser Entwicklung besonders betroffen sind. Trotz des zunehmenden Sanierungsgrades im Bestand verschärft sich diese Entwicklung, so dass zum April 2002 bereits 47,1% des Leerstandes in bereits modernisiertem Wohnraum zu verzeichnen sind.

Da sich in Schmarl erst seit 2001 das Programm „Wohnumfeldverbesserung“ in der Umsetzung befindet wurden Defizite im Wohnumfeldbereich gerade zu Programmbeginn noch stark wahrgenommen und thematisiert. Im IHK heißt es: „Im Programmgebiet ist (noch) eine ausreichende Einzelhandelsversorgung der Bevölkerung gesichert.“ Die Versorgungslage hat sich durch den Wegzug einiger Einzelhändler in den letzten Jahren allerdings verschlechtert. Durch die abnehmende Gesamtbevölkerung und eine sinkende Kaufkraft ist eine weitere Verschlechterung zu befürchten. Neben einer fehlenden sozialen und kulturellen Infrastruktur im Kernbereich des Stadtteils wird durch die befragten Bewohnerinnen und Bewohner im Wegbrechen der Einzelhandelsinfrastruktur auch der Grund für einen Mangel an Begegnungsorten im Stadtteil gesehen.

Potenziale und Anknüpfungspunkte

Im IHK heißt es: „Das Quartier V (Schmarl Dorf) wird Standort der IGA 2003. Dazwischen wird mit der Warnowquerung eines der ambitioniertesten Großvorhaben der Hansestadt Rostock umgesetzt“ (Integriertes Handlungskonzept; S. 29). Die vorhandenen Freiflächen im Programmgebiet und die in unmittelbarer Nähe vorhandenen qualitativ hochwertigen Naherholungsbereiche sind ein entscheidendes Potenzial für die zukünftige Entwicklung des Stadtteils. Die neue Warnowquerung hat aber eine hohe Barrierewirkung und verhindert den freien Zugang zu den nordöstlich des Programmgebietes gelegenen IGA-Flächen.

Das südlich des Programmgebietes gelegene Industriegebiet Quartier VI bietet aufgrund seiner räumlichen Nähe zum Programmgebiet Anknüpfungspunkte für eine positive ökonomische Entwicklung von der – wenn auch nicht innerhalb des Programmgebietes – auch positive Effekte für die Bewohnerinnen und Bewohner des Programmgebietes ausgehen könnten.

Bezogen auf seine demografische Entwicklung hat Schmarl einen höheren Anteil an Kindern im Alter von 0-6 Jahren an der Gesamtbevölkerung und weist auch in den folgenden Alterstufen eher höhere Werte als die Gesamtstadt auf. Dies gilt auch für den Anteil der Personen an der erwerbsfähigen Bevölkerung, wohingegen die Altersgruppe der über

65jährigen mit einem Anteil von 11% deutlich unter dem städtischen Durchschnitt von 18% liegt. Zwar lässt sich kein direkter Bezug zu diesen Zahlen herstellen, aber die bislang zumindest ausreichende Versorgung mit Kindertagesstätten und vor allem die gute über den Schulentwicklungsplan bis 2010 gesicherte Versorgung u.a. mit einer gymnasialen Oberstufe sind Potenziale für den Verbleib dieser Bevölkerungsgruppen im Stadtteil.

Demographische und sozialräumliche Merkmale

| Rostock Schmarl | Stadtteil | | Gesamtstadt | |
|---|--|------------------------|---|------------------------|
| | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand |
| Aufnahme in das Programm: 2001 | | | | |
| Größe | 85,5 ha | | 18.100 ha | |
| Einwohnerzahl | 8.833* | 7.844***** | 197.769** | 195.157***** |
| Bevölkerungsentwicklung | -11,2% (1999 bis 2003) | | -1,3% (2000 bis 2003) | |
| Zahl der Wohnungen | 5.081** | 5.090***** | 112.675** | 114.646***** |
| Durchschnittliche Wohnfläche pro Person | | 29,2 m ² ** | | 35,0 m ² ** |
| Wohnungseerstand | 16,4%*** | 18,0%***** | 8,4%*** | 7,9%***** |
| Eigentümeranteil | 11 Wohnungsunternehmen teilen sich den gesamten Wohnungsbestand | | | |
| Anteil der 65-jährigen und älter | 8,1%* | 11,0%**** | 15,0%* | 18,0%**** |
| Anteil der 25-65 jährigen | 62,3%* | 61,6%**** | 58,4%* | 56,5%**** |
| Anteil der 15-25 jährigen | 16,3%* | 14,9%**** | 13,8%* | 14,7%**** |
| Anteil ausländischer Bevölke- rung | 2,1%** | 2,2%**** | 2,4%** | 2,8 %**** |
| Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an der Bevölke- rung im erwerbsfähigen Alter 15-65 Jahre) | 15,3%** | 19,79%***** | 11,6%** | 13,49%***** |
| Anteil der Sozialhilfeempfän- ger (Anteil je 1.000) | 78*** | 95***** | 45*** | 56***** |

*Bezugsjahr 1999; **Bezugsjahr 2000; *** Bezugsjahr 2001; **** Bezugsjahr 2002; *****Bezugsjahr 2003

4.4.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes

Der Stadtteil Schmarl wurde 2001 in das Förderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Die Aufnahme erfolgte aufgrund der oben beschriebenen komplexen Problemlagen des Stadtteils, die durch die Erhebung und Auswertung sozioökonomischer und wohnungswirtschaftlicher Indikatoren innerhalb des Stadtteilmonitorings deutlich wurden. Die Aufnahme war vor dem Hintergrund der Entwicklung des Stadtteils gerechtfertigt, wobei die vorliegenden Daten auch eine Aufnahme der Rostocker Stadtteile Dierkow Neu oder Toitenwinkel begründet hätten. Wie auch schon in Groß Klein konnte der Widerspruch, einerseits eine Beteiligung lokaler Akteure und der Bewohnerinnen und Bewohner an der Erstellung des IHKs einzufordern und dieses andererseits unter Zeitdruck zu leisten, nicht

gelöst werden. Für die Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes wurde auf die Erfahrungen mit der Programmumsetzung in Groß Klein zurückgegriffen.

Dennoch war die Erstellung des IHKs nicht ohne Probleme und ein erster Entwurf musste noch einmal komplett überarbeitet werden. Während die Erstellung und Fortschreibung des IHKs für Groß Klein durch die Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (RGS) eigenständig durchgeführt wurde, erfolgte die Erstellung des IHKs für Schmarl extern durch das Wirtschaftsinstitut für Marktforschung, Evaluation und Strukturentwicklung (WIMES). WIMES ist auch mit dem gesamtstädtischen Monitoring und dem Monitoring für Groß Klein und Schmarl beauftragt.

4.4.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure

Die zur Umsetzung des Programms Soziale Stadt in Groß Klein auf gesamtstädtischer Ebene aufgebauten Strukturen sind für die Umsetzung des Programms in Schmarl übernommen worden. Die für Groß Klein gemachten Ausführungen zu den gesamtstädtischen Umsetzungs- und Vernetzungsstrukturen gelten auch für den Stadtteil Schmarl. Bedingt durch den späteren Einstieg in die Programmumsetzung bestanden diese unter dem Begriff des Quartiersmanagements Nord West zusammengefassten Strukturen anders als in Groß Klein bereits mit Projektbeginn.

Stadtteilebene

Das **Quartiersmanagement** in Schmarl wurde zum November 2002 eingerichtet und arbeitet seit Februar 2003 in seinen jetzigen Räumlichkeiten. Im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens wurde die Arbeiterwohlfahrt Rostock (AWO) mit der Durchführung beauftragt. Als Grund für die externe Vergabe wird durch die RGS der Wunsch genannt, neben der internen Durchführung des Quartiersmanagements durch den Sanierungsträger in Groß Klein ein weiteres Trägermodell zu entwickeln. Während die größere Nähe zur Programmsteuerung ein Vorteil der internen Durchführung sei, habe die externe Vergabe den Vorteil sich unabhängig von der Arbeit der RGS als neue Instanz zur Bewohnerbeteiligung zu etablieren.

Das Quartiersmanagement ist personell mit einer vollen Stelle und seit Oktober 2003 mit einer weiteren aus ABM-Mitteln finanzierten Stelle besetzt. Es hat in Schmarl vorwiegend die Aufgabe Beteiligungsprozesse zu initiieren und zu begleiten und nimmt daneben als ständiges Mitglied der Arbeitsgruppe Soziale Stadt und der vier thematischen Arbeitskreise eine Rolle bei der Projektentwicklung wahr (siehe hierzu auch die Ausführungen für Groß Klein). Sowohl innerhalb der Fragebogenerhebung (vgl. zusammenfassende Darstellung im Anhang) und der Experteninterviews mit den Akteuren als auch von den befragten Bewohnerinnen und Bewohnern wird das Quartiersmanagement als neue Qualität im Stadtteil wahrgenommen die eine wichtige Funktion zur Beteiligung aber auch zur Vernetzung und Initiierung bestehender und neuer Gremien im Stadtteil wahrnimmt.

In Schmarl existiert seit ca. fünf Jahren ein eigener **Stadtteiltisch** mit Vertretern vieler Akteure aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe und Sozialer Arbeit. Daneben erwei-

tert sich dieses Gremium in letzter Zeit z.B. um Vertreter der Wohnungsunternehmen, der Polizei, der Sparkasse und der Gewerbetreibenden. Neben Themen der Kinder- und Jugendarbeit werden verstärkt weitergehende Themen der Stadtteilentwicklung aufgegriffen. Das Jugendamt hat die Federführung im Stadtteiltisch und unterstützt Bemühungen in diesem Gremium eine stärkere sozialräumliche Orientierung der beteiligten Träger einzufordern.

Implementationsstruktur in Rostock Schmarl

| | Organisationsstruktur | Beteiligte |
|-----------------------------------|--|---|
| Steuerung (Verwaltung/Politik) | Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“ | Beteiligte Ämter; Vertreter/innen der Bezirksarbeitsgemeinschaft, der Wohnungsunternehmen, der Bundesagentur für Arbeit, die Quartiersmanagerinnen; die RGS |
| | Programmsteuerung; Projektsteuerung und Projektkoordination | RGS in enger Abstimmung mit dem Bauamt der Stadt |
| Stadtteilebene | Quartiersmanagement | Angesiedelt bei der Arbeiterwohlfahrt Rostock (AWO) |
| | Stadtteiltisch | Akteure aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Sozialer Arbeit mit weiteren Akteuren des Stadtteils. Vorsitz durch das Jugendamt |
| | Quartiersbeirat | Quartiersmanagerin, Bewohner, Vertreter des Ortsbeirates, die Schulleiterin der Gesamtschule, Vertreter der RGS, der Bürger- und Gewerbeverein, Kirchen, weitere Institutionen des Stadtteils |
| | Bürger- und Gewerbeverein | örtliche Gewerbetreibende; Bürger/innen; Kirche; AWO |

Der **Quartiersbeirat** ist auf Initiative der Quartiersmanagerin gegründet worden, um über die Vergabe der Mittel des Verfügungsfonds zu entscheiden. Er trifft sich ca. 4mal jährlich und hat 11 Mitglieder. Neben der Quartiersmanagerin sind zwei Bewohner, zwei Vertreter des Ortsbeirates, die Schulleiterin der Gesamtschule, eine Vertreterin der RGS, der Bürger- und Gewerbeverein, die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde und weitere Institutionen des Stadtteils vertreten. Der Quartiersbeirat dient auch dem Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren und vermittelt in Einzelfällen über den Verfügungsfonds hinausgehende Fördermöglichkeiten.

Seit März 2002 gibt es in Schmarl einen **Bürger- und Gewerbeverein** mit ca. 25 Mitgliedern. Neben örtlichen Gewerbetreibenden und Bürgerinnen und Bürgern sind Institutionen wie die Kirche und die AWO vertreten. Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Sponsorengeldern und aus Mitteln des Verfügungsfonds. Der Verein führt Veranstaltungen und Feste wie das Stadtteilstfest durch und engagiert sich im Allgemeinen für eine positive Entwicklung des Stadtteils.

In **Zusammenarbeit zwischen dem Ortsbeirat, dem Bürger- und Gewerbeverein und der Quartiersmanagerin** gibt es momentan eine Initiative Entwicklungsperspektiven für Schmarl zu erstellen und die im Stadtteil vorhandenen Potenziale zu betonen um so das Image des Stadtteils zu verbessern. Die genannten Institutionen haben sich mit diesem

Anliegen auch an die Wohnungsunternehmen im Stadtteil gewendet um Möglichkeiten einer stärkeren Einbindung der Wohnungsunternehmen in die Stadtteilentwicklung zu erörtern. Diese Initiative ist auf großes Interesse bei den Wohnungsunternehmen gestoßen. Auf einem weiteren geplanten Treffen im August sollen konkrete Aspekte der Zusammenarbeit erörtert werden.

Politische Einbindung

Der **Ortsbeirat** ist, wie in Groß Klein, im Stadtteiltisch, im Quartiersbeirat und auch im LOS-Begleitausschuss vertreten. Von Programmbeginn an ist eine direkte Einbindung dieses für die Vertretung der Stadtteilinteressen in der Rostocker Bürgerschaft wichtigen Gremiums vorgesehen worden. Die Beziehungen zwischen dem Ortsbeirat und den Gremien der Sozialen Stadt sind gut und es gibt keine Unstimmigkeiten über die Vergabe der Mittel des Verfügungsfonds durch ein akteurs- und bewohnergetragenes Gremium.

Die Einbindung der politischen Gremien auf gesamtstädtischer Ebene erfolgt wie im Kapitel zu Groß Klein beschrieben.

Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner

Das **Handlungsfeld Kommunikation und Beteiligung** hat die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, die Stärkung der Eigenverantwortung und eine Förderung der Identifikation mit dem Stadtteil zum Ziel. Stärker als in Groß Klein kann hierbei in Schmarl an dem schon vorhandenen Engagement einiger Bewohnerinnen und Bewohner angeknüpft werden. Dennoch stellt das IHK fest: „Es gibt aber auch einen erheblichen Anteil der Anwohner die gegenwärtig wenig Interesse an Informationen über Entwicklungen im Stadtteil zeigen und nicht weiter eingebunden sein möchten. Die Arbeit der Stadtteilkoordinatorin zielt u.a. darauf ab, diese Lücke zu schließen“ (Integriertes Handlungskonzept; S.41).

Das **Quartiersmanagement mit dem lokal verorteten Stadtteilbüro** ist der Dreh- und Angelpunkt der Beteiligungsaktivitäten im Stadtteil. Sowohl in den Experteninterviews wie auch bei den befragten Bewohnerinnen wurde eine starke Verbesserung der Beteiligungs- und Artikulierungsmöglichkeiten durch die Arbeit der Quartiersmanagerin angegeben. Das Stadtteilbüro hat primär die Funktion einer Anlaufstelle zur Information aber auch zur Artikulation von Wünschen und Beschwerden für die Bewohnerinnen und Bewohner. Kleinere Konflikte und Probleme können so durch Kontakte zu den städtischen Ämtern oder zu den Wohnungsgesellschaften häufig direkt gelöst werden. Daneben sind seit dem ca. einjährigen Bestehen des Stadtteilbüros viele weitergehende Aktivitäten durch das Stadtteilbüro durchgeführt oder unterstützt worden.

Um Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen, die sich bislang noch nicht aktiv an der Stadtteilentwicklung beteiligen, wurden zahlreiche Veranstaltungen wie z.B. Stadtteilstunden und Martinsumzüge initiiert. So ist es auch gelungen das Stadtteilbüro innerhalb des Stadtteils bekannt zu machen. Mit Veranstaltungen wie der Aufräumaktion „Schmarl räumt auf“ wird ein direktes Engagement für den Stadtteil ermöglicht. Positiv hervorzuheben ist der Ansatz der Quartiersmanagerin neue Angebote bei bestehenden Trägern zu etablie-

ren, wie dies u.a. mit dem Erzählcafé gelungen ist. Bestehende Potenziale im Stadtteil sollen so bewusst aufgegriffen und Eigenengagement gefördert werden.

Eine Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Umsetzung des Programms Soziale Stadt geschieht auf drei unterschiedlichen Ebenen:

- Bei einigen der bislang umgesetzten Projekte ist eine Beteiligung über das in bisherigen Förderprogrammen übliche Maß hinaus erfolgt. Z.B. basiert die Freiflächengestaltung im Umfeld des Schulkomplexes in Teilen auf den Ideen und Vorschlägen, die im Rahmen eines Wettbewerbes durch Schüler und Auszubildende entwickelt worden sind (vgl. Werkstattbericht „Die Soziale Stadt“; S.35).
- Über die Veranstaltung von Werkstätten und die Arbeit der Gremien im Stadtteil erfolgt eine Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner in die Zielentwicklung und die Aufstellung des IHKs. Gerade hier zeigt sich aber, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen diese Angebote annehmen.
- Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Möglichkeit der Beteiligung in Form der direkten Projektentwicklung durch die Bewohnerinnen und Bewohner. Die Mittel des Verfügungsfonds, die in 2004 erstmals zur Verfügung stehenden 50.000 € für bewohnerinitiierte Projekte und die Mittel des LOS-Programms bilden neue Möglichkeiten für die Bewohnerschaft sich einzubringen. Diese Mittel stehen bewusst für von Bewohnern und Akteuren eingebrachte Projektvorschläge zur Verfügung und ermöglichen eine eigenverantwortliche zeitnahe Umsetzung von Kleinprojekten. Zur Vergabe dieser Mittel werden durch das Quartiersmanagement themenspezifische Veranstaltungen organisiert. Mit den 50.000 € Projekten ist es z.B. gelungen eine Bevölkerungsgruppe, die über die bisherigen Angebote nicht erreicht wurde anzusprechen (Junge Mütter unterstützen hier die Erneuerung von Fenstern einer Kita).

4.4.4. Ziele

Die Entwicklung der Ziele für das Integrierte Handlungskonzept geschah auf zwei Ebenen. Einerseits erfolgte eine Integration der Ziele die bereits mit der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes und dem sich damals in Aufstellung befindlichen städtebaulichen Rahmenplan vorhandenen waren. Andererseits gab es eine Beteiligung der Stadtteilbewohnerinnen und Bewohner an der Zielentwicklung in Form von zwei durch die RGS (vor Beginn des Quartiersmanagements) organisierten Werkstätten. Mit der Aufnahme des Quartiersmanagements durch die AWO wurden dann v.a. auch Aspekte der Gemeinwesenarbeit in das Zielsystem integriert und fanden Eingang in das Handlungsfeld „Kommunikation und Beteiligung“. Daneben gibt es die Handlungsfelder „Soziale und kulturelle Infrastruktur“, „Städtebauliche Weiterentwicklung“ und „Lokale Ökonomie und Beschäftigungsförderung“. Den Handlungsfeldern sind jeweils Ziele zugeordnet. Diese werden in erläuternden Texten begründet und z.T. weiter konkretisiert.

Die aufgestellten Handlungsfelder und Ziele orientieren sich an den identifizierten Problemlagen und Potenzialen im Stadtteil. Sie weisen eine große Ähnlichkeit zu den für Groß

Klein aufgestellten Handlungsfeldern und Zielen auf. Dies ist neben den ähnlichen Bedingungen in den beiden Stadtteilen auch auf die über dieselben Personen im Bauamt und bei der RGS erfolgende Entwicklung zurückzuführen. Über enge Vernetzungsstrukturen des Quartiersmanagements erfolgen auch Lernprozesse zwischen beiden Stadtteilen. Die Benennung und stärkere Betonung des Handlungsfeldes „Kommunikation und Beteiligung“ in Groß Klein ist auch auf die Arbeit der AWO als Trägerin des Quartiersmanagements in Schmarl zurückzuführen. Parallel und Übergreifend sind weitere Entwicklungsziele für den Stadtteil definiert worden.

Handlungsfelder und Ziele in Schmarl

| Leitziel | Handlungsfeld | Ziele |
|---|--|---|
| Schrittweise Beseitigung des städtebaulichen und sozialen Entwicklungsrückstandes – Stärkung der vorhandenen Potenziale mit dem Fokus auf den Erhalt und den Ausbau der Wohnfunktionen | Soziale und kulturelle Infrastruktur | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beseitigung infrastruktureller Defizite zur Belebung des Stadtteils ▪ Bauliche Aufwertung bestehender Einrichtungen/ Konzept-erweiterung ▪ Etablierung neuer Einrichtungen, Kunst im Wohnumfeld |
| | Städtebauliche Weiterentwicklung | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beseitigung der städtebaulichen Missstände ▪ Neuordnung des privaten und öffentlichen Bereichs ▪ Anbindung an den peripheren Bereich |
| | Lokale Ökonomie/ Beschäftigungsförderung | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Soziale Stabilisierung der Arbeitslosigkeit ▪ Stärkung des ansässigen Gewerbes, Schaffung von Voraussetzungen für die Neuansiedlungen von Gewerbe |
| | Kommunikation und Beteiligung | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktivierung der Bewohner ▪ Eigenverantwortung stärken ▪ Identifikation mit dem Stadtteil fördern ▪ Steigerung der Attraktivität |

Stadtteilmonitoring/ Erfolgskontrolle

Bei der Aufnahme Schmarls existierte bereits eine gesamtstädtische Erfassung von sozioökonomischen, wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Daten, die im Zusammenhang mit der Aufnahme des Stadtteils Groß Klein und der Entwicklung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes entwickelt worden war. Die so erhobenen Daten stimmen mit denen Groß Kleins und der anderen Stadtteile überein. Die Erhebung wurde zum Basisjahr 2000 jährlich fortgeschrieben und erlaubt über die Definition von „Kontextindikatoren“ (z.B. Saldo der innerstädtischen Umzüge gesamt und nach ausgewählten Altersgruppen) die Beschreibung und Analyse von Entwicklungen. Die Auswertung des Monitoring erfolgt jährlich in Form schriftlicher Berichte, die jeweils die Situation und Entwicklung im Stadtteil sehr stark in Bezug zu der Entwicklung anderer Stadtteile Rostocks sehen (siehe hierzu auch die Ausführungen zu Groß Klein).

4.4.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen

Die folgenden Ausführungen nehmen die im Integrierten Handlungskonzept vorliegenden Informationen auf und ergänzen diese um weitere Informationen, soweit diese bei der

Erstellung des Berichtes vorlagen. Die Darstellung der Projekte erfolgt auf Ebene der definierten Handlungsfelder.

Handlungsfeld „Soziale und kulturelle Infrastruktur“

In diesem Handlungsfeld wurden bislang zwei Projekte umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung. Zum einen konnte aus Mitteln des Programms Soziale Stadt und weiteren Mitteln der Kommune und der AWO das **Stadtteilbüro** im Stadtteil eingerichtet werden. Daneben wird zur Zeit der ehemalige **Jugendclub Haus 12** zu einem Kinder-, Jugend- und Familienzentrum mit gleichzeitiger Gestaltung der Freiflächen umgebaut. Das Projekt wird aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert und unter intensiver Beteiligung der Bewohner umgesetzt. Es ist geplant, dass neben einer Cafeteria ein Veranstaltungssaal und Räumlichkeiten zur Nutzung durch Vereine entstehen.

Handlungsfeld „Städtebauliche Weiterentwicklung“

In diesem Handlungsfeld wurden bislang vier Projekte umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung. Aus dem Wohnumfeldprogramm werden in diesem Handlungsfeld unterschiedliche Maßnahmen zur **Neugestaltung der Gehwege und straßenbegleitenden Radwege** umgesetzt um so die Bedingungen für den nichtmotorisierten Individualverkehr zu verbessern und den Stadtteil gleichzeitig ökologisch aufzuwerten. Daneben werden, gefördert durch das Wohnumfeldprogramm, **Parkflächen im Stadtteil neu geschaffen bzw. aufgewertet**. Finanziert durch ein lokales Wohnungsunternehmen und Mittel der Sozialen Stadt ist der **Neubau von 13 behindertengerechten Garagen** umgesetzt worden.

Daneben befindet sich momentan die umfassende **Freiflächengestaltung des Gesamtschulkomplexes am Stephan-Jantzen-Ring** in der Umsetzung. Unter Beteiligung besonders von Kindern- und Jugendlichen sollen die Flächen des Schulkomplexes umgestaltet werden. Die entstehenden Flächen, wie z.B. eine Kletterlandschaft, sollen sich auch über den Schulbetrieb hinaus für den Stadtteil öffnen. Die Planung und Umsetzung geschieht in enger Abstimmung mit der Schulleitung, um notwendige geschützte Bereiche für den Schulbetrieb sicherzustellen. Finanziert wird diese Maßnahme aus Mitteln der Sozialen Stadt. Neben diesen Projekten sind bereits umfangreiche finanzielle Mittel der im Stadtteil tätigen Wohnungsunternehmen in die Sanierung des Gebäudebestands geflossen.

Handlungsfeld „Lokale Ökonomie und Beschäftigungsförderung“

Die zurzeit startende Umsetzung der **50.000 € Projekte** wird z.T. in Verbindung mit Maßnahmen zur Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung geschehen. Ein in der weiteren Erläuterung des Handlungsfelds formuliertes Ziel in diesem Bereich ist die Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Gewerbetreibenden über den Bürger- und Gewerbeverein. Über das Quartiersmanagement hat sich eine intensive Zusammenarbeit mit dem Bürger- und Gewerbeverein herausgebildet, die z.B. Ansätze einer Zusammenarbeit mit den örtlichen Wohnungsunternehmen forciert hat (s.o.).

Handlungsfeld „Kommunikation und Beteiligung“

Das zentrale „Projekt“ zur Erreichung der in diesem Handlungsfeld aufgestellten Ziele ist die über das Programm Soziale Stadt finanzierte **Stelle einer Quartiersmanagerin**. Seit Oktober 2003 ist es gelungen eine weitere Stelle für das Quartiersmanagement über ABM-Mittel zu finanzieren. Mit der Arbeit des Quartiersmanagements ist es gelungen neue Netzwerke im Stadtteil aufzubauen und die Beteiligung im Stadtteil zu stärken. Einzelne Projekte und Aktionen sind in den Ausführungen zu den Organisations- und Kooperationsstrukturen näher erläutert. Mit den Mitteln des **Verfügungsfonds** konnten weitere kleinteilige Projekte zur Erlangung der Ziele in diesem Handlungsfeld eingebunden werden. Dies waren z.B. die Unterstützung der 1. Rostocker Marathon-Nacht, die durch Schmarl führte, Integrationsveranstaltungen für ältere Spätaussiedler oder ein Weihnachtskonzert.

Die bislang in Schmarl realisierten Projekte orientieren sich an den aufgestellten Handlungsfeldern und Zielen. Deutlich betont werden muss bei der Bewertung der erst für das Jahr 2001 erfolgte Programmbeginn in Schmarl. Die bislang aus Mitteln des Programms Soziale Stadt realisierten Projekte sind daher noch nicht so zahlreich und insgesamt haben die Erneuerungsaktivitäten (andere städtebauliche Fördermittel einbezogen) bislang noch einen starken Fokus im Wohnumfeldbereich. Mit dem momentan schon in der Umsetzung stehenden Kinder-, Jugend- und Familienzentrum Haus 12 findet hier sicherlich auch eine Akzentverschiebung statt, die zu einer weiteren – mit den Tätigkeiten des Stadtteilbüros bereits begonnen – Stärkung des Handlungsfelds „Kommunikation und Beteiligung“ beitragen wird. Positiv ist auch die Freiflächengestaltung am Gesamtschulkomplex hervorzuheben, da schon mit Beginn der Planungen der Versuch unternommen wird Synergieeffekte zu nutzen und den Schulbereich für den Stadtteil zu öffnen. Notwendig ist es aus unserer Sicht für den weiteren Programmverlauf eigenständige Projekte im Handlungsfeld „Lokale Ökonomie und Beschäftigungsförderung“ anzustoßen.

Verfügungsfonds, 50.000 € und LOS

In Schmarl stehen neben den Mitteln des Verfügungsfonds weitere Mittel aus einem durch die RGS initiierten Topf von 50.000 € für bewohnerinitiierte Projekte im baulich investiven Bereich und 90.000 € an Mitteln aus dem LOS Programm zur Verfügung. Während bislang Projektanträge für Mittel aus dem Verfügungsfonds v.a. durch Projektträger und Akteure im Stadtteil eingereicht wurden, zeigt sich ein langsam ansteigendes Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner sich aktiver an der Entwicklung und Umsetzung von Projekten zu beteiligen. Stärker ist die direkte Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner bei der Entwicklung von Projekten aus dem 50.000 € Topf gelungen (siehe hierzu auch die Ausführungen zu Groß Klein).

Verknüpfung mit weiteren Fördermitteln

Neben den umfangreichen und über das Handlungsfeld „Städtebauliche Weiterentwicklung“ in das Programm integrierten Investitionen im baulichen Bereich und im Wohnumfeld ist es in Einzelbereichen gelungen weitere Fördermittel einzubinden, die in direktem

Zusammenhang mit der Programmumsetzung stehen. Dies sind zum einen Mittel der Bundesagentur für Arbeit, die für die Finanzierung einer zweiten Personalstelle im Stadtteilbüro und die Umsetzung der 50.000 € Projekte eingesetzt werden. Zum anderen sind dies die neu eingeworbenen 90.000 € des LOS-Programms zur Unterstützung von Kleinprojekten, die soziale und beschäftigungswirksame lokale Potenziale aktivieren sollen.

4.4.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen

Der Stadtteil Schmarl ist zum Jahr 2001 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen worden. Die Gründe für die Auswahl des Programmgebietes werden im Integrierten Handlungskonzept umfassend dargestellt und sind plausibel. Mit Beginn der Umsetzung in Schmarl konnten die bereits bestehenden Erfahrungen im benachbarten Stadtteil Groß Klein genutzt werden. Die hier aufgebauten Strukturen werden unter dem Begriff Quartiersmanagement Nord-West zusammengefasst und dienen in gleicher Form zur Steuerung beider Stadtteile.

Ein entscheidender Unterschied zur Programmumsetzung in Groß Klein ist die externe Vergabe für den Betrieb des Stadtteilbüros an die AWO Rostock. Über die Arbeit der AWO wurden Aspekte der Gemeinwesenarbeit bei der Programmumsetzung eingefordert und für die Aufstellung bzw. Fortschreibung der Integrierten Handlungskonzepte sowohl in Schmarl wie auch in Groß Klein stärker betont. Mit dem Stadtteilbüro und der Arbeit der Quartiersmanagerinnen ist es gelungen erfolgreich Netzwerke im Stadtteil zu unterstützen, neue Strukturen aufzubauen und die Bewohnerinnen und Bewohner stärker an der Programmumsetzung zu beteiligen. Die hier begonnene Arbeit sollte weiter fortgesetzt werden. Dies gilt in besonderer Weise für die Bemühungen neue Netzwerke und Kooperationen im Stadtteil zu etablieren (z.B. über die erwähnte Kooperation mit dem Bürger- und Gewerbeverein, dem Ortsbeirat und den Wohnungsunternehmen).

Bei der Betrachtung des bisherigen Erneuerungsprozesses zeigt sich, dass sich die Umsetzung des Programms Soziale Stadt in Rostock Schmarl noch in einem frühen Stadium befindet. Bislang wurden v.a. Projekte im Handlungsfeld „Städtebauliche Weiterentwicklung“ umgesetzt. Gerade die momentan umgesetzten Projekte „Kinder-, Jugend- und Familienzentrum – Haus 12“ und die umfassenden Maßnahmen zur Freiflächengestaltung am Gesamtschulkomplex werden neue Akzente im Stadtteil setzen. Für die zukünftige Programmumsetzung sollten aus Sicht der Evaluation zwei eng miteinander verknüpfte Bereiche stärker betont werden: Einerseits sollte (weiterhin) versucht werden Projekte zur Stärkung der Lokalen Ökonomie und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu initiieren. Evtl. könnte die auch im IHK als Potenzial herausgestellte Nähe zu einem angrenzenden Gewerbegebiet genutzt werden. Andererseits sollte ein Gesamtkonzept für die Entwicklung des Schmarler Zentrums unter Einbeziehung lokaler Akteure entwickelt werden um hier wieder einen zentralen Ort im Stadtteil zu schaffen. Dabei sollten neben Fragen der Sicherung und Ansiedlung von Einzelhandelseinrichtungen auch neue Orte der Begegnung und soziale und kulturelle Angebote entwickelt werden.

4.5. Schwerin Feldstadt

4.5.1. Ausgangssituation im Stadtteil

Die Feldstadt mit einer Größe von 32,45 ha grenzt direkt südwestlich an die Schweriner Altstadt. Damit ist die Feldstadt das kleinste Programmgebiet der Sozialen Stadt. Kennzeichnend für das Quartier ist eine dichte gründerzeitliche Bebauung mit Mietshäusern; ein typisches Arbeiterwohnviertel, dass zum Ende des 19. Jahrhunderts entstand ist.

Entwicklung des Stadtteils

Aufgrund erheblicher baulicher Mängel wurde die Feldstadt zu Beginn der neunziger Jahre als Sanierungsgebiet ausgewiesen und in das Städtebauförderprogramm aufgenommen. Ausdruck der baulichen Entwicklung war eine desolate Bausubstanz mit erheblichen Leerständen aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung des Gebietes sowie die Konzentration von Menschen in schwierigen Lebenslagen. Weiterhin waren wesentliche städtebauliche Missstände vorhanden, so dass der Schwerpunkt der Stadterneuerung seit der Festlegung als Sanierungsgebiet in der Beseitigung baulicher und städtebaulicher Mängel lag. Zu diesem Zweck wurden seitdem ca. 30 Mio. € vor Ort investiert, wovon fast die Hälfte der Sanierung sowohl privater als auch städtischer Wohnhäuser zugute kam. Weitere 6 Mio. € wurden für die Aufwertung öffentlicher Straßen und Plätze aufgewendet. Die Modernisierung der Bausubstanz sowie die Verbesserung der Infrastruktur und die Erneuerung der Straßen und Plätze haben eine erhebliche Aufwertung der Wohn- und Wohnumfeldqualität im Gebiet bewirkt. Bei den Gebäuden wurde mittlerweile ein Sanierungsstand von 75% erreicht und bei den Erschließungsmaßnahmen von 70%.

Zentrale Problemstruktur

Die Leerstände bei den Gebäuden sind nach wie vor vorhanden, konzentrieren sich aber auf die unsanierten Gebäude. Sanierte Wohngebäude werden in der Regel vermietet. Die Ausnutzung der Gewerbeflächen im Quartier ist noch deutlich ausbaubar. Es besteht aber die Hoffnung, dass sich mit weiterer Aufwertung und wachsender Einwohnerzahl auch mehr Einzelhändler zur Versorgung im Viertel niederlassen.

Die Erfolge der Sanierungsmaßnahmen spiegeln sich vor allem in der positiven Bevölkerungsentwicklung wider. In der Feldstadt lebten im Dez. 1996 ca. 3.328 Personen (Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz). Die Bevölkerung wuchs bis zum September 2003 um 763 Personen auf 4.091. Den stärksten Zuzug erlebte die Feldstadt in den Jahren 1998 und 1999. Noch aussagekräftiger werden diese Angaben, wenn man sie mit der gesamtstädtischen Entwicklung vergleicht. Im gleichen Zeitraum verlor Schwerin ca. 14% seiner Bevölkerung.

Die Altersstruktur der Feldstadt weicht leicht von der Altersstruktur der Gesamtstadt ab. 15% der Feldstädter Bevölkerung sind zwischen 0 und 20 Jahren alt (Gesamtstadt 18,7%). Ein vergleichsweise hoher Anteil mit 67% der Bevölkerung befindet sich im er-

werbsfähigen Alter zwischen 20 und 60 Jahren (Gesamtstadt 55,7%). Der Anteil der Senioren beträgt ca. 19% (Gesamtstadt 25,7%).

Die Arbeitslosigkeit bewegt sich etwa auf dem Niveau der Gesamtstadt. Im Jahr 1999 betrug die Arbeitslosenquote 16,4%. Während die Feldstadt im Jahr 2000 eine Verbesserung auf 14,8% erlebte, blieb die Quote der Gesamtstadt unverändert. Im Jahr 2002 steht für die Feldstadt eine Arbeitslosenquote von 15,8%, für die Gesamtstadt eine Quote von 16,1%. Auffällig ist, dass der Anteil der jungen Arbeitslosen im Vergleich zu Gesamtstadt deutlich höher liegt. Während in der Gesamtstadt 12% der Arbeitslosen unter 25 Jahren ist, liegt dieser Wert in der Feldstadt bei 19%. Angaben zur Verteilung der Sozialhilfeempfänger liegen auf dieser kleinräumigen Ebene nicht vor.

Mit den Sanierungsmaßnahmen und der Aufwertung des Stadtteils hat sich die Bevölkerungsstruktur in der Feldstadt erheblich verändert. Zum einen kam es zu einer Verdrängung der eingessenen, oft einkommensschwächeren Bevölkerung und zum anderen zu einem Zuzug jüngerer, einkommensstärkerer Bewohner. Für die (neuen) Bürger gestaltet sich die Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls zum Stadtteil schwierig. Zum einen sind die Bewohner aufgrund der mangelhaften Infrastruktur gezwungen, Angebote im Stadtzentrum zu nutzen, zum anderen ist die Ausweisung integrativ und kommunikativ wirkender Gemeinschaftsflächen problematisch. Dies liegt in den relativ geschlossenen Strukturen des Gebietes begründet, so dass die Anzahl der potentiell nutzbaren Areale begrenzt ist. Dieses Manko kann auch nicht durch die (zahlreichen) sozialen Einrichtungen aufgehoben werden, da deren Angebote weniger integrativ sind, sondern sich an einzelne Zielgruppen richten.

Hinsichtlich der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes ist eine Aktualisierung der soziodemografischen Daten wünschenswert. Ergänzend dazu wären z.B. Zahlen zu den Sozialhilfeempfängern oder Leerständen/ Sanierungsstand wünschenswert, um sich ein genaueres Bild zur Situation im Stadtteil verschaffen zu können.

Potenziale und Anknüpfungspunkte

Die Feldstadt verfügt insgesamt über eine gute infrastrukturelle Ausstattung mit Dienstleistungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Grundschule und Spielplätzen, die den Stadtteil für Familien attraktiv machen. Ein weiteres Potenzial liegt in der herausragenden Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zum Stadtzentrum. Damit einher geht die fußläufige Erreichbarkeit vieler Ziele. Positiv hervorzuheben ist auch die gute Anbindung durch den ÖPNV.

Durch die fortschreitende Sanierung der attraktiven Bausubstanz wird der Stadtteil weiter aufgewertet. Wie an den stetig steigenden Einwohnerzahlen zu erkennen ist, nimmt die Beliebtheit des Viertels zu und motiviert zu weiteren privaten Investitionen. Mit den steigenden Einwohnerzahlen reduzieren sich auch die Leerstände, das Viertel wird zunehmend lebendiger. In der Folge sollten sich in Zukunft auch Infrastrukturangebote wie versorgender Einzelhandel verstärkt im Quartier ansiedeln.

Demographische und sozialräumliche Merkmale Schwerin Feldstadt

| Schwerin Feldstadt | Stadtteil | | Gesamtstadt | |
|----------------------------------|--|--------------------------------------|-----------------------|--------------------------------------|
| | Aufnahme in das Programm: 1999 | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit |
| Größe | 32,45 ha | | | |
| Einwohnerzahl ⁶ | 3.722* | 4.091**** | 105.523* | 100.329**** |
| Bevölkerungsentwicklung | 9,9% (1999 bis 2003) | | -4,8% (1999 bis 2003) | |
| Wohnungsleerstand | Angaben zum Leerstand liegen nicht vor | | | |
| Eigentümeranteil | Der mehrheitliche Anteil an Wohnungseigentum befindet sich in Privateigentum | | | |
| Anteil der 60-jährigen und älter | 18% | 19%** | 20,1% | 25,2%*** |
| Anteil der 20-60-jährigen | 65% | 67%** | 58,6% | 55,7%*** |
| Anteil der 0-20-jährigen | 18% | 15%** | 21% | 18,7%*** |
| Anteil ausländischer Bevölkerung | | 2,5%** | | 4,1%*** |
| Arbeitslosenquote | 16,4%* | 15,8%*** | 16,4%* | 16,1%*** |

* Bezugsjahr 1999; ** Bezugsjahr 2001; *** Bezugsjahr 2002; **** Bezugsjahr 2003

4.5.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des integrierten Handlungskonzeptes

Die Feldstadt wurde 1991 in das Städtebauförderungsprogramm aufgenommen und 1992 als Sanierungsgebiet festgelegt. 1993 wurde der Rahmenplan für die Innenstadt aufgestellt und beschlossen. Seit 2002 wird die Feldstadt im Programm Stadtumbau Ost als Schwerpunktstadtteil Aufwertung geführt. Damit wird das Ziel verbunden, aufgrund der Bedeutung der Feldstadt für das Stadtbild, städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen und Gebäudesanierungen durchzuführen.

Die Aufnahme der Feldstadt in das Programm Soziale Stadt erfolgte 1999 zusammen mit dem Stadtteil Neu Zippendorf. Es handelt sich dabei um ein Neubaugebiet und ein innerstädtisches Quartier, jeweils mit besonderen Problemlagen. Durch das neue Förderprogramm sollen die bereits begonnenen Ansätze im Rahmen der Städtebauförderung ausgebaut und gezielt Maßnahmen und Projekte im sozialen und kommunikativen Bereich realisiert werden. Ein weiterer wesentlicher Impuls für den Erneuerungsprozess war die Beauftragung des Büros Kellermann und Voss. Zentrales Ziel dieses Auftrags ist:

- die Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes
- die Einrichtung und der Betrieb des Stadtteilbüros
- die Bewohneraktivierung, die Projektinitiierung und Stadtteilkoordination

⁶ Die Angaben beziehen sich auf die Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz.

- die Mitwirkung an der Erfolgskontrolle (vgl. Integriertes Handlungskonzept, 5. Fortschreibung; Seite 3)

Das Integrierte Handlungskonzept wurde erstmals im Sommer 2001 aufgelegt und liegt derzeit in der fünften Fassung (September 2003) vor. Die Abstimmung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und lokalen Akteuren. Die Handlungskonzepte wurden auf drei Stadtteilforen den Bewohnerinnen und Bewohnern der Feldstadt vorgestellt. Darüber hinaus soll das Integrierte Handlungskonzept durch die die Bürgerschaft der Stadt verabschiedet werden.

4.5.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure

Für die Umsetzung der Sozialen Stadt sind auf Verwaltungsebene und im Stadtteil Organisationsstrukturen aufgebaut worden, die für die strategische Ausrichtung des Programms verantwortlich sind und die entsprechenden Maßnahmen durchführen.

Gesamtstädtische Ebene

Auf gesamtstädtischer Verwaltungsebene ist die zentrale Akteurin die **Gebietesbeauftragte der Stadt Schwerin vom Amt für Bauen, Denkmalpflege und Naturschutz**, die mit der verwaltungsseitigen Umsetzung des Programms betraut ist. Darüber hinaus ist sie die fachliche Vorgesetzte der beiden Stadtteilkoordinatoren. Die Vernetzung mit der Stadtteilebene wird über die Teilnahme an der Lenkungsgruppe (s.u.) sichergestellt. Aus der schriftlichen Befragung der Stadtteilakteure geht hervor, dass die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sehr positiv wahrgenommen wird (siehe hierzu wie auch zu den folgenden Verweisen auf die Fragebogenerhebung die zusammenfassende Darstellung im Anhang).

Die Gebietsbeauftragte wird unterstützt durch eine Mitarbeiterin der **Entwicklungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (EGS)**, die für die treuhänderische Verwaltung der Fördermittel zuständig ist. Die EGS beschränkt sich in der Feldstadt nicht auf die technische Abwicklung des Förderprogramms, sondern ist in der Lenkungsgruppe auf Stadtteilebene vertreten und somit in die inhaltliche Ausgestaltung des Programms eingebunden. Auch die Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger wird in der Befragung positiv bewertet.

Zusätzlich existiert innerhalb der Stadtverwaltung eine **Ämterrunde**, an der verschiedene Ämter, die Stadtteilkoordinatoren und der Sanierungsträger beteiligt sind. Die Ämterrunde ist eigens für die Programmumsetzung auf der Verwaltungsebene eingesetzt worden. Themen innerhalb der Runde sind Fragen des öffentlichen Grüns, der Schulen oder der Wirtschaftsförderung. Die Runde trifft sich alle sechs bis acht Wochen. Aus der Sicht der Gebietsbeauftragten hat die Runde zu einer erheblichen Verbesserung der Zusammenarbeit und besseren Abstimmung mit den beteiligten Ämtern geführt.

Stadtteilebene

Im Programmgebiet selbst sind die zentralen Einrichtungen die **Lenkungsgruppe**, die **Stadtteilkoordinatoren** mit dem **Stadtteilbüro**, die **Stadtteilkonferenzen bzw. -foren** sowie die **bewohnergetragenen Arbeitsgruppen**.

In der Lenkungsgruppe sind die **Gebietsbeauftragte** des Amtes für Bauen, Denkmalpflege und Naturschutz, die Sprecher der **Arbeitsgruppen**, eine Vertreterin des **Sanierungsträgers EGS**, der **Ortsbeirat** versammelt. Die **Stadtteilkoordinatoren** nehmen als nicht-stimmberichtigte Mitglieder an den Sitzungen teil. Die Treffen der Lenkungsgruppe finden alle sechs bis acht Wochen statt. In der Lenkungsgruppe werden die wesentlichen Abstimmungen zur Programmumsetzung im Stadtteil getroffen und der Rahmen für die Arbeit der Stadtteilkoordinatoren gesetzt. Weiterhin wird über die Vergabe des Verfügungsfonds entschieden. Die Besetzung der Lenkungsgruppe wird sehr positiv beurteilt, da sowohl die verwaltungsseitigen Akteure als auch die Akteure aus dem Stadtteil an diesem Gremium beteiligt sind. Die Zusammenarbeit innerhalb der Lenkungsgruppe wird insgesamt als sehr gut bewertet.

Implementationsstruktur Schwerin Feldstadt

| | Organisationsstruktur | Beteiligte |
|--------------------------------|--|---|
| Steuerung (Verwaltung/Politik) | Programmsteuerung; Projektsteuerung und Projektkoordination | Gebietsbeauftragte des Amtes für Bauen, Denkmalpflege und Naturschutz, EGS |
| | Ämterrunde zur Programmumsetzung | Verschiedene Ämter; Stadtteilkoordinatoren; EGS |
| Stadtteilebene | Lenkungsgruppe | Gebietsbeauftragte des Amtes für Bauen, Denkmalpflege und Naturschutz; Sprecher der Arbeitsgruppen; Vertreter des Sanierungsträgers; Ortsbeirat |
| | Stadtteilkoordinatoren / Stadtteilbüro | Büro Kellermann und Voss Hamburg |
| | drei themenbezogene Arbeitsgruppen | Bewohner/ -innen; Akteure im Stadtteil |

Die Stadtteilkoordination ist durch das Hamburger **Büro Kellermann und Voss** im April 2001 übernommen worden und wird personell durch zwei Stadtteilkoordinatoren getragen, die in enger Abstimmung gemeinsam die Aufgaben übernehmen. Das Aufgabenprofil umfasst:

- die fortlaufende Identifizierung der verschiedenen Probleme
- die Kommunikation und Vermittlung zwischen den lokalen, Akteuren, Institutionen und den Bewohneransprüchen
- die Vernetzung der bestehenden Organisationsstrukturen
- die Aktivierung der lokalen Akteure
- die Koordination und Vernetzung der bereits laufenden Projekte im Stadtteil
- die Initiierung neuer Projekte
- die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- die Mithilfe bei der Akquisition von Fördermitteln
- das Monitoring und die Erfolgskontrolle (vgl. Werkstattbericht Die Soziale Stadt; S. 38)

Der Vertrag über die Stadtteilkoordination zwischen der Stadt Schwerin und dem Büro Kellermann und Voss wird jährlich verlängert. Die Zusammenarbeit zwischen der Gebietsbeauftragten und den Stadtteilkoordinatoren wird sehr positiv wahrgenommen.

Das Stadtteilbüro wurde 2001 eingerichtet, als Anlaufstelle für die Bewohnerinnen und Bewohner der Feldstadt. Das Stadtteilbüro ist an zwei Tagen pro Woche geöffnet. Der Zulauf wird als zufriedenstellend eingeschätzt. Neben den normalen Öffnungszeiten kann das Stadtteilbüro für Gruppen aus dem Stadtteil zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt wird die Zusammenarbeit der Stadtteilakteure mit den Stadtteilkoordinatoren in der schriftlichen Befragung und auch in der Bewohnerdiskussion sehr positiv bewertet.

Politische Einbindung

Ein förmlicher Beschluss der Stadtvertretung für die Aufnahme der Feldstadt in das Programm liegt nicht vor. Die städtischen Gremien werden jedoch im Rahmen der jährlichen Haushaltspläne und der Fördermittelanträge über den Sachstand, die Maßnahmen und Projekte informiert. Für das Integrierte Handlungskonzept ist eine Beschlussvorlage in Vorbereitung. Insgesamt wird der politische Stellenwert des Programms von den Programmbeteiligten eher gering eingeschätzt.

Auch das Interesse bzw. die Zusammenarbeit mit dem **Ortsteilbeirat** könnte besser sein. Da dieser insgesamt für vier Stadtteile zuständig ist, bilden die eher innerstädtischen Belange und Probleme den Schwerpunkt der Arbeit. Bisher ist es nicht gelungen, vor allem die in der Feldstadt wohnenden Mitglieder des Ortsteilbeirats aktiver in die Arbeit einzubinden, was sich evt. durch den erfolgten Personalwechsel künftig verbessert. Diese Einschätzung wird in der schriftlichen Befragung bestätigt. Dort wird die Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat unterdurchschnittlich schlecht beurteilt.

Beteiligung der Bevölkerung

Die Beteiligung der Bevölkerung basiert auf mehreren Säulen. Dazu zählen die Stadtteilkonferenzen, die Stadtteilforen, die Sprechstunden im Stadtteilbüro, die Öffentlichkeitsarbeit und die Arbeitsgruppen. Damit soll zum einen der Kontakt zu den Bewohnern und Einrichtungen im Stadtteil vertieft und zum anderen sollen Probleme oder Projektideen an die Stadtteilkoordinatoren weitergegeben werden.

Diese öffentlichen Stadtteilkonferenzen werden durch die Stadtteilkoordinatoren moderiert. Teilnehmer sind in der Regel die sozialen Träger und Organisationen im Stadtteil. Die Stadtteilforen finden einmal jährlich statt. Hier versammeln sich sowohl die Teilnehmer der Stadtteilkonferenzen als auch verstärkt die Bürgerinnen und Bürger. Die Stadtteilkoordinatoren erstatten Bericht über ihre Arbeit und die Ergebnisse werden diskutiert. Auf den Foren bzw. Konferenzen werden gezielt Methoden eingesetzt, um Aussagen der Teilnehmer zu den spezifischen Problemen im Stadtteil zu erhalten. Diese werden in der

Lenkungsgruppe diskutiert und z.T. in das Integrierte Handlungskonzept aufgenommen. Die Zahl der Teilnehmer an den Versammlungen schwankt: Zu Beginn versammelten sich 60-70 Leute bei den Stadtteilforen, diese Zahlen werden aktuell nicht mehr erreicht. Die Stadtteilkoordinatoren versuchen darauf zu reagieren, in dem die Angebote stärker zielgerichtet bzw. themenorientiert gestaltet werden.

Ein weiterer Baustein in der Bürgerbeteiligung sind die Arbeitsgruppen. Diese haben sich zu drei Themenkomplexen gebildet. In der Arbeitsgruppe „Soziales Netzwerk“ versammeln sich die sozialen Einrichtungen der Feldstadt zum gegenseitigen Austausch und zur Entwicklung von Projekten. Aus der Zusammenarbeit ist u.a. die gemeinsame Organisation und Koordination des Feldstadtfestes hervorgegangen. Die Arbeit dieser Arbeitsgruppe wurde durch einen Teilnehmer sehr positiv beurteilt, da dort sehr intensive Kontakte entstanden sind, die inzwischen über den eigentlichen Anlass hinausreichen. Hier lassen sich erste Ansätze selbsttragender Strukturen erkennen. Eine weitere Arbeitsgruppe organisiert über die Stadtteilzeitung („Feldstecher“) und einen Stadtteilführer die Öffentlichkeitsarbeit für den Stadtteil. Damit soll einerseits der Informationsfluss in den Stadtteil und andererseits das Image nach außen verbessert werden. Die Arbeitsgruppe wird intensiv durch die Stadtteilkoordination unterstützt. Die Arbeitsgruppe „Grüner Stadtteil“ hat in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung ein Hofbegrünungsprogramm entwickelt, mit der eine Aufwertung der Innenhöfe erreicht werden soll. Das Programm wird aus Mitteln der Sozialen Stadt getragen und durch die Stadtteilkoordination unterstützt. Die Arbeitsgruppen treffen sich in der Regel alle acht Wochen. Die Arbeitsgruppe Grüner Stadtteil trifft sich nicht regelmäßig, sondern zu gegebenen Anlässen.

Ein weiteres, sehr praktisches Beispiel für Beteiligung ist die enge Einbindung von Kindern in die Gestaltung des Spielplatzes an der Goethestraße. Die Kinder konnten über eine Liste die meistgewünschten Spielelemente mitbestimmen. Auf dieser Grundlage wurden zwei Entwürfe erarbeitet, die einer Kinderjury vorgelegt wurden. Der favorisierte Entwurf wurde Grundlage für die weiterführende Planung (vgl. Werkstattbericht Die Soziale Stadt; S. 41).

4.5.4. Ziele

Die Basis für den Erneuerungsprozess wurde 1991 durch die Ausweisung als Sanierungsgebiet und die Aufnahme in die Städtebauförderung gelegt. Mit der Sanierung ging die bauliche und städtebauliche Aufwertung einher. Das Programm Soziale Stadt baut auf die Zielsetzungen der Sanierung auf und ergänzt diese.

Die Handlungsfelder und Zielsetzungen die im Integrierten Handlungskonzept aufgeführt sind, orientieren sich an der durch die Stadtteilkoordinatoren durchgeführten Bestandsaufnahme. Ausdrücklich wird im IHK darauf hingewiesen, dass die vorhandenen Probleme und Potenziale nicht statisch sind, sondern laufend auf ihre Relevanz überprüft werden müssen. Zusätzlich wird die Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf die Probleme und Potenziale der Feldstadt abgefragt, um daraus Rückschlüsse für die Weiterentwicklung des IHKs zu ziehen.

Insgesamt werden im Integrierten Handlungskonzept sechs Handlungsfelder definiert. Diese beziehen sich auf die Bereiche:

- BürgerInnenmitwirkung, Stadtleben und Öffentlichkeitsarbeit
- Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung
- Quartierszentren
- Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur
- Wohnen
- Wohnumfeld und Ökologie

Innerhalb der Handlungsfelder werden zwischen drei und acht Leitziele formuliert. Diese haben in der Regel einen eher strategischen Charakter (z.B. Entwicklung von BürgerInnenbewusstsein und Identifikation mit dem Stadtteil). Zum Teil haben die Leitziele aber auch eine hohe Detailschärfe (z.B. Steigerung der Attraktivität der Feldstadt in einem Maße, dass sich beispielsweise gastronomische Nutzungen (Karl-Liebknecht-Platz) oder aber ‚unkonventionelle‘ Nutzungen in der besonderen, innenstadtnahen Lage ansiedeln können). Zur Veranschaulichung soll die Darstellung des Handlungsfeldes BürgerInnenmitwirkung, Stadtleben und Öffentlichkeitsarbeit dienen (vgl. Integriertes Handlungskonzept, 5. Fortschreibung; Seite 36 ff.).

Handlungsfelder und Ziele in Schwerin Feldstadt

| Handlungsfeld | Leitziele |
|---|--|
| BürgerInnenmitwirkung, Stadtleben und Öffentlichkeitsarbeit | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktivierung und Förderung örtlicher Potenziale und Aktionen ▪ Entwicklung von BürgerInnenbewusstsein und Identifikation mit dem Stadtteil ▪ Schaffung selbsttragender BewohnerInnenorganisationen und stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze. ▪ Schaffung von Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten bei Projekten ▪ Etablierung von regelmäßig tagenden Gremien zur BürgerInnenbeteiligung ▪ Verbesserung der Information über das Projekt, sowohl innerhalb des Stadtteils als auch in Schwerin und Umgebung |

Insgesamt greifen die angegebenen Handlungsfelder und Leitziele die identifizierten Probleme und Potenziale der Feldstadt in angemessener Weise auf. Diese Einschätzung wird durch die schriftliche Befragung der Stadtteilakteure bestätigt. Eine Schwerpunktsetzung auf bestimmte Handlungsfelder und Leitziele wird innerhalb des Integrierten Handlungskonzeptes nicht vorgenommen.

Mit der Fortschreibung des IHKs und im Sinne einer weiteren Erfolgskontrolle des Programms wäre es sinnvoll, dass unterhalb der Leitziele, die einen eher strategischen Charakter haben, weitere Ziele entwickelt werden, die Aussagen darüber treffen, welche Ergebnisse innerhalb eines bestimmten Zeitraums mit den Maßnahmen und Projekten erzielt werden sollen.

Stadtteilmonitoring/ Erfolgskontrolle

Das Stadtteilmonitoring ist Aufgabe der Stadtteilkoordination in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Aus dem vorliegenden Integrierten Handlungskonzept gehen bislang keine Informationen hervor, wie dieser Arbeitsschritt inhaltlich ausgefüllt oder organisiert werden soll. Bislang dienen die Zeitschienen im Zeit-Maßnahmen-Programm des IHK der internen Kontrolle der Arbeit.

Die Landeshauptstadt Schwerin hat ein kleinräumiges System entwickelt, um räumliche Entwicklungsprozesse zu beobachten und zu bewerten. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept basiert auf einer empirischen Analyse kleinräumiger demografischer Entwicklungen. Daten über die Entwicklung des Wohnungsmarktes, insbesondere über das Verhältnis der Baufertigstellungen und des Wohnungsleerstands werden jährlich erhoben. Die Landeshauptstadt hat diese und weitere Daten im "Wohnungsmarktsbericht 2003" zusammengestellt und im Internet veröffentlicht.

Die künftige Aufgabe an kommunale Monitoringsysteme besteht jetzt insbesondere darin, die Beobachtungskriterien und -instrumente zu vereinheitlichen, um die unterschiedlichen Anforderungen der unterschiedlichen Politikfelder (z.B. Stadtumbau, Soziale Stadt, Umweltmonitoring) in einem System zu erfüllen.

4.5.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen

Im Integrierten Handlungskonzept werden die begonnenen und umgesetzten Projekte und Maßnahmen entsprechend den Handlungsfeldern des Programms zugeordnet. Darüber hinaus werden weitere Maßnahmenvorschläge zu allen Handlungsfeldern gemacht. Die nachfolgende Übersicht stellt ausschließlich die aus den Mitteln der Sozialen Stadt finanzierten Projekte und Maßnahmen dar. Bis Ende 2003 wurden ca. 550.000 € aus dem Programm Soziale Stadt in der Feldstadt investiert.

Handlungsfeld „BürgerInnenmitwirkung, Stadtteileben und Öffentlichkeitsarbeit“

In das Handlungsfeld BürgerInnenmitwirkung, Stadtteileben und Öffentlichkeitsarbeit fällt als wichtigste Maßnahme die Finanzierung der **Stadtteilkoordinatoren**. Diese wiederum initiieren eine Vielzahl weiterer Maßnahmen (Leitung des Stadtteilbüros, Moderation der Foren und Konferenzen, Organisation der Arbeitsgruppen, Redaktion der Stadtteilzeitung usw.) mit der o.g. Zielsetzung. Anteilig an der gesamten bisherigen Fördersumme machen die Kosten für die Stadtteilkoordination einen Anteil von ca. 30% (165.000 €) aus. Die Summe unterstreicht die Bedeutung der Arbeit der Stadtteilkoordinatoren.

Weiterhin werden in diesem Handlungsfeld die **Stadtteilzeitung „Feldstecher“** sowie der **Stadtteilführer**, der im Jahr 2001 verfasst wurde, gefördert. Der Aufbau einer **Feldstadt Homepage** ist in Arbeit.

Handlungsfeld „Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung“

Im Handlungsfeld Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung liegen bislang keine konkreten Projekte vor. Allerdings wurden in einem ersten Runden Tisch interessierte Einzel-

händler und Gewerbetreibende mit Vertretern der Stadtverwaltung zusammengebracht, um Probleme zu erörtern und mögliche Projektideen zu entwickeln. Eine wichtige Rolle in diesem Handlungsfeld spielt die das Programm LOS mit dem die Existenzgründung im Stadtteil unterstützt wird.

Handlungsfeld „Quartierszentren“

Neben der Stadtteilkoordination ist das Handlungsfeld Quartierszentren ein Schwerpunktthema für die Feldstadt. Für die Gestaltung des Karl-Liebknecht-Platzes (einschl. Bunkerprojekt) sowie die Umgestaltung des Platzes der Jugend sind Planungen und Konzepte entwickelt worden, die aber aufgrund fehlender Mittel derzeit nicht umgesetzt werden können. Potenzial bietet auch die Berufsschule am Karl-Liebknecht-Platz, die zum Schuljahresende 2005 freigezogen wird. Projekte aus den Mitteln der Sozialen Stadt sind nicht finanziert worden.

Handlungsfeld „Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur“

In dieses Handlungsfeld fallen zwei weitere vergleichsweise finanziell aufwendige Projekte. Dies ist zum einen der **Spielplatz in der Goethestraße**. Dieser wurde durch eine Landschaftsarchitektin unter Beteiligung von Kindern entworfen und 2001 fertig gestellt (s. Bürgerbeteiligung). Der Spielplatz ist mit einer Förderhöhe von 106.000 € das zweitgrößte Projekt der Sozialen Stadt.

Ein weiteres Projekt ist der **Jugendtreff** auf dem Gelände der südlichen Reiferbahn, der mit 40.000 € gefördert wird. Auch bei diesem Projekt fand ein intensiver Beteiligungsprozess mit den späteren Nutzern statt. Ziel ist es, die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Stadtteil zu verbessern.

Handlungsfeld „Wohnen“

Im Handlungsfeld Wohnen werden eine Reihe von Maßnahmen formuliert. Diese beziehen sich u.a. auf die Sanierung städtischer Wohngebäude, private Sanierungsmaßnahmen, Instandsetzungen und Teilmodernisierungen städtischer Wohngebäude und dem Abbruch von Gebäuden. Während diese Projekte mit den Städtebauförderungsmitteln aus den anderen Programmen finanziert werden, soll die Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum in der Schäferstraße 22 aus den Mitteln Soziale Stadt gefördert werden. Es handelt sich um ein erstes Projekt in dieser Art in Schwerin, das die Stadt initiiert, um damit vor allem junge Familie zu unterstützen.

Handlungsfeld „Wohnumfeld und Ökologie“

Im Handlungsfeld Wohnumfeld und Ökologie werden analog dem Handlungsfeld Wohnen eine Reihe von Projekten aufgeführt, die aber in der Regel nicht aus der Sozialen Stadt finanziert werden. Allerdings fällt in dieses Handlungsfeld das **Hofbegrünungsprogramm**, mit dem Bewohnerinnen und Bewohner motiviert (und finanziell unterstützt) werden sollen, ihre Höfe neu zu gestalten. Das Programm ist erstmals 2001 aufgelegt worden. Mit dem Programm sollen die z.T. noch vernachlässigten Höfe, die ein erhebliches gestalterisches Potenzial haben, aufgewertet werden. Mit dem Programm können

beispielsweise (einheimische) Pflanzen und andere Materialien gekauft werden (Arbeitskosten sind nicht förderfähig). Beraten werden die Eigentümer und Mieter durch die Stadtteilkoordinatoren. Neben dem Hofbegrünungsprogramm fallen in dieses Handlungsfeld die Schaffung neuer Fuß- und Radwege in der Schäferstraße und am Töpferberg.

Projekte des Verfügungsfonds

Über die Vergabe des Verfügungsfonds entscheidet die Lenkungsgruppe. Durch die Beteiligung der Arbeitsgruppensprecher in der Lenkungsgruppe ist ein Mitspracherecht der Bewohner gewährleistet. Die Mittel des Verfügungsfonds werden seit 2001 eingesetzt, um kleinere Projekte in der Feldstadt zu finanzieren. In den Jahren 2001 und 2002 wurden daraus insgesamt zwölf bzw. sieben Maßnahmen gefördert. Im Jahr 2003 wurden neun Projekte gefördert. In allen drei Jahren wurden die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 10.000 € nicht ausgeschöpft. Die größte Summe wurde im Jahr 2002 mit 9.000 € ausgegeben; die kleinste Summe im Jahr 2003 mit 4.000 €. Bei den Projekten aus dem Verfügungsfonds handelt es sich in der Regel um zeitlich begrenzte Aktivitäten (Feldstadtfest, Weihnachtsfeier, Märkte etc.), die sich an die Bevölkerung des Stadtteils richten. Daneben werden die sozialen Einrichtungen bei der Ausstattung und Verbesserung der materiellen Situation unterstützt. Ein wichtiges Projekt ist auch die Graffiti beseitigung an den Häusern.

Die Bedeutung des Verfügungsfonds wird in der schriftlichen Befragung und auch in den Gruppendiskussionen sehr hoch eingeschätzt. Erfreulich ist auch, dass der Verfügungsfonds bei dem überwiegenden Teil der befragten Personen bekannt ist. Positiv bewertet wird die unkomplizierte Handhabung und Verfügbarkeit der Gelder. Antragsteller sind häufig die lokalen Einrichtungen im Stadtteil. Diese werden durch die Stadtteilkoordinatoren bei der Antragstellung beraten.

Verknüpfung mit weiteren Fördermitteln

Aus den vorliegenden Angaben lassen sich Ansätze von Verknüpfungen von Projekten der Sozialen Stadt mit anderen Töpfen der Städtebauförderung bzw. anderen Förderprogrammen erkennen. Bei dem Bau des Spielplatzes an der Goethestraße wurden neben den Mitteln der Sozialen Stadt auch Eigenmittel der Stadt eingesetzt. Bei verschiedenen Maßnahmen konnte auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bzw. Einrichtungen im Stadtteil zurückgegriffen werden. Diese zeigte sich entweder in Form von aktiver Mitarbeit oder Sachspenden (Stadtteilfest).

4.5.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen

Die Feldstadt wurde wegen der vorhandenen Problemlage 1999 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen. Auf Grund der Ausgangssituation und der Entwicklung des Gebietes seit 1991 gab es hier einen besonderen Bedarf im sozialen und kommunikativen Bereich, sowie Defizite in der Infrastruktur. Neben der Verbesserung der baulichen Situation durch die fortschreitende Sanierung konnte durch die Maßnahmen aus diesem Programm eine

weitere Aufwertung des Gebietes erreicht sowie ein positiver Prozess in Gang gesetzt werden. Dieses zeigt sich z. B: an der steigenden Einwohnerzahl und weniger Arbeitslosen in der Feldstadt, die damit nicht mehr über dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegen.

Von Seiten der Programmverantwortlichen hat man sich bei der Programmumsetzung auf die Förderung der Stadtteilkoordination und die Verbesserung der Infrastruktur konzentriert. Die Anleitung und Begleitung durch die Stadtteilkoordinatoren hat in der Feldstadt wichtige Erfolge gezeigt. Für die weitere Umsetzung sollte deshalb weiterhin die Förderung der Stadtteilkoordination im Mittelpunkt stehen, was nicht ausschließen soll, dass Schlüsselprojekte (Karl-Liebknecht-Platz/ Bunkerprojekt) durch die Soziale Stadt gefördert werden. Mit der fortschreitenden Verbesserung der baulichen und sozialen Situation ist zu prüfen, ob die Feldstadt mittelfristig aus dem Programm entlassen werden kann, wenn sich die Entwicklung weiter so positiv vollzieht.

In Bezug auf die Umsetzungsstrukturen ist es gelungen, maßgebliche Akteure in den Erneuerungsprozess einzubinden und partizipative Elemente (Vertretung der Arbeitsgruppen im Lenkungskreis, Stadtteilkonferenzen und -foren) in die Umsetzung einzubauen. Positiv hervorzuheben ist auch, dass auf der Ebene der Stadtverwaltung eine Ämterrunde entstanden ist, an der weitere Ressorts der Stadtverwaltung beteiligt sind, die zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit geführt haben. Positiv zu bewerten ist auch die Tatsache, dass sich die Wirtschaftsförderung aktiv an der Programmumsetzung beteiligt. Für die Zukunft ist sicherlich ein stärkeres Engagement des Ortsbeirates wünschenswert, um ein stärkeres politisches Interesse auf den Stadtteil zu lenken. Dies kann aber nur bedingt durch die Programmverantwortlichen geweckt werden.

Als Erfolg ist auch das vergleichsweise gute Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu bewerten, was sich zum einen in der Beteiligung an den Stadtteilforen und zum anderen durch die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen ausdrückt. Dieses Engagement ist nicht zuletzt auf die gute Aktivierung durch die Stadtteilkoordination zurückzuführen, die sehr professionell diese Prozesse anleitet. Für die Zukunft wäre wünschenswert, die Aktivierung z.B. auf Gruppen auszudehnen, die bislang nicht angesprochen wurden (z.B. Jugendliche, Arbeitslose).

Bezüglich der Handlungsfelder bzw. Leitziele lässt sich festhalten, dass diese die Probleme und Potenziale insgesamt angemessen aufgreifen. Für die weitere Fortschreibung des IHKs sollte eine kritische Prüfung der Ziele erfolgen, da viele der Ziele bislang einen zu starken strategischen Charakter haben (z.B. Erhöhung der Verkehrssicherheit) und damit für die spezifische Umsetzung des Programms zu wenig Aussagekraft besitzen. Die Einbindung der Feldstadt in das geplante gesamtstädtisches Monitoringsystem ist zu begrüßen. Die Zuständigkeit für die Durchführung ist noch zu klären.

4.6. Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz

4.6.1. Ausgangssituation im Stadtteil

Etwa 5 km südöstlich der Innenstadt von Schwerin liegt mit einer Größe von insgesamt 188 ha das Programmgebiet Neu Zippendorf/ Mueßer Holz. An das Programmgebiet schließen sich direkt der Schweriner See, Kleingärten und große Waldflächen an.

Entwicklung des Stadtteils

Schwerin-Süd wurde zu Beginn der 1970er Jahre zu einem Industriestandort ausgebaut. Zeitgleich entstanden bis 1989 die Stadtteile Großer Dreesch I, II und III, die später in Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz umbenannt wurden. Die Bebauung wurde in industrieller Plattenbauweise erstellt. Neu Zippendorf umfasst 4.494 Wohneinheiten. Im Mueßer Holz befinden sich 9.345 Wohnungen (31.12.2001). In beiden Stadtteilen finden aufgrund von Leerständen Rückbaumaßnahmen statt.

Der Berliner Platz in Neu Zippendorf war ursprünglich als Zentrum für alle drei Stadtteile gedacht und sollte eine zentrale Versorgungsfunktion übernehmen. Aufgrund des Ausbaus von Einkaufsmöglichkeiten auf dem Großen Dreesch beschränkt sich seine Versorgungsfunktion heute auf den Stadtteil Neu Zippendorf. Die Anbindung an die Schweriner Innenstadt wird über eine sehr gut ausgebaute Straßenbahnlinie sowie eine vierspurige Hauptstraße gewährleistet.

Zentrale Problemstruktur

Die Probleme, die zur Aufnahme in das Programm geführt haben, zeigen sich im sozialen und im baulichen bzw. städtebaulichen Bereich.

Im sozialen Bereich problematisch sind der extreme Bevölkerungsrückgang und die soziale Struktur der Bevölkerung. Durch die städtische Belegungspolitik konzentrieren sich im Stadtteil sozio-ökonomische Problemlagen, die sich an der Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, Ausländer (viele jüdische Migranten aus Osteuropa) und Russlanddeutsche festmachen lassen. Gleichzeitig verlassen junge einkommensstarke Bevölkerungsgruppen den Stadtteil. Hinzu kommt eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung.

Sowohl Neu Zippendorf als auch das Mueßer Holz verloren in den Jahren von 1995 bis 2003 jeweils 45% ihrer Einwohner. In Neu Zippendorf lebten im März 1995 12.824 Menschen, 1999 waren es noch 8.881 Einwohner (ein Minus von 31%) und im Juni 2003 nur noch 7.065 Einwohner. Das ist ein Verlust von 5.759 Bewohnern. Im Mueßer Holz sind die absoluten Zahlen deutlich höher. 1995 lebten hier 26.408 Personen, im Jahr 1999 noch 16.950 (minus 36% oder 9.458 Einwohner) und im Jahr 2003 14.390 Einwohner. Damit folgt das Programmgebiet dem städtischen Trend, der insgesamt etwas moderater ausfällt (-19%).

Gleichzeitig läßt sich ein deutlicher Trend zur Überalterung in der Bevölkerung erkennen: der Anteil der Menschen, die 60 Jahre und älter sind, stieg von 1996 bis 2002 stetig an. Dafür verringerte sich der Anteil der 5 bis unter 20 Jahre alten Personen. In Neu Zippendorf stieg der Anteil der Menschen von 60 Jahren und älter von 17,3% (1996) auf 27,8% im Jahr 2002, während der Anteil der 5 bis unter 20jährigen von 21,6% (1996) auf 15,1% (2002) sank. Im Mueßer Holz stieg im selben Zeitraum der Anteil der 60jährigen (und älter) von 11,2% auf 19,5%. Der Anteil der 5 bis unter 20jährigen sank dagegen von 28,5% (1996) auf 20,3% im Jahr 2002. Diese Entwicklung der Alterstruktur läßt sich allerdings auch in der Gesamtstadt Schwerin beobachten.

Der Anteil der Ausländer an den Bewohnern wuchs in Neu Zippendorf und im Mueßer Holz aufgrund von Zuwanderungen ebenso wie in der Gesamtstadt Schwerin. Während sich in der Gesamtstadt Schwerin der Ausländeranteil von 2,0% im Jahr 1996 auf 4,1% im Jahr 2002 verdoppelte, fiel diese Steigerung in Neu Zippendorf und Mueßer Holz sehr viel höher aus. In Neu Zippendorf erhöhte sich der Anteil der ausländischen Bürger von 1,9% (Dezember 1996) auf 14,0% im Dezember 2002. Das Mueßer Holz erfuhr einen Anstieg des Ausländeranteils von 1,5% (Dezember 1996) auf 8,1% im Dezember 2002. Aufgrund der Belegungspolitik der Stadt konzentrieren sich neben den Ausländern in Neu Zippendorf und im Mueßer Holz auch Russlanddeutsche Bewohner.

Die Quote der Arbeitslosen liegt sowohl in Neu Zippendorf als auch in Mueßer Holz über der Quote der Gesamtstadt und bewegt sich auf sehr hohem Niveau. In Neu Zippendorf fiel die Arbeitslosenquote von 22,7% (März 1999) auf 19,9% im Dezember 2002. Im Mueßer Holz verringerte sich die Quote der Arbeitslosen von 22,7% im März 1999 auf 21,5% im Dezember 2001, um dann aber bis Dezember 2002 wieder auf 22,3% anzusteigen.

Neben den sozialen Problemen konzentrieren sich im Programmgebiet eine Reihe von baulichen/ städtebaulichen Problemen. Der Wohnungsbestand ist nur zu einem geringen Teil modernisiert, gerade im zentralen Bereich gibt es eine sehr hohe bauliche Verdichtung und es herrschen erhebliche Defizite in Gestaltung und Funktionalität des öffentlichen Raumes. In Neu Zippendorf gibt es 5.300 Wohnungen, die sich im Besitz der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft (SWG) und der Wohnungsgesellschaft Schwerin (WGS) befinden. Von diesen Wohnungen waren im Juni 2002 23% (1.023) saniert, dagegen der Großteil mit 3.458 Wohnungen unsaniert. Dies entsprach einem Anteil von 67% der Wohnungen. Von Bewohnerseite wird in diesem Zusammenhang erhebliche Kritik an der städtischen Wohnungsbaugesellschaft geübt, die im Vergleich mit der SWG deutlich weniger Engagement in die bauliche Aufwertung des Stadtteil setzt. Weiterhin zeigt die WGS kaum Interesse, sich in den Gremien zur Programmumsetzung zu engagieren.

Die Wanderungsbewegungen aus dem Stadtteil führen zu erheblichen Leerständen: Während die Leerstände in der Gesamtstadt von Mai im 2001 von 13,7% auf 13,3% im Dezember 2002 fielen, entwickelte sich die Situation in Neu Zippendorf entgegen dem ge-

samtstädtischen Trend; hier stieg der Anteil der leerstehenden Wohnungen von 14,0% im Mai 2001 auf 16,1% im Dezember 2002.

Das Wohnumfeld ist einfach gestaltet, mit Defiziten vor allem im öffentlichen Bereich. Diese Defizite sind sowohl funktionaler (Barrierewirkung von Straßen, Erreichbarkeit des angrenzenden Naherholungsgebietes) als auch gestalterischer Natur.

Die angesprochenen Probleme führen zu einer Minderung der Qualität von Wohnen und Wohnumfeld, was sich in wachsender Unzufriedenheit der Einwohner mit dem Stadtteil äußert, und einen Imageverlust des Quartiers nach sich zieht. In diesem Zusammenhang wurde auch seitens der Bewohner die zunehmende Unsauberkeit des Wohnumfeldes und die mangelnde Pflege der privaten und öffentlichen Grünanlagen angemahnt.

Neben den baulichen und sozialen Problemen gibt es Defizite in der infrastrukturellen Ausstattung des Stadtteils. Es fehlen Integrations- und Freizeitangebote sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen bedingt z.B. durch die Schließung von Schulen oder die Schließung der Veranstaltungshalle am Fernsehturm.

Der Einzelhandel konzentriert sich vor allem am Berliner Platz. Ergänzend dazu gibt es verschiedene, relativ kleine Dienstleister sowie eine Postfiliale und eine Sparkasse. Die Versorgung gerade im Bereich Einzelhandel ist verbesserungswürdig. Mit dem Ausbau benachbarter Zentren (Großer Dreesch) haben sich Käuferströme verlagert und mit dem Sinken der Kaufkraft ist eine Verschiebung des Angebotes in billige Produktsegmente zu beobachten. An fünf Tagen in der Woche findet am Berliner Platz ein Wochenmarkt statt, dessen Schwerpunkt im Textilbereich liegt. Allerdings nimmt die Angebotsvielfalt des Wochenmarktes ab. Mit dieser Entwicklung verliert der Berliner Platz an Attraktivität und kann kaum den Eindruck eines urbanen Einkaufsbereiches erwecken.

Potenziale und Anknüpfungspunkte

Eines der wichtigsten Potenziale des Programmgebietes liegt in seiner guten Lage zwischen dem Wald und dem Schweriner See. Diese Naherholungsgebiete bieten eine Chance zur Entwicklung des gesamten Stadtteils. Voraussetzung dafür ist die verbesserte räumliche Anbindung z.B. über interessante Rad- und Fußwege.

Weitere Potenziale liegen in den vorhandenen Flächenpotenzialen (Pilaer Str.), den (sozialen) Infrastrukturangeboten, der guten Verkehrsanbindung zur Innenstadt, der günstigen Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen sowie die bestehenden stationären Einrichtungen zur Altenpflege.

Ein weiteres Potenzial liegt in den Bewohnern selbst. Viele der (älteren) Einwohner leben schon seit langer Zeit im Stadtteil und bringen Interesse und Engagement für ihren Stadtteil mit. Dieses ist auch in der Gruppendiskussion mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sehr deutlich geworden. Hinzu kommen die Migrantenfamilien mit ihren stabilen Familienstrukturen, die zu einer Bereicherung der sozialen Strukturen im Viertel führen können.

Demographische und sozialräumliche Merkmale Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz

| Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz | Stadtteil | | Gesamtstadt | |
|---|--|-------------------|---|-----------------|
| | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand |
| Größe | 188 ha | | | |
| Einwohnerzahl | 25.831* | 21.455**** | 105.523* | 100.666**** |
| Bevölkerungsentwicklung | -16,9% (1999 bis 2003) | | -4,6% (1999 bis 2003) | |
| Zahl der Wohnungen | 14.500 (1996) | 13.839** | 56.244 (1996) | 59.119** |
| Wohnungsleerstand Neu Zippendorf | 14,0 %** | 16,1 %*** | 13,7 %** | 13,3 %*** |
| Wohnungsleerstand Mueßer Holz | 21,4 %** | 22,0 %*** | 13,7 %** | 13,3 %*** |
| Sanierungsstand Neu Zippendorf | | 67 %*** unsaniert | | |
| Sanierungsstand Mueßer Holz | | 43 %*** unsaniert | | |
| Eigentümeranteil | Der mehrheitliche Anteil an Wohnungseigentum in Neu Zippendorf verteilt sich auf zwei Wohnungsbaugesellschaften. Die Eigentumsstruktur im Mueßer Holz ist differenzierter. | | | |
| Anteil der 60-jährigen und älter Neu Zippendorf | 20,5 %* | 27,8 %*** | 20,1 %* | 25,5 %*** |
| Anteil der 20-60-jährigen Neu Zippendorf | 57,8 %* | 53,8 %*** | 58,9 %* | 56,1 %*** |
| Anteil der 5-20 jährigen Neu Zippendorf | 19,0 %* | 15,1 %*** | 18,3 %* | 15,2 %*** |
| Anteil der 60-jährigen und älter Mueßer Holz | 17,6 %* | 19,5 %*** | 20,1 %* | 25,5 %*** |
| Anteil der 20-60-jährigen Mueßer Holz | 56,6 %* | 56,6 %*** | 58,9 %* | 56,1 %*** |
| Anteil der 5-20 jährigen Mue- ßer Holz | 25,0%* | 20,3 %*** | 18,3 %* | 15,2 %*** |
| Anteil ausländischer Bevölke- rung Neu Zippendorf | 5,4 %* | 14,0 %*** | 2,0 %* | 4,1 %*** |
| Anteil ausländischer Bevölke- rung Mueßer Holz | 5,2 %* | 8,1 %*** | 2,0 %* | 4,1 %*** |
| Arbeitslosenquote Neu Zippendorf | 22,7 %* | 19,9 %*** | 17,6 %* | 16,1 %*** |
| Arbeitslosenquote Mueßer Holz | 22,7 %* | 22,3 %*** | 17,6 %* | 16,1 %*** |

* Bezugsjahr 1999; ** Bezugsjahr 2001; *** Bezugsjahr 2002; ****Bezugsjahr 2003

4.6.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes

Neu Zippendorf fand 1998 Aufnahme im Landesprogramm zur Weiterentwicklung großer Neubaugebiete sowie im Jahr 1999 in das Programm Soziale Stadt. Das Programmgebiet wurde 2002 um den Nachbarstadtteil Mueßer Holz erweitert.

Die Auswahl Neu Zippendorfs als Programmgebiet erfolgte aufgrund der baulichen und sozio-ökonomischen Problemlagen. Gleiches gilt auch für die Erweiterung des Programmgebietes um das Mueßer Holz. Ausschlaggebend für die Wahl Neu Zippendorfs war auch, dass die Erneuerungsmaßnahmen in den angrenzenden Stadtteilen weiter fortgeschritten waren und aufgrund dessen ein erheblicher Nachholbedarf in der baulichen und sozialen Erneuerung zu verzeichnen war und ist. Neu Zippendorf wurde erst 1998 in das Programm zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete aufgenommen. Ein weiteres Argument für die Auswahl war die Möglichkeit, mit der Aufnahme in das Programm an die im Jahre 1999 erfolgte Rahmenplanung anzuschließen und die begonnene Aktivierung der Bewohner mit neuen Maßnahmen am Leben zu halten. (Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet Schwerin Neu- Zippendorf, S. 27) Vor dem Hintergrund der baulichen und sozialen Problemlagen und dem relativen Entwicklungsrückstand des Programmgebietes, ist die Auswahl als Programmgebiet für die Soziale Stadt überzeugend.

Das Integrierte Handlungskonzept wurde erstmals 2003 aufgelegt. Verfasser des IHK sind der Gebietsbeauftragte und das Stadtteilmanagement. Es basiert auf mehreren stadtteilbezogenen Grundlagen: Hierzu zählen die Rahmenplanung für den Stadtteil sowie die im Jahr 2000 erfolgte Schwerpunktsetzung im Rahmen des Stadtumbau Ost (Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes). Darüber hinaus sind die Ergebnisse unterschiedlicher Aktivitäten (Workshop mit Bewohnern, Workshop mit russischen Migranten, Passantenbefragungen, Konzeptpapier der Stadtteilmanager) in Form von Handlungsfeldern in das IHK eingeflossen. Zum Integrierten Handlungskonzept gibt es eine Beschlussvorlage, die der Rat der Stadt verabschieden soll.

Anfang 2000 erfolgte die Ausweisung des Stadtteils als eines von bundesweit 16 Modellgebieten zur Programmbegleitung vor Ort. Damit einher ging die wissenschaftliche Begleitung und Beratung durch das Deutsche Institut für Urbanistik. Aus dieser Begleitung sind Ergebnisse in die Organisationsstruktur der Programmumsetzung und in das Integrierte Handlungskonzept eingeflossen.

4.6.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure

Für die Umsetzung des Programms sind auf gesamtstädtischer Ebene und auf der Ebene des Stadtteils Organisationsstrukturen aufgebaut worden. Einzelne „Elemente“ sind allein für die Programmumsetzung eingerichtet worden, verschiedene andere Gremien existierten bereits im Vorfeld des Programms.

Gesamtstädtische Ebene

Dreh- und Angelpunkt auf gesamtstädtischer Ebene ist der **Gebietesbeauftragte der Stadt Schwerin vom Amt für Bauen, Denkmalpflege und Naturschutz**, der mit der verwaltungsseitigen Umsetzung des Programms betraut ist. Gleichzeitig ist er für die bauliche und soziale Erneuerung des gesamten Dreesch und damit auch für die Umsetzung weiterer Programme (Rahmenplanung, Stadtumbau Ost) verantwortlich. Die Integration dieser Aufgabe ist sinnvoll, um eine entsprechende Vernetzung der Pläne und Programme zu gewährleisten. Darüber hinaus ist der Gebietsbeauftragte der fachliche Vorgesetzte der beiden Stadtteilmanager bzw. der Mitarbeiter des Stadtteilbüros. Die Vernetzung mit der Stadtteilebene wird weiterhin über die Teilnahme an der Lenkungsgruppe sichergestellt. Aus der schriftlichen Befragung der Stadtteilakteure wird deutlich, dass die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung überdurchschnittlich positiv wahrgenommen wird (siehe hierzu wie auch zu den folgenden Verweisen auf die Fragebogenerhebung die zusammenfassende Darstellung im Anhang).

Der Gebietsbeauftragte wird unterstützt durch eine Mitarbeiterin der **Entwicklungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (EGS)**, die für die treuhänderische Verwaltung der Fördermittel zuständig ist. Die EGS beschränkt sich im Stadtteil auf die technische Abwicklung des Förderprogramms und liefert keine inhaltlichen Beiträge z.B. für die Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes. Auch die Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger wird in der Befragung positiv bewertet.

Zwei weitere Gremien sind auf gesamtstädtischer Ebene zu nennen, die für die Umsetzung des Programms eine eher nachgeordnete Rolle spielen. Im Zuge des Rahmenplans wurde ein unregelmäßig tagender **Lenkungskreis** eingerichtet, in dem Akteure auf Verwaltungsebene (**Baudezernent**, Leiter des **Amtes für Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt**, Mitarbeiter des Amtes für Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt, ggf. Mitarbeiter **weiterer Ämter**) sowie die Geschäftsführer der **Wohnungsgesellschaften SWG und WGS** zusammenkamen. Nach Abschluss der Rahmenplanung tagte der Lenkungskreis, um für das Programm Stadtumbau Ost das Integrierte Stadtentwicklungskonzept zu erstellen sowie weitere Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen abzustimmen.

Darüber hinaus wurden in der **Arbeitsgruppe „Weiterbau Neu Zippendorf“** Akteure aus verschiedenen Ämtern zur Umsetzung des Rahmenplanes versammelt, die die Abstimmung der Fachplanungen mit den beteiligten Ämtern und den Wohnungsunternehmen durchgeführt haben. Beteiligt waren das **Amt für Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt**, das **Amt für Verkehrsanlagen und öffentliches Grün**, das **Amt für Jugend, Soziales und Wohnen** sowie als Sanierungsträger die **Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein**.

Insgesamt wird die Zusammenarbeit des Amtes für Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt mit anderen Ämtern (Amt für Schule, Freizeit und Jugend, Sport; Amt für Soziales und Wohnen) sehr positiv geschildert. Versuche der Einbindung anderer Ämter während

der Umsetzung des Rahmenplanes haben aber gezeigt, dass diese kaum Interesse an der baulichen und sozialen Erneuerung des Dreesch zeigen. Eine aktive Einbindung wäre zwar aus Gründen der Integration verschiedener Fachplanungen wünschenswert, kann aber nur dann eine Wirkung entfalten, wenn diese die Aufgabe auch offensiv wahrnehmen.

Stadtteilebene

Auf der Ebene des Stadtteils sind die zentralen Einrichtungen zur Programmumsetzung der **Lenkungskreis**, das **Stadtteilmanagement** mit dem **Stadtteilbüro**, die **Stadtteilkonferenz** sowie die **Arbeitsgruppen der Bewohner**. Die Steuerungsstrukturen sind für die beiden Stadtteile des Programmgebietes parallel angelegt. Der Lenkungskreis ist für beide Stadtteile verantwortlich. Von Seiten der Stadtteilakteure werden als die wichtigsten Gremien der Lenkungskreis und die Arbeitsgruppen genannt. Betont wird aber, dass alle Gremien ihre Funktion und damit Berechtigung haben.

In dem **Lenkungskreis** sind der **Gebietsbeauftragte des Stadtplanungsamtes**, die beiden **Stadtteilmanager**, die Sprecher der **Arbeitsgruppen**, Vertreter stadtteilbezogener **sozialer Einrichtungen und Vereine**, ein Vertreter der **Schweriner Wohnungsbauge nossenschaft eG** (als Mitglied der Arbeitsgruppe Wohnumfeld), Vertreter der **Ortsbeiräte** sowie ein Vertreter des **Amtes für Jugend, Soziales und Wohnen** versammelt. Mit dieser Zusammensetzung wird die Umsetzung des Programms im Stadtteil auf eine vergleichsweise breite Basis gestellt. Die Treffen des Lenkungskreises finden monatlich im Stadtteilbüro statt. Im Lenkungskreis werden die wesentlichen Abstimmungen zur Programmumsetzung im Stadtteil getroffen und der Rahmen für die Arbeit der Stadtteilmanager gesetzt. Weitere Themen sind beispielsweise Projekte, die im Rahmen des Programms LOS im Stadtteil durchgeführt werden oder Entscheidungen über die Vergabe des Verfügungsfonds. Die Zusammenarbeit innerhalb des Lenkungskreises wird von den Beteiligten insgesamt als gut eingestuft. Die Zusammenarbeit des Amtes für Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt mit anderen Ämtern (Amt für Schule; Freizeit und Jugend, Sport; Amt für Soziales und Wohnen) hat sich verbessert, weitere Ämter (z.B. Wirtschaftsförderung) nehmen an der Umsetzung des Programms nicht teil. Die Besetzung des Lenkungskreises wird sehr positiv beurteilt, da sowohl die verwaltungsseitigen Akteure als auch die Akteure aus dem Stadtteil beteiligt sind.

Das **Stadtteilmanagement** wird durch **zwei Stadtteilmanager** getragen, die getrennt voneinander mit den Aufgabenbereichen Soziales und Wirtschaft betraut sind. Der Stadtteilmanager für den Bereich Wirtschaft wurde Dezember 2001 durch die Stadt Schwerin eingesetzt. Der Stadtteilmanager nimmt seine Aufgaben mit 24 Wochenstunden wahr. Das Aufgabenprofil umfasst u.a. die Unterstützung der ansässigen Gewerbetreibenden, die Initiierung gemeinsamer Aktionen sowie die Weiterentwicklung des Marktes.

Darüber hinaus soll er die Vernetzung der ansässigen Gewerbetreibenden mit den wirtschaftlichen Interessenvertretern (IHK, HWK) anstoßen und die Öffentlichkeitsarbeit für den Stadtteil mittragen.

Mit der Erweiterung des Programmgebietes um das Mueßer Holz wurde 2002 der zweite Stadtteilmanager eingesetzt, der für die sozialen Belange des Erneuerungsprozess verantwortlich ist. Auch diese Stelle ist mit 30 Wochenstunden ausgestattet. Der Stadtteilmanager ist aus dem Kreis der Spätaussiedler besetzt worden, was aus Sicht der Evaluation sehr sinnvoll ist, da eine der zentralen Herausforderungen die Integration der sich im Stadtteil konzentrierenden Spätaussiedler und Migranten russischer Herkunft ist. Weiterhin ist der Stadtteilmanager mit der Aktivierung der Bevölkerung für die soziale Entwicklung sowie für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Implementationsstruktur Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz

| | Organisationsstruktur | Beteiligte |
|--------------------------------|--|---|
| Steuerung (Verwaltung/Politik) | Programmsteuerung, Projektsteuerung und Projektkoordination | Gebietsbeauftragter des Amtes für Bauen, Denkmalpflege und Naturschutz, EGS |
| | Lenkungskreis | Akteure auf Verwaltungsebene (Baudezernent, Leiter des Amtes für Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt; Mitarbeiter des Amtes für Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt; Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaften SWG und WGS |
| | Arbeitsgruppe „Weiterbau Neu Zippendorf“ | Amt für Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Verkehrsanlagen und öffentliches Grün; Amt für Jugend, Soziales und Wohnen; Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein. |
| Stadtteilebene | Stadtteilmanagement / Stadtteilbüro | Stadtteilmanagement angesiedelt beim Internationalen Bund e.V. bzw. Selbstständig, Mitarbeiterin des Stadtteilbüros angesiedelt bei Zukunftswerkstatt e.V. |
| | Lenkungskreis | Gebietbeauftragte des Stadtplanungsamtes; die Stadtteilmanager; Arbeitsgruppenvertreter; Vertreter stadtteilbezogener sozialer Einrichtungen und Vereine; Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG; Vertreter der Ortsbeiräte; Amt für Jugend, Soziales und Wohnen |
| | Stadtteilkonferenz | öffentlich, Mitglieder der AGs und Stadtteilakteure |
| | Stadtteilforum | öffentlich |
| | Arbeitsgruppen der Bewohner/ -innen | |

Das **Stadtteilbüro** wurde 1999 im Zuge der Erneuerungsmaßnahmen eingerichtet, um die Bewohner über Maßnahmen zu informieren und zu beraten. Das Stadtteilbüro ist an vier Tagen pro Woche geöffnet. Neben den Stadtteilmanagern arbeitet dort eine Mitarbeiterin der Zukunftswerkstatt e.V., die als Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger fungiert und deren Arbeit durch die Bewohner ausdrücklich hervorgehoben wurde. Insgesamt wird die Zusammenarbeit der Stadtteilakteure mit dem Stadtteilmanagement in der schriftlichen Befragung sehr gut bewertet.

In der ersten Jahreshälfte 2004 ist ein Stadtteilverein mit dem Namen „Die Platte lebt e.V.“ gegründet worden. Der Verein soll sich in Erweiterung zum Programmgebiet um die Belange des gesamten Dreesch kümmern, was aufgrund der engen funktionalen Verflechtungen der drei Stadtteile sinnvoll ist. Ziel und Zweck soll (insbesondere nach der Entlassung aus dem Programm) die Übernahme wichtiger stadtteilspezifische Aufgaben sein.

Weiterhin könnten in noch stärkeren Maße die Bürgerinnen und Bürger in die Stadtteilarbeit eingebunden werden.

Politische Einbindung

Auf gesamtstädtischer Ebene werden die betroffenen Fachausschüsse (Soziales und Wohnen, Bauen, Verkehr und Stadtentwicklung) über Sachstandsberichte informiert. Ein Beschluss liegt für die Erweiterung des Programmgebietes um das Mueßer Holz vor. Zum Integrierten Handlungskonzept liegt eine Beschlussvorlage vor, die der Rat verabschieden soll.

Kritisch anzumerken ist, dass auf gesamtstädtischer politischer Ebene das Interesse am Programmgebiet zu gering ist. Beispielhaft hierfür ist, dass das mangelnde Interesse der Wirtschaftsförderung. Auch werden städtische Maßnahmen nicht auf das Programmgebiet ausgedehnt. So wäre beispielsweise bei der offensichtlichen Schwäche der Wirtschaft im Stadtteil eine Einbindung in das Stadtmarketing sinnvoll.

Sowohl in Neu Zippendorf als auch im Mueßer Holz existiert ein **Ortsbeirat**. Die Zusammenarbeit findet in den Gremien (Lenkungskreis) statt und wird insgesamt als positiv eingeschätzt. Eine aktive Rolle nimmt der Ortsbeirat im Mueßer Holz ein, der von sich aus ein Stadtteilstadtteil organisiert. Das Engagement des Ortsbeirates in Neu Zippendorf ist noch etwas schwächer aufgrund der Tatsache, dass dieser Ortsbeirat erst seit kurzem existiert. Von Bewohnerseite wurde z.B. angemerkt, dass der Ortsbeirat auf den Stadtteilkonferenzen kaum in Erscheinung tritt.

Beteiligung der Bevölkerung

Mit der Planung und Umsetzung der Rahmenplanung, die parallel zum Programm Soziale Stadt durchgeführt wurde, wurden erste Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung im Stadtteil durchgeführt. In **Stadtteilforen**, **Arbeitsgruppen** und einem Malwettbewerb wurden die Bürgerinnen und Bürger in die Zielsetzung und Maßnahmenplanung für den Stadtteil einbezogen. Zentrales Ergebnis dieses Prozesses ist ein Leitbild („Attraktives Wohnen zwischen Wald und See“), welches die Qualitäten des Programmgebietes betont und damit die Zielsetzung der Rahmenplanung vorgibt, nämlich die Wohnungen und das Wohnumfeld in ihrer Qualität zu steigern und aufzuwerten.

Die Stadtteilforen wurden im Zuge der Rahmenplanung eingerichtet und dienen der Information und Diskussion der mit der Rahmenplanung/ Sozialen Stadt verbundenen Zielsetzung und Maßnahmen. Die Stadtteilforen finden planmäßig einmal im Jahr statt, um diejenigen Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die sich nicht regelmäßig im Rahmen von Arbeitsgruppen oder Stadtteilkonferenzen beteiligen.

Eigens für das Programm wurde eine **Stadtteilkonferenz** eingerichtet, deren Ziel neben der Information die Vorbereitung von Beschlussvorlagen zu Maßnahmen im Gebiet ist. Die Stadtteilkonferenz ist offen für alle Interessierten. Teilnehmer sind Vertreter von Institutionen im Stadtteil, Mitglieder der Arbeitsgruppen und Bewohner. Die Stadtteilkonferenz findet vierteljährlich statt und wird durch die Stadtteilmanager moderiert. Von Seiten der

Bewohner wurde angemerkt, dass die Stadtteilkonferenzen in ihrer Qualität sehr unterschiedlich sind. Kritisiert wurde, dass zu viel Raum der Berichterstattung aus den Arbeitsgruppen gewidmet wird und z.T. die Aktualität fehlt. Demgegenüber stehen positive Erfahrungen von Bürgern, die auf den Stadtteilkonferenzen Probleme vorbringen konnten, die dann später behoben wurden.

Aus den Stadtteilkonferenzen sind fünf Arbeitsgruppen hervorgegangen, die sich mit den Themen „Nachbarschaft/ Integration“, „Wohnumfeld“, „barrierefreier Stadtteil“, „Jugend“ und „Berliner Platz“ beschäftigen. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitsgruppen wurden von den Bewohnern sehr positiv wahrgenommen. Dies wurde auch in der schriftlichen Befragung deutlich. Die Arbeitsgruppen werden im Vergleich mit den Stadtteilkonferenzen stärker als Sprachrohr angenommen. Sowohl über die Stadtteilkonferenzen als auch über die Arbeitsgruppen werden die Bewohner in die Maßnahmenplanung mit einbezogen. So wird die Prioritätensetzung der Maßnahmen in diesen Gremien diskutiert.

Betont wird, dass sich vor allem mehr jüngere Menschen in die Stadtteilarbeit einbringen sollten. In der Befragung der Stadtteilakteure werden die Maßnahmen der Bürgerbeteiligung insgesamt als befriedigend eingeschätzt.

Beteiligung anderer Institutionen im Stadtteil

Die Beteiligung der weiteren Akteure an der Programmumsetzung ist sehr heterogen. Wie bereits angesprochen, unterscheidet sich z.B. das Engagement der Wohnungsbaugesellschaften an der Stadtteilentwicklung sehr deutlich. Während die SWG sich sowohl bei der baulichen Aufwertung ihres Bestandes als auch in der Beteiligung an den Umsetzungsgremien positiv hervor tut, zeigt die städtische Wohnungsbaugesellschaft WGS kein Interesse an dem Programm. Ähnlich differenziert nehmen die andere Akteure die Mitarbeit an dem Programm wahr. Wenig Interesse zeigen beispielsweise Sportvereine, die Fachschule für Soziales oder das Haus der Begegnung, welches als „Vorzeigeprojekt“ praktisch keinen Stadtteilbezug entwickelt. Trotz dieser Beispiele wird die Zusammenarbeit in dem Fragebogen insgesamt positiv bewertet. Ebenso positiv wird die Wirkung des Programms auf die Arbeit der sozialen Einrichtungen im Stadtteil gesehen.

4.6.4. Ziele

Basis für die Zielsetzungen des Programms Soziale Stadt ist die im Jahr 1999 parallel durchgeführte Rahmenplanung in Neu Zippendorf. In die Planungen der Stadt wurden durch partizipative Prozesse die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen. Ein Ergebnis dieser Prozesse ist das Leitbild für Neu Zippendorf („Attraktives Wohnen zwischen Wald und See“), welches die Bedeutung des Stadtteils als Wohnstandort und die günstige Lage betont. Bereits im Jahr 1996 wurde die Rahmenplanung für das Mueßer Holz durchgeführt. Das Leitbild („Ruhiges Wohnen in Wald- und Seenähe“) und die mit der Rahmenplanung verbundenen Zielsetzungen sind aufgrund der ähnlichen Probleme und Potenziale denen von Neu Zippendorf ähnlich.

Ein weiterer Baustein für Zielentwicklung wurde im Oktober 2002 durchgeführt: Für die Schwerpunktssetzung des Integrierten Handlungskonzeptes wurde eigens ein Workshop durch das Deutsche Institut für Urbanistik organisiert und moderiert. Teilnehmer waren Akteure aus dem Stadtteil (Vereine, Wohnungsbaugesellschaften) sowie Vertreter der Verwaltung, mit dem Ziel, vorgegebene Handlungsfelder in ihrer Bedeutung für den Stadtteil zu bewerten. Weiterhin sollten für die Handlungsfelder Entwicklungsziele festgelegt und Projektideen entwickelt werden sowie Fragen der Finanzierung und der Realisierungszeiträume diskutiert werden.

Die Zielsetzungen, die in das integrierte Handlungskonzept eingeflossen sind, orientieren sich an den Problemen und Potenzialen, die für das Programmgebiet identifiziert wurden. Primäres Ziel ist die Steigerung der Attraktivität des Stadtteils, um die Bewohner stärker an ihren Stadtteil zu binden. Dazu sollen die bauliche und städtebauliche Situation verbessert, die Kommunikationsmöglichkeiten im Stadtteil gestärkt, die Freizeit und Kulturmöglichkeiten im Stadtteil verbessert sowie Möglichkeiten der lokalen Ökonomie gefördert werden.

In dem Integrierten Handlungskonzept werden insgesamt zehn Handlungsfelder/ Entwicklungsziele benannt:

- Erhöhung der Bedeutung Neu Zippendorfs für die drei südlichen Stadtteile
- Aufwertung des Stadtteilzentrums
- Reduzierung und Diversifizierung des Wohnungsangebotes
- Aufwertung des Wohnumfeldes
- Entwicklung der Flächenpotenziale
- Verbesserung der Freizeit und Kulturangebote
- Schaffung eines barrierefreien Stadtteils
- Beschäftigung und Qualifizierung
- Stabilisierung von Nachbarschaften und Integration der Zuwanderer
- Verbesserung des Stadtteilimages und Öffentlichkeitsarbeit

Insgesamt greifen die angegebenen Handlungsfelder bzw. Zielsetzungen die im Programmgebiet vorhandenen Probleme und Potenziale angemessen auf. Dies bestätigt auch die Befragung der Stadtteilakteure. Auch ist der Bekanntheitsgrad der Zielsetzungen bei den Befragten insgesamt gut. Zielkonflikte lassen sich an diesem Grad der Konkretisierung nicht erkennen.

Im Sinne einer weiteren Erfolgskontrolle des Programms wäre es sinnvoll, die angegebenen Ziele stärker zu systematisieren. Derzeit mischen sich noch Handlungsfelder (Beschäftigung und Qualifizierung) mit Entwicklungszielen (z.B. Schaffung eines barrierefreien Stadtteils) auf einer Ebene. Unterhalb der Entwicklungsziele, die einen eher strategischen Charakter haben, sind im Ziel-Maßnahmenkonzept (Stand Mai 2004) bereits Krite-

rien bzw. Indikatoren formuliert worden, an denen die Zielerreichung gemessen werden soll.

Wie bereits angesprochen, basieren die Ziele des IHK auf den planerischen Vorarbeiten für die beiden Stadtteile. Neben der Rahmenplanung wurde mit der Aufnahme in das Programm Stadtumbau Ost und die damit verbundene Entwicklung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes im Jahr 2000 eine weitere planerische Grundlage für die bauliche und soziale Erneuerung des Programmgebietes geschaffen. Beide Stadtteile werden in dem ISEK aufgrund der bekannten Problemlagen als Gebiete zur „Umstrukturierung“ festgelegt. Damit verbunden ist es das Ziel, „den Wohnungsbestand in den Stadtteilen zu reduzieren. Zur Stärkung stabiler Kerne in den Stadtteilen sollen flankierende städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen und Wohnungsmodernisierungen erfolgen“ (Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Wohnen in Schwerin“, S. 23). Die Schwerpunktsetzung auf den Bereich Wohnen und Wohnumfeld entspricht der Zielsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes. Eine Abstimmung der Ziele und Maßnahmen ist durch den Gebietesbeauftragten gewährleistet, der auch für die Umsetzung des Programms Stadtumbau Ost verantwortlich ist.

Stadtteilmonitoring/ Erfolgskontrolle

In dem Kapitel 5 des IHK wird auf die Maßnahmen des Monitoring bzw. der Evaluation eingegangen. Einleitend werden die Ziele formuliert, die mit dem Programm verbunden werden. Das sind z.B. die Begrenzung der Einwohnerverluste oder die Verringerung des Leerstandes. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass zum Monitoring bzw. zur Evaluation des Programms Indikatoren zu entwickeln sind, die fortlaufend zu beobachten und zu evaluieren sind. Zu diesem Zweck soll auf die nachfolgenden Erhebungen zurückgegriffen werden:

- „repräsentative Haushaltsbefragungen für die Gesamtstadt und die Stadtteile zur Wohndauer, Umzugsabsicht, Wohnzufriedenheit, Wohnungsbelegung und zum Einkommen (bisher 1997, 2000, 2003 (April/ Mai) durchgeführt)
- vierteljährliche, kleinräumige Ermittlung von Arbeitsmarktdaten (seit März 1999)
- jährliche, kleinräumige Ermittlung des Wohnungsleerstandes (seit Mai 2001)
- Auswertung der stadtteilbezogenen Wanderungsbewegungen 1999, eine kontinuierliche Auswertung wird angestrebt
- Laufende Auswertung der kommunalen Einwohnerstatistik
- Zum Monitoring und zur Evaluation des Stadtentwicklungsprozesses sollen diese Daten gezielt ergänzt werden, z.B. um Informationen zum Sozialhilfebezug.“ (Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Wohnen in Schwerin“, S. 26)

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Ziele sich inhaltlich an den bereits dargestellten Handlungsfeldern bzw. Zielsystemen orientieren. Die angesprochene Entwicklung von Indikatoren erfolgt im Ziel-/ Maßnahmenkonzept des IHK. Dort sind den Entwicklungsziele-

len Kriterien zugeordnet, an denen der Erfolg der Maßnahmen gemessen werden soll. Offen bleibt, ob eine Abstimmung mit der Evaluation bzw. dem Monitoring im Rahmen des Stadtumbau Ost erfolgt und wann und durch wen das Monitoring bzw. die Evaluation erfolgen soll.

4.6.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen

Im Integrierten Handlungskonzept erfolgt eine Zuordnung der absolvierten, laufenden und geplanten Projekte und Maßnahmen entsprechend den Handlungsschwerpunkten des Programms. Die hier genannten Projekte und Maßnahmen sind dem IHK entnommen und werden überwiegend aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert. Den Handlungsfeldern sind im IHK zahlreiche weitere Projekte zugeordnet, die aber im Rahmen anderer Programme durchgeführt oder geplant worden sind. Diese werden an dieser Stelle nicht weiter erläutert.

Handlungsfeld „Erhöhung der Bedeutung Neu Zippendorfs für die drei südlichen Stadtteile“

Eines der zentralen Projekte des Programms ist der **Neubau der Stadtteilbibliothek sowie die Schaffung eines Veranstaltungsraumes in der Astrid-Lindgren-Schule**. Die Finanzierung wurde ca. zu einem Drittel aus den Mitteln der Sozialen Stadt und zu zwei Dritteln aus Eigenmitteln der Stadt geleistet. Nutzer sind die Volkshochschule und das Konservatorium, die ihre Kurse in den Räumlichkeiten der Schule durchführen. Damit wird ein wichtiger Beitrag für die Stadteilkultur und die soziale Infrastruktur im Stadtteil geleistet. Die Stadtteilbibliothek übernimmt darüber hinaus eine wichtige Funktion bei der Integration der russischsprachigen Einwohner, da sie entsprechende Literatur anbietet. In diesem Handlungsfeld ist die Astrid-Lindgren-Schule das bislang einzige geförderte Projekt.

Handlungsfeld „Aufwertung des Stadtteilzentrums“

In diesem Handlungsfeld sind die **Aufwertung des Berliner Platzes** und die Umbaumaßnahmen der Astrid-Lindgren-Schule angesiedelt. Neben den baulichen/ städtebaulichen Maßnahmen in diesem Handlungsfeld soll der Stadtteilmanager Wirtschaft einen Beitrag leisten. Dazu soll eine **Qualifizierung des Wochenmarktes** stattfinden, um die Bedeutung des Stadtteilzentrums als wirtschaftliches Zentrum zu unterstreichen. Zusätzlich soll die verkehrliche Erreichbarkeit mit dem PKW durch verschiedene kleinere Maßnahmen verbessert werden.

Handlungsfeld „Reduzierung und Diversifizierung des Wohnungsangebotes“

Entsprechend den Zielsetzungen der Rahmenplanung und des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts wird im Stadtteil der Wohnungsbestand verringert, diversifiziert und ein Modellquartier realisiert. Aus dem Programm Soziale Stadt sind bislang keine Mittel in dieses Handlungsfeld geflossen.

Handlungsfeld „Aufwertung des Wohnumfeldes“

Zur Aufwertung des Wohnumfeldes wurden bereits im Zuge der Rahmenplanung Schwerpunkte der Maßnahmen benannt und deren Realisierungsschritte dargestellt. Gemessen an dem bislang geflossenen Fördervolumen wurden durch das Programm Soziale Stadt eher wenige Maßnahmen finanziert, die zur Aufwertung des Wohnumfeldes beigetragen haben. Allerdings stehen für **zwei umfangreiche Maßnahmen (Spielplatz Wuppertaler Str. und Freizeitpark an der Plater Straße) die Entwurfsplanungen**. Weitere Maßnahmen sind geplant.

Handlungsfeld „Entwicklung der Flächenpotenziale“

Mit der Bebauung der Fläche an der Wuppertaler Str., der Ansiedlung einer Reha-Klinik und des temporären Betriebs einer Eishalle lassen sich im Handlungsfeld „Entwicklung von Flächenpotenzialen“ Erfolge verzeichnen. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation wird derzeit davon abgesehen, für die noch bestehenden Freiflächen eine Nutzung festzulegen.

Handlungsfeld „Verbesserung der Freizeit und Kulturangebote“

Grundsätzlich wird die Versorgung mit Kultur- und Freizeitangeboten als vergleichsweise ausreichend eingeschätzt. Mit den Maßnahmen in der Astrid-Lindgren-Schule wurden bestehende Defizite behoben. In dieses Handlungsfeld fällt z.B. die **Sanierung des AWO-Treffs „Deja vu“** oder die **Sanierung der Turnhallen**. Ergänzende Maßnahmen sind geplant wie z.B. nicht betreute Jugendeinrichtungen (z.B. Bolzplätze), nicht kommerzielle Treffpunkte (Stadtteilcafé) und kommerzielle Freizeiteinrichtungen (z.B. Gastronomie). Als nicht-betreute Jugendeinrichtung soll der Freizeitpark an der Plater Str. dienen, der aus den Mitteln der Sozialen Stadt finanziert wird.

Handlungsfeld „Schaffung eines barrierefreien Stadtteils“

In enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Barrierefreier Stadtteil“ wurden in diesem Handlungsfeld einige Maßnahmen durchgeführt. Dazu zählen z.B. die **Umrüstung von Ampelanlagen** oder die **Absenkung von Bordsteinen und Straßenquerungen** etc. Darüber hinaus wurde ein Leitfaden für die barrierefreie Wohnumfeldgestaltung erstellt. In der Arbeitsgruppe „barrierefreier Stadtteil“ werden alle Planungen für das Programmgebiet und den Großen Dreesch diskutiert und auf ihre Barrierefreiheit geprüft.

Handlungsfeld „Beschäftigung und Qualifizierung“

Mit dem Handlungsfeld Beschäftigung und Qualifizierung sind die umfangreichsten Ziele und Maßnahmen verbunden. Zentrales Element ist in diesem Handlungsfeld die Arbeit des **Stadtteilmanagers Wirtschaft**. Zusammen mit der Einrichtung des Qualifizierungsbüros des Internationalen Bundes fließen in diese beiden Bereiche die meisten Fördermittel. Ergänzend dazu trägt der Internationale Bund das Freiwillige Soziale Trainingsjahr. Weitere Maßnahmen sind in diesem Handlungsfeld geplant oder werden aus anderen Fördertöpfen finanziert.

Handlungsfeld „Stabilisierung von Nachbarschaften und Integration der Zuwanderer“

Neben dem Handlungsfeld Beschäftigung und Qualifizierung ist die Integration der Zuwanderer und die Stabilisierung der Nachbarschaften ein zentraler Bestandteil der Stadtteilarbeit. Dieser Schwerpunkt wird durch die Finanzierung eines **Stadtteilmanagers Soziales** unterstrichen. Ergänzend dazu werden mehrere Projekte gefördert, die der Integration und als Treffpunkt für die Bürgerinnen und Bürger dienen. Hier sind zu nennen die Einrichtung des „**Nachbarschaftstreffs Hand in Hand e.V.**“ und die **Stadtteilfeste**, die aus den Mitteln des Verfügungsfonds finanziert werden. Weitere Maßnahmen in diesem Handlungsfeld sind die **Stadtteilzeitungen „Turmblick“ und „Unsere Zeitung“**. Der Turmblick erscheint zweisprachig und greift stadtteilbezogene Themen auf. In der Redaktion arbeiten Migranten mit. Die russischsprachige „Unsere Zeitung“ wird in der AG Nachbarschaften erstellt und richtet sich vorwiegend an Schweriner Neubürger.

Handlungsfeld „Verbesserung des Stadtteilimages und Öffentlichkeitsarbeit“

Zur Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und zur Verbesserung des Images sind eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden. Zentrale Anlaufstellen für die Information zu baulichen Maßnahmen im Stadtteil sind die beiden Stadtteilbüros in Neu Zippendorf und im Mueßer Holz, die allerdings nicht aus den Mitteln des Programms Soziale Stadt finanziert werden. Eine wichtige Maßnahme ist der Aufbau der Stadtteilzeitung „Turmblick“ sowie die Durchführung von **Stadtteilkonferenzen und Stadtteilforen**.

Projekte des Verfügungsfonds

Über die Vergabe des Verfügungsfonds entscheidet der Lenkungskreis auf Stadtteilebene. Durch die Beteiligung der Arbeitsgruppen im Lenkungskreis ist ein Mitspracherecht der Bewohner gesichert. Die Mittel des Verfügungsfonds werden seit 2001 eingesetzt, um kleinere Projekte stadtteilbezogener Vereine oder Institutionen zu finanzieren. In den Jahren 2001 und 2002 wurden daraus insgesamt 11 bzw. 17 Maßnahmen gefördert. Dabei handelt es sich häufig um zeitlich begrenzte Aktionen (Feste, Umzüge, Ausflüge etc.), die sich an die Bevölkerung des Stadtteils richten und das Zusammenleben und die Integration im Stadtteil fördern. Die Bedeutung des Verfügungsfonds wird sehr hoch eingeschätzt, da das Geld schnell und flexibel zu verwenden ist. Ebenso positiv wird die Signalwirkung eingeschätzt, dass (trotz leerer kommunaler Kassen) Geld zur Verfügung steht. Im Programmgebiet hat sich inzwischen ein Sockel an Antragstellern herausgebildet, die auf den Fonds zurückgreifen. Das Bewohnerinteresse ist noch deutlich schwächer. So sind bislang aus den Arbeitsgruppen keine Anträge bei dem Verfügungsfonds eingegangen, obwohl die Existenz dieser Gelder durchaus bekannt ist.

Verknüpfung mit weiteren Fördermitteln

In den letzten Jahren sind im Programmgebiet aus dem Programm Wohnumfeldverbesserung des Landes sowie in jüngerer Zeit aus dem Programm Stadtumbau Ost erhebliche finanzielle Mittel in die bauliche und städtebauliche Aufwertung des Stadtteils geflossen.

Damit einher ging ein finanzielles Engagement insbesondere der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG. Diese Investitionen sind in die Umsetzung des Programm Soziale Stadt eingebunden und tragen einen wichtigen Beitrag zur baulichen und sozialen Erneuerung des Programmgebietes bei.

Bei den umgesetzten Projekten und Maßnahmen der Sozialen Stadt, die nicht aus dem Verfügungsfonds finanziert werden, sind Verknüpfungen der Mittel mit anderen Förderöpfen in Ansätzen zu erkennen. Verknüpfungen gelingen mit anderen Töpfen der Städtebauförderung (Stadtteilbüros), Eigenmitteln der Stadt Schwerin (z.B. Astrid-Lindgren-Schule oder Sanierung der Turnhallen) oder mit Mitteln von Vereinen (z.B. Arbeiterwohlfahrt, Bauspielplatz e.V.). Gleiches gilt für die Mittel aus dem Programm Lokales Kapital für Soziale Zwecke. Für die Einrichtung des Qualifizierungsbüros des Internationalen Bundes konnten Mittel aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Mittel des Bundesministerium für Familie, Jugend und Soziales gewonnen werden. Zur Finanzierung von Baumaßnahmen ab 250 T€ werden Mittel aus dem Programm „Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung“ in Anspruch genommen. Diese Mittel werden durch die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt um Arbeitslose in die Maßnahmen einzubeziehen.

Bei den Projekten und Maßnahmen, die durch den Verfügungsfonds finanziert werden, wurde seitens der Stadtteilakteure positiv angemerkt, dass der Verfügungsfonds als finanzielle Basis für Projekte dient. Auf dieser Basis können dann z.T. weitere Mittel von den Vereinen akquiriert werden, um die geplanten Maßnahmen auszufinanzieren.

4.6.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund der erheblichen baulichen und sozialen Probleme und des erheblichen Nachholbedarfs gegenüber dem angrenzenden Großen Dreesch gibt es keinen Zweifel an der Richtigkeit der Auswahl des Programmgebietes.

Hinsichtlich der Umsetzungsstrukturen ist es gelungen, maßgebliche Akteure in den Erneuerungsprozess einzubinden. Durch die Beteiligung sowohl des Stadtplanungsamtes, des Amtes für Jugend, Soziales und Wohnen, der beiden Stadtteilmanager, der sozialen Einrichtungen bzw. Vereine, der Vertreter der Arbeitsgruppen und des Ortsbeirates im Lenkungskreis werden die Entscheidungsprozesse auf eine breite Basis gestellt. Ebenso sind auf der Ebene der Stadtverwaltung Gremien entstanden, an denen weitere Ressorts der Stadtverwaltung beteiligt sind und die bereits im Zuge früherer Pläne und Programme in die Erneuerung des gesamten Dreesch aufgebaut wurden.

Positiv hervorzuheben ist auch das vergleichsweise große Engagement der Bürgerinnen und Bürger, was sich einerseits in der regen Beteiligung an den Stadtteilkonferenzen- und foren und andererseits durch die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen ausdrückt. Dadurch werden wichtige partizipative Elemente in der Umsetzung verankert. Aus dem Kreis der

Bewohner wurde die Anregung geäußert, die Stadtteilkonferenzen themen- bzw. problemorientiert zu organisieren, um sie interessanter und straffer zu gestalten.

Ein weiteres wesentliches Element sind die Stadtteilbüros in Neu Zippendorf bzw. im Mueßer Holz. Diese werden durch die Bürgerinnen und Bürger als Anlaufpunkt genutzt und bieten sowohl Versammlungsmöglichkeiten als auch die Möglichkeit, sich über die laufenden Aktivitäten zu informieren. Positiv wirkt sich auch die vergleichsweise starke personelle Besetzung mit zwei Stadtteilmanagern und einer zusätzlichen Mitarbeiterin aus.

Die Umsetzung des Programms mit zwei Stadtteilmanagern ermöglicht es auch, die zentralen Handlungsfelder und Ziele konzentriert anzugehen. Die Aufgabenteilung in die Handlungsfelder Soziales und Wirtschaft ist dabei sinnvoll. Fraglich ist, ob die ambitionierte Aufgabenstellung für den Stadtteilmanager Wirtschaft zu leisten ist. Hier ist eine kritische Prüfung der Ziele und realen Möglichkeiten vorzunehmen, die bei dem derzeitigen Stand die formulierten Ziele kaum erfüllt werden können. Darüber hinaus wäre eine Einbindung der Wirtschaftsförderung unbedingt notwendig und sollte nachdrücklich eingefordert werden. Auch die Möglichkeiten eines Stadtteilmarketings sollten in diesem Zusammenhang geprüft werden. Bezüglich des Stadtteilmanagers Soziales ist positiv anzumerken, dass mit der Besetzung durch Herrn Avramenko ein wichtiger Schritt unternommen wurde, die Bewohner mit Migrationshintergrund in die Stadtteilentwicklung einzubeziehen. Die Herausforderung für die Zukunft wird aus der Sicht der Evaluation in der Aktivierung vor allem junger Menschen in den Erneuerungsprozess gesehen. Hier sollten in stärkerem Maß spezifische Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen werden.

Insgesamt greifen die Handlungsfelder bzw. Zielsetzungen die Probleme und Potenziale angemessen auf. Im Sinne einer weiteren Erfolgskontrolle des Programms wäre es sinnvoll, die angegebenen Ziele stärker zu systematisieren. Im IHK stehen z.Zt. Handlungsfelder und Entwicklungsziele nebeneinander auf einer Ebene. Unterhalb der Entwicklungsziele sind im Ziel-Maßnahmenkonzept Kriterien bzw. Indikatoren entwickelt worden, anhand derer der Erfolg der Maßnahmen gemessen werden soll. Im Sinne einer Erfolgskontrolle der Maßnahmen ist dieser Schritt positiv zu werten.

Positiv wird der Aufbau eines Stadtteilvereins gesehen, der sich für die Belange des gesamten Großen Dreesch einsetzt. Hier können wichtige Institutionen und Kapazitäten gebündelt werden. Mit dem Verein wird darüber hinaus ein wichtiger Schritt hinsichtlich „selbsttragender Strukturen“ geschaffen, die über die Programmlaufzeit hinaus reichen (können).

4.7. Stralsund Grünhufe

4.7.1. Ausgangssituation im Stadtteil

Das Programmgebiet Grünhufe liegt am westlichen Stadtrand von Stralsund, ungefähr 4 km von der Altstadt entfernt und ist ein Teil des Stadtgebietes Grünhufe mit den vier Stadtteilen Stadtkoppel, Grünthal-Viermorgen, Vogelsang und Freienlande (statistische Einteilung). Es ist ca. 70,4 ha groß und beinhaltet fast den gesamten Stadtteil Vogelsang, den östlichen Teil des Stadtteils Grünthal-Viermorgen sowie einen nicht bebauten Teil von Freienlande (Stadtpark Nord). Im Westen und Norden grenzt das Programmgebiet an die freie Landschaft, im Osten schließt sich eine großflächige Kleingartenanlage an.

Entwicklung des Stadtteils

Grünhufe gehört mit Knieper-West zu zwei in industrieller Fertigbauweise entstandenen Stadterweiterungsgebieten von Stralsund. Sie wurden als Großwohnsiedlungen auf ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen erstellt. Grünhufe entstand ab dem Jahr 1979 in maximal sechsgeschossiger und vereinzelter Einfamilienhausbebauung. 3.126 der 32.623 Wohneinheiten Stralsunds liegen im Programmgebiet Grünhufe. Das sind 9,6% des gesamten Wohnungsbestandes (Stand 2002).

Zentrale Problemstruktur

Sichtbare Defizite lassen sich sowohl bei den Wohneinheiten als auch im Wohnumfeld identifizieren. Die Häuser sind z.T. nicht saniert, die Wohnungsgrößen, -schnitte und –ausstattungen sind mangelhaft und die steigende Zahl der leerstehenden Wohnungen (11,4% im Jahr 2002) trägt zu einer weiteren Vernachlässigung des Wohnraumes bei. Die z.T. sechsgeschossige Bauweise ohne Fahrstühle führt dazu, dass die oberen Geschosse wenig attraktiv sind. Von Seiten der Bewohner wird die mangelnde Mieterorientierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (SWG) hervorgehoben. Diese zeigt sich u.a. in dem vergleichsweise niedrigen Sanierungsstand und einer schlechten Informationspolitik.

Misstände sind ebenso im Wohnumfeld zu verzeichnen. Das Rad- und Fußwegenetz ist mangelhaft ausgebaut, die Parkplatzsituation und der daraus folgende Parkdruck sind unbefriedigend und es existieren Defizite in der Freiflächengestaltung. Als problematisch wird auf Bewohnerseite auch die mangelnde Sauberkeit und Vernachlässigung der Freiflächen, Wege und Spielplätze empfunden.

Die baulichen Aspekte führen im Zusammenspiel mit den schlechten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen zu erheblichen Bevölkerungsverlusten. Im Programmgebiet lebten im Jahr 2002 5.346 Menschen. Gegenüber dem Jahr 1999 (6.717 Einwohner) ergibt sich ein dramatischer Bevölkerungsschwund von 20,4%. Dieser Trend ist auch in der Gesamtstadt zu verzeichnen, allerdings verläuft hier die Entwicklung deutlich langsamer. Die Bevölkerungsverluste ziehen einen Abbau der sozialen Infrastruktur nach sich. Die Schließung eines Jugendclubs, des Seniorentreffs und der Hauptschule sind vollzogen. Die Regionalschule wird im Schuljahr 2004/ 2005 geschlossen.

Der hohe Anteil der Arbeitslosen an der Einwohnerschaft (und hier vor allen Dingen der hohe Anteil junger und jugendlicher Arbeitsloser) lässt weitere Abwanderungen erwarten. Im Jahr 1999 lag die Arbeitslosigkeit bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Grünhufe bei 14,7%. Bis zum Jahr 2002 erhöhte sie sich deutlich auf 20,5%. Das bedeutet für diesen Zeitraum einen Anstieg der Arbeitslosenquote um 5,8%-Punkte. Zwar ist dieser Trend auch in der Gesamtstadt zu verzeichnen (+ 2,4%), fällt hier jedoch deutlich moderater aus. Die Konzentration der sozialen und ökonomischen Problemlagen lässt sich auch an dem hohen Anteil der Sozialhilfeempfänger im Programmgebiet ablesen. Während sich in der Gesamtstadt auf je 1.000 Einwohnern 38 Sozialhilfeempfänger (Mai 2003) verteilten, lag dieses Verhältnis im Programmgebiet bei ca. 97 Personen je 1.000 Einwohner. Ein weiterer Aspekt, der zu interkulturellen Spannungen im Stadtteil führt sind die deutlich zunehmenden Migrantengruppen deutschrussischer Herkunft.

Die wenig gewachsene Struktur des Programmgebietes hat eine Unterversorgung an wohngebiets- und stadtteilorientierten Handels- und Dienstleistungsunternehmen zur Folge. Ebenso trägt die mangelnde Kaufkraft zu dieser Unterversorgung bei. Zwar gibt es in unmittelbarer Nähe des Programmgebietes zwei Gewerbegebiete (Grünhufe und Stadtkoppel), doch haben sich auch hier nur wenige solcher Einrichtungen angesiedelt.

Die aufgeführten Missstände tragen insgesamt zu einem schlechten Image des Programmgebietes bei. Dies gilt sowohl für die binnen- als auch für die Außensicht auf den Stadtteil und ist von Seiten der Bewohner in der Gruppendiskussion bekräftigt worden.

Potenziale und Anknüpfungspunkte

Die Sanierung des Stadtteils und die Verbesserung des Wohnumfeldes schreitet sichtbar voran. Als größte Herausforderung wird seitens der Wohnungsunternehmen der anstehende Rückbau der überschüssigen Wohneinheiten angesehen. Die geplanten Teilabrisse sowie die gezielte Sanierung und Modernisierung der Wohneinheiten lassen für die Zukunft eine deutliche bauliche Aufwertung des Programmgebietes erwarten.

Positiv ist ebenso die Gestaltung des Wohnumfeldes, die Zahl der Spiel- und Sportflächen, die direkte Anbindung an große naturräumliche Flächen am Siedlungsrand sowie eine zufriedenstellende Verkehrsanbindung an die Innenstadt.

Im Bereich der Infrastruktur ist eine vergleichsweise große Anzahl an sozialen Einrichtungen für unterschiedliche Zielgruppen sowie eine gute gesundheitliche Versorgung zu verzeichnen. Die angesprochenen Defizite in der Versorgung mit stadtteilorientierten Gütern und Dienstleistungen bieten Chancen zur Existenzgründung.

Eins der interessantesten Potenziale des Stadtteils ist die Tatsache, dass es sich bei Grünhufe um einen vergleichsweise jungen Stadtteil handelt. Im Jahr 2002 waren im Programmgebiet 8,4% der Einwohner 6- 15 und 20,8% der Einwohner 15- 25 Jahre alt. In der Gesamtstadt beliefen sich diese Werte auf 6,7% (6- 15 Jahre) beziehungsweise 14,6% (15- 25 Jahre). Dadurch hat der Stadtteil ein hohes Potenzial an wirtschaftlich aktiven Personen.

Demographische und sozialräumliche Merkmale Stralsund Grünhufe

| Stralsund Grünhufe | Stadtteil | | Gesamtstadt | |
|--|---|------------------------|---|------------------------|
| | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Stand |
| Größe | 70,4 ha | | | |
| Einwohnerzahl | 6.717* | 5.346** | 61.021* | 58.656** |
| Bevölkerungsentwicklung | 20,4% (1999 bis 2002) | | 3,9% (1999 bis 2002) | |
| Zahl der Wohnungen | | 3.126** | | 32.623** |
| Durchschnittliche Wohnfläche pro Person | | 30,2 m ² ** | | 31,9 m ² ** |
| Wohnungseerstand | 1,8% (1995) | 13,0 %** | 5,4% (1995) | 10,0%** |
| Eigentümeranteil | Der mehrheitliche Anteil an Wohnungseigentum verteilt sich auf fünf Wohnungsunternehmen. Lediglich 16 Wohnungen gehören privaten Eigentümern. | | | |
| Anteil der 65-jährigen und älter | | 7,6%** | | 19,9%** |
| Anteil der 25-65-jährigen | | 57,4%** | | 54,8% (2002) |
| Anteil der 15-25-jährigen | | 20,8%** | | 14,6% (2002) |
| Anteil ausländischer Bevölke- rung | | 2,0%** ⁷ | | 1,4%** |
| Arbeitslosenquote | 14,7%* | 20,5%** | 13,7%* | 16,1%** |
| Anteil der Sozialhilfeempfän- ger (Anteil je 1.000) | | 97,4*** | | 38,2*** |

* Bezugsjahr 1999; ** Bezugsjahr 2002; *** Bezugsjahr 2003

4.7.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes

Der Stadtteil Grünhufe wurde 1999 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen. Neben Grünhufe standen als Programmgebiet zwei weitere städtische Gebiete (Reiferbahn, Platz des Friedens) zur Auswahl. Aufgrund der fortschreitenden Segregationsprozesse sowie den baulichen und städtebaulichen Missständen wurde Grünhufe ausgewählt. Durch die Aufnahme in das Programm ergab sich zudem die Möglichkeit, das seit 1996 laufende Programm zu Wohnumfeldverbesserung mit einem Programm zu ergänzen, welches stärker auf eine soziale Erneuerung abzielt. Weitere Kriterien für die Auswahl waren eine für Stralsunder Verhältnisse vergleichsweise heterogene Eigentümerstruktur sowie im gesamtstädtischen Vergleich die Hoffnung auf die größten Verbesserungseffekte. Die Auswahl Grünhufes als Programmstadtteil in der Sozialen Stadt ist aufgrund des dringenden Handlungsbedarfes unmittelbar nachvollziehbar.

Ein Vorläufer zum Integrierten Handlungskonzept wurde durch das Bauamt der Stadt Stralsund, Abteilung Planung und Denkmalpflege in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Sanierungsträger, der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH (SES), entwi-

⁷ Vermutete hohe Anteile von Migranten deutschrussischer Herkunft sind in diesem Wert nicht enthalten.

ckelt. Dieses Grundgerüst ist abgestimmt mit dem Rahmenplan der Stadt Stralsund zur Wohnumfeldverbesserung sowie dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept, welches im Rahmen des Stadtumbau Ost entwickelt wurde. Die Vorarbeiten wurden durch das **Wirtschaftsinstitut für Marktforschung, Evaluation und Strukturentwicklung (WIMES)** aufgegriffen und im Jahr 2003 in das derzeit gültige IHK überführt. Es ist geplant das Integrierte Handlungskonzept durch die Bürgerschaft der Stadt Stralsund verabschieden zu lassen.

4.7.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure

Für die Umsetzung des Programms sind auf gesamtstädtischer Ebene und auf der Ebene des Stadtteils Organisationsstrukturen aufgebaut worden. Nachfolgend werden die zentralen Gremien und Institutionen in ihrem Aufbau und ihrer Zielsetzung beschrieben.

Gesamtstädtische Ebene

Die zentralen Akteure zur Umsetzung des Programms auf gesamtstädtischer Ebene sind das **Bauamt der Stadt Stralsund, Abteilung Planung und Denkmalpflege**, die **Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH (SES)**, die als hoheitlicher Sanierungsträger fungiert sowie der **Beirat** zum Programm.

Die SES und das Bauamt stehen aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen in einem engen Austausch. Diese Zusammenarbeit setzt sich im Rahmen der Sozialen Stadt fort und funktioniert reibungslos. Neben der Verwaltung der Fördergelder steuert die SES auch Inhalte in die Programmumsetzung bei. Wie bereits angesprochen, wurden Grundzüge des Integrierten Handlungskonzeptes zwischen der Stadt Stralsund und der SES entwickelt.

Mitglieder des Beirates zum Programm sind die **Stadtteilkoordinatorin** (ohne Stimmrecht), der **Programmgebietsbeauftragte**, eine Vertreterin der **Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH (SES)**, eine Vertreterin **des Amtes für Jugend, Familie und Soziales** sowie Vertreter der drei großen **Wohnungsbaugesellschaften** (Wohnungsbaugenossenschaft Aufbau eG Stralsund, Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Wohnungsbaugenossenschaft Volkswerft eG) in Grünhufe. Aufgabe des Beirats ist es, die inhaltlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Programms und die Arbeit der Stadtteilkoordinatorin zu setzen. Darüber hinaus wird über den Stand der laufenden und geplanten Projekte beraten. Der Beirat trifft sich regelmäßig mindestens aber vierteljährlich. Die Stadtteilkoordinatorin erstattet dem Beirat Bericht über ihre Arbeit. Der Beirat entscheidet auf Vorlage der Stadtteilkoordinatorin über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds.

Von Seiten der Stadtteilakteure wird die Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Sanierungsträger insgesamt gut bewertet (siehe hierzu wie auch zu den folgenden Verweisen auf die Fragebogenerhebung die zusammenfassende Darstellung im Anhang).

Stadtteilebene

Zentrale Elemente der Umsetzungsstrukturen auf Stadtelebene sind die **Stadtteilkoordinatorin** sowie das **Stadtteilbüro** als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Stadtteilkoordinatorin hat ihre Arbeit im Januar 2003 aufgenommen. Die Stadtteilkoordinatorin ist mit einem befristeten Arbeitsvertrag über eine 0,5 Stelle bei der SES angestellt. Die Aufgaben sind im Integrierten Handlungskonzept aufgeführt. Sie orientieren sich an den im IHK definierten Zielsetzungen und Handlungsleitlinien:

- Einrichtung, Betrieb und Weiterentwicklung des Stadtteilbüros als Anlaufstelle für die Bewohner
- Aktivierung der Bewohner, sozialen Einrichtungen, Verbände, Unternehmen etc. mit dem Ziel Netzwerke aufzubauen, Projekte zu initiieren und bestehende lokale Initiativen zu unterstützen
- Initiierung neuer Initiativen zur Förderung der Stadteilentwicklung
- Organisation der Bürgerbeteiligungsprozesse
- Herstellung und Pflege der Kontakte zu den Ämtern und lokalen Akteuren
- Initiierung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes
- Verantwortlichkeit über den Verfügungsfonds

Die bisherigen Schwerpunkte der Arbeit der Stadtteilkoordinatorin lagen im Aufbau und Betrieb des Stadtteilbüros, der Aktivierung der Bewohner und sozialen Einrichtungen sowie in der Initiierung neuer Initiativen zur Förderung der (sozialen) Stadtentwicklung. Trotz der vergleichsweise kurzen Anwesenheit der Stadtteilkoordinatorin im Stadtteil lassen sich erste wichtige Erfolge erkennen: Maßnahmen zur Aktivierung der Bewohnerschaft (Etablierung eines Stadtteilfrühstücks, Organisation eines Basketballturniers mit Jugendlichen, Stadtteilstfest), die Initiierung einer Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen im Stadtteil (Organisation des Stadtteilstfestes) sowie die Etablierung des Stadtteilbüros als Anlaufstelle für Bewohner. Die Zusammenarbeit mit der Stadtteilkoordinatorin wird von den Stadtteilakteuren insgesamt sehr positiv wahrgenommen.

Implementationsstruktur Stralsund Grünhufe

| | Organisationsstruktur | Beteiligte |
|---------------------------------------|--|--|
| Steuerung (Verwaltung/Politik) | Programmsteuerung, Projektsteuerung und Projektkoordination Beirat zum Programm | Bauamt der Stadt Stralsund – Abteilung Planung und Denkmalpflege in Abstimmung mit der Stadterneuerungsgesellschaft der Stadt Stralsund mbH (SES) Stadtteilkoordinatorin; Vertreter des Bauamts, der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund, des Amtes für Jugend, Familie und Soziales und Wohnungsunternehmen |
| Stadtteilebene | Stadtteilkoordinatorin/ Stadtteilbüro | Angestellt bei der SES |

Politische Einbindung

In den Gesprächen sowohl mit den Akteuren als auch mit den Bewohnern ist deutlich geworden, dass sich die gesamtstädtische (politische) Aufmerksamkeit generell eher auf die Innenstadt konzentriert und nicht auf Grünhufe. Mit der Ernennung der Altstadt zum Weltkulturerbe sei diese Konzentration sogar noch stärker geworden. Gegenüber dem Programm gibt es eine vergleichsweise gute Akzeptanz. Problematisch ist in dieser Hinsicht das Fehlen eines Ortsbeirates als politische Interessenvertretung des Stadtteils in der Bürgerschaft. Daher kommt es kaum zu einer direkten Beteiligung der politischen Ebenen an der Umsetzung des Programms. Dies zeigen auch die Ergebnisse des Fragebogens die die Beteiligung der lokalen Politiker insgesamt eher schlecht bewerten.

Beteiligung der Bevölkerung

Grundsätzlich wurden bei allen baulichen Maßnahmen, die im Programmgebiet durchgeführt wurden, die vorgesehenen Verfahren der Bürgerbeteiligung durchgeführt. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Resonanz der Bürger auf diese „klassischen“ Beteiligungsverfahren sehr verhalten ist. Bei zwei öffentlichen Veranstaltungen zur Vorstellung des Rahmenplans zum Wohnumfeldprogramm fanden sich jeweils keine zehn Bewohner, die sich für die anstehenden Maßnahmen interessierten.

Bei der ersten **Stadtteilkonferenz** haben ca. 80 Personen teilgenommen, von denen aber die Mehrheit in bestimmten Funktionen und nicht als Bewohner teilgenommen haben. Perspektivisch sollen die Stadtteilkonferenzen stärker auf die Interessen der Bewohner zugeschnitten werden, um so eine stärkere Resonanz zu erhalten.

Begründet wird das mangelnde Interesse durch die schwierigen Lebenslagen, in denen die Menschen sich befinden. Diese versperren den Blick und damit das Interesse an den Entwicklungen im Stadtteil. Es lässt sich aber auch eine Enttäuschung der Bewohner darüber erkennen, dass die ihre Vorschläge nicht umgesetzt werden (können). Daraus resultiert ein Rückzug, der sich in der passiven Haltung vieler Bewohner ausdrückt. Symptomatisch für ein fehlendes Interesse am Stadtteil ist auch die Tatsache, dass seitens der Bewohner bislang kein Zugriff auf den Verfügungsfonds erfolgte oder sich themenbezogene Arbeitsgruppen gebildet hätten. Von den im Fragebogen befragten Stadtteilakteuren wird die bisherige Beteiligung der Bevölkerung vergleichsweise schwach bewertet. Die Ergebnisse der Fragebogenerhebung sind bezogen auf die Bewohnerbeteiligung sicherlich auch Ausdruck der in anderen Förderprogrammen erfolgenden Beteiligungsaktivitäten.

Gleichzeitig ist dazu festzustellen, dass die Stadtteilkoordinatorin, in deren Aufgabengebiet die Aktivierung der Bewohner und die Bewohnerbeteiligung fällt, erst seit vergleichsweise kurzer Zeit im Stadtteil aktiv ist. Trotzdem zeichnen sich erste Erfolge ab (Stadtteilfrühstück, Teilnahme an Prora 03, Stadtteilfeiern). Der positive Eindruck wird in den Gesprächen mit den Bewohnern bestätigt, die die Arbeit der Stadtteilkoordinatorin ausdrücklich würdigen.

Ein sehr praktischer Ansatz der Bürgerbeteiligung ist bei der Entwicklung der Skateanlage in der Freizeitanlage Vogelsangstraße erfolgt. Hier haben Jugendliche in Zusammenarbeit mit den Architekten in mehreren Workshops Elemente des Skateplatzes entwickelt und mitbestimmt.

Beteiligung anderer Institutionen im Stadtteil

Vielversprechend ist die Aktivierung der in der Wiesenblume ansässigen sozialen Einrichtungen für das anstehende Wiesenfest. Andere Einrichtungen im Stadtteil entwickeln dagegen kaum einen Stadtteilbezug und lassen sich nur schwer aktivieren. Positiv entwickelt sich auch die Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen sowie dem Amt für Jugend, Familie und Soziales. Ein erster Kontakt wurde auch mit dem Amt für Wirtschaftsförderung aufgenommen.

4.7.4. Ziele

Verfahren und Stand der Zielentwicklung

Analog der Leitlinien der ARGEBAU integriert das Programm sowohl bauliche und städtebauliche als auch soziale und ökologische Leitlinien und Entwicklungsziele: Leitlinie ist die „Befreiung aus der städtebaulichen und sozialen Isolation durch Stärkung der endogenen Potenziale Wohnen am Grünen- offene Stadtlandschaft Grünhufe“. Darunter werden in drei Schwerpunkten die Zielsetzungen konkretisiert:

| Schwerpunkt | Zielsetzung |
|--|--|
| Soziale Qualitäten | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Qualität der Sport, Spiel- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ▪ Schaffung von sozialen Netzen und Begegnungsstätten ▪ Vermeidung und Prävention sozialer Ausgrenzung |
| Stadträumliche Qualitäten und Umwelt | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Straßenoberflächen, der Rad- und Gehwege, Hofgestaltung ▪ Verbesserung der Parkplatzsituation ▪ Stabilisierung der Erholungsräume und Freiflächen ▪ Stabilisierung des lokalen Wohnungsmarktes |
| Stärkung Wirtschaft und Beschäftigung | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung von Flächenpotenzialen ▪ Förderung personenbezogenem dienstleistungsorientierten Kleinstgewerbe durch Aktivierung der Bewohnerschaft ▪ Quartiersmanagement (Integriertes Handlungskonzept S. 43) |

Die im Integrierten Handlungskonzept aufgeführten Ziele wurden durch das WIMES in Zusammenarbeit mit der Stadt aufgestellt und in das IHK aufgenommen. Grundzüge des IHK basieren auf dem seit 1996 laufenden Städtebauförderprogramm Wohnumfeldverbesserung und sind abgestimmt mit dessen Zielsetzungen (Rahmenplan Wohnumfeldverbesserung aus dem Jahr 1998) und dem Programm Stadtumbau Ost. (Umstrukturierungsgebiet mit Priorität). Die Abstimmung der Zielsetzungen mit den verschiedenen planerischen Grundlagen erfolgte, da alle Planwerke „aus einer Hand sind“. Mit der Aufnahme des Programmsgebietes im Jahr 1999 wurde eine Stärken-Schwächen-Analyse

durchgeführt, auf deren Grundlage dann die Maßnahmen und Schwerpunkte definiert wurden. Laut schriftlicher Befragung der Stadtteilakteure greift das Programm sowohl die Probleme als auch die Potenziale des Stadtteils relativ gut auf.

Eine Einbindung der Wohnungsbaugesellschaften, anderer Stadtteilakteure oder der Bevölkerung in die Zielentwicklung hat nicht stattgefunden. In der Diskussionen mit Stadtteilakteuren an der auch die Wohnungsbaugesellschaften teilgenommen haben, ist aber deutlich geworden, dass die Zielsetzungen weitgehend bekannt sind und mitgetragen werden. Auch bei den schriftlich befragten Stadtteilakteuren sind die Zielsetzungen des Programms weitgehend bekannt.

Stadtteilmonitoring/ Erfolgskontrolle

Hinsichtlich der programmbegleitenden Erfolgskontrolle werden in dem Integrierten Handlungskonzept umfangreiche Angaben gemacht. Ausgearbeitet wurde das Monitoringsystem durch das WIMES. „Grundlage für diese Evaluierung ist ein funktionierendes Monitoring, als Voraussetzung für eine indikatorengestützte Erfolgskontrolle“ (Integriertes Handlungskonzept, S. 43). Mit dem Stichtag 31.12.1999 wurden umfangreiche sozioökonomische, (z.B. Bevölkerung, Ausländische Bevölkerung) wohnungswirtschaftliche (z.B. Wohnungsbestand, Leerstandsquote) und städtebauliche Basisdaten (z.B. Funktionalität des Stadtteils) für das Programmgebiet erhoben. Die jährliche Aktualisierung und Fortschreibung der Daten einschließlich einer prozessbegleitenden Evaluation ist geplant. Des Weiteren sind im IHK 20 Kontextindikatoren aufgeführt, die auf Grundlage der Basisdaten entwickelt wurden. Diese werden ergänzt durch 13 Maßnahmen- und Hauptindikatoren. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Kontextindikatoren liegen in der Erhebung der Bevölkerungsstruktur und –entwicklung, der Sozialstruktur und Beschäftigung, der Wirtschaft und lokalen Ökonomie, der sozialen Infrastruktur, der Bildung und des Wohnungsbestandes. Die Hauptindikatoren sind schwerpunktmäßig auf städtebauliche/ wohnungswirtschaftliche und infrastrukturelle Aspekte ausgerichtet und damit insbesondere auf den investiven Bereich. In Abhängigkeit zu den geplanten Projekten ist geplant das Set von Hauptindikatoren zu erweitern. Zweck dieser Indikatoren ist die Begleitung und Bewertung der Wirkung des Programms „Soziale Stadt“ im Vergleich zu anderen Stadtgebieten und zur Gesamtstadt Stralsund sein. Mit der Durchführung eines jährlichen Monitoring ist das WIMES beauftragt.

4.7.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen

Das Integrierte Handlungskonzept ordnet die absolvierten, laufenden und geplanten Projekte und Maßnahmen entsprechend den Handlungsschwerpunkten des Programms zu. Die nachfolgenden Projekte und Maßnahmen werden aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert. Den Handlungsfeldern sind zahlreiche weitere Projekte zugeordnet, die im Rahmen anderer Programme durchgeführt oder geplant wurden. Diese werden an dieser Stelle nicht weiter erläutert.

Schwerpunkt „Soziale Qualitäten“

Der Schwerpunkt „Soziale Qualitäten“ wurde in der bisherigen Programmumsetzung am intensivsten bearbeitet. Dies spiegelt sich in den abgeschlossenen Projekten sowie in dem Einsatz der Fördermittel.

Das wichtigste (bauliche) Projekt des Programms ist der Umbau der ehemaligen Kindertagesstätte zum sozialen Zentrum „**Wiesenblume**“. Mit dem Umbau wurde das Ziel verfolgt ein „Zentrum der Jugend- und generationsübergreifenden Sozialarbeit“ (Integriertes Handlungskonzept, S. 43) aufzubauen. Gemessen am gesamten bisherigen Fördervolumen sind in die Wiesenblume mit 1,4 Mio. € die mit Abstand meisten Fördermittel geflossen. Zusätzlich wurden für den Umbau Mittel aus dem Europäischen Strukturfonds und Personalmittel über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingesetzt. Positiv hervorzuheben ist, dass Jugendliche aus dem Stadtteil über das Freiwillige Soziale Trainingsjahr in den Um- und Aufbau der Wiesenblume eingebunden waren.

Ein weiteres vergleichsweise großes Projekt ist die **Sport- und Freizeitanlage Vogelsangstraße**, die in Zusammenarbeit mit Jugendlichen entwickelt wurde. Weitere kleinere Projekte in diesem Handlungsschwerpunkt sind die **Umweltwoche der Gesamtschule Grünthal** oder der **Frühjahrsputz mit Wohnungseigentümern**, der Stadt und Bewohnerinnen und Bewohnern.

Schwerpunkt „Stadträumliche Qualitäten und Umwelt“

Mit diesem Handlungsschwerpunkt wird die Verbesserung der urbanen Lebensqualität gefördert. Zu diesem Schwerpunkt wurden eine Vielzahl von Projekten aus dem Programm „Wohnumfeldverbesserung“ gefördert. In Planung ist der Ausbau und die **Gestaltung Außenanlagen der Integrierten Gesamtschule**. Diese Maßnahmen sollen aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert werden. Durchgeführt wurde in diesem Handlungsschwerpunkt auch eine **Zukunftswerkstatt**, in der verschiedene Interessengruppen ihre Zukunftsvorstellungen sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung erarbeitet haben.

Schwerpunkt „Stärkung der lokalen Ökonomie“

In diesem Handlungsschwerpunkt liegen bislang keine Projekte vor. In einem ersten Schritt wurde aber durch die Stadtteilkoordinatorin der Kontakt zur lokalen Wirtschaftsförderung aufgebaut. Unklar ist, warum die Stadtteilkoordinatorin in diesem Handlungsschwerpunkt aufgeführt wird, da deren inhaltlichen Schwerpunkte insbesondere im ersten Handlungsschwerpunkt liegen.

Projekte des Verfügungsfonds

Über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds entscheidet der Beirat zum Programm. Die Nutzung des Verfügungsfonds läuft langsam an. Aufgelegt wurde der Fonds erstmals im Jahr 2002. In dem Jahr wurde lediglich ein Projekt gefördert. Im Jahr 2003 stieg die Zahl der geförderten Projekte auf neun Projekte an. Die Maßnahmen, die aus den Mitteln gefördert wurden, dienten größtenteils der Aktivierung der Bevölkerung wie z.B. durch Stadtteilstube oder das Stadtteilfrühstück. Die vergleichsweise schwache Nut-

zung des Verfügungsfonds macht deutlich, dass sowohl die sozialen Einrichtungen im Stadtteil als auch die Bewohnerinnen und Bewohner ein relativ geringes Interesse an der Stadtteilentwicklung haben. Hier liegt für die Zukunft sicher noch ein großes Potenzial.

Verknüpfung mit weiteren Fördermitteln

Bei dem Umbau der Wiesenblume ist eine Verknüpfung verschiedener Fördermittel innerhalb des Projektes gelungen. Hier wurden zusätzlich zu den Mitteln der Sozialen Stadt ESF-Mittel und Mittel des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahrs kombiniert. Ebenso gelingt die Einbindung weiterer Mittel der Städtebauförderung. Das sind im Programmgebiet in erster Linie Mittel aus dem Programm Wohnumfeldverbesserung. Verknüpfungen werden zukünftig aus dem verstärkten Einsatz von Mitteln aus dem Programm Stadtumbau Ost erwartet. Eine wichtige begleitende Funktion übernimmt im Programmgebiet das Programm LOS, mit dem weitere soziale Projekte finanziert werden.

4.7.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund der drängenden Problemlagen im Stadtteil ist die Auswahl Grünhufes als Programmgebiet in der Sozialen Stadt nachvollziehbar und zu begrüßen.

Die für die Umsetzung des Programms aufgebauten Organisationsstrukturen sind geeignet, um eine sinnvolle Umsetzung des Programms zu gewährleisten. Die wesentlichen Akteure des Stadtteils (Bauamt, SES, Stadtteilkordinatorin sowie Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften) sind in den Beirat eingebunden. Die Einbeziehung der Wohnungsbauunternehmen ist von besonderer Bedeutung, da diese eine zentrale Rolle in der baulichen und sozialen Erneuerung einnehmen. Denn eine gegenseitige Information und Diskussion über die Zielsetzungen und Maßnahmen sind Voraussetzung für eine abgestimmte Erneuerungsstrategie. Ebenso sinnvoll ist die Einbindung des Jugendamtes, da dieses auf Verwaltungsseite für die Umsetzung des Programms „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ verantwortlich ist. Die Projekte aus dem LOS-Programm tragen einen wichtigen Beitrag für die soziale Stabilisierung im Stadtteil bei. Somit schafft das Gremium einerseits wichtige Akteure einzubinden und gleichzeitig schlank und handlungsfähig zu sein. Gleichzeitig ist der Beirat zum Programm in den Begleitausschuss zum Programm LOS eingebunden. Hervorzuheben ist die ausgesprochen gute Zusammenarbeit zwischen der Stadtteilkordinatorin, der Vertreterin des Sanierungsträgers sowie dem Programmgebietsbeauftragten vom Bauamt, die den Kern des Beirates bilden. Um die Möglichkeit einer direkten Bürgerbeteiligung zu schaffen, sollte der Beirat künftig um einen oder mehrere engagierte Bewohner erweitert werden.

Auf der Stadtteilebene trägt die Stadtteilkordinatorin zur lokalen Verortung des Programms bei. Durch ihre Arbeit werden wichtige Impulse zur Aktivierung der Bewohner gesetzt, aus der zukünftig möglicherweise in stärkeren Maße Beteiligungsstrukturen erwachsen. Die Bevölkerung weiter zu motivieren und in die Programmumsetzung einzubinden, ist eine der wesentlichen Aufgaben für die Zukunft. Gleiches gilt für die Einbindung und Vernetzung der sozialen Einrichtungen im Stadtteil. Hier sind gute Ansätze zu

erkennen aber diese Vernetzung sollte weiter vertieft werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Arbeit der Stadtteilkoordinatorin über einen längeren Zeitraum fortgeführt wird.

Die Zielsetzungen, die in dem IHK aufgeführt sind, greifen die lokalen Probleme und Potenziale angemessen auf. Die abgeschlossenen und geplanten Projekte passen sich in die Zielsetzung ein. Die Schwerpunkte in der Umsetzung liegen derzeit in den Bereichen „Soziale Qualitäten“ sowie „Stadträumliche Qualitäten und Umwelt“. Projekte im Bereich „Stärkung Wirtschaft und Beschäftigung“ stehen – bis auf die Einrichtung des Quartiersmanagements/ Stadtteilkoordination - noch aus. Hier besteht für die Zukunft noch ein Nachholbedarf. Als Zielgruppen für Projekte im Feld Wirtschaft und Beschäftigung kommen in erster Linie Jugendliche und Migranten bzw. Aussiedler in Frage.

Hinsichtlich der Ausarbeitung der Ziele sollten in der Weiterentwicklung des IHK darauf geachtet werden, Ziele zu formulieren, die Aussagen darüber treffen, welche Ergebnisse innerhalb eines bestimmten Zeitraums mit den Maßnahmen und Projekten erzielt werden sollen.

Mit der Wiesenblume wurde ein wichtiges Signal für den Stadtteil gesetzt. Die Einbindung der verschiedenen Fördermittel und die Einbindung von Jugendlichen im Rahmen des FSTJ ist gelungen. Ebenso sinnvoll wird die Bündelung der sozialen Einrichtungen an einem Ort gesehen, da so die Möglichkeit besteht, über kurze Wege diese stärker in die Stadtteilarbeit einzubeziehen. Dies kann auch noch in stärkeren Maße über den Einsatz des Verfügungsfonds geschehen.

Wichtiger noch als die Bündelung der Einrichtungen ist aber die Öffnung zum Stadtteil. Die Wiesenblume sollte im Stadtteil der Anlaufpunkt für die verschiedene (bewohnergetragene) Aktivitäten sein.

4.8. Wismar Altstadt

4.8.1. Ausgangssituation im Stadtteil

Die Altstadt Wismars setzt sich mit ihrer komplett erhaltenen mittelalterlichen Bebauungsstruktur und ihrer kompakten und geschlossenen Bauweise deutlich vom Rest der Stadt Wismar ab. Das Programmgebiet Soziale Stadt umfasst die gesamte Altstadt. Nördlich grenzt unmittelbar der Hafenbereich an das Programmgebiet an, im Osten begrenzen die Bahnanlagen des Hauptbahnhofs und ein Park das Programmgebiet. Ansonsten ist der Stadtteil vorwiegend von angrenzenden Gewerbe- und Wohnbereichen umgeben.

Entwicklung des Stadtteils

Im Zuge eines starken wirtschaftlichen Bedeutungsgewinns zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert entstand die Wismarer Altstadt in ihren heutigen Gebietsabgrenzungen. Durch die weitere Entwicklung der Stadt als Handelsplatz und die Zugehörigkeit zu Schweden vom 17. bis 19. Jahrhundert entstand eine bis heute sichtbare architektonische Vielfalt. Der architektonische Status der Wismarer Altstadt wird durch die Aufnahme in das Weltkulturerbe der UNESCO als Flächendenkmal für die mittelalterliche Bau- und Lebensweise unterstrichen. Die Altstadt ist auch heute das Zentrum der Stadt Wismar deren Erhalt und Funktionsfähigkeit von zentraler Bedeutung für die gesamtstädtische Entwicklung ist.

Zentrale Problemstruktur

Die Problemlagen in der Wismarer Altstadt stehen in engem Zusammenhang mit der besonderen städtebaulichen Struktur des Stadtteils und einem bestehenden hohen Sanierungsrückstand aufgrund der starken Vernachlässigung von Investitionsmaßnahmen im baulichen Bestand und dem Wohnumfeld. Zum Zeitpunkt der Programmaufnahme im Jahr 1999 waren ca. 45% des Gebäudebestandes unsaniert und es bestanden weitere bauliche und städtebauliche Mängel z.B. in Form schlechter Wohnungsgrundrisse und einer mangelhaften verkehrlichen Infrastruktur. Daneben fehlt es in der Altstadt an sozialer und kultureller Infrastruktur und es gibt einen Mangel an Spiel-, Sport-, und Freiflächen im unmittelbaren Wohnumfeld. Diese Problemlagen drückten sich bei der Aufnahme in das Programm Soziale Stadt auch durch die Wohnungsleerstandsquote von 31,1% aus. Die Wohnungsleerstände manifestieren sich nahezu ausschließlich im unsanierten Wohnraum, so dass mit der Zunahme der sanierten Wohnungsbestände ein Rückgang der Wohnungsleerstände auf 18,6% im Jahr 2001 zu verzeichnen ist. Gleichzeitig wurden auch die starken Bevölkerungsverluste, die die Altstadt bis zum Ende der 1990er Jahre erlitten hatte, teilweise wieder rückgängig gemacht und die Altstadt konnte zwischen 1999 und 2002 einen Bevölkerungszuwachs von 17,8% verzeichnen.

Zwischen 1992 und 1999 hatte die Stadtteilbevölkerung um 33,1% abgenommen. Der Stadtteil wies damit zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Programm die höchsten Verluste aller Stadtteile Wismars auf. Die Gesamtstadt verlor in diesem Zeitraum 14,5% ihrer Einwohner. 1999 lebten in der Altstadt noch 5.722 der 45.766 Einwohner Wismars und die

Altstadt verlor immer stärker ihre Funktion als wichtiger Wohnstandort innerhalb der Gesamtstadt. Diese massiven Bevölkerungsverluste werden im IHK als ein wichtiger Auslöser für die Aufnahme in das Programm Soziale Stadt hervorgehoben.

Bezogen auf die vorliegenden sozioökonomischen Strukturdaten weist die Altstadt keine signifikant negativen Entwicklungen im Vergleich zur Gesamtstadt auf. Der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung lag in der Altstadt 2001 bei 13,2% und 2002 bei 14,5%⁸. Der hier zu verzeichnende Anstieg zeigt sich in gleicher Form für die Gesamtstadt mit einem Arbeitslosenanteil von 14,6% für 2002. Problematisch ist für die Altstadt allerdings der mit 20% hohe Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren (Gesamtstadt 11,9%). Dieser Wert erklärt sich durch die insgesamt höheren Bevölkerungsanteile dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung in der Altstadt, stellt aber dennoch eine spezifische Problemlage dar.

Potenziale und Anknüpfungspunkte

Die Entwicklung Wismars als Gesamtstadt ist eng verknüpft mit der Entwicklung der Altstadt. Sie ist das Zentrum der Gesamtstadt mit einem innerstädtischen Einkaufsbereich und sie ist als Weltkulturerbe das touristische „Aushängeschild“ der Stadt. Die Aufnahme in das Programm der UNESCO unterstreicht die Bemühungen der Stadt um die Entwicklung des Stadtteils und die ihm zugemessene Bedeutung. Die Entwicklung der Altstadt als Wirtschaftsstandort (insbesondere als Einzelhandelsstandort) wird von der Kaufkraftentwicklung der Gesamtstadt, der Region und der Profilierung als Tourismusstandort abhängen.

Die bereits 1992 erfolgte Ausweisung der Altstadt als Sanierungsgebiet hat zu einer starken Verbesserung der baulichen Situation im Programmgebiet geführt und die Einwohnerentwicklung seit 1999 verdeutlicht das Potenzial der Altstadt als Wohnstandort. Gegen den gesamtstädtischen Trend ist ein starker Zuwachs der Bevölkerung erfolgt, der ein Beleg dafür ist, dass die Altstadt bei vorhandenem adäquatem Wohnraum auch zukünftig als Wohnstandort nachgefragt werden wird. So wird durch die befragten Bewohner und Akteure der Wohnungsleerstand zwar als ein aktuell bestehendes Problem gesehen, welches sich aber mit zunehmendem Sanierungsgrad lösen wird.

⁸ Die Arbeitsmarktdaten wurden für Wismar erstmals 2001 kleinräumig erhoben.

Demographische und sozialräumliche Merkmale Wismar Altstadt

| Wismar Altstadt | Stadtteil | | Gesamtstadt | |
|--|---|----------------|---|---|
| | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Wert | Wert zum Beginn der Programmlaufzeit | Aktueller Wert |
| Aufnahme in das Programm 1999 | | | | |
| Größe | 76 ha | | 4.150 ha | |
| Einwohnerzahl | 5.722* | 6.741**** | 45.766* | 44.884*** |
| Bevölkerungsentwicklung | +17,8% (1999 bis 2002) | | -1,9% (1999 bis 2001) | |
| Zahl der Wohnungen | | 4.629*** | | 25.503*** |
| Durchschnittliche Wohnfläche pro Person | | | | 30,9m ² (kein Bezugsjahr) |
| Wohnungsleerstand | 28,2% (1995) | 18,6%*** | 8,8% (1995) | 10,8%*** |
| Eigentümeranteil | 18,7% (1995) | | 11,2% (1995) | |
| Anteil der 65-jährigen und älter | 13,3%* | 11,7%**** | | 20,9%**** |
| Anteil der 25-65 jährigen | 55,9%* | 56,3%**** | | 54,5%**** |
| Anteil der 15- 25 jährigen | 18,8%* | 20,3%**** | | 14,3%**** |
| Anteil ausländischer Bevölke- rung | | 4,0%**** | | 3,4%**** |
| Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an der Bevölke- rung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren) | 13,2%*** | 14,5%**** | 13,5%*** | 14,6%**** |
| Anteil der Sozialhilfe- empfänger (je 1000 EW) | | 49*** | | 50*** |

* Bezugsjahr 1999; **Bezugsjahr 2000; ***Bezugsjahr 2001; ****Bezugsjahr 2002

4.8.2. Beginn des Erneuerungsprozesses und Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes

Die Altstadt erhält seit 1999 Fördermittel aus dem Programm Soziale Stadt. Nachdem zu Beginn eine Beschränkung auf einen kleinen Teilbereich des heutigen Fördergebietes – das Quartier 60 – geplant war erfolgte schließlich nach einer Intervention durch die Interministereielle Arbeitsgruppe (IMAG) des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Erstellung eines ersten Integrierten Handlungskonzeptes für den gesamten Bereich des Sanierungsgebietes Altstadt. Mit der Aufnahme der Altstadt in das Handlungsprogramm wollte man die verfügbaren Fördermittel in diesem Gebiet bündeln und so die bestehenden Problemlagen beheben. Seit der Entscheidung über die Aufnahme der Altstadt in das Programm hat in anderen Stadtbereichen Wismars, hier ist v.a. der Friedenshof zu nennen, eine zunehmend problematische Entwicklung stattgefunden. Dies führt auch innerstädtisch immer wieder zu Diskussionen darüber, ob eine Veränderung der Gebietskulisse notwendig ist, da der Problemdruck in anderen Stadtteilen im Vergleich zur Altstadt deutlich angewachsen ist.

Der erste Entwurf des IHKs basiert auf den für die Altstadt entwickelten Zielen des städtebaulichen Rahmenplanes und wurde 2001 durch die Wismarer Bürgerschaft beschlossen. Die Entwicklung des Konzeptes erfolgte in Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Verwaltungsämtern und dem Sanierungsträger, der Deutschen BauGrund AG mit Niederlassung in Wismar. Das IHK beinhaltete nur eine sehr begrenzte Problemanalyse und bezog sich ausschließlich auf Mängel im städtebaulichen und baulich-funktionellen Bereich. Im Jahr 2003 wurde dann eine Fortschreibung des IHKs beim Wirtschaftsinstitut für Marktforschung, Evaluation und Strukturentwicklung (WIMES) in Auftrag gegeben. Der von WIMES entwickelte Entwurf wird den Ansprüchen an ein Integriertes Handlungskonzept gerecht. Er ist momentan zur Abstimmung in der Verwaltung der Stadt und wird nicht mehr vor den Kommunalwahlen im Juni der Bürgerschaft zum Beschluss vorgelegt.

4.8.3. Umsetzungsstrukturen und Vernetzung der Akteure

Gesamtstädtische Ebene

Das zentrale Gremium zur strategischen Steuerung des Programms Soziale Stadt auf gesamtstädtischer Ebene ist die **Ämterrunde der Stadtverwaltung**. In der Ämterrunde sind neben dem für die Umsetzung federführenden Bauamt der Stadt Wismar das Amt für Kultur, Schulverwaltung und Sport, das Amt für Jugend und Soziales, das Gesundheitsamt, das Liegenschaftsamt, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Agenda-Büro, der Sanierungsträger und der Quartiersmanager vertreten. Die Ämterrunde tagt alle zwei Monate. Ihre Aufgaben liegen in der strategischen Steuerung des Programms und in der Abstimmung bestehender und geplanter Maßnahmen.

Die Steuerung des Gesamtprogramms erfolgt durch die hiermit Beauftragte BauGrund. Die konkrete Entwicklung und Abstimmung einzelner Projekte erfolgt durch eine direkte Zusammenarbeit der jeweils beteiligten Ämter im Rahmen einzelner Arbeitsgruppen, wobei das Bauamt und die BauGrund als Sanierungsträger der Stadt aufgrund der vorwiegend baulich-investiven Ausrichtung der Projekte eine wichtige Rolle einnehmen. Die Beteiligung und Kooperation der Ämter innerhalb der Ämterrunde ist stark von ihrer fachlichen Beteiligung an der Durchführung konkreter Projekte abhängig. Eine intensive Einbindung weiterer für die Umsetzung der Ziele des Programms wichtiger Fachressorts, die bislang nicht an der Umsetzung von Projekten des Programms beteiligt sind – hier ist v.a. das Amt für Wirtschaft und Tourismus zu nennen – ist innerhalb der bisherigen Strukturen nicht gelungen. Ein Grund hierfür ist in der Beschränkung der Arbeit der Ämterrunde auf die Entwicklung und Umsetzung von Projekten, die direkt über das Programm gefördert werden, zu sehen.

Stadtteilebene

Mit dem 01.02.2002 ist in der Altstadt ein **Quartiersmanagement** eingerichtet worden. Die Stelle des Quartiersmanagers ist bei der BauGrund angesiedelt und mit 30 Wochenstunden ausgestattet. Das Quartiersmanagement ist mit einem in das Gebäude des Sanierungsträgers integrierten Büro im Stadtteil verortet. Der Quartiersmanager hat die Aufgabe Beteiligungsprozesse im Stadtteil zu initiieren und zu einer Aktivierung der Stadtteil-

bevölkerung beizutragen. Der Quartiersmanager ist die Schnittstelle zwischen den beteiligten Projektakteuren und Bewohnern sowie den beteiligten Ämtern, Dezernaten und dem Sanierungsträger. Aufgabe des Quartiersmanagers ist es sowohl über die Arbeit der Ämterrunde zu informieren als auch die Belange der Bewohner und Akteure in den Ämtergremien zu vertreten.

Die Arbeit des Quartiersmanagers wird von allen Beteiligten als sehr positiv wahrgenommen (siehe hierzu auch die Ergebnisse des Fragebogens im Anhang). Dem Quartiersmanager gelingt es die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner wahrzunehmen. Er dient dabei auch als zentrale Anlauf- und Informationsstelle für Bewohner und beteiligte Akteure. Die Ansiedlung des Quartiersmanagement beim Sanierungsträger wird durch die befragten Akteure z.T. positiv hervorgehoben, da hierdurch eine direkte Anbindung zu einem für die Programmumsetzung entscheidenden Akteur bestehe und so z.B. die Entwicklung neuer Projekte erleichtert werde. Sie wird aber z.T. auch kritisch hinterfragt, da über die auch räumliche Verortung beim Sanierungsträger Beteiligungsprozesse erschwert würden.

Implementationsstruktur Wismar Altstadt

| | Organisationsstruktur | Beteiligte |
|----------------------------------|--|--|
| Steuerung (Verwaltung / Politik) | Ämterrunde Soziale Stadt | Bauamt der Stadt Wismar; Amt für Kultur, Schulverwaltung, und Sport; Amt für Jugend und Soziales; Gesundheitsamt; Liegenschaftsamt; Agenda Büro; Sanierungsträger und Quartiersmanager |
| | Programmsteuerung; Projektsteuerung und Projektkoordination | Sanierungsträger der Hansestadt Wismar BauGrund AG; Bauamt; |
| Stadtteilebene | Quartiersmanagement | Angesiedelt bei der BauGrund |
| | Altstadtforum | Bewohner/innen, Gewerbetreibende, Vereine Projektgruppen etc. |
| | Altstadtbeirat | 12 stimmberechtigte Mitglieder aus dem Altstadtforum plus 4 beratende Mitglieder aus der Ämterrunde Soziale Stadt |
| | Vier thematische Projektgruppen | Bewohner/innen und Akteure |

Die Vergabe der Mittel des Verfügungsfonds erfolgt durch den **Altstadtbeirat**. Der Altstadtbeirat trifft sich alle zwei Monate und setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Vereine, der Gewerbetreibenden und der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils zusammen. Der Altstadtbeirat hat 12 stimmberechtigte und vier beratende Mitglieder aus dem Kreis der Ämterrunde Soziale Stadt. Die Mitglieder des Altstadtbeirats sind durch das Altstadtforum gewählt worden. Der Altstadtbeirat prüft die Anträge auf Mittel des Verfügungsfonds vor dem Hintergrund der durch das Ministerium vorgegebenen Kriterien. Diese Prüfung führt z.T. zu einer Ablehnung von Projektanträgen.

Auf dem ersten Altstadtforum sind **vier bewohnergetragene Projektgruppen** initiiert worden. Sie beschäftigen sich mit der Entwicklung neuer Ideen und Gestaltungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Themenbereichen. Die Projektgruppen bestehen jeweils aus ca. 4-8 Teilnehmern wobei nach anfänglichen Erfolgen in Form der gelungenen Umsetzung von Projektideen im Rahmen des Verfügungsfonds (z.B. durch die Etablierung eines Altstadttreffs und die Nutzung eines leerstehenden Ladenlokals durch das Projekt raumstadt) inzwischen aufgrund mangelnder Handlungsmöglichkeiten ein nachlassendes Engagement zu beobachten ist.

Bewohnergetragene Projektgruppen der Altstadt Wismar

| Titel | Arbeitsfeld |
|---|---|
| Grüne Insel | Grünflächen in der Altstadt und Schaffung von Spiel- und Freiflächen für Kinder |
| Bürgerhaus/ Stadtteilzentrum | Etablierung eines Bürgerhauses/ Stadtteilzentrums für die Altstadt. |
| Räume für junge Menschen | Entwicklung von Projektideen für Jugendliche, z.B. für Skater und Biker |
| Ladenkultur und temporäre Leerstandsnutzung | Kreative Nutzung der Leerstände im gewerblichen Bereich |

Politische Einbindung

Die Zielsetzungen und Projekte werden durch die Beschlussfassung der Wismarer Bürgerschaft über die IHKs unterstützt. Im Rahmen der praktischen Umsetzung des Programms beschränkt sich die Teilnahme der politischen Vertreterinnen und Vertreter auf die Teilnahme z.B. an den Altstadtforen ohne eine aktive Beteiligung z.B. an der Zieldiskussion. Von Teilen der Bürgerschaft wird v.a. der Verfügungsfonds als „Parallelgremium“ zur Bürgerschaft kritisch gesehen. Auf Ebene der Politik besteht zudem die Befürchtung, dass mit dem Verfügungsfonds Projekte angestoßen werden, die Folgekosten für den kommunalen Haushalt verursachen.

Beteiligung

Im Entwurf des Integrierten Handlungskonzeptes wird die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner als eines von fünf Handlungsfeldern mit dem Titel „Bürgermitwirkung, Stadtteileben und Öffentlichkeitsarbeit“ definiert. Als Ziele werden die „Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner“, „Motivation und Befähigung“ sowie die „Stärkung der Eigenverantwortung“ genannt“. Sowohl innerhalb der Fragebogenerhebung als auch im Rahmen der Experteninterviews und Gruppendiskussionen wird die Arbeit des Quartiersmanagers als die notwendige Voraussetzung für die Initiierung von Beteiligungsprozessen mit einer neuen Qualität angesehen.

Aufbauen konnte die Arbeit des Quartiersmanagers in Wismar auf dem 1999 begonnenen Lokalen Agenda Prozess mit einer auf Seiten der Verwaltung angestellten Mitarbeiterin, welche auch in der Ämterrunde Soziale Stadt vertreten ist und hier von Programmbeginn an eine starke Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner eingefordert hat. Zwischen dem Quartiersmanagement und dem Lokale Agenda Büro besteht eine enge Zusammenarbeit bei der Initiierung von Beteiligungsprozessen.

Im April 2003 wurde das erste **Altstadtforum** als „Plattform für Bürgerbeteiligung“ des Programms Soziale Stadt gemeinsam durch den Quartiersmanager und die Leiterin des Agenda Büros veranstaltet und moderiert. Auf den bisherigen drei Altstadtforen waren jeweils zwischen 60 und 100 Personen beteiligt. Bei diesem Personenkreis besteht nach Ansicht des Quartiersmanagers ein grundsätzliches Interesse sich einzubringen, ein konkretes Engagement ist aber häufig themenbezogen und vom Engagement Einzelner abhängig. Das Altstadtforum dient der Information der anwesenden Bewohnerinnen und Bewohner über die Arbeit der Ämterrunde und den Programmfortschritt. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben hier die Möglichkeit zur „Initiierung, Abstimmung und Begleitung von Projekten“ (Presseinformation der Baugrund vom 10.04.2003), wobei sich diese Teilhabe v.a. auf die aus dem Verfügungsfonds zur Verfügung stehenden Mittel bezieht. Eine direkte Mitwirkung des Altstadtforums an dem für den Entwurf des Integrierten Handlungsprogramms aufgestellten Zielsystem hat es nicht gegeben. Es ist geplant die formulierten Ziele nach der Beschlussfassung durch die Bürgerschaft im Altstadtforum zur Diskussion zu stellen.

Gerade in Wismar hat sich der Verfügungsfonds⁹ als wichtiger Impulsgeber für die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner herausgebildet. Die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds ist hier stärker als in den anderen Stadtteilen des Bund-Länder-Programms durch einen **bewohnergetragenen Beirat** bestimmt. Hervorgehoben wird durch die befragten Bewohner, dass – als entscheidender Unterschied zum Agenda-Prozess – die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung bewohnergetragenen Engagements gegeben ist. Ein mit Mitteln des Verfügungsfonds unterstütztes Projekt mit dem Ziel Eigenengagement zu unterstützen und Räumlichkeiten zu bieten ist der zu Beginn des Jahres 2004 eröffnete **Altstadttreff**.

Die bisherige Beteiligung der Bevölkerung wird von einem Teil der befragten Akteure als noch nicht ausreichend bezeichnet. Es gebe zwar eine teilweise enorme Beteiligung auf Ebene einzelner Projekte, eine weitergehende Beteiligung werde aber sowohl durch eine mangelnde Bereitschaft auf Seiten der Bewohnerschaft, wie auch durch den mangelnden Willen von Politik und Verwaltung zur Abgabe von Kompetenzen verhindert. Insgesamt muss jedoch festgehalten werden, dass es gerade mit Hilfe des Quartiersmanagements gelungen ist, neue Strukturen und Projekte zu initiieren die ein starkes Ansteigen von Engagement und Beteiligung im Stadtteil unterstützt haben. Aufbauend auf diesen Strukturen (z.B. Etablierung des Altstadttreffs) sollten in Zukunft verstärkt auch Angebote für artikulationsschwache Bevölkerungsgruppen entwickelt werden (z.B. in Form spezifischer Angebote für arbeitslose Bevölkerungsgruppen).

⁹ In Wismar ist es trotz Antragstellung nicht gelungen Mittel des LOS-Programms für die Altstadt zu akquirieren.

4.8.4. Ziele

Mit der Aufstellung und Beschlussfassung des ersten Integrierten Handlungskonzeptes im Juni 2001 wurden erstmals die mit der Umsetzung des Programms Soziale Stadt verbundenen Ziele schriftlich fixiert. Die hier formulierten Ziele wurden aus dem Maßnahmenplan des städtebaulichen Rahmenplans entwickelt und beinhalten vorwiegend Ziele im baulichen Bereich und im Wohnumfeld innerhalb der Handlungsfelder „Gebäude und bauliche Anlagen“, Wohnumfeld und Ökologie“ und „Infrastruktur“.

Mit der Überarbeitung des IHKs inklusive einer Überarbeitung des bestehenden Zielsystems wurde das Büro WIMES im Jahr 2003 beauftragt¹⁰. Die Überarbeitung erfolgte durch WIMES in Zusammenarbeit und Abstimmung v.a. mit der Abteilung Stadtplanung des Bauamtes, dem Sanierungsträger und dem Quartiersmanager. Aufbauend auf einem Leitziel mit der Überschrift „Die Altstadt – Alleinstellungsmerkmal Wismars“ sind nun fünf Handlungsfelder definiert worden, die neben den baulichen und städtebaulichen Problemlagen auch die Bereiche „Soziale und kulturelle Infrastruktur“, „Lokale Wirtschaft, Arbeit/ Beschäftigung“ und „Bürgermitwirkung, Stadtteilleben und Öffentlichkeitsarbeit“ mit abdecken. Den Handlungsfeldern sind jeweils strategische Ziele zugeordnet.

Durch die Erweiterung des Zielsystems orientiert sich das Programm nun mit einem übergreifenden Ansatz stärker an den identifizierten Problemlagen im Stadtteil. Die formulierten Ziele stimmen mit weiteren für das Programmgebiet formulierten Zielsetzungen überein. Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept wird die Altstadt als „Erhaltungsgebiet mit städtebaulichem und wohnungswirtschaftlichem Handlungsbedarf“ bei bestehenden Handlungsbedarf klassifiziert. Die durch das IHK formulierten Zielsetzungen greifen diese Ziele auf und ergänzen sie sinnvoll.

Die Überarbeitung des Zielsystems wird in Form einer nachvollziehbaren Abbildung grafisch dargestellt und es wird betont, dass es vorgesehen ist das „Integrierte Handlungskonzept regelmäßig fortzuschreiben und den sich ggf. verändernden wirtschaftlichen, sozialen oder städtebaulichen Situationen anzupassen (...)“ (Entwurf des Integrierten Handlungskonzeptes; S. 62).

¹⁰ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Entwurf der IHKs vom März 2004, der noch nicht durch die Bürgerschaft beschlossen ist.

Handlungsfelder und Ziele in der Wismarer Altstadt

| Leitziel | Handlungsfelder | Ziele |
|---|---|--|
| Die Altstadt – Alleinstellungsmerkmal Wismars „Leitziel ist es, die Altstadt tauglich und attraktiv zu machen für die kommende Generation. Gestaltung einer lebendigen Innenstadt, die Lebensqualität für alle Altersgruppen bietet. (...)“ | Soziale und kulturelle Infrastruktur | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beseitigung der infrastrukturellen Defizite zur Belebung des Altstadtlebens ▪ Bauliche Aufwertung bestehender Einrichtungen und Etablierung neuer Angebote ▪ Schaffung von sozialen Netzen und Begegnungsstätten ▪ Vermeidung und Prävention sozialer Ausgrenzung |
| | Wohnumfeld und Ökologie | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Straßenoberflächen, Gehwege und Fußgängerzonen ▪ Stabilisierung der Erholungsräume und der Freiflächen ▪ Bedarfsgerechte Innenhofgestaltung ▪ Schaffung von Grünflächen |
| | Lokale Wirtschaft, Arbeit/Beschäftigung | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung und Ausbau der Infrastruktur für ansässiges Gewerbe ▪ Schaffung von Voraussetzungen für Neuansiedlungen, insbesondere für einen attraktiven Einzelhandel ▪ Entwicklung von Flächenpotenzialen für Tourismus und Einzelhandel |
| | Wohnen | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Steigerung der Wohnqualität für alle Ansprüche – von hochwertigem Eigentum bis zur attraktiven Mietwohnung ▪ Schaffung bedarfsgerechter Qualitätskriterien für Wohnraum ▪ Sanierung und Aufwertung ▪ Schaffung (wohnungsnahe) Parkplätze |
| | Bürgermitwirkung, Stadtteilen und Öffentlichkeitsarbeit | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktivierung und Beteiligung der Bewohner/innen ▪ Motivation und Befähigung ▪ Stärkung der Eigenverantwortung ▪ Förderung der Identifikation mit der Altstadt ▪ Steigerung der Attraktivität |

Stadtteilmonitoring/ Erfolgskontrolle

Zu Beginn der Umsetzung des Programms Soziale Stadt wurde in Zusammenhang mit der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes eine Erhebung von Daten auf Ebene aller Stadtteile Wismars mit Stichtag zum 31.12.1999 durchgeführt. Neben sozioökonomischen Ausgangsdaten wurden wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Indikatoren erfasst. Dabei wurde auch die Ausstattung mit Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur erhoben. Diese Erhebungen sind bislang noch nicht fortgeschrieben worden, eine zukünftig kontinuierliche Fortschreibung und Darstellung in Form eines Berichtes wird momentan erstmalig durch WIMES erarbeitet. Im Zuge der Fortschreibung des IHKs wurden neuere Daten, sofern sie vorhanden waren zur Darstellung der Problemlagen und Potenziale genutzt. Hier konnten z.T. auch Entwicklungen bezogen auf das Basisjahr 1999 angegeben werden. Eine detaillierte Fortschreibung des Monitorings soll wiederum für alle Stadtteile Wismars stattfinden. Bezogen auf die Altstadt existiert darüber hinaus ein im Jahr 2003 erstellter Monitoringbericht für das Jahr 2001 als Voraussetzung für die Aufnahme der Altstadt in das Weltkulturerbe der UNESCO. Dieser umfasst

neben sozio-ökonomischen Entwicklungsdaten auch eine Analyse des städtebaulichen Zustandes in Form von Bestandskartierungen und eine Darstellung umgesetzter Projekte und Maßnahmen.

Für das Programmgebiet ist neben der Erhebung von 22 Kontextindikatoren auch die Erhebung von sog. Hauptindikatoren vorgesehen, die neben der Beschreibung und Analyse der Gebietsentwicklung auch einen Einstieg in eine laufende Erfolgskontrolle des Programms Soziale Stadt erlauben. Hier sollen z.B. Aussagen zu der Verausgabung der Fördermittel (auch anderer Förderprogramme) bezogen auf die definierten Handlungsfelder und weitere projektbezogene Ergebnisse des Programms, wie z.B. die m²-Fläche der neu geschaffenen bzw. sanierten Gewerbefläche (insbesondere für den Einzelhandel) erfolgen. Die aufgestellten Hauptindikatoren sind ein erster Schritt zur Erfolgs- und Wirkungskontrolle des Programms. Um hierüber gezielte und systematische Aussagen über den Programmfortschritt zu erlauben müssen sie aber erweitert und stärker im Bezug zu den aufgestellten Zielen gesetzt werden (Operationalisierung des Zielsystems).

4.8.5. Umsetzungsstand und Bilanzierung bisheriger Veränderungen

Im vorliegenden Entwurf des IHKs erfolgt eine Zuordnung der bereits realisierten und weiterer geplanten Projekte zu den formulierten Handlungsfeldern.

Handlungsfeld Soziale und kulturelle Infrastruktur

Hohe finanzielle Aufwendungen aus Mitteln des Programms Soziale Stadt sind in diesem Handlungsfeld bislang in den ersten Bauabschnitt des Aufbaus eines **Zentrums der Bildung und Betreuung** im südöstlichen Rand der Altstadt gelegenen Quartier 60 geflossen. Es wurden eine bestehende Kita saniert und erweitert, eine Wohnanlage mit 35 betreuten Seniorenwohnungen geschaffen und ein ehemaliges Krankenhaus zu einem Altenpflegeheim umgebaut. Das Quartier 60 – in ersten Überlegungen als Gesamtgebietskulisse des Programms vorgesehen – bildet auch in den anderen Handlungsfeldern mit weiteren Teilprojekten einen wichtigen Förderschwerpunkt. Die Förderung aus dem Programm Soziale Stadt beschränkt sich für die genannten Projekte auf den baulich-investiven Bereich. Eine Bündelung erfolgt hier mit Fördermitteln des Landeswohnungsbauprogramms, des Sozialministeriums, weiterer Mittel der Städtebauförderung und privater Mittel einer Stiftung und der Diakonie zum Betrieb der geschaffenen Angebote.

Mit geringen finanziellen Aufwendungen aus dem Verfügungsfonds ist es gelungen, weitere inhaltlich anspruchsvolle Projekte zu initiieren. An erster Stelle ist hier der schon erwähnte **Treffpunkt Altstadt** als temporär in einem leerstehenden Ladenlokal aufgebaute Begegnungsraum für Bewohnerinnen und Bewohner zu nennen. Der Treffpunkt Altstadt ist ein Kooperationsprojekt von vier Trägern und Einrichtungen im Stadtteil, über die u.a. personelle Ressourcen für den Betrieb des Treffpunktes zur Verfügung gestellt werden. Den Fokus auf die Verbesserung der kulturellen Infrastruktur im Stadtteil legen das Projekt **Raum** und das Projekt **raum-stadt**. Beide Projekte sind ebenfalls in leerstehenden Ladenlokalen verortet.

Handlungsfeld „Wohnumfeld und Ökologie“

Ebenfalls im Quartier 60 erfolgte eine aus Mitteln des Programms Soziale Stadt finanzierte **Freiflächengestaltung**, die im Jahr 2002 abgeschlossen wurde. In einem Baublock mit in Blockrandbebauung erstellten Geschosswohnungsbauten erfolgte eine Neugestaltung des Blockinnenhofs in Zusammenarbeit mit den Mietern und dem Eigentümer. Die Maßnahme wurde aus Mitteln der Sozialen Stadt und des Eigentümers finanziert. Ein weiteres finanziertes Projekt ist die Neu- und Umgestaltung der Freiflächen der VHS-Außenanlage zur multifunktionalen Platz- und Aufenthaltsfläche.

Handlungsfeld „Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung“

In diesem Handlungsfeld befindet sich bislang ein Projekt des **Freiwilligen Sozialen Trainingsjahrs (FSTJ)** in Umsetzung. Das FSTJ soll sich neben der beruflichen Unterstützung benachteiligter Jugendlicher zu einem sehr anspruchsvollen Mehrzielprojekt entwickeln. Momentan werden mit dem Ziel der Beschäftigung und Qualifizierung von Jugendlichen mit abgebrochenen Schul- oder Berufsausbildungen zwei denkmalgeschützte Gebäude saniert und so Räumlichkeiten für weitere geplante Projekte wie eine Jugendbauhütte und einen Denkmalpflegehof geschaffen. Die Beschäftigten Jugendlichen sind zudem an der Sanierung des Altstadttreff beteiligt gewesen und übernehmen z.T. dessen Betrieb.

Handlungsfeld „Wohnen“

In diesem Handlungsfeld befinden sich momentan noch keine Projekte in der Umsetzung.

Handlungsfeld „Bürgermitwirkung, Quartiersleben und Öffentlichkeitsarbeit“

Die in diesem Handlungsfeld angestoßenen Aktivitäten sind eng verknüpft mit der **Einrichtung des Stadtteilbüros** und der **Einstellung eines Quartiersmanagers** im Januar 2002. Die Aufgaben des Quartiersmanagers sind bereits beschrieben worden. Die Finanzierung des Quartiersmanagers erfolgt aus Mitteln des Programms Soziale Stadt, wobei Eigenmittel in die Herrichtung und den Unterhalt des Stadtteilbüros fließen. Neben bereits beschriebenen Aktivitäten wie dem Altstadtforum und dem Altstadtbeirat, die in diesem Handlungsfeld verortet sind und mit Programmmitteln finanziert werden gab es eine Reihe weiterer über das Quartiersmanagement angestoßener Aktivitäten, wie das Straßenfest am Spiegelberg und die Erstellung einer Informationsbroschüre zum Programm Soziale Stadt.

Projekte des Verfügungsfonds

Die Mittel des Verfügungsfonds kommen in Wismar seit 2002 zum Einsatz. Sie wurden von Beginn an nahezu in voller Höhe ausgeschöpft. Neben der „üblichen“ Förderung kleinteiliger und zeitlich befristeter Projekte (wie z.B. der Förderung des Spiegelbergfestes) wird der Verfügungsfonds in Wismar zur Finanzierung sehr komplexer und langfristig wirksamer Projekte genutzt. Neben den heute schon zu erkennenden Ergebnissen der so geförderten Projekte Altstadttreff, Projekt Raum und raum-stadt, die über ihre Angebote hinaus eine hohe Außenwirkung erzeugen und bei den befragten Bewohnerinnen und

Bewohnern stark mit dem Gesamtprogramm identifiziert werden, haben sich so in der Altstadt neue Akteurs- und Vernetzungskonstellationen mit einem hohen Eigenengagement ergeben.

Die bisher umgesetzten Projekte greifen die identifizierten Problemlagen und Potenziale angemessen auf. Auffallend ist die räumliche Fokussierung von Projekten – auch der eingesetzten finanziellen Mittel – im Bereich des Quartier 60 und dem hier entstehenden Zentrum der Bildung und Betreuung. Die eingesetzten Fördermittel greifen sinnvoll bestehende Problemlagen wie den Mangel an Kita-Plätzen auf, die Projekte werden durch die befragten Bewohner und Akteure jedoch kaum in Bezug mit dem Programm Soziale Stadt gesehen. Andere Problemlagen, wie z.B. das durch die befragten Bewohnerinnen und Bewohner thematisierte Fehlen von Spielflächen im Programmgebiet sind bislang noch nicht in Form von Projekten aufgegriffen worden.

Verknüpfung mit weiteren Fördermitteln

Auf Ebene der momentan schon Umgesetzten und sich in Umsetzung befindlichen Projekte erfolgt z.T. eine Bündelung der Stadterneuerungsmittel der Sozialen Stadt mit finanziellen Mitteln aus weiteren Fördertöpfen, wie z.B. im Rahmen des FSTJ-Projektes u.a. mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit. Daneben erfolgt eine Bündelung mit weiteren Mitteln der Städtebauförderung und der Einsatz privater Mittel aus Stiftungen und von Trägern, zum Betrieb und Unterhalt der aus Mitteln der Städtebauförderung finanzierten Sanierung und Erweiterung sozialer und kultureller Infrastruktur.

Im Gegensatz zu anderen Fördergebieten der Sozialen Stadt in Mecklenburg-Vorpommern bietet die Altstadt große Potenziale für eine stärkere Einbindung weiterer Förderprogramme und die Aktivierung stärkeren privatwirtschaftlichen Engagements. Das Programm Soziale Stadt befindet sich im Gebiet einer sich zunehmend revitalisierenden Innenstadt mit einem großen touristischen Potenzial. Die hier bestehenden Strategien z.B. zur Stärkung des Einzelhandels (Cityinitiative) sollten stärker mit den Zielen und Projekten des Programms verknüpft werden um gerade für das Handlungsfeld „Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung“ weitere Projekte zu entwickeln und Möglichkeiten für ein Fortlaufen der durch den Verfügungsfonds angestoßenen Projekte zu schaffen.

4.8.6. Zusammenfassende Bewertung und stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen

Die Wismarer Altstadt ist ein vor dem Hintergrund der grundsätzlichen programmatischen Ausrichtung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt untypisches Programmgebiet. Aufgrund der vorliegenden sozio-ökonomischen Indikatoren und vor dem Hintergrund der Entwicklung derselben in den Jahren seit der Aufnahme der Altstadt in das Programm wäre die Aufnahme anderer Teilgebiete der Gesamtstadt ebenso nachvollziehbar gewesen. Der weitere Verbleib der Altstadt kann aber vor dem Hintergrund der spezifischen Entwicklung der betrachteten kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern und der Entwicklung Wismars als Gesamtstadt unterstützt werden.

Die bereits stattgefundenen und für die Zukunft prognostizierten Schrumpfungsprozesse lassen eine bewusste Stärkung des städtischen Kernbereiches und seiner Wohnfunktion sinnvoll erscheinen. Das Programm Soziale Stadt übernimmt hier eine Modellfunktion. Dies bedeutet aber, dass bei der zukünftigen Programmumsetzung in Wismar verstärkt eine Verknüpfung des Programms mit bestehenden Potenzialen des Programmgebiets und weiteren Strategien und Förderpolitiken stattfinden sollte. Ein Ansatz auf Projektebene könnte z.B. die Entwicklung eines Mehrzielprojekts zum Leerstandsmanagement mit der Wirtschaftsförderung und der Cityinitiative sein.

In der bisherigen Programmlaufzeit ist es in Wismar gelungen tragfähige Umsetzungsstrukturen aufzubauen. In diesem Zusammenhang sind v.a. der Aufbau eines Quartiersmanagements und die Etablierung akteurs- und bewohnergetragener Organisationsformen auf Stadtteilebene gelungen. Der Verfügungsfonds hat gerade in Wismar eine besondere Funktion, da über die Mittel ein großes bewohnerschaftliches und akteursgetragenes Engagement entwickelt werden konnte und mit geringem Einsatz finanzieller Mittel sehr weitreichende Projekte umgesetzt werden. Um die hier bereits erzielten Erfolge nicht zu gefährden, sollten die Bewohner und Akteure stärker als bislang an der weiteren Ziel- und Projektentwicklung beteiligt werden.

5. Programmgebiete in den Medien

Zusammenhang von Image und Stadt(-teil)entwicklung

Jede Region, jede Stadt, jeder Stadtteil verfügt über ein Image. Diese Images bzw. Bilder sind (sowohl in positiver als auch negativer Hinsicht) mit den verschiedensten Assoziationen und Wertigkeiten verbunden und immer abhängig vom Betrachter und dessen Kenntnisstand. Verbreitung erfahren diese Bilder über die eigenen Bewohner, Touristen, Imagekampagnen sowie in der Hauptsache über die Massenmedien wie Fernsehen und Zeitungen.

Das Image eines Raumes ist Einflussfaktor für dessen Entwicklung. So ist das Image eines Stadtteils wichtiges Kriterium z.B. für die Entscheidung als Wohn- oder Geschäftstandort und damit für die weitere Entwicklung von Bedeutung. Auch setzt die Stigmatisierung von Stadtteilen in Verbindung mit der Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Abwärtsspirale in Gang, die nur sehr schwer durchbrochen werden kann. Angesichts dieses Zusammenhangs ist die Verbesserung des Stadtteilimages und die dafür notwendige Öffentlichkeitsarbeit wichtiger Bestandteil der Integrierten Handlungskonzepte und der Arbeit des Quartiersmanagements.

Die Beeinflussung von Images stellt sich unterschiedlich kompliziert dar, wobei die Aufwertung und Verbesserung eines negativ besetzten Images schwierig und langwierig ist. Generell lassen sich zwei Strategien beobachten. Einerseits besteht über die Schaffung sogenannter Leuchtturmprojekte die Möglichkeit, die Außenwirkung eines Stadtteils positiv zu verändern. Andererseits kann über längerfristige Kampagnen versucht werden, ein neues Image zu verbreiten. Beide Strategien können (insbesondere in Kombination) eine positive Wirkung zeigen.

Die Entwicklungen z.B. der Schweriner Feldstadt oder der Greifswalder Fleischervorstadt belegen, dass mit einer Vielzahl von Maßnahmen und einem „langen Atem“ der Aufstieg ehemaliger „Nachtjackenviertel“ zu attraktiven Stadtteilen möglich ist.

Auswertung der Medienberichterstattung

Im Rahmen der Zwischenevaluation wurden die Pressespiegel¹¹ der Programmgebiete gesammelt und einer Gesamtschau unterzogen. Bei der Analyse der Berichterstattung stand die Frage im Vordergrund, zu welchen Anlässen eine Berichterstattung stattfindet und welche Bilder damit transportiert werden.

Die Anlässe, zu denen über die verschiedenen Stadtteile berichtet wird, sind vielfältig und überschneiden sich oftmals, so dass mehrere Ereignisse den Anlass zu einem Bericht

¹¹ Da die Pressespiegel durch die Quartiersmanager angelegt wurden, sind ausschließlich Artikel ausgewertet worden, die einen direkten Programmbezug haben. Ereignisse, die außerhalb der Programmumsetzung stattgefunden haben, aber ebenso relevant für die Imagebildung des Stadtteils sind, sind nicht in die Analyse eingeflossen.

ergeben. Eine Unterteilung kann zu folgenden Grundtypen von Anlässen führen: die Implementierung und der Beginn eines Programms (Urban II, Die Soziale Stadt) sowie die Vorstellung seiner Akteure, die Einrichtung einer Lokalität des Programms (z. B. ein Stadtteilbüro) und die Vorstellung konkreter Projekte und Veranstaltungen.

Am Anfang der Berichterstattung steht in der Regel die Aufnahme des jeweiligen Stadtteils in ein Förderprogramm, das kurz mit seinen Zielen und dem Fördervolumen dargestellt wird. Auffällig ist, dass weniger über die speziellen Probleme der Stadtteile berichtet wird, sondern eher Rahmenbedingungen der Förderung erläutert werden.

Häufiger Anlass für die Berichterstattung ist die Einrichtung lokaler Büros und Anlaufstellen, die im Rahmen der Programme verwirklicht werden: „Grünhufe auf dem Weg zur ‚Sozialen Stadt‘ – innerhalb dieses Projekts wurde im Haus ‚Wiesenblume‘ ein Stadtteilbüro eingerichtet.“ (Ostsee – Zeitung, 26./ 27.03.2003). Häufig werden den jeweiligen Stadtteilbüros oft auch Namen und Gesichter zugeordnet: „Um das soziale Management kümmern sich Dimitrij Avramenko und Steffen Mammitzsch“ (Schweriner Volkszeitung, 31.01.2002). In diesen Fällen ist das sinnvolle Bemühen zu erkennen, den Programmen und ihren Institutionen ein Gesicht zu geben und den Bewohnern so die Scheu zu nehmen, Kontakt aufzunehmen. Dieses Bestreben wird unterstützt durch die Aufforderung, sich zu beteiligen, einzubringen und dadurch die Möglichkeit zu nutzen, eigene Vorstellungen umzusetzen und den Stadtteil aktiv mitzugestalten: „Es ist wichtig, das wir nicht nur für, sondern mit den Bewohnern etwas auf die Beine stellen...“ (Schweriner Volkszeitung, 31.01.2002). Die Kontaktaufnahme wird durch Angaben über Öffnungszeiten der Büros und Telefonnummern, unter denen die jeweiligen Stadtteilmanager zu erreichen sind, vereinfacht.

Einen relativ breiten Stellenwert in der Berichterstattung nehmen sowohl in der Ankündigung als auch in der Nachberichterstattung größere Veranstaltungen ein: „Das erste Altstadtforum am Donnerstagabend stieß bei gut 100 Gästen auf Interesse“ (Ostsee-Zeitung, 12.04.2003). Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Stadtteilbüros und ihre Akteure ausnahmslos in einem sehr positiven Licht dargestellt und die Möglichkeit der Veränderung des Stadtteils aufgezeigt werden.

Der häufigste Anlass zur Berichterstattung über die Stadtteile stellt die Information über Projekte in den Stadtteilen dar. Bei Bauvorhaben ist zu beobachten, dass in der Presse die Rolle der Wohnungsgesellschaften im Vordergrund steht und weniger der Zusammenhang mit der Sozialen Stadt: „SWG will für neun Millionen Euro auf Großem Dreesch und in Neu Zippendorf bauen“ (Schweriner Volkszeitung, 17.01.2002).

Die überwiegende Teil der Berichte handelt von kleineren Projekten, bei denen sich die Bürger eingebracht oder die sie z.T. selbst initiiert haben. Dabei geht es in der Hauptsache um Projekte, die zu einer Verbesserung des Wohnumfeldes oder zu einem besseren Miteinander von unterschiedlichen Gruppen im Quartier führen sollen. Auch kulturelle Projekte, die einen starken Quartiersbezug haben, finden an dieser Stelle Platz.

Beispiele für Projekte zur Wohnumfeldverbesserung sind Spielplatzreparaturen: „Spielplatz am Wall übergeben“ (Stadtblatt Nr.13/2003) oder Aufwertungen von Haltestellen („Haltestelle Berliner Platz wird verschönert“ (Schweriner Volkszeitung, 29.11.2001).

Viele Projekte beschäftigen sich mit dem Miteinander der Bewohner. Hier gibt es sowohl Sprachkurse für Spätaussiedler und Ausländer „Mit Musik fällt das Deutschlernen leicht“ (Schweriner Volkszeitung, 05.06.2003), generationenübergreifende Treffpunkte: „Deja Vu ist Treffpunkt für Jung und Alt (Schweriner Volkszeitung, 10.01.2002) oder den Versuch, fremde Kultur zu etablieren: „Premiere für russische Gedichtsammlung“ (Schweriner Volkszeitung, 22.10.2003). Interessant ist, dass den Migranten häufig Name und Vita zugeordnet wird, um so Berührungspunkte abzubauen und Integration zu fördern.

In der Berichterstattung finden sich auch Informationen über den Verfügungsfonds mit dem Hinweis, dass das Geld für Kleinprojekte von Privatpersonen zur Verfügung steht. Unterstrichen wird, dass die Beantragung der Mittel unbürokratisch und ohne große Formalitäten stattfinden kann.

Zusammenfassung

Insgesamt kann man feststellen, dass die Berichterstattung über Projekte und Veranstaltungen sehr ausgiebig ist und auch vergleichsweise kleine Aktivitäten Beachtung finden. In der Gesamtschau der Artikel ist daher festzustellen, dass das Programm und deren Projekte eine gewisse Aufmerksamkeit auf sich zieht und eine befriedigende Berichterstattung stattfindet. Rückschlüsse auf die Qualität der Öffentlichkeitsarbeit können daraus nicht geschlossen werden.

Die Zeitungen berichten detailliert über Projekte und die Protagonisten. Dabei ist auffällig, wie positiv die Artikel ausfallen und dass in hohem Maße eine Aufbruchstimmung erzeugt wird: „Aufstieg eines Nachtjackenviertels“ (Schweriner Volkszeitung, 07.04.2004). Dabei werden die Schwächen und Missstände im Stadtteil nicht verschwiegen, sondern klar benannt und als Ausgangspunkt für eine Verbesserung genutzt. Durch das Engagement der Bewohner für ihren Stadtteil erfährt das transportierte Bild eine weitere Aufwertung. Ein wichtiger Aspekt ist die Verknüpfung von Stadtteilen bzw. des Programms mit einer Person. Damit bleiben die Maßnahmen und Projekte nicht abstrakt, sondern bekommen ein Gesicht. Damit sinkt auch die Schwelle, die Angebote des Quartiersmanagements wahrzunehmen.

Positiv anzumerken ist auch, dass in der Berichterstattung über Projekte und Maßnahmen vergleichsweise viele Zielgruppen erwähnt werden, d.h. dass eine gewisse Offenheit des Programms transportiert wird, die keine Gruppen bevorzugt.

Über das Programm Soziale Stadt selbst findet sich in der Berichterstattung sehr wenig Material. In der Regel findet es nur Erwähnung, wenn es bei einer Projektbeschreibung um die Finanzierung geht: „Jetzt wird man sehen müssen, welche Projekte eine Chance auf Umsetzung und Fördermittel aus dem Bund- Länder- Programm “Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf- die Soziale Stadt“ haben“(Ostsee- Zeitung, 12.04.2003). Nur in Ausnahmefällen wird das Programm präziser gekennzeichnet und seine Ziele be-

schrieben. Auch dann fällt die Beurteilung des Programms sehr positiv aus: „Das Förderprogramm ‚Soziale Stadt‘ entpuppt sich als Erfolgsfaktor für den Wandel maroder Problemviertel in attraktive Wohnlagen, bilanzierte Bauminister Helmut Holter (PDS) gestern“ (Schweriner Volkszeitung, ohne Datum). Die Tatsache, dass das Programm keine ausführliche Würdigung in der lokalen Presse erfährt, ist keine Überraschung. Letztlich geht es auch nicht um die Details eines Förderprogramms, sondern um den konkreten Nutzen den die Bewohner daraus erfahren können.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die derzeitige Berichterstattung zum Programm und zu den Stadtteilen in den (vorliegenden) Artikeln positiv ausfällt. Die Berichterstattung verbreitet eine aktivierende und optimistische Grundhaltung. Damit ist ein erster Schritt getan, das Programm und die Projekte im Stadtteil bekannt zu machen. Um an diese Erfolge anzuknüpfen, muss die Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung der lokalen Medien in die weitere Umsetzung des Programms ein wesentlicher Aspekt der Arbeit in den Stadtteilen bleiben bzw. zu diesem werden.

6. Zusammenfassende Betrachtung des Programms „Die Soziale Stadt“

Im folgenden Kapitel werden die wesentlichen Ergebnisse der Zwischenevaluation zusammenfassend dargestellt. Dabei stehen nicht einzelne Ergebnisse aus den Programmgebieten im Vordergrund sondern die zusammenfassende Betrachtung des bisherigen Umsetzungsstandes. Die Zusammenfassung greift die Gliederung der Stadtteilprofile wie folgend auf und bezieht die Landesebene in die Betrachtung mit ein:

- Gebietsauswahl und Gebietstypen
- Kooperations- und Steuerungsstrukturen und Beteiligung
- Ziele und Monitoring
- Projekte und Fördermittel

6.1. Gebietsauswahl und Gebietstypen

Durch das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung und die IMAG wurde die Möglichkeit zur Aufnahme in das Programm auf die kreisfreien Städte Mecklenburg-Vorpommerns beschränkt. Diesen wurde dann die Möglichkeit gegeben Programmgebiete aufgrund bestehender Problemlagen und Potenziale vorzuschlagen, die in den meisten Fällen durch die Landesebene zur Aufnahme genehmigt wurden.

Grundsätzlich lassen sich die Stadtteile nach den durch die ARGEBAU definierten Gebietstypen unterscheiden. Bei dem ersten Gebietstyp handelt es sich um Stadterweiterungen der 1960-1980 Jahre, die in industrieller Fertigbauweise errichtet wurden. Bei dem zweiten Gebietstyp handelt es sich um innenstadtnahe Quartiere, die zumeist über eine ältere Bausubstanz verfügen und sich z.T. durch städtebaulich divergierende Strukturen und Mischnutzungen auszeichnen. Dieser Gebietstypus weist eine in sich sehr viel höhere Heterogenität auf (vgl. Abbildung).

| Gebietstyp A | Gebietstyp B |
|---|---|
| In industrieller Bauweise gefertigte Stadterweiterungsgebiete der 1960er-1980er Jahre | Innenstadtnahe Gebiete mit zumeist älterem Baubestand und z.T. heterogener Struktur und Nutzung |
| Rostock Groß Klein | Greifswald Fleischervorstadt |
| Rostock Schmarl | Neubrandenburg Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt |
| Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz | Schwerin Feldstadt |
| Stralsund Grünhufe | Wismar Altstadt |

Die beiden Gebietstypen weisen unterschiedliche Problemlagen und Potenziale auf. Die Auswahl der Programmgebiete deutet auch auf unterschiedliche Strategien der Kommunen bei der Gebietsauswahl hin. Die unter den Gebietstyp A fallenden Stadtteile weisen in

den letzten Jahren zunehmend problematische Entwicklungen z.B. in Form hoher Wohnungsleerstandsquoten und deutlicher Segregationsprozesse auf und sind jeweils auch Schwerpunkte des im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost geplanten Rückbaus. Das Programm Soziale Stadt hat in diesen Gebieten im Zusammenhang mit Programmen wie dem Stadtumbau Ost die Funktion eine weitere Abkopplung dieser Stadtteile von der gesamtstädtischen Entwicklung zu verhindern. Gerade in diesem Gebietstyp ist daher eine Koordination des Soziale Stadt Programms mit den weiteren Mitteln der Städtebauförderung von entscheidender Bedeutung. Dies scheint aufgrund der gewählten Organisationsstrukturen im Allgemeinen gut zu gelingen, problematisch ist jedoch zum Teil die Einbindung der Wohnungsunternehmen als weitere zentrale Akteure.

Die Stadtteile des Gebietstyps B waren Anfang der 1990er Jahre durch teilweise extreme Sanierungsrückstände gekennzeichnet. Diese Stadtteile wiesen daher zu Beginn der 1990er Jahre häufig extrem rückläufige Einwohnerentwicklungen auf. Durch ihre zentrale Lage mit einsetzender baulicher Sanierung zeigen sich hier in den letzten Jahren aber auch positive Entwicklungen, in deren Folge die Stadtteile in den Integrierten Stadtentwicklungskonzepten als Erhaltungsgebiete mit bestehendem Handlungsdruck definiert werden. Das mit dem Programm Soziale Stadt verfolgte Ziel ist es in diesen Stadtteilen positive Entwicklungen zu unterstützen und weiterhin bestehende Problemlagen zu beseitigen.

Handlungsempfehlungen

Die Stabilisierung der Plattenbaugebiete muss für die Zukunft ein wesentliches Ziel der Städtebauförderung bleiben. Das Programm Soziale Stadt kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Eine weitere Förderung ist hier unbedingt notwendig und sollte (weiterhin) in enger räumlicher und zeitlicher Abstimmung mit den Integrierten Stadtentwicklungskonzepten erfolgen.

Bei deutlichen Entwicklungsfortschritten der Stadtteile des Gebietstyps B sollte mittelfristig eine Entlassung aus dem Programm geprüft werden.

Mit der Entlassung von Programmgebieten sollte die Aufnahme neuer Gebiete geprüft werden. Die Gesamtzahl der zu fördernden Gebiete sollte bei einem gleichbleibenden Fördervolumen die derzeitige Anzahl nicht deutlich überschreiten, um eine Konzentration der Fördermittel zu gewährleisten.

Die Arbeitsprinzipien der Sozialen Stadt müssen in den kommunalen Kontexten (v.a. in den städtischen Verwaltungen) stärker systematisch genutzt werden, um auch in anderen städtischen Teilräumen, die nicht Programmgebiete sein können, mit ähnlichen Arbeitsstrukturen tätig zu werden.

6.2. Kooperations- und Steuerungsstrukturen und Beteiligung

Der Aufbau geeigneter Organisationsstrukturen war eine der wesentlichen Aufgaben der bisherigen Programmumsetzung und damit auch eine wichtige Betrachtungsebene der Zwischenevaluation. Die Organisationsstrukturen zur Umsetzung des Programms Soziale Stadt sind auf drei Ebenen betrachtet worden.

Auf der Ebene des Landes erfolgt die strategische Steuerung des Programms und die Begleitung der beteiligten Städte federführend durch die Abteilung Städtebau und Wohnungswesen des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung. Die Arbeit des zuständigen Referats für Städtebauförderung im Ministerium ist sehr positiv zu beurteilen, da es gelungen ist über einen intensiven Austausch mit den Programmstädten Hilfestellungen bei der Umsetzung zu geben und über entsprechende Erlasse einen notwendigen Rahmen für die Umsetzung auf städtischer Ebene vorzugeben. Daneben ist eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) eingerichtet worden, die bislang eher der Information der weiteren Ministerien und kaum der strategischen Steuerung des Programms diente. In jüngster Zeit werden aber verstärkte Bemühungen unternommen die Aufgaben der IMAG im Sinne der Programmsteuerung und –abstimmung zu erweitern.

Sowohl auf der Landesebene wie auch auf der Ebene der beteiligten Städte lässt sich feststellen, dass die Bedeutung, die dem Programm von politischer Seite zugemessen wird, vergleichsweise gering ist. Kennzeichen hierfür sind z.B., dass es keinen Landtagsbeschluss zur Umsetzung des Programms gibt und auch die Einbindung der politischen Vertretungen auf kommunaler Ebene in der Mehrzahl als eher schwach zu bezeichnen ist. Andere Förderprogramme, wie der Stadtumbau Ost, genießen – sicherlich auch aufgrund des ungleich größeren Fördervolumens – eine höhere Aufmerksamkeit. Dem Programm Soziale Stadt wird eher eine begleitende Funktion zugemessen. Dennoch zeigt sich bei der Betrachtung der einzelnen Programmgebiete, dass eine gute Einbindung der politischen Vertretungen zum Erfolg des Programms beiträgt.

Die strategische Steuerung und Umsetzung in den beteiligten Programmstädten weist große Ähnlichkeiten auf. In allen Städten sind Abteilungen aus den Bereichen Bauen und Planen mit der kommunalen Koordination beauftragt und in allen Programmstädten ist die Aufgabe der Programmumsetzung an externe Dritte vergeben worden, die bereits mit der Umsetzung von Stadterneuerungsprogrammen klassischen Zuschnitts in den Städten beauftragt waren. Zwischen den beiden maßgeblichen Akteuren zur Umsetzung bestanden also schon im Vorfeld enge Arbeitsbeziehungen. Die Einbindung weiterer städtischer Ämter und z.T. auch von Akteuren und Bewohnern aus dem Stadtteil erfolgt durch den Aufbau programmspezifischer Arbeits- oder Lenkungsgruppen, deren Funktionen variieren. Diese ist in einigen Stadtteilen aber noch stark verbesserungswürdig.

Ein weiteres verbindendes Element in sieben der acht Stadtteile ist der Aufbau eines Quartiersmanagements, das über Stadtteilbüros lokal verortet ist. Die Quartiersmanagements unterscheiden sich durch ihre Trägerstruktur und die personelle Ausstattung voneinander. Wesentliche Aufgaben sind die Vernetzung der lokalen Akteure, die Beteiligung

und Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner und der Informationsaustausch zwischen der Stadtteilebene und den Programmverantwortlichen. Daneben übernimmt das Quartiersmanagement z.T. weitere Aufgaben, wie die Beteiligung an der Ziel- und Projektentwicklung. Insgesamt zeigen sich Unterschiede bezüglich des bislang Erreichten (z.B. Aufbau neuer Vernetzungsstrukturen), die aber nicht mit der Auswahl eines Trägermodells in Verbindung gebracht werden können, sondern von der bisherigen Laufzeit des Quartiersmanagements, der personellen Ausstattung und den jeweils spezifischen lokalen Voraussetzungen abhängig sind.

Trägerstruktur und Laufzeit des Quartiersmanagements

| Quartiersmanagement in Trägerschaft des Treuhänders/ Beauftragten | Personelle Ausstattung Laufzeit seit Besonderheiten | Stadtteilbüro in externer Trägerschaft | Personelle Ausstattung Laufzeit seit Träger |
|---|---|--|---|
| Rostock Groß Klein | Eine volle Stelle und eine ABM-Kraft Laufzeit seit: März 2001 | Greifswald Fleischervorstadt | Eine volle Stelle Laufzeit seit: Mai 2002 Träger Caritas Greifswald |
| Stralsund Grünhufe | Eine halbe Stelle Laufzeit seit: Januar 2003 | Rostock Schmarl | Eine volle Stelle und eine ABM-Kraft Laufzeit seit: November 2002 Träger: AWO Rostock |
| Wismar Altstadt | Eine 3/4-Stelle Laufzeit seit: Februar 2002 | Schwerin Feldstadt | Ca. eine volle Stelle Laufzeit seit: April 2001 Träger: Büro Kellermann und Voss |
| | | Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz | Zwei Personalstellen mit 24 und 30 Wochenstunden Laufzeit seit: Dezember 2001 und April 2002 Träger: Internationaler Bund e.V. und externes Büro |

Neben der Etablierung des Quartiersmanagements ist es in den Stadtteilen gelungen die Vernetzung der Akteure zu stärken. Dies gelingt mit unterschiedlichen Strategien. Zum einen über neue Strukturen, die auf Initiative des Quartiersmanagements entstanden sind, wie z.B. die Beiräte zur Vergabe des Verfügungsfonds oder thematische Arbeitsgruppen im Stadtteil. Zum anderen sind dies bereits bestehende Strukturen, wie Stadtteiltische oder die Ortsteilbeiräte, die Aufgaben im Erneuerungsprozess übernehmen. Auch wenn die Erfolge beim Aufbau stadtteilspezifischer Strukturen in den Stadtteilen unterschiedlich sind, kann generell festgehalten werden, dass der Aufbau lokaler Strukturen und Netz-

werke eine der wesentlichen Leistungen und Erfolge der bisherigen Programmumsetzung ist. Die hier begonnene Arbeit sollte weiter fortgesetzt werden um über die Stärkung dieser Strukturen auch erste bestehende Ansätze einer sich verstetigenden Entwicklung zu unterstützen. Die eher negative Einschätzung der befragten Akteure zur Fortführung dieser Gremien nach einem möglichen Auslaufen der Förderung (vgl. Anlage) zeigt, dass man hier noch am Anfang steht.

Ähnliches gilt für die bisherige Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Programmumsetzung. Gerade der Einstieg in die Umsetzung war geprägt von der Notwendigkeit schnell im Kreis der Programmverantwortlichen Ziele, Strategien und erste Projekte zu entwickeln. Eine Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Entwicklung von Zielen und Projekten zeigt sich langsam zunehmend in einigen der Programmgebiete, ist aber generell noch schwach ausgeprägt. Zumeist findet Beteiligung projektbezogen statt. Ein wesentlicher Faktor für eine verstärkte Beteiligung in den Stadtteilen sind die Mittel des Verfügungsfonds und die in Rostock bereitgestellten 50.000 € für bewohnergetragene Projekte. Diese finanziellen Mittel eröffneten die Möglichkeit Ideen zu verwirklichen und (wenn auch in einem sehr begrenzten Rahmen) die Stadtteilentwicklung selber zu gestalten. Ein sinnvoller und ggf. nachahmenswerter Ansatz ist auch der in Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz geplante Aufbau eines Stadtteilvereins, der zunehmend Aufgaben der Programmumsetzung übernimmt.

Handlungsempfehlungen

Es sollte versucht werden über einen Landtagsbeschluss die politische Bedeutung und öffentliche Wahrnehmung des Programms Soziale Stadt im Land Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. In den Kommunen sollte die lokale Politik (aber z.B. auch Landtagsabgeordnete) gezielt durch die Programmverantwortlichen angesprochen und in die Prozesse eingebunden werden. Dort, wo die politische Aufmerksamkeit bislang gering ist, sollten z.B. Stadtteilrundgänge für Politikerinnen und Politiker angeboten werden.

Themenspezifische und öffentliche Veranstaltungen sollten die bestehenden Transferveranstaltungen auf Landesebene ergänzen, um sowohl den Erfahrungsaustausch zu vertiefen wie auch die öffentliche Aufmerksamkeit für das Programm zu erhöhen (mögliche Themen könnten die Einbindung von privaten Akteuren/ Wohnungsunternehmen in die Programmumsetzung oder die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sein).

In den Organisationsstrukturen auf Stadtteilebene sollte eine angemessene Vertretung der Interessen der Bewohner und Akteure bei der weiteren Programmumsetzung sichergestellt bzw. weiterentwickelt werden.

In den Programmgebieten mit eher schwach ausgeprägten Beteiligungsstrukturen sollten über niedrighschwellige Angebote die Bewohner stärker aktiviert werden. Die stärkere Verknüpfung der Arbeit der Stadtteilbüros mit Angeboten der aufsuchenden Gemeinwesen- und Sozialarbeit wäre hier ein gangbarer Weg.

Das Quartiersmanagement und der Verfügungsfonds sind eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Programmumsetzung. Ein funktionierendes und personell adäquat ausgestattetes Quartiersmanagement sollte durch das Land zur Fördervoraussetzung gemacht werden.

Der Aufbau sich selbsttragender Strukturen ist ein wichtiges Anliegen des Programms Soziale Stadt um nachhaltige Wirkungen in den Stadtteilen zu erzielen. Schon heute sollten daher Konzepte entwickelt werden, welche Aufgaben die Gremien langfristig für die Stadtteilentwicklung übernehmen können. Die Gründung von Stadtteilvereinen kann hier ein Erfolg versprechender Weg sein.

6.3. Zielentwicklung/ Monitoring/ Erfolgskontrolle

Mit dem Erlass des Ministeriums zur Aufstellung und Fortschreibung der Integrierten Handlungskonzepte war auch die Aufstellung und weitere Präzisierung von Zielen in den Stadtteilen verbunden. Generell ist festzustellen, dass die aufgestellten Ziele sich an den in den Stadtteilen bestehenden Problemlagen und Potenzialen orientieren. Die Anforderung an die Stadtteile, die aufgestellten Handlungskonzepte zu überarbeiten, war sehr sinnvoll und hat zu einer deutlichen Verbesserung der Qualität beigetragen. Die Ziele sind bislang weitestgehend durch die jeweiligen Programmverantwortlichen entwickelt worden. Auffällig ist, dass die Erstellung der Handlungskonzepte in vier der acht Programmgebiete durch das Büro WIMES erfolgt ist und hier eine ähnliche Systematik bei Aufbau und Visualisierung der Zielsysteme und der Zuordnung von Projekten zu erkennen ist. Es werden bereits bestehende Ziele z.B. von Rahmenplanungen im baulichen und städtebaulichen Bereich aufgegriffen und häufig durch weitere strategische Ziele oder Handlungsfelder im Bereich der Lokalen Ökonomie und Beschäftigungsförderung, der sozialen und kulturellen Infrastruktur und der Vernetzung und Beteiligung im Stadtteil ergänzt. Bezogen auf die Systematik der Zielsysteme gibt es aber weiterhin Unstimmigkeiten. Auf einer Ebene werden teilweise Ziele und teilweise Handlungsfelder formuliert und die Ziele sind immer noch eher allgemein formuliert.

In keinem Stadtteil gibt es bislang eine Operationalisierung der aufgestellten Zielsysteme¹², die eine Voraussetzung für den in einigen Handlungskonzepten formulierten Anspruch einer prozessbegleitenden Evaluation wäre. Die in einigen Stadtteilen aufgestellten Hauptindikatoren erlauben erste Aussagen über (meist positive) Veränderungen in den Programmgebieten, sind aber für eine detailscharfe Evaluation nicht ausreichend. Weitere Bausteine für stadtteilspezifische Evaluationen könnten z.B. auch Bewohnerbefragungen und das Aufstellen von Projektdokumentationssystemen sein.

Große Unterschiede zeigen sich bei der Betrachtung der bislang in den Stadtteilen aufgebauten Monitoringsysteme. Während hier v.a. in Rostock ein gutes System aufgebaut worden ist und in weiteren Stadtteilen zurzeit erste spezifische Berichte und Fortschreibungen der in den IHKs dargestellten Erhebungen erstellt werden, sind in anderen Stadtteilen noch keine ausreichenden Systeme aufgebaut worden. Auch hier fällt auf, dass das Monitoring in fünf der acht betrachteten Programmgebiete durch WIMES erfolgt bzw. momentan aufgebaut wird (Neubrandenburg Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt; Rostock Groß Klein und Schmarl; Stralsund Grünhufe und Wismar Altstadt). Bei der Betrachtung der bislang aufgebauten Systeme sind unterschiedliche Aspekte aufgefallen, die für die weitere Entwicklung genutzt werden sollten:

¹² Eine Operationalisierung von Zielen bedeutet, die aufgestellten Ziele systematisch durch Messgrößen/ Indikatoren zu präzisieren und durch diese die Zielerreichung zu messen und zu prüfen.

- In einigen Stadtteilen werden mehrere bestehende Monitoringsysteme zunehmend zu einem Gesamtsystem zusammengefasst (z.B. Monitoring Soziale Stadt; Monitoring zum Weltkulturerbe Wismar; gesamtstädtisches Monitoring für die ISEKs).
- Zum Teil erfolgen eine jährliche Fortschreibung des Monitorings und die Analyse der Ergebnisse in Form von Berichten.
- Erhebungen auf gesamtstädtischer Ebene erlauben es die Entwicklung in den Programmgebieten in Bezug zur Entwicklung anderer Stadtteile zu sehen.
- Eine weitergehende kleinräumige Untersuchung auf Ebene von Baublöcken oder Quartieren erlaubt die Identifikation kleinräumiger Problemlagen und Entwicklungen innerhalb der Stadtteile.

Handlungsempfehlungen

Eine Fortschreibung der aufgestellten IHKs sollte alle 1 bis 2 Jahre vorgesehen werden. Hier sollten allerdings nicht neue Berichte, sondern Ergänzungen der bestehenden Berichte gefordert werden.

Durch das Land sollten konkrete Vorgaben für die Erstellung und den Aufbau von Zielsystemen gemacht werden. Die Ziele sollten aber nicht vorgegeben werden, sondern durch die Programmgebiete erstellt und flexibel gehalten werden.

Die lokalen Akteure und die Bewohnerinnen und Bewohner sollten stärker als bislang üblich an der Entwicklung der Zielsysteme beteiligt werden (z.B. durch die Entwicklung und Diskussion von Zielen auf Stadtteilforen oder in Workshops, die Eingang in die IHKs finden).

Tragfähige Monitoringsysteme sollten in allen Stadtteilen aufgebaut werden. Die Ergebnisse des Monitoring sollten in Form von Berichten festgehalten werden und ein Bestandteil der IHKs sein.

Es sollte möglichst ein Basissatz einheitlicher Indikatoren in allen Programmgebieten erhoben werden, um hier stärker als bislang eine Vergleichbarkeit der Programmgebiete zu ermöglichen.¹³

6.4. Projekte und Fördermittel

Nachfolgend soll eine erste zusammenfassende Einordnung der bislang geförderten Projekte und ihrer Finanzierung erfolgen. Eine umfassende Einschätzung der Erfolge und Misserfolge von Projekten und Maßnahmen kann aufgrund der kurzen Programmlaufzeit noch nicht vorgenommen werden. Bislang sind in den Stadtteilen häufig erst wenige Pro-

¹³ Weitere Vorschläge zum Monitoring und zur Evaluation werden für einen geplanten Workshop zur Thematik erarbeitet.

jekte angelaufen und die Projekte befinden sich noch in einem frühen Stadium. Zudem liegen bislang kaum von systematische Projektinformationen z.B. anhand von Indikatoren vor.

Bei der Querschnittsbetrachtung der bisherigen Projekte und Maßnahmen wird deutlich, dass sich kaum inhaltliche Schwerpunkte bei der Förderung ausmachen lassen. Die Förderung umfasst,

- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit,
- die Einrichtung des Quartiersmanagements,
- die Einrichtung bzw. Sanierung von Gemeinbedarfseinrichtungen (Kindergärten, Nachbarschaftstreffs, kulturelle Einrichtungen etc.),
- Maßnahmen im Wohnumfeld (Freiflächengestaltung etc.),
- Infrastrukturmaßnahmen (Verkehrsflächen, Spiel- und Freizeitflächen etc.),
- aber auch den (Teil-)Abbruch von Gebäuden.

Deutlich wird bei der Querschnittsbetrachtung die starke bauliche Betonung der geförderten Maßnahmen. Bis auf die Finanzierung des Quartiersmanagements und die Gelder des Verfügungsfonds sind alle Maßnahmen im investiven Bereich angesiedelt. Dabei spielt insbesondere die Arbeit des Quartiersmanagements eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung des Programms. Ergänzend muss dazu angemerkt werden, dass die Ausgaben für das Quartiersmanagement in Stadtteilen mit geringerem Förderbudget einen höheren Anteil an der Gesamtförderung haben, d.h. dass sich der Schwerpunkt auf Stadtteilebene in Richtung der nicht-investiven Maßnahmen verschieben kann.

Positiv zu bewerten ist, dass sich bei dem derzeitigen Stand keine Diskrepanzen zwischen der Mittelverwendung und den stadtteilbezogenen Zielen zeigen, d.h. die in den Integrierten Handlungskonzepten formulierten Handlungsfelder werden durch die Mittelverwendung sinnvoll ausgefüllt. Darüber hinaus werden häufig mehrere Zielbereiche in den Maßnahmen und Projekten angesprochen, so dass der integrative Charakter der Maßnahmen zumeist gewährleistet ist.

Interessante Unterschiede gibt es bei der vergleichenden Betrachtung der Programmgebiete. Während sich einzelne Stadtteile auf die Förderung weniger und finanziell aufwendiger Projekte (z.B. Stralsund, Wiesenblume; Neu Zippendorf, Astrid-Lindgren-Schule) konzentrieren, werden die Fördermittel in anderen Stadtteilen auf eine höhere Zahl von Projekten verteilt. Beide Strategien sind plausibel und können erfolgreich zur Verbesserung der baulichen und sozialen Situation im Stadtteil beitragen. Hingewiesen werden soll aber auf die besondere Verantwortung bei der Förderung von „Leuchtturmprojekten“: Diese müssen sich in hohem Maße für den Stadtteil öffnen, um die intensive Förderung zu rechtfertigen und dem Charakter des Programms gerecht zu werden.

Deutlich wird bei der Gesamtschau, dass es bislang kaum gelungen ist zur Erlangung des in allen Stadtteilen formulierten Ziels einer Förderung der Lokalen Ökonomie und Be-

schäftigungsförderung über Projekte beizutragen. Ausnahmen sind die z.T. gelungenen Verknüpfungen einiger Projekte mit Mitteln aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder dem Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr. Dieses Ziel oder Handlungsfeld wird zwar in den Integrierten Handlungskonzepten gleichrangig neben anderen aufgeführt, allerdings nicht in gleichem Maße mit Projekten gefüllt. Vor dem Hintergrund, dass die Soziale Stadt bislang primär ein Programm der Städtebauförderung ist, erscheint die erfolgreiche Umsetzung von Projekten schwierig, da eine Finanzierung in diesem Handlungsfeld mit Städtebaufördermitteln in aller Regel nicht möglich ist. Insbesondere in den Plattenbaugebieten bestehen zudem kaum oder nur wenige Anknüpfungspunkte z.B. in Form vorhandener Gewerbe- und Einzelhandelsstrukturen. Auch die Einbeziehung der kommunalen Wirtschaftsförderung in die Programmumsetzung gestaltet sich überwiegend schwierig und bleibt die Ausnahme.

Verfügungsfonds

Die Gremien, die über die Vergabe des Verfügungsfonds entscheiden, sind in ihrer Organisationsstruktur z.T. sehr verschieden und unterscheiden sich vor allem im Grad der Beteiligung von Stadtteilakteuren und Bewohnern. Während in einigen Stadtteilen die Vergabe ohne die Einflussnahme der Bewohner und anderer Stadtteilakteure geschieht, sind in anderen Stadtteilen eigene bewohnergetragene Gremien mit der Entscheidung beauftragt. Unabhängig von der Organisationsstruktur sollte eine ausreichende Sicherstellung der Bewohnerinteressen bei der Vergabe gewährleistet werden, um dem partizipativen und offenen Charakter des Verfügungsfonds gerecht zu werden.

Als sinnvoll werden die Kriterien des Landes zur Vergabe des Verfügungsfonds eingeschätzt (Erlass zum Einsatz des Verfügungsfonds vom 16.07.2001). Diese bieten eine zweckmäßige Richtlinie ohne die Vergabe zu stark inhaltlich zu beschränken. Die Maßnahmen, die aus den Mitteln gefördert werden, dienen schwerpunktmäßig der Aktivierung der Bevölkerung über Feste, Umzüge, Märkte etc. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Unterstützung kultureller Projekte oder die Unterstützung der Sozialarbeit im Stadtteil.

Nachdem die Verfügungsfonds erstmals im Jahr 2001 aufgelegt wurden, ist die Nachfrage stetig gewachsen. Dies führt in einigen Stadtteilen dazu, dass die Mittel vollständig abgerufen werden. Die Aufstockung der Mittel durch das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung auf 20.000 € p.a. wird deshalb als sinnvoll erachtet. In den Stadtteilen, in denen die Mittel nicht gänzlich abgerufen werden, könnten durch das Quartiersmanagement mit den verbleibenden Mitteln Kleinprojekte angeschoben werden.

Verknüpfung von Fördermitteln

Die Verknüpfung der Mittel aus der Sozialen Stadt mit anderen Mitteln der Städtebauförderung (z.B. Wohnumfeldverbesserung, Stadtumbau Ost) gelingt in den Programmgebieten vergleichsweise problemlos. Dies gilt auch für die Einbindung kommunaler Eigenmittel. So werden in der Gesamtschau der Integrierten Handlungskonzepte eine Reihe von Projekten aufgeführt, die sich in die strategische Ausrichtung des Programms Soziale

Stadt sinnvoll einpassen und damit zielgerichtet die bauliche Aufwertung der Programmgebiete unterstützen.

Ebenso gelingt in einigen Programmgebieten die Verknüpfung der Mittel aus dem Programm Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS), welches durch den Europäischen Sozialfonds gefördert wird. Darüber hinaus lassen sich Einzelbeispiele identifizieren, in denen Mittel des Bundesmodellprogramms Freiwilliges Soziales Trainingsjahr oder Mittel aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingebunden werden. Eine weitere Möglichkeit der Verknüpfung besteht durch einen auf Landesebene für die Städtebauförderung bestehenden Topf von EFRE-Mitteln, der allerdings nur für Maßnahmen der verkehrlichen Infrastruktur und Gemeinbedarfsflächen verwendet werden darf.

Verknüpfungen, die über die dargestellten Programme hinausgehen, lassen sich dagegen kaum erkennen. So wurde in den Gesprächen mit der IMAG deutlich, dass die generelle Zielsetzung des Programms einer prioritären und gebündelten Förderung aller beteiligten Ministerien nicht umgesetzt wird. Auch ist die Einbeziehung privater finanzieller Quellen nur bei vereinzelt Projekten gelungen. Hier besteht für die Umsetzung des Programms noch ein weiterer Handlungs- und Informationsbedarf.

Handlungsempfehlungen

Das Quartiersmanagement ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Programms und sollte deshalb in der Förderung weiterhin Priorität genießen.

Insbesondere bei der Förderung von „Leuchtturmprojekten“ ist sicherzustellen, dass die Öffnung in und die Schaffung von neuen Qualitäten für den Stadtteil schon bei der Konzeption sichergestellt werden.

Das Handlungsfeld Lokale Ökonomie sollte einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Gelingt die Entwicklung von Projekten und die Verknüpfung von Fördermitteln in diesem Bereich weiterhin nicht, muss über eine Anpassung der bestehenden Zielsysteme nachgedacht werden.

Die Nutzung des Verfügungsfonds sollte mit der Anregung an die Nutzer verbunden werden, für eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit zu sorgen, um den Bekanntheitsgrad im Stadtteil zu steigern.

Auf der Landesebene sollten alle Ressorts angehalten werden, bei Förderprogrammen eine Förderpriorität für Gebiete der Sozialen Stadt vorzusehen. Ähnlich wie im Land Bremen ist auch zu überlegen, ob ein gemeinsamer Förderpool aller Ministerien für die Soziale Stadt gebildet werden kann.

Ebenfalls sollte auf Landesebene eine Informationsstelle eingerichtet werden, die über die Einbindung und Akquisition von Fördermitteln im Zusammenhang mit Mitteln der Sozialen Stadt den Kommunen und Akteuren Auskunft gibt.

7. Methodik der Zwischenevaluation

Die vorliegende Untersuchung basiert auf einem Mix aus unterschiedlichen Methoden der empirischen Sozialforschung. Aufgrund der relativ kurzen Umsetzungsphase des Programms Soziale Stadt in Mecklenburg-Vorpommern stand die Bewertung der Kohärenz der Ziele und Zielsysteme, der Organisations- und Kooperationsstrukturen sowie spezifischer Prozessqualitäten (z.B. Bewohnerbeteiligung) im Mittelpunkt der Bewertung, so dass im wesentlichen diskursiv ausgerichtete qualitative Untersuchungsmethoden angewandt wurden.

Steuerungsgespräche und Stadtteilbegehungen

Auf Landesebene und in allen acht Programmgebieten wurden zu Beginn der Zwischenevaluation Steuerungsgespräche geführt. Ziel der Steuerungsgespräche war es sich einen ersten Eindruck über die Umsetzung des Programms im unmittelbaren Gespräch bzw. vor Ort zu verschaffen, die Arbeitsschritte der Zwischenevaluation durch das Evaluationsteam zu erläutern und rückzukoppeln sowie Hinweise für die Unterstützung seitens der Programmbeteiligten zu geben. Die Steuerungsgespräche in den Kommunen wurden durch Stadtteilbegehungen ergänzt.

Wesentliche Inhalte des Gespräches auf der Landesebene waren:

- die Entstehungsgeschichte des Programms
- die Auswahl der Kommunen und Programmgebiete
- die Organisationsstrukturen und die Programmbegleitung auf Landesebene (MAB, IMAG)
- die Finanzierung des Programms (Fördervoraussetzungen, Förderverfahren)
- die Bewertung des bisherigen Umsetzungsstandes und ein Ausblick auf die Zukunft des Programms

In den Programmgebieten standen folgende Themen im Mittelpunkt:

- die Problemlagen und Potenziale in den Stadtteilen
- die Implementierung des Programms (Gebietsauswahl, Zielsetzung etc.)
- die lokalen Kooperationsstrukturen (Quartiersmanagement, Steuerungsgremien, Beteiligungsgremien etc.)
- die Handlungsschwerpunkte des Erneuerungsprozesses

Auswertung der Dokumente und Literatur

In einem weiteren Arbeitsschritt wurde mit einer umfangreichen Dokumenten- und Literaturrecherche und Auswertung die Basis für die Zwischenevaluation gelegt. Für die Sammlung der auszuwertenden Materialien wurde auf die Unterstützung der Kommunen und des Landes zurückgegriffen. Folgende Materialien wurden für die Evaluation genutzt:

Landesebene

- Protokolle der Sitzungen der Interministeriellen Arbeitsgruppe
- Protokolle der Netzwerktreffen und Transferveranstaltungen
- Beschlüsse auf Landesebene
- Veröffentlichungen

Kommunen und Programmgebiete

- Die Integrierten Handlungskonzepte der Programmgebiete
- Aufstellungen der Projekte im Programm
- Ratsvorlagen und –beschlüsse, die im Zusammenhang mit dem Programm stehen
- Statistische Materialien sowie Erhebungen und Befragungen zu den Programmgebieten
- andere relevante Planwerke (Integrierte Stadtentwicklungskonzepte, Rahmenplanungen)
- Pressespiegel
- Fragebögen des Deutschen Instituts für Urbanistik
- weitere Materialien (Stadtteilzeitungen, Flyer, Broschüren etc.)

Fragebogenaktion

Der Fragebogen wurde erstellt, um den Stand der Umsetzung des Programms sowie die zu diesem Zweck aufgebauten Organisationsstrukturen aus der Perspektive eines erweiterten Akteurskreises bewerten zu können. Der Fragebogen richtete sich an zentrale Akteure aus dem Stadtteil, d.h. an Projektträger, öffentliche oder private Institutionen sowie Institutionen des Gemeinwesens oder Vereine, die im Stadtteil tätig sind. Die Adressen für die Befragung wurden durch die Verantwortlichen in den Programmgebieten zusammengetragen. Sowohl der Fragebogen als auch das Anschreiben zum Fragebogen wurden im Vorfeld mit den Gebietsbeauftragten der Kommunen rückgekoppelt.

Folgende Themen wurden durch den Fragebogen erfasst:

- Öffentlichkeit und Beteiligung im Rahmen des Programms
- Organisations- und Kooperationsstrukturen des Programms
- Bedeutung und Aussichten des Programms
- Zusammenfassende Schlussbetrachtung des Programms

Die Fragen der ersten drei Themenfelder sind zum überwiegenden Teil in standardisierter Form formuliert und wurden von den Befragten durch ankreuzen beantwortet. Die Skala der möglichen Antworten orientierte sich an dem Schulnotensystem. Ergänzt wurden die Themenkomplexe „Organisations- und Kooperationsstrukturen des Programms“ und „Bedeutung und Aussichten des Programms“ durch offene Fragen zur Einschätzung. Die zu-

sammenfassende Schlussbetrachtung wurde durch vier offene Fragen gestaltet. Die Fragebögen wurden anonymisiert ausgewertet, um den Befragten weitreichende Freiräume bei der Beantwortung zu ermöglichen.

Die folgende Grafik gibt den Rücklauf für den Fragebogen wider. In den Stadtteilen Schwerin Neu Zippendorf, Schwerin Feldstadt, Greifswald Fleischervorstadt sowie Rostock Groß Klein wurde die Befragung in zwei Phasen durchgeführt, da der Rücklauf bei der ersten Phase nicht ausreichend war. Insgesamt ist der Rücklauf mit 58 Prozent zufriedenstellend.

| Stadtteil | Versendet | Rücklauf | % |
|--|------------|------------|-------------|
| Greifswald, Fleischervorstadt | 16 | 10 | 62,5 |
| Neubrandenburg, Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt | 7 | 3 | 42,9 |
| Rostock, Groß Klein | 39 | 20 | 51,3 |
| Rostock, Schmarl | 34 | 21 | 61,7 |
| Schwerin, Feldstadt | 22 | 18 | 81,7 |
| Schwerin, Neu Zippendorf | 29 | 17 | 58,5 |
| Stralsund, Grünhufe | 18 | 10 | 55,6 |
| Wismar, Altstadt | 48 | 25 | 52,1 |
| Gesamt | 213 | 124 | 58,2 |

Die Ergebnisse der Fragebogenerhebung finden sich für sieben der acht Stadtteile in Form einer Übersicht im Anhang zum Bericht. Für Neubrandenburg können keine Ergebnisse dargestellt werden, da sowohl die Grundgesamtheit als auch der Rücklauf nicht ausreichend war.

Die Ergebnisse dienen unter anderem der Vorbereitung der leitfadengestützten Einzelinterviews und der Gruppendiskussionen. Die Auswertung des Fragebogens ist eine wichtige Grundlage für die Stadtteilprofile und findet Eingang in den Bericht.

Einzelinterviews

Sowohl auf Landesebene als auch in den Programmgebieten wurden mit wichtigen Programmteilnehmern leitfadengestützte Einzelinterviews geführt.

Auf Landesebene wurden drei weitere Mitglieder der Interministeriellen Arbeitsgruppe interviewt. Wesentliche Inhalte der Gespräche waren der Status des Programms (Einschätzung der Bedeutung, Auswahl der Programmgebiete), die Zusammenarbeit innerhalb der IMAG sowie Fragen der Verknüpfung weiterer Fördermöglichkeiten in die Programmumsetzung.

Im Vorfeld der Gruppendiskussionen bzw. als Ergänzung dazu wurden in den Programmgebieten ebenfalls Einzelinterviews geführt. Die Gruppe der Interviewpartner variierte von Programmgebiet zu Programmgebiet. Insgesamt wurden 14 Interviews mit programmex-

ternen Akteuren geführt. Interviewpartner waren z.B. Projektträger, Wohnungsbaugesellschaften, Sanierungsträger, Sprecher von Arbeitsgruppen etc. Die Inhalte der Interviews bezogen sich im Wesentlichen auf die bereits in den Fragebögen formulierten Themenkomplexe. Diese wurden vertieft und durch zusätzliche programmgebietspezifische Fragen ergänzt.

Gruppendiskussionen

Die Gruppendiskussionen dienten der vertiefenden Behandlung der programmgebietsbezogenen Themen, die bereits durch die Steuerungsgespräche, den Fragebogen bzw. die Einzelinterviews angesprochen wurden. In allen acht Programmgebieten war die Durchführung von jeweils zwei Diskussionen geplant.¹⁴ Eine Diskussionsrunde war mit zentralen Akteuren im Stadtteil besetzt. Die andere Diskussionsrunde versammelte die Bewohner des Stadtteils. Im Sinne des dialogorientierten Evaluationsansatzes bietet die Gruppendiskussion folgende Vorzüge:

- Die Teilnehmer können in dem Diskussionsprozess die wesentlichen Aspekte des Programms (Zielsetzung, Handlungsfelder, Organisationsstrukturen etc.) reflektieren.
- Die Erneuerungsprozesse werden aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert und decken (möglicherweise) Konfliktpotenziale auf.

Die Gruppendiskussionen fanden in der Regel in den Räumlichkeiten des Quartiersmanagements bzw. der Stadtteilkoordination statt. Die Moderation wurde abhängig vom Programmgebiet von Mitarbeitern des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen NRW bzw. des Sekretariats für Zukunftsforschung übernommen. Die Inhalte der Diskussionsrunden wurden durch die Moderatoren mithilfe von Leitfragen in die Gruppen getragen. Ausgehend von diesen Leitfragen entwickelten sich die Diskussionen. Einzelne Fragestellungen wurden durch Rundfragen behandelt, zu denen sich jeder Teilnehmer äußern musste. Stadtteilspezifische Besonderheiten wurden durch gezielte Fragen der Moderatoren aufgegriffen.

Gruppendiskussion Akteure

Zu den Gruppendiskussionen mit den Akteuren wurden der Gebietsbeauftragte der Kommune, der Sanierungsträger sowie das Quartiersmanagement bzw. die Stadtteilkoordination eingeladen. Dieser Kreis wurde durch wichtige Akteure, die im Zusammenhang mit der Programmumsetzung stehen (z.B. Mitglieder von Lenkungskreisen, Beiräten) bzw. eine bedeutende Rolle im Stadtteil einnehmen (Wohnungsbaugesellschaften, Vereine etc.) ergänzt. Insgesamt wurde eine Gruppenstärke von 6-8 Personen angestrebt, um

¹⁴ In allen Programmgebieten bis auf Neubrandenburg konnte die Diskussionsrunden durchgeführt werden. In Neubrandenburg konnte keine Bewohnerrunde durchgeführt werden, da bislang keine Aktivitäten im Programmgebiet zu verzeichnen sind, die durch die Bewohner hätten bewertet werden können.

eine rege Beteiligung zu ermöglichen. Die Zusammensetzung der Teilnehmer wurde mit dem Quartiersmanagement bzw. der Stadtteilkoordination rückgekoppelt. Zentrale Themenfelder der Diskussionsrunden waren:

- die Zielsetzung des Programms
- die Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
- die Bewohnerbeteiligung
- die Projektentwicklung
- der Umsetzungsstand

Zu diesen Themenfeldern wurden im Vorfeld durch das Evaluationsteam Fragen entwickelt, die offen in die Runde gestellt wurden.

Gruppendiskussion Bewohner

Die Teilnehmer an den Diskussionsrunden waren Bewohnerinnen und Bewohner, die über unterschiedliche Wege einen Bezug zum Programm haben. Dies können z.B. die Teilnahme an Arbeitsgruppen, die Teilnahme an Stadtteilkonferenzen, die Mitgliedschaft im Ortsbeirat oder ein allgemeines Interesse an den Erneuerungsprozessen in den Programmgebieten sein. Grundsätzlich sollten die Bewohnergruppen möglichst repräsentativ für den Stadtteil zusammengestellt werden. Dies ist nicht in allen Fällen gelungen, da z.B. Jugendliche und junge Erwachsene sich nur schwach in den Erneuerungsprozessen engagieren. Die Teilnehmer wurden in enger Absprache mit dem Quartiersmanagement ausgewählt, von diesem angesprochen und durch einen Brief des Evaluationsteams informiert und eingeladen. Folgende Themenfelder wurden in der Diskussion thematisiert:

- Probleme und Potenziale im Stadtteil
- Projekte/Aktivitäten oder Initiativen im Stadtteil
- Bestehende Beteiligungsgremien
- zentrale Wünsche für die Zukunft des Stadtteils

Die Dokumentation der Diskussionsrunden wurde mit Tonbandmitschnitten, Mitschriften und Kartenabfragen sichergestellt. Aus diesen Materialien wurden Protokolle erstellt, die die zentralen Inhalte der Diskussionen – gegliedert nach den Themenschwerpunkten wieder geben. In Kombination mit den Ergebnissen der anderen empirischen Bausteine (vorliegende Sekundärmaterialien, Steuerungsgespräche, Fragebogen, Einzelinterviews) wurden auf dieser Grundlage die Stadtteilprofile für die Programmgebiete erstellt.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------|--|
| ABM | Arbeitsbeschaffungsmaßnahme |
| Abt. | Abteilung |
| AG | Aktiengesellschaft |
| ARGEBAU | Arbeitsgemeinschaft der für Städtebau, Bau und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder |
| AWO | Arbeiterwohlfahrt |
| B+Q | Beschäftigung und Qualifizierung |
| bzw. | beziehungsweise |
| ca. | circa |
| d.h. | das heißt |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| Difu | Deutsches Institut für Urbanistik |
| € | Euro |
| eG | eingetragene Genossenschaft |
| e.V. | eingetragener Verein |
| E+C | Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten |
| Efre | Europäischer Fonds für regionale Entwicklung |
| EGS | Entwicklungsgesellschaft Mecklenburg Vorpommern |
| ESFI | Europäischer Sozialfonds |
| etc. | et cetera |
| EU | Europäische Union |
| ff. | folgende |
| FSTJ | Freiwilliges Soziales Trainingsjahr |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| ha. | Hektar |
| HWK | Handwerkskammer |
| IGA | Internationale Gartenbauausstellung |
| IHK | Industrie- und Handelskammer |
| IKAZ | Internationales Kulturaustausch – Zentrum |
| IKUWO | Internationales Kultur Wohnprojekt |

| | |
|----------------|---|
| ILS NRW | Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen |
| IMAG | Interministerielle Arbeitsgruppe |
| insg. | insgesamt |
| ISEK | Integriertes Stadtentwicklungskonzept |
| Kita | Kindertagesstätte |
| KMU | Kleine und Mittlere Unternehmen |
| LOS | Lokales Kapital für soziale Zwecke |
| lt. | laut |
| m ² | Quadratmeter |
| MAB | Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern |
| Mio. | Million |
| MV | Mecklenburg-Vorpommern |
| neuwoges | Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft |
| Nr. | Nummer |
| o.ä. | oder ähnliches |
| o.g. | oben genannt |
| ÖPNV | öffentlicher Personennahverkehr |
| p.a. | per annum |
| PDS | Partei des Demokratischen Sozialismus |
| PKW | Personenkraftwagen |
| RGS | Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH |
| s. | siehe |
| S. | Seite |
| s.o. | siehe oben |
| s.u. | siehe unten |
| SFZ | Sekretariat für Zukunftsforschung |
| SES | Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH |
| StaLA MV | Statistisches Landesamt Mecklenburg Vorpommern |
| Str. | Straße |
| SWG | Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG |
| UNESCO | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization |
| u.a. | unter anderem |
| v.a. | vor allem |

| | |
|--------|--|
| vgl. | vergleiche |
| VHS | Volkshochschule |
| WBS 70 | Wohnungsbauserie 70 |
| WE | Wohneinheiten |
| WGS | Wohnungsgesellschaft Schwerin |
| WIMES | Wirtschaftsinstitut für Marktforschung, Evaluation und Strukturentwicklung |
| z.B. | zum Beispiel |
| z.T. | zum Teil |
| z.Zt. | zur Zeit |

Anhang

Soziale Stadt Mecklenburg-Vorpommern

Zwischenevaluation

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Der Fragebogen wurde im Dezember 2003 schriftlich an zentrale Akteure aus den Stadtteilen des Programms Soziale Stadt in Mecklenburg-Vorpommern verschickt. Dazu gehören Projektträgerinnen und Projektträger, öffentliche und private Institutionen, Institutionen des Gemeinwesens und Vereine, die in den Stadtteilen tätig sind. Bis Mitte Februar hatten die Adressatinnen und Adressaten die Gelegenheit, die Fragebögen anonym zu beantworten. Von den insgesamt 213 angeschriebenen Akteuren haben 124 den Fragebogen beantwortet. Der Fragebogen basiert vorwiegend auf geschlossenen Fragen und stellt eine Ergänzung zu den überwiegend qualitativen Daten der Zwischenevaluation dar.

In den nachfolgend aufgeführten Tabellen werden die Ergebnisse der Fragebogenaktion für die einzelnen Stadtteile zusammenfassend dargestellt. Dabei beschränkt sich die Darstellung auf den Teil der Fragen, der in standardisierter Form formuliert ist. Die Akteure hatten bei diesen Fragen die Gelegenheit, auf der Grundlage eines Schulnotensystems, persönliche Einschätzungen vorzunehmen.

Für Neubrandenburg können keine Ergebnisse dargestellt werden, da der Rücklauf der Fragebögen nicht ausreichend war.

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Gesamt:

Anzahl der Fragebögen: 213, Rücklauf 124

| Frage | Sehr gut/ sehr hoch/ sehr positiv/ sehr zufrieden | Gut/hoch/ positiv/ zufrieden | Durchschnittlich/ mittel | Schlecht/ gering/ negativ/ unzufrieden | Sehr schlecht/ sehr negativ/ sehr gering/ sehr unzufrieden | Weiß nicht/ keine Meinung | Keine Angabe | Ø |
|--|---|------------------------------|--------------------------|--|--|---------------------------|--------------|-----|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | | |
| 2.1 Wie gut fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt informiert? | 26 | 59 | 33 | 6 | 0 | 0 | 0 | 2,2 |
| 2.2 Wie schätzen Sie Ihren Kenntnisstand über die Ziele des Programms ein? | 12 | 68 | 37 | 7 | 0 | 0 | 0 | 2,3 |
| 2.3 Wie gut kennen Sie andere Projekte des Programms? | 3 | 33 | 54 | 25 | 7 | 2 | 0 | 3,0 |
| 2.4 Wie beurteilen Sie den Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt... | | | | | | | | |
| 2.4.1 ... bei den Projektträgern und sonstigen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen) im Stadtteil? | 23 | 63 | 28 | 10 | 0 | 0 | 0 | 2,2 |
| 2.4.2 ...bei der Bevölkerung im Stadtteil? | 2 | 17 | 55 | 43 | 3 | 4 | 0 | 3,2 |
| 2.4.3 ... In der Gesamtstadt | 1 | 5 | 42 | 48 | 14 | 13 | 1 | 3,6 |
| 2.5 Wie bewerten Sie die bisherige Beteiligung ... | | | | | | | | |
| 2.5.1 ... der Stadtteilbewohner/innen an der Umsetzung des Programms? | 3 | 32 | 54 | 23 | 2 | 9 | 1 | 2,9 |
| 2.5.2 ... der lokalen PolitikerInnen an der Umsetzung des Programms | 4 | 33 | 48 | 15 | 6 | 16 | 2 | 2,9 |
| 2.5.3 ... der sonstigen lokalen Akteure an der Umsetzung des Programms? | 13 | 52 | 34 | 8 | 1 | 13 | 3 | 2,4 |
| 3.1 Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit... | | | | | | | | |
| 3.1.1 ...mit dem/der Quartiersmanager/in / den Stadtteilkoordinatoren (sofern vorhanden)? | 50 | 53 | 12 | 4 | 0 | 3 | 2 | 1,8 |
| 3.1.2 ...mit dem Sanierungsträger? | 17 | 42 | 30 | 10 | 1 | 18 | 6 | 2,4 |
| 3.1.3 ...mit den zuständigen Personen aus der städtischen Verwaltung? | 12 | 47 | 34 | 10 | 1 | 17 | 3 | 2,4 |
| 3.1.4 ...mit den Ortsteilbeiräten? | 9 | 38 | 25 | 10 | 1 | 24 | 17 | 2,5 |
| 3.1.5 mit sonstigen lokalen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen)? | 13 | 59 | 34 | 5 | 0 | 10 | 3 | 2,3 |
| 3.3 Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Arbeit der Gremien auch ohne das Programm Soziale Stadt weiterbestehen wird | 2 | 19 | 22 | 33 | 23 | 10 | 15 | 3,6 |
| 4.1 Welche Bedeutung hat das Programm Soziale Stadt Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Stadtteils? | 39 | 70 | 11 | 2 | 0 | 1 | 1 | 1,8 |
| 4.2 Greift das Programm Soziale Stadt die Problemlagen im Stadtteil angemessen auf? | 13 | 64 | 31 | 7 | 1 | 7 | 1 | 2,3 |
| 4.3 Greift das Programm Soziale Stadt die Potenziale im Stadtteil angemessen auf? | 8 | 48 | 42 | 8 | 2 | 12 | 4 | 2,5 |
| 4.4 Ist Ihnen der Verfügungsfonds bekannt | 95 | 24 | | | | | 5 | |
| 4.4.1 Welche Bedeutung hat der Verfügungsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt? | 43 | 42 | 11 | 5 | 1 | 11 | 11 | 1,8 |



= häufigste Nennung



= berechneter Mittelwert der Antworten

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Greifswald Fleischervorstadt

Anzahl der Fragebögen: 16, Rücklauf: 10

| Frage | Sehr gut/ sehr hoch/ sehr positiv/ sehr zufrieden | 1,5 | Gut/hoch/ positiv/ zufrieden | 2,5 | Durchschnittlich/ mittel | 3,5 | Schlecht/ gering/ negativ/ unzufrieden | 4,5 | Sehr schlecht/ sehr negativ/ sehr gering/ sehr unzufrieden | 5 | Weiß nicht/ keine Meinung | Keine Angabe | Ø |
|--|---|--------|------------------------------|-----|--------------------------|-----|--|-----|--|----|---------------------------|--------------|-----|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | | | |
| 2.1 Wie gut fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt informiert? | 2 | 4 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,3 |
| 2.2 Wie schätzen Sie Ihren Kenntnisstand über die Ziele des Programms ein? | 0 | 5 | 3 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,7 |
| 2.3 Wie gut kennen Sie andere Projekte des Programms? | 1 | 1 | 5 | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,9 |
| 2.4 Wie beurteilen Sie den Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt... | | | | | | | | | | | | | |
| 2.4.1 ... bei den Projektträgern und sonstigen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen) im Stadtteil? | 1 | 4 | 2 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,7 |
| 2.4.2 ...bei der Bevölkerung im Stadtteil? | 0 | 1 | 5 | 4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3,3 |
| 2.4.3 ... In der Gesamtstadt | 0 | 0 | 7 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3,3 |
| 2.5 Wie bewerten Sie die bisherige Beteiligung ... | | | | | | | | | | | | | |
| 2.5.1 ... der Stadtteilbewohner/innen an der Umsetzung des Programms? | 0 | 4 | 4 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,7 |
| 2.5.2 ... der lokalen PolitikerInnen an der Umsetzung des Programms | 0 | 5 | 1 | 0 | 1 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,6 |
| 2.5.3 ... der sonstigen lokalen Akteure an der Umsetzung des Programms? | 1 | 4 | 1 | 0 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,0 |
| 3.1 Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit... | | | | | | | | | | | | | |
| 3.1.1 ...mit dem/der Quartiersmanager/in / den Stadtteilkoordinatoren (sofern vorhanden)? | 5 | 3 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,7 |
| 3.1.2 ...mit dem Sanierungsträger? | 3 | 2 | 4 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,3 |
| 3.1.3 ...mit den zuständigen Personen aus der städtischen Verwaltung? | 2 | 2 | 3 | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,6 |
| 3.1.4 ...mit den Ortsteilbeiräten? | 0 | 1 | 3 | 1 | 0 | 3 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3,0 |
| 3.1.5 mit sonstigen lokalen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen)? | 2 | 2 | 2 | 1 | 0 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,3 |
| 3.3 Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Arbeit der Gremien auch ohne das Programm Soziale Stadt weiterbestehen wird | 0 | 0 | 1 | 4 | 1 | 1 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 4,0 |
| 4.1 Welche Bedeutung hat das Programm Soziale Stadt Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Stadtteils? | 3 | 6 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,9 |
| 4.2 Greift das Programm Soziale Stadt die Problemlagen im Stadtteil angemessen auf? | 2 | 4 | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,3 |
| 4.3 Greift das Programm Soziale Stadt die Potenziale im Stadtteil angemessen auf? | 1 | 2 | 3 | 0 | 1 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,7 |
| 4.4 Ist Ihnen der Verfügungsfonds bekannt | 7 ja | 3 nein | | | | | | | | | | 1 | |
| 4.4.1 Welche Bedeutung hat der Verfügungsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt? | 3 | 3 | 0 | 0 | 1 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,0 |



= häufigste Nennung



= berechneter Mittelwert der Antworten

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Rostock Groß Klein

Anzahl der Fragebögen: 39, Rücklauf: 20

| Frage | Sehr gut/ sehr hoch/ sehr positiv/ sehr zufrieden/ja | Gut/hoch/ positiv/ zufrieden/nein | | Durchschnittlich/ mittel | Schlecht/ gering/ negativ/ unzufrieden | Sehr schlecht/ sehr negativ/ sehr gering/ sehr unzufrieden | Weiß nicht/ keine Meinung | Keine Angabe | Ø |
|---|--|-----------------------------------|---|--------------------------|--|--|---------------------------|--------------|-----|
| | 1 | 1,5 | 2 | 2,5 | 3 | 3,5 | 4 | 4,5 | |
| 2.1 Wie gut fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt informiert? | 1 | 11 | | 8 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,4 |
| 2.2 Wie schätzen Sie Ihren Kenntnisstand über die Ziele des Programms ein? | 1 | 8 | | 11 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,5 |
| 2.3 Wie gut kennen Sie andere Projekte des Programms? | 0 | 6 | | 6 | 7 | 0 | 1 | 0 | 3,0 |
| 2.4 Wie beurteilen Sie den Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt... | | | | | | | | | |
| 2.4.1 ... bei den Projektträgern und sonstigen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen) im Stadtteil? | 5 | 9 | | 6 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,1 |
| 2.4.2 ...bei der Bevölkerung im Stadtteil? | 0 | 2 | | 9 | 9 | 0 | 0 | 0 | 3,4 |
| 2.4.3 ... In der Gesamtstadt | 0 | 2 | | 5 | 8 | 4 | 1 | 0 | 3,7 |
| 2.5 Wie bewerten Sie die bisherige Beteiligung ... | | | | | | | | | |
| 2.5.1 ... der Stadtteilbewohner/innen an der Umsetzung des Programms? | 0 | 3 | | 6 | 8 | 1 | 2 | 0 | 3,2 |
| 2.5.2 ... der lokalen PolitikerInnen an der Umsetzung des Programms | 1 | 5 | | 8 | 4 | 0 | 2 | 0 | 2,8 |
| 2.5.3 ... der sonstigen lokalen Akteure an der Umsetzung des Programms? | 2 | 7 | | 7 | 2 | 0 | 1 | 1 | 2,5 |
| 3.1 Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit... | | | | | | | | | |
| 3.1.1 ...mit dem/der Quartiersmanager/in / den Stadtteilkoordinatoren (sofern vorhanden)? | 7 | 10 | | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1,9 |
| 3.1.2 ...mit dem Sanierungsträger? | 3 | 9 | | 4 | 2 | 0 | 2 | 0 | 2,3 |
| 3.1.3 ...mit den zuständigen Personen aus der städtischen Verwaltung? | 1 | 8 | | 5 | 2 | 0 | 4 | 0 | 2,5 |
| 3.1.4 ...mit den Ortsteilbeiräten? | 3 | 7 | | 5 | 3 | 0 | 1 | 1 | 2,8 |
| 3.1.5 mit sonstigen lokalen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen)? | 3 | 10 | | 6 | 0 | 0 | 1 | 0 | 2,1 |
| 3.3 Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Arbeit dieser Gremien auch ohne das Programm Soziale Stadt weiterbestehen wird | 1 | 6 | | 5 | 5 | 2 | 1 | 0 | 3,0 |
| 4.1 Welche Bedeutung hat das Programm Soziale Stadt Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Stadtteils? | 6 | 10 | | 3 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1,8 |
| 4.2 Greift das Programm Soziale Stadt die Problemlagen im Stadtteil angemessen auf? | 1 | 11 | | 6 | 1 | 0 | 0 | 1 | 2,4 |
| 4.3 Greift das Programm Soziale Stadt die Potenziale im Stadtteil angemessen auf? | 0 | 6 | | 9 | 3 | 0 | 0 | 2 | 2,8 |
| 4.4 Ist Ihnen der Verfügungsfonds bekannt | 14 | 4 | | | | | | 2 | |
| 4.4.1 Welche Bedeutung hat der Verfügungsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt? | 5 | 9 | | 1 | 1 | 0 | 1 | 3 | 1,9 |



= häufigste Nennung



= berechneter Mittelwert der Antworten

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Rostock Schmarl

Anzahl der Fragebögen: 34, Rücklauf: 21

| Frage | Sehr gut/ sehr hoch/ sehr positiv/ sehr zufrieden/ ja | Gut/hoch/ positiv/ zufrieden/ nein | Durchschnittlich/ mittel | Schlecht/ gering/ negativ/ unzufrieden | Sehr schlecht/ sehr negativ/ sehr gering/ sehr unzufrieden | Weiß nicht/ keine Meinung | Keine Angabe | ∅ |
|---|---|------------------------------------|--------------------------|--|--|---------------------------|--------------|-----|
| | 1 | 1,5 | 2 | 2,5 | 3 | 3,5 | 4 | 4,5 |
| 2.1 Wie gut fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt informiert? | 5 | 12 | 4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,0 |
| 2.2 Wie schätzen Sie ihren Kenntnisstand über die Ziele des Programms ein? | 3 | 14 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 2,1 |
| 2.3 Wie gut kennen Sie andere Projekte des Programms? | 0 | 7 | 10 | 4 | 0 | 0 | 0 | 2,9 |
| 2.4 Wie beurteilen Sie den Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt... | | | | | | | | |
| 2.4.1 ... bei den Projektträgern und sonstigen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen) im Stadtteil? | 4 | 11 | 5 | 1 | 0 | 0 | 0 | 2,1 |
| 2.4.2 ... bei der Bevölkerung im Stadtteil? | 1 | 2 | 9 | 8 | 0 | 1 | 0 | 3,2 |
| 2.4.3 ... In der Gesamtstadt | 0 | 2 | 7 | 8 | 0 | 4 | 0 | 3,4 |
| 2.5 Wie bewerten Sie die bisherige Beteiligung ... | | | | | | | | |
| 2.5.1 ... der Stadtteilbewohner/innen an der Umsetzung des Programms? | 0 | 7 | 11 | 1 | 0 | 2 | 0 | 2,7 |
| 2.5.2 ... der lokalen PolitikerInnen an der Umsetzung des Programms | 0 | 2 | 13 | 2 | 0 | 4 | 0 | 3,0 |
| 2.5.3 ... der sonstigen lokalen Akteure an der Umsetzung des Programms? | 2 | 8 | 8 | 0 | 0 | 2 | 1 | 2,3 |
| 3.1 Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit... | | | | | | | | |
| 3.1.1 ... mit dem/der Quartiersmanager/in / den Stadtteilkoordinatoren (sofern vorhanden)? | 8 | 10 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,8 |
| 3.1.2 ... mit dem Sanierungsträger? | 2 | 4 | 7 | 2 | 0 | 4 | 2 | 2,6 |
| 3.1.3 ... mit den zuständigen Personen aus der städtischen Verwaltung? | 3 | 3 | 6 | 3 | 0 | 4 | 2 | 2,6 |
| 3.1.4 ... mit den Ortsteilbeiräten? | 4 | 13 | 3 | 0 | 0 | 1 | 0 | 2,0 |
| 3.1.5 mit sonstigen lokalen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen)? | 2 | 12 | 6 | 0 | 0 | 0 | 1 | 2,2 |
| 3.3 Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Arbeit dieser Gremien auch ohne das Programm Soziale Stadt weiterbestehen wird | 0 | 6 | 2 | 6 | 3 | 2 | 2 | 3,4 |
| 4.1 Welche Bedeutung hat das Programm Soziale Stadt Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Stadtteils? | 6 | 13 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 1,8 |
| 4.2 Greift das Programm Soziale Stadt die Problemlagen im Stadtteil angemessen auf? | 0 | 13 | 5 | 1 | 0 | 2 | 0 | 2,4 |
| 4.3 Greift das Programm Soziale Stadt die Potenziale im Stadtteil angemessen auf? | 1 | 7 | 8 | 1 | 0 | 3 | 1 | 2,5 |
| 4.4 Ist Ihnen der Verfügungsfonds bekannt | 17 | 3 | | | | | 1 | |
| 4.4.1 Welche Bedeutung hat der Verfügungsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt? | 7 | 10 | 1 | 1 | 0 | 0 | 2 | 1,8 |



= häufigste Nennung



= berechneter Mittelwert der Antworten

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Schwerin Feldstadt

Anzahl der Fragebögen: 22, Rücklauf: 18

| Frage | Sehr gut/ sehr hoch/ sehr positiv/ sehr zufrieden | Gut/hoch/ positiv/ zufrieden | | Durchschnittlich/ mittel | Schlecht/ gering/ negativ/ unzufrieden | Sehr schlecht/ sehr negativ/ sehr gering/ sehr unzufrieden | | Weiß nicht/ keine Meinung | Keine Angabe | Ø |
|--|---|------------------------------|--------|--------------------------|--|--|---|---------------------------|--------------|-----|
| | 1 | 1,5 | 2 | 2,5 | 3 | 3,5 | 4 | 4,5 | 5 | |
| 2.1 Wie gut fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt informiert? | 3 | | 8 | 7 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,3 |
| 2.2 Wie schätzen Sie Ihren Kenntnisstand über die Ziele des Programms ein? | 2 | | 9 | 6 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,4 |
| 2.3 Wie gut kennen Sie andere Projekte des Programms? | 1 | | 3 | 9 | 3 | 2 | 0 | 0 | 0 | 3,2 |
| 2.4 Wie beurteilen Sie den Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt... | | | | | | | | | | |
| 2.4.1 ... bei den Projektträgern und sonstigen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen) im Stadtteil? | 4 | | 11 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,9 |
| 2.4.2 ...bei der Bevölkerung im Stadtteil? | 0 | | 5 | 9 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 3,0 |
| 2.4.3 ... In der Gesamtstadt | 0 | | 0 | 7 | 6 | 2 | 2 | 1 | 1 | 3,7 |
| 2.5 Wie bewerten Sie die bisherige Beteiligung ... | | | | | | | | | | |
| 2.5.1 ... der Stadtteilbewohner/innen an der Umsetzung des Programms? | 0 | | 5 | 12 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 2,7 |
| 2.5.2 ... der lokalen PolitikerInnen an der Umsetzung des Programms | 0 | | 3 | 7 | 4 | 1 | 2 | 1 | 1 | 3,2 |
| 2.5.3 ... der sonstigen lokalen Akteure an der Umsetzung des Programms? | 1 | | 7 | 6 | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 | 2,6 |
| 3.1 Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit... | | | | | | | | | | |
| 3.1.1 ...mit dem/der Quartiersmanager/in / den Stadtteilkoordinatoren (sofern vorhanden)? | 6 | | 8 | 1 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,1 |
| 3.1.2 ...mit dem Sanierungsträger? | 1 | | 6 | 2 | 1 | 0 | 6 | 2 | 2 | 2,3 |
| 3.1.3 ...mit den zuständigen Personen aus der städtischen Verwaltung? | 1 | | 8 | 6 | 0 | 0 | 3 | 0 | 0 | 2,4 |
| 3.1.4 ...mit den Ortsteilbeiräten? | 0 | | 3 | 3 | 5 | 1 | 4 | 2 | 2 | 3,4 |
| 3.1.5 mit sonstigen lokalen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen)? | 1 | | 10 | 4 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 2,3 |
| 3.3 Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Arbeit der Gremien auch ohne das Programm Soziale Stadt weiterbestehen wird | 0 | | 1 | 2 | 9 | 2 | 0 | 4 | 0 | 3,8 |
| 4.1 Welche Bedeutung hat das Programm Soziale Stadt Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Stadtteils? | 3 | | 15 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,8 |
| 4.2 Greift das Programm Soziale Stadt die Problemlagen im Stadtteil angemessen auf? | 2 | | 11 | 2 | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 2,2 |
| 4.3 Greift das Programm Soziale Stadt die Potenziale im Stadtteil angemessen auf? | 2 | | 9 | 2 | 2 | 0 | 2 | 1 | 1 | 2,3 |
| 4.4 Ist Ihnen der Verfügungsfonds bekannt | 16 ja | | 2 nein | | | | | | | |
| 4.4.1 Welche Bedeutung hat der Verfügungsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt? | 3 | | 8 | 6 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 2,2 |



= häufigste Nennung




= berechneter Mittelwert der Antworten

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz
Anzahl der Fragebögen: 29, Rücklauf: 17

| Frage | Sehr gut/ sehr hoch/ sehr positiv/ sehr zufrieden | Gut/hoch/ positiv/ zufrieden | | Durchschnittlich/ mittel | Schlecht/ gering/ negativ/ unzufrieden | Sehr schlecht/ sehr negativ/ sehr gering/ sehr unzufrieden | | Weiß nicht/ keine Meinung | Keine Angabe | Ø |
|--|---|------------------------------|--------|--------------------------|--|--|---|---------------------------|--------------|-----|
| | 1 | 1,5 | 2 | 2,5 | 3 | 3,5 | 4 | 4,5 | 5 | |
| 2.1 Wie gut fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt informiert? | 4 | | 9 | 3 | 1 | | 0 | 0 | 0 | 2,1 |
| 2.2 Wie schätzen Sie Ihren Kenntnisstand über die Ziele des Programms ein? | 2 | | 12 | 2 | 1 | | 0 | 0 | 0 | 2,1 |
| 2.3 Wie gut kennen Sie andere Projekte des Programms? | 1 | | 3 | 10 | 2 | | 1 | 0 | 0 | 2,9 |
| 2.4 Wie beurteilen Sie den Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt... | | | | | | | | | | |
| 2.4.1 ... bei den Projektträgern und sonstigen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen) im Stadtteil? | 4 | | 10 | 2 | 1 | | 0 | 0 | 0 | 2,0 |
| 2.4.2 ...bei der Bevölkerung im Stadtteil? | 1 | | 2 | 10 | 3 | | 1 | 0 | 0 | 3,1 |
| 2.4.3 ... In der Gesamtstadt | 1 | | 0 | 6 | 6 | | 2 | 2 | 0 | 3,5 |
| 2.5 Wie bewerten Sie die bisherige Beteiligung ... | | | | | | | | | | |
| 2.5.1 ... der Stadtteilbewohner/innen an der Umsetzung des Programms? | 1 | | 4 | 7 | 4 | | 1 | 0 | 0 | 3,0 |
| 2.5.2 ... der lokalen PolitikerInnen an der Umsetzung des Programms | 1 | | 8 | 6 | 0 | | 0 | 2 | 0 | 2,4 |
| 2.5.3 ... der sonstigen lokalen Akteure an der Umsetzung des Programms? | 2 | | 10 | 4 | 1 | | 0 | 0 | 0 | 2,2 |
| 3.1 Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit... | | | | | | | | | | |
| 3.1.1 ...mit dem/der Quartiersmanager/in / den Stadtteilkoordinatoren (sofern vorhanden)? | 6 | | 9 | 1 | 0 | | 0 | 0 | 1 | 1,7 |
| 3.1.2 ...mit dem Sanierungsträger? | 3 | | 7 | 4 | 1 | | 1 | 0 | 1 | 2,4 |
| 3.1.3 ...mit den zuständigen Personen aus der städtischen Verwaltung? | 4 | | 10 | 3 | 0 | | 0 | 0 | 0 | 1,9 |
| 3.1.4 ...mit den Ortsteilbeiräten? | 2 | | 8 | 4 | 1 | | 0 | 2 | 0 | 2,3 |
| 3.1.5 mit sonstigen lokalen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen)? | 4 | | 8 | 5 | 0 | | 0 | 0 | 0 | 2,1 |
| 3.3 Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Arbeit der Gremien auch ohne das Programm Soziale Stadt weiterbestehen wird | 0 | | 3 | 8 | 4 | | 2 | 0 | 0 | 3,3 |
| 4.1 Welche Bedeutung hat das Programm Soziale Stadt Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Stadtteils? | 9 | | 6 | 2 | 0 | | 0 | 0 | 0 | 1,6 |
| 4.2 Greift das Programm Soziale Stadt die Problemlagen im Stadtteil angemessen auf? | 5 | | 8 | 3 | 1 | | 0 | 0 | 0 | 2,0 |
| 4.3 Greift das Programm Soziale Stadt die Potenziale im Stadtteil angemessen auf? | 3 | | 5 | 8 | 0 | | 0 | 1 | 0 | 2,3 |
| 4.4 Ist Ihnen der Verfügungsfonds bekannt | 13 ja | | 3 nein | | | | | | 1 | |
| 4.4.1 Welche Bedeutung hat der Verfügungsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt? | 11 | | 3 | 1 | 0 | | 0 | 1 | 1 | 1,4 |

 = häufigste Nennung ●—● = berechneter Mittelwert der Antworten

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Stralsund Grünhufe

Anzahl der Fragebögen: 18, Rücklauf: 10

| Frage | Sehr gut/ sehr hoch/ sehr positiv/ sehr zufrieden | Gut/hoch/ positiv/ zufrieden | Durchschnittlich/ mittel | Schlecht/ gering/ negativ/ unzufrieden | Sehr schlecht/ sehr negativ/ sehr gering/ sehr unzufrieden | Weiß nicht/ keine Meinung | Keine Angabe | Ø |
|--|---|------------------------------|--------------------------|--|--|---------------------------|--------------|-----|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | | |
| 2.1 Wie gut fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt informiert? | 3 | 4 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,0 |
| 2.2 Wie schätzen Sie Ihren Kenntnisstand über die Ziele des Programms ein? | 1 | 5 | 4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,3 |
| 2.3 Wie gut kennen Sie andere Projekte des Programms? | 0 | 4 | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 | 2,8 |
| 2.4 Wie beurteilen Sie den Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt... | | | | | | | | |
| 2.4.1 ... bei den Projektträgern und sonstigen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen) im Stadtteil? | 1 | 8 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,0 |
| 2.4.2 ...bei der Bevölkerung im Stadtteil? | 0 | 1 | 5 | 3 | 0 | 1 | 0 | 3,2 |
| 2.4.3 ... In der Gesamtstadt | 0 | 0 | 2 | 7 | 0 | 1 | 0 | 3,8 |
| 2.5 Wie bewerten Sie die bisherige Beteiligung ... | | | | | | | | |
| 2.5.1 ... der Stadtteilbewohner/innen an der Umsetzung des Programms? | 0 | 1 | 4 | 4 | 0 | 1 | 0 | 3,3 |
| 2.5.2 ... der lokalen PolitikerInnen an der Umsetzung des Programms | 0 | 1 | 4 | 2 | 1 | 2 | 0 | 3,3 |
| 2.5.3 ... der sonstigen lokalen Akteure an der Umsetzung des Programms? | 1 | 4 | 2 | 0 | 1 | 2 | 0 | 2,5 |
| 3.1 Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit... | | | | | | | | |
| 3.1.1 ...mit dem/der Quartiersmanager/in / den Stadtteilkoordinatoren (sofern vorhanden)? | 5 | 3 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,7 |
| 3.1.2 ...mit dem Sanierungsträger? | 0 | 5 | 2 | 1 | 0 | 1 | 1 | 2,5 |
| 3.1.3 ...mit den zuständigen Personen aus der städtischen Verwaltung? | 1 | 6 | 1 | 0 | 0 | 2 | 0 | 2,0 |
| 3.1.4 ...mit den Ortsteilbeiräten? | 0 | 1 | 2 | 0 | 0 | 4 | 3 | 2,7 |
| 3.1.5 mit sonstigen lokalen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen)? | 0 | 5 | 4 | 0 | 0 | 1 | 0 | 2,5 |
| 3.3 Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Arbeit der Gremien auch ohne das Programm Soziale Stadt weiterbestehen wird | 0 | 2 | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 3,5 |
| 4.1 Welche Bedeutung hat das Programm Soziale Stadt Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Stadtteils? | 3 | 7 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,7 |
| 4.2 Greift das Programm Soziale Stadt die Problemlagen im Stadtteil angemessen auf? | 0 | 5 | 5 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,5 |
| 4.3 Greift das Programm Soziale Stadt die Potenziale im Stadtteil angemessen auf? | 1 | 4 | 4 | 0 | 0 | 1 | 0 | 2,4 |
| 4.4 Ist Ihnen der Verfügungsfonds bekannt | 6 ja | 4 nein | | | | | | |
| 4.4.1 Welche Bedeutung hat der Verfügungsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt? | 2 | 5 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3 | 1,7 |



= häufigste Nennung



= berechneter Mittelwert der Antworten

Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion

Wismar Altstadt

Anzahl der Fragebögen: 48, Rücklauf: 25

| Frage | Sehr gut/ sehr hoch/ sehr positiv/ sehr zufrieden | Gut/hoch/ positiv/ zufrieden | Durchschnittlich/ mittel | Schlecht/ gering/ negativ/ unzufrieden | Sehr schlecht/ sehr negativ/ sehr gering/ sehr unzufrieden | Weiß nicht/ keine Meinung | Keine Angabe | Ø |
|--|---|------------------------------|--------------------------|--|--|---------------------------|--------------|-----|
| | 1 | 1,5 2 2,5 | 3 3,5 | 4 4,5 | 5 | | | |
| 2.1 Wie gut fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt informiert? | 7 | 11 | 5 | 2 | 0 | 0 | 0 | 2,1 |
| 2.2 Wie schätzen Sie Ihren Kenntnisstand über die Ziele des Programms ein? | 3 | 14 | 7 | 1 | 0 | 0 | 0 | 2,3 |
| 2.3 Wie gut kennen Sie andere Projekte des Programms? | 0 | 8 | 11 | 4 | 2 | 0 | 0 | 3,0 |
| 2.4 Wie beurteilen Sie den Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt... | | | | | | | | |
| 2.4.1 ... bei den Projektträgern und sonstigen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen) im Stadtteil? | 3 | 10 | 6 | 6 | 0 | 0 | 0 | 2,6 |
| 2.4.2 ...bei der Bevölkerung im Stadtteil? | 0 | 4 | 7 | 11 | 1 | 2 | 0 | 3,4 |
| 2.4.3 ... In der Gesamtstadt | 0 | 1 | 6 | 9 | 6 | 3 | 0 | 3,9 |
| 2.5 Wie bewerten Sie die bisherige Beteiligung ... | | | | | | | | |
| 2.5.1 ... der Stadtteilbewohner/innen an der Umsetzung des Programms? | 2 | 7 | 11 | 4 | 0 | 0 | 1 | 2,7 |
| 2.5.2 ... der lokalen PolitikerInnen an der Umsetzung des Programms | 1 | 9 | 8 | 3 | 3 | 0 | 1 | 2,9 |
| 2.5.3 ... der sonstigen lokalen Akteure an der Umsetzung des Programms? | 3 | 12 | 6 | 2 | 0 | 1 | 1 | 2,3 |
| 3.1 Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit... | | | | | | | | |
| 3.1.1 ...mit dem/der Quartiersmanager/in / den Stadtteilkoordinatoren (sofern vorhanden)? | 13 | 11 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,5 |
| 3.1.2 ...mit dem Sanierungsträger? | 5 | 9 | 5 | 2 | 0 | 4 | 0 | 2,2 |
| 3.1.3 ...mit den zuständigen Personen aus der städtischen Verwaltung? | 1 | 7 | 9 | 3 | 1 | 3 | 1 | 2,8 |
| 3.1.4 ...mit den Ortsteilbeiräten? | 0 | 5 | 5 | 0 | 0 | 6 | 9 | 2,5 |
| 3.1.5 mit sonstigen lokalen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Kirchen)? | 2 | 11 | 7 | 2 | 0 | 2 | 1 | 2,4 |
| 3.3 Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Arbeit der Gremien auch ohne das Programm Soziale Stadt weiterbestehen wird | 1 | 0 | 3 | 3 | 11 | 5 | 2 | 4,3 |
| 4.1 Welche Bedeutung hat das Programm Soziale Stadt Ihrer Meinung nach für die Entwicklung des Stadtteils? | 9 | 11 | 5 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1,8 |
| 4.2 Greift das Programm Soziale Stadt die Problemlagen im Stadtteil angemessen auf? | 4 | 9 | 8 | 1 | 0 | 3 | 0 | 2,3 |
| 4.3 Greift das Programm Soziale Stadt die Potenziale im Stadtteil angemessen auf? | 0 | 14 | 8 | 1 | 1 | 1 | 0 | 2,5 |
| 4.4 Ist Ihnen der Verfügungsfonds bekannt | 21 ja | 3 nein | | | | | 1 | |
| 4.4.1 Welche Bedeutung hat der Verfügungsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt? | 13 | 3 | 2 | 3 | 0 | 3 | 1 | 1,8 |



= häufigste Nennung



= berechneter Mittelwert der Antworten